

AUFTRAG



HEFT 233 / 1998

38. JAHRGANG



GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

WOCHE DER BEGEGNUNG

- „In seinem Geist – Zeichen der Hoffnung erkennen und setzen“ (PS) 4
 Wie geht es weiter? (Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld) 6

ZENTRALE VERSAMMLUNG (ZV)

- Bericht des Vorsitzenden der Zentralen Versammlung (ZV) (Oberst i.G. Werner Bös) 7
 Der Soldat hat einen Anspruch auf Militärseelsorge (Volker W. Böhler) 9
 „Deutschland im Umbruch – Was wird aus den Christen?“ (Michael Rutz) 15
 BESCHLUSSVORLAGEN 23
 „Ein Zuhause für Straßenkinder in Bulgarien“ (Peter Weber) 23
 Bioethikkonvention (Ralf Eisenhardt) 24
 Der Glaube ist das Maß unserer Wirksamkeit (Erzbischof Johannes Dyba) 26
 Grußwort des Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein 28

BUNDESKONFERENZ DER GKS 1997

- „In der Kraft des Geistes das Angesicht der Erde erneuern! Jeder an seinem Platz“
 Die Bundeskonferenz im Überblick (Jürgen Bringmann / Paul Schulz) 29
 „Jeder an seinem Platz“ (Militärdekan Walter Theis) 34
 Internationale Zusammenarbeit katholischer Soldaten für den Frieden (Jürgen Bringmann) 37
 „Hat der Glaube eine Zukunft? – Christsein an der Wende zum 3. Jahrtausend“ (Eugen Biser) 38
 Totengedenken 45

SICHERHEITSPOLITIK UND FRIEDENSETHIK

- Friedenssuche mit begrenzter Hoffnung? Forumsbericht 47
 Zu den Aufgaben der Vereinten Nationen bei der Wahrung des internationalen Gemeinwohls
 (Klaus Dicke) 48
 Frieden – aber wie (Christian Tomuschat) 50
 Welche Aufgaben müssen die Vereinten Nationen heute wahrnehmen (Manfred Eisele) 51
 Dresdner Erklärung der GKS vom 17. Januar 1992 52
 50 Jahre „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ (Marco Schauf) 53
 Neue Führungsfähigkeit bei der Bundesregierung gefordert (Klaus Liebetanz) 55
 Micije – Ein Signal zur freiwilligen Rückkehr der bosnischen Flüchtlinge in ihre Heimat?
 (Karlheinz Karte) 58

BLICK IN DIE GESCHICHTE

- 350 Jahre Westfälischer Friede (Bernd Wübbeke) 60
 Wo unser Glaube entstand (Adolf Hampel) 67
 Deutsche Jüdische Soldaten (bt) 68
 Gab es einen jüdischen Widerstand? (Julius H. Schoeps) 69
 Shoa-Dokument: Pius XII. – geschwiegen oder klug gehandelt? (Helmut Fettweis) 75
 Viele Generale, wenig Ehre (Eckard Stuff) 76
 Ein Versuch, Gibraltar zu erobern (Wolfgang Altendorf) 77

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

- Schein und Sein, Geschichte einer Begegnung (Hans Bahrs) 78
 Stichwort: Rechtfertigungslehre – Was eigentlich ist Rechtfertigung? (Guido Horst) 79

TITELBILD: Soldaten bei der Fronleichnamsprozession auf dem Katholikentag in Mainz (Foto: F. Brockmeier)

93. DEUTSCHER KATHOLIKENTAG MAINZ

Religion als öffentliche Angelegenheit (ZdK)	80
„Eine Erfolgsgeschichte“ – Dokumentation der Rede des Bundespräsidenten (KNA)	82
Männer gehen in sich (Alexandra Ringendahl)	83
„KIRCHE UNTER SOLDATEN“ AUF DEM KATHOLIKENTAG	85
Seelsorge an Grenzen und Zeugnis unserer Hoffnung an vielen Orten (PS/ZdK/KMBA)	85
Das Kreuz ist das Zeichen unserer Hoffnung – Predigt von Erzbischof Johannes Dyba	86
Grusswort des Befehlshabers im Wehrbereich IV	88
„Ich möchte die vier Tage in meinem Leben nicht missen“ (MB, PrSt KMBA)	89

KIRCHE UNTER SOLDATEN

LOURDES: „Geisterfüllt leben“ – „Der Heilige Geist wird euch alles lehren“ (Hans Philipp Mertens)	90
Interview mit dem US-Militärbischof Edwin O'Brian	92
SOLDATEN IN DER KIRCHE – SCHWEIZERGARDE: Mit dem neuen Kommandanten kehrt wieder Alltag ein (Johannes Schidelko)	93
Wehrbereichskonferenz der GKS im WB III	94
STANDORT MÜNSTER: Soldatengottesdienst zum Jubiläum „350 Jahre Westfälischer Friede“	94
GKS-Kreis Aachen/Eschweiler/Geilenkirchen	95
WB VI	96
Hammelburg	97
KAS: Neuer Vorsitzender der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (PS)	98
PERSONALIA	99
GEFUNDEN:	44
KURZ NOTIERT	54, 59, 84
TERMINE 1998	106
Deutsche Tagespost feiert 50-jähriges Jubiläum	106
BUCHBESPRECHUNGEN	107

Papstbotschaft zum Weltfriedenstag 1999

„In der Respektierung der Menschenrechte liegt das Geheimnis des wahren Friedens“ – unter dieses Motto hat Papst Johannes Paul II. den kommenden Weltfriedenstag gestellt. Der Papst erinnert in seinem Schreiben unter anderem an den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen.

Die Beachtung der Menschenrechte werde heute allgemein als Grundlage für das friedliche Zusammenleben unter der Völkern akzeptiert, betont Johannes Paul II. Dennoch gebe es immer noch Ausbeutung, Unterdrückung und Rechtlosigkeit, vor allem bei Kindern. Angesichts des Phänomens der Globalisierung und der Entwicklung der Technologien in der Genetik und Informatik müsse neu gefragt werden, wie die Schwachen geschützt werden könnten, so der Papst in seinem Schreiben. Von der Frage, wie die Unversehrtheit der Person heute gewahrt werden könne Weltfriede ab. (KNA)

„In seinem Geist – Zeichen der Hoffnung erkennen und setzen“

„Woche der Begegnung“ bedeutet 38 Jahrestreffen der im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs in Räten und Verband organisierten Laien seit 1960 – ausgenommen im Jahr 1969. In dieser Woche tritt zum einen die *Zentrale Versammlung (ZV)* zusammen. Sie ist das vom Militärbischof anerkannte Beratungs- und Mitwirkungsorgan im Sinne des Konzilsdekrets über das Apostolat der Laien (AA 26). Diese einem Diözesanrat/Katholikenrat entsprechende ZV setzt sich aus Delegierten der Pfarrgemeinderäte bei den Militärpfarrern und den örtlichen GKS-Kreisen/Ansprechpartnern zusammen. Zum anderen findet im zweiten Teil der Woche die *Bundeskonzferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)* – dem Personalverband in

der katholischen Militärseelsorge – statt.

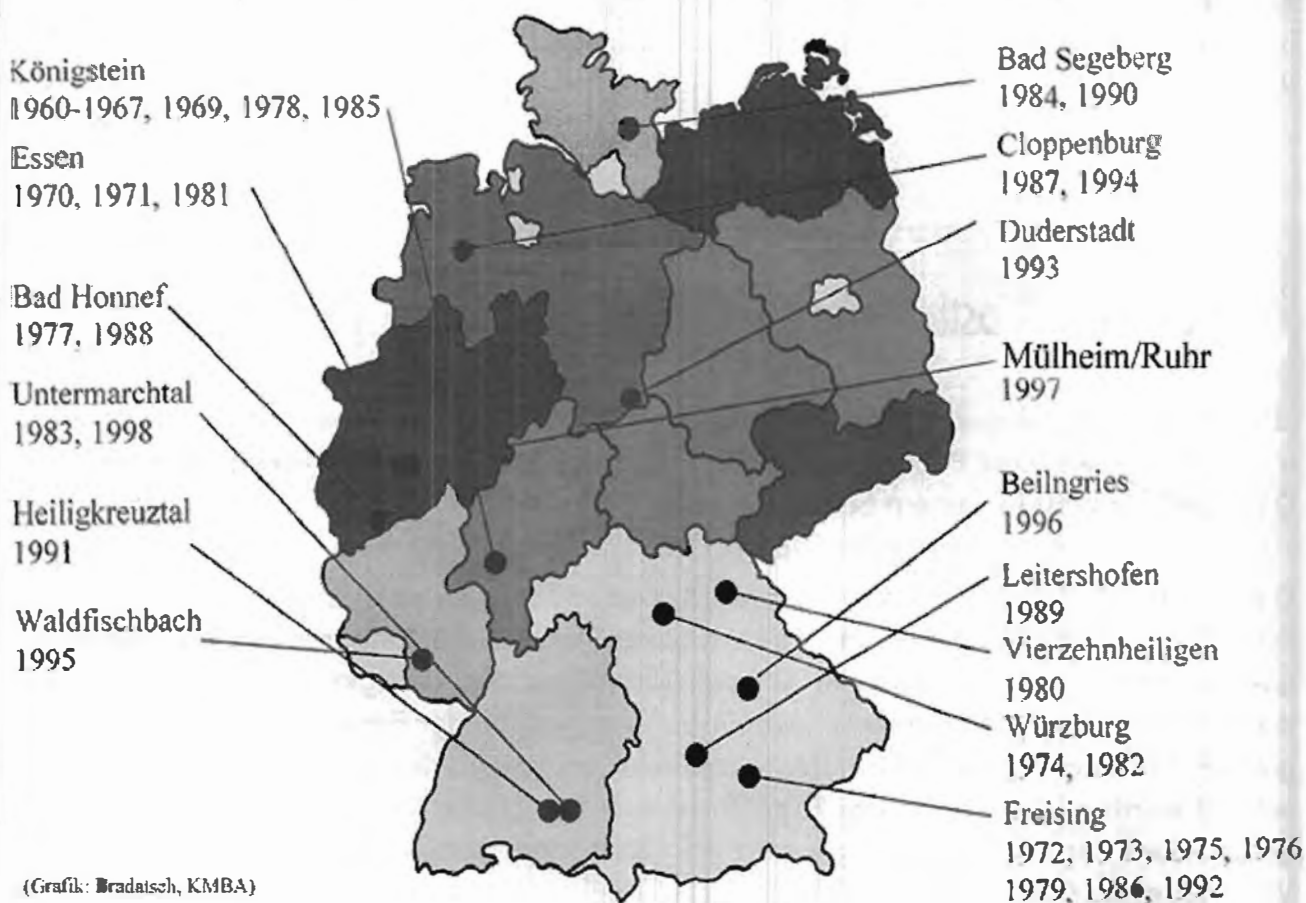
Zur Erinnerung: In den ersten zwölf Jahren, bis zum Jahr 1972, hießen diese Laientreffen „Woche der Besinnung“. Zu ihr trafen sich zunächst die Mitglieder des Königsteiner Offizierkreises (KOK) auf Bundesebene zu ihrer Haupttagung.

Infolge der grundsätzlichen Aussagen des II. Vatikanischen Konzils über die Laien in der Kirche sowie durch die Beschlüsse der Würzburger Synode für die Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland entwickelte das Apostolat der Laien in der Kirche unter Soldaten ein neues Selbst- und Gemeinschaftsverständnis. Der KOK öffnete sich 1970 für katholische Soldaten aller Dienstgrade zur Gemeinschaft Katholischer

Soldaten (GKS). Aus den beratenden Ausschüssen bei den Standortpfarrern wurden 1976 die Pfarrgemeinderäte.

Immer schon war es so, dass zahlreiche katholische Soldaten sich sowohl in den Räten als auch im Verband engagieren. Mit zunehmender Strukturierung und wachsendem Selbstverständnis von PGR und GKS wurde es im Laufe der Jahre erforderlich, den je eigenen Schwerpunkten Rechnung zu tragen. So wurden die zunächst für beide Gremien gemeinsame Konferenz getrennt, so dass die Doppelmitglieder an beiden Teilen teilnehmen konnten. Auch sollten für neue Delegierte und für Außenstehende die Eigenständigkeit der beiden Konferenzteile deutlicher werden.

Wochen der Besinnung / Begegnung 1960 - 1998



Die Karte zeigt, in welchem Jahr an welchem Ort die Laientreffen bisher stattgefunden haben.

Der Konferenzort der 38. Woche der Begegnung – das Exerzitien- und Bildungshaus der Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul in Untermarchtal/Wehrbereich V – sowie die Jahresthemen von ZV „In seinem Geist – Zeichen der Hoffnung erkennen und setzen“ und Bundeskonferenz der GKS „In der Kraft des Geistes das Angesicht der Erde erneuern – jeder an seinem Platz“ wurden im letzten AUFTRAG (s. Nr. 232, S. 4–10) bereits ausführlich vorgestellt.

Dieses Heft dokumentiert die

wesentliche Vorträge und Ausführungen dieser Woche. Besonders hingewiesen wird auf die grundlegenden Aussagen in den Bildungsvorträgen:

ZV: Prof. Michael Rutz „Deutschland im Umbruch – Was wird aus den Christen?“, (s.S. 15 ff.)

GKS: Prof. Dr. Eugen Biser „Hat der Glaube eine Zukunft? – Christsein an der Wende zum 3. Jahrtausend“, (s.S. 38 ff.)

Auch die Spiritualität als ein wesentliches Element dieser Woche soll nicht zu kurz kommen. Deshalb werden die Predigt von Militärgeneralvikar Prälat Jürgen

Nabbefeld zur Eröffnung der Woche „Wie geht es weiter“ und die Predigt des Militärbischofs Erzbischof Johannes Dyba beim Pontifikalamt am Mittwoch, dem 29. April, „Der Glaube ist das Maß unserer Wirksamkeit“ – übrigens ein echtes und überzeugendes Glaubenszeugnis des Bischofs – im Wortlaut wiedergegeben (s.S. 6 und S. 26 f.). Auch das vom Geistlichen Beirat der GKS, Militärdekan Prälat Walter Theis, vorbereitete Totengedenken auf dem historischen Soldatenfriedhof in der Nähe von Obermarchtal wird – nicht zuletzt als Anregung für ähnliche Feiern zu anderer Gelegenheit – dokumentiert (s.S. 45 f.). (PS)



Interesse

für eine Collage des Sachausschusses „Frau und Familie“ des Vorstands der Zentralen Versammlung zum zweiten Jahr der Vorbereitungszeit auf das Hl. Jahr 2000 und zum Thema der 38. Woche der Begegnung „In seinem Geist Zeichen der Hoffnung erkennen und setzen“.

Der Vorsitzende der ZV Werner Bös erläutert Militärbischof Johannes Dyba, Generalvikar Jürgen Nabbefeld und dem Bundesvorsitzenden der GKS Karl-Jürgen Klein die hinter dem Werk stehende Botschaft. Die Mitarbeiterinnen im Sachausschuss hatten sich zusammengesetzt, um dem Begriff HOFFNUNG nachzuspüren. Sie gingen vor allem drei Fragen nach: – Was ist hoffen/Hoffnung? – Wer oder was sind Hoffnungsträger – Was sind Hoffnungszeichen?

Die Ergebnisse ihrer Überlegungen haben die Damen in Bild und Schrift festgehalten und das Ergebnis mit der Collage vorgestellt. Sie haben es als Anregung gedacht, dass Pfarrgemeinderäte, GKS-Kreise und andere Gruppen das Thema ebenfalls aufgreifen, um miteinander auf Entdeckungsreise zu gehen, wo Gottes Geist Hoffnungszeichen entstehen ließ – und auch heute entstehen lässt. Leider kommt auf dem abgebildeten Schwarzweiß-Foto die farbliche Aussagekraft des aus bunten Tüchern gebildeten Regenbogens nicht zur Geltung. (Foto: M. Beyel, KMBA)

Wie geht es weiter?

Predigt zur Eröffnung der Woche der Begegnung

MILITÄRGENERALVIKAR PRÄLAT JÜRGEN NABBEBELD

Wie geht es weiter? Diese Frage bekommen wir oft zu hören mit dem Hinweis auf Zahlen. Die Zahl der Priester und Priesteramtskandidaten ist spürbar zurückgegangen; die Zahl der Kirchenbesucher ist in den letzten 30 Jahren um gut die Hälfte gesunken.

„Es gibt keine Zahl, aus der sich die Zukunft ableiten ließe“ stand dieser Tage in der Zeitung, wo es um die Kriterien für den Euro ging. Das gilt auch für die Zukunft der Kirche. Was kommt, entwickelt sich nicht mit naturgesetzlicher Notwendigkeit aus dem, was ist. Die Zukunft wächst aus der Gegenwart in einem geschichtlichen Prozess, d.h. die Freiheit kommt als gestaltende Kraft entscheidend ins Spiel.

Wie es weitergeht, hängt nicht von Zahlen und Statistiken ab, sondern von der Freiheit, in der die Zukunft gestaltet wird. Darum kann es ganz anders kommen, als es zu erwarten war. Schon die Heilsgeschichte des Alten Testaments stellt uns dies immer wieder vor Augen. Zum Beispiel die Juden, die im Perserreich lebten, über sie wurde das Todesurteil verhängt. Alles war vorbereitet, sie zu töten. Aber durch das Gebet der Esther und ihr mutiges Eintreten für ihre Landsleute kam alles anders. Die Juden blieben am Leben, und der sie umbringen wollte, endete am Galgen.

Gott hat eingegriffen. Er ist der Herr der Geschichte, also auch der Zukunft. Das gilt auch heute für die Geschichte der Kirche. „Deine Vorsehung waltet über jeder Zeit; in deiner Weisheit und Allmacht führst du das Steuer der Kirche und stärkst sie durch die Kraft des Heiligen Geistes.“ So beten wir in einer Präfation zu Gott.

Das heißt nicht, Gott tut alles alleine. Er will die Zukunft der Kirche zusammen mit uns gestalten.

So war das von Anfang an. Als Paulus und Barnabas von der ersten Missionsreise nach Antiochia zurückkehrten, „riefen sie die Gemeinde zusammen und berichteten alles, was Gott mit ihnen zusammen getan hat“ (Apg 14,27).

Gott tut es nicht allein, wir tun es nicht allein; wir dürfen zusammen mit Gott die Zukunft gestalten, wobei er das Steuer führt. Wir können nur unsere Aufgabe wahrnehmen, wenn wir uns selbst vom Heiligen Geist leiten lassen. Das gilt nicht nur für Bischöfe und Priester, es gilt auch für alle, die eine Aufgabe in der Kirche wahrnehmen. Es gilt für jeden Christen. Alle müssen sich vom Geist Gottes leiten lassen. „Alle, die sich vom Geist Gottes leiten lassen, sind Söhne Gottes“ (Röm 8,14), schreibt Paulus im Römerbrief.

Edith Stein, die der Hl. Vater im Oktober heilig sprechen wird, hat das sehr einfach ausgedrückt: „an der Hand Gottes leben“. Schon während ihrer ausgedehnten Vortragstätigkeiten in den Speyerer Jahren ging es ihr um das eine: „es ist im Grunde immer eine kleine einfache Wahrheit, die ich zu sagen habe: wie man es anfangen kann, an der Hand des Herrn zu leben“. Das heißt doch, sich von ihm führen zu lassen.

An der Hand Gottes leben ist kein Spaziergang, sondern eine Herausforderung. Edith Stein ging an der Hand des Herrn nicht nur ins Kloster, sondern auch auf der Flucht vor den nationalsozialistischen Verfolgern ins Exil nach Echt und zuletzt in die Gaskammer nach Auschwitz.

Es ist ihr ergangen wie Jesus. Auch er hat an der Hand des himmlischen Vaters gelebt. Nie hat er etwas ohne den Vater getan. Jesus sagt von sich: „der Sohn kann nichts von sich aus tun, sondern nur, wenn er den Vater etwas tun sieht. Was nämlich der Vater

tut, das tut in gleicher Weise der Sohn“ (Joh 5,19).

Jesus Speise war es, den Willen dessen zu tun, der ihn gesandt hat (Joh 4,834). Auch für ihn war das nicht einfach. Sein Ringen am Ölberg zeigt es uns. So war all sein Wirken ein mit dem Vater gemeinsames Tun, auch sein Sterben am Kreuz.

Wie geht es weiter?

Es geht nur dann voran, wenn wir an der Hand des Herrn leben und was wir tun, zusammen mit Gott tun. Stehen wir damit nicht gegen den Trend? Unsere Zeit ist gezeichnet von Emanzipationen. Emanzipation bedeutet wörtlich, sich von der führenden Hand lösen und auf eigenen Füßen stehen. Das ist in vielen Bereichen richtig und nötig um der Entfaltung und Würde des Menschen willen.

Wir erleben heute aber auch die Emanzipation von Gott. Viele Menschen lösen sich von der führenden Hand Gottes und verlieren damit ihren letzten Halt. Statt an Gott binden sie sich an Vorläufiges zum Schaden ihrer Freiheit. Denn dort wo Gott herrscht, herrscht Freiheit.

Auch in der Kirche sind Stimmen zu vernehmen, die klingen, als ob wir mit unserer Klugheit die Zukunft der Kirche bauen könnten, ohne auf die Stimme des Herrn zu hören. So kommen wir jedoch nicht voran. Gott führt auch heute das Steuer der Kirche. Hören wir darum auf das, was er uns durch seinen Geist sagt. Leben wir an seiner Hand, an jener Hand, mit der er einst Israel machtvoll aus dem Sklavenland in die Freiheit geführt hat. Und tun wir alles zusammen mit ihm. Dann wissen wir zwar nicht, wie das Morgen und das Übermorgen aussehen wird, aber das eine wissen wir: an Gottes Hand wird alles gut. AMEN

Bericht des Vorsitzenden der Zentralen Versammlung (ZV)

OBERST I.G. WERNER BÖS



Mit meinem Bericht als Vorsitzender und den folgenden Berichten aus den Wehrbereichen durch Delegierte aus Ihren Reihen, wollen wir uns gegenseitig über die Lage zu bestimmten Punkten des organisierten Laienpostolats in der Kirche unter Soldaten informieren. Sicher müssen auch Aktivitäten und Ereignisse erwähnt werden, aber ohne damit einen eng verstandenen Rechenschaftsbericht vorzulegen. Das Wissen voneinander soll uns stärken, bestätigen oder auch hilfreiche Lösungswege bei Problemen aufzeigen.

Nach der Wahl des neuen Vorstandes bei der ZV 1997 in Mülheim/Ruhr konnten entsprechend der Ordnung für die Zentrale Versammlung Sachausschüsse gebildet und ihre Mitglieder berufen werden. Sinn dieser Ausschüsse ist es, die Arbeit des Vorstandes der ZV zu unterstützen. Ein Mitglied des Vorstandes ZV leitet jeweils einen Sachausschuss (SA), der ein bestimmtes Aufgabenfeld abdeckt.

Der SA I – Dienstilltag und Christsein – unter Leitung von Oberst Böhler, konnte in der Diaspora der neuen Bundesländer, wo Pfarrgemeinderäte praktisch nicht existieren, immerhin in einigen Standorten, trotz hoher Fluktuation, Ansprechpartner für Soldaten und Militärseelsorger finden. Oberst Böhler und seine Mitarbeiter im Sachausschuss haben neben

zahlreichen anderen Aktivitäten die Verwirklichung des gesetzlich verbürgten Anspruchs auf Seelsorge an den Soldaten der Bundeswehr verdienstvoll in einem schriftlichen Report niedergelegt, der selbst für alte Hasen Neues bereithält (s.S. 9).

Der SA II – Gemeindearbeit wird von OTL Schmitt geleitet. Wie in den Beratungen und Gesprächen während der 37. Woche der Begegnung zum Thema PGR 2000 angekündigt, wird unter Mitwirkung der verschiedensten Beratungs- und Entscheidungsgremien ein neues Pastoralkonzept erarbeitet.

OTL Schmitt vertritt den Vorstand in diesen Gremien und arbeitet als Dialogpartner der Zentralen Versammlung mit. Das zu gestaltende Arbeitsfeld ist die Familienseelsorge und Gemeindebildung.

Wie sie sicher festgestellt haben, ist unser Handbuch für den Pfarrgemeinderat seit Jahren nicht mehr überarbeitet worden. Dies soll ein zweiter Arbeitsschwerpunkt des SA II im kommenden Jahr werden. Sollten Sie Anregungen zu Inhalt und Gestaltung dieses Handbuchs haben – es ist ja eine Arbeitshilfe für Sie – so würde der SA II sie dankbar aufnehmen, mündlich oder schriftlich oder in anderer Weise.

In Südamerika erlebt die Kirche zurzeit einen Frühling! Das ist die übereinstimmende Meinung von OTL Richard Schmitt und OFw Ralf Eisenhardt vom SA II, die auf Einladung des Katholischen Militärbischofs DDr. Johannes Dyba am 2. Welttreffen der Familien mit dem Heiligen Vater teilnahmen, das in Rio de Janeiro vom 2. bis 5. Oktober 1997 stattfand. Eröffnet wurde das 2. Welttreffen mit einem pastoraltheologischen Familienkongress, zu dem 1.500 Teilnehmer/innen aus verschiedenen Nationen delegiert waren. Die 25 Teilnehmer umfassende deutschsprachige Arbeitsgruppe erörterte zum Thema „Die Familie – Subjekt der Neuevangelisierung“ neue Formen der Familien-Pastoral. Die Stellung der Familie innerhalb

der Kirche wurde engagiert diskutiert ebenso das Thema Abtreibung. Mitnehmen konnten die Soldaten die Erkenntnis, dass die in Mitteleuropa umstrittenen Themen, z.B. künstliche Empfängnisverhütung, Papstamt und Zölibat in der Weltkirche keine wesentlichen Streitpunkte darstellen.

In dieser Wahlperiode arbeiten Herr Heinz, Herr Bradatsch und bis zum Jan 98 Herr Ueberschär unter dem Vorsitz von StFw Wolfgang Kober im **SA III, der für Organisation und Planung** zuständig ist. Im zurückliegenden Jahr wurden fünf Sitzungen in Bonn durchgeführt.

Der SA-Vorsitzende vertrat den Vorstand ZV im Verwaltungsrat der kath. Soldatenseelsorge sowie bei Arbeitskonferenzen der Wehrbereiche.

Die Arbeit des SA erstreckte sich im wesentlichen auf die Organisation der Zentralen Versammlung sowie die Vorbereitung und Mitwirkung beim Katholikentag. In Zusammenarbeit mit dem KMBA Referat V wurden die hauswirtschaftswirksamen Ausgaben für die Laienarbeit aufgeschlüsselt und analysiert. Es wurde ein angemessenes und sparsames Ausgabenverhalten festgestellt. Der SA III hat immer die Organisation offen und so unauffällig wie möglich gestaltet und in harmonischer Zusammenarbeit mit dem KMBA.

Der Sachausschuss IV – Verbandsarbeit – versteht sich traditionell als Bindeglied vom Vorstand der ZV zum Verband im Jurisdiktionsbereich des Militärbischofs – der GKS.

Es bietet sich an und hat sich bewährt, diese Aufgabe als „Einzelkämpfer“ wahrzunehmen, weil es meist problemlos gelingt, die Interessen des Verbände in der ZV wie umgekehrt des Vorstandes der ZV in der GKS zu vertreten. Dennoch will der Grundsatz der GKS für die Zusammenarbeit „Eigenständigkeit in Eintracht“ immer wieder neu mit Leben erfüllt werden. Die GKS pflegt gute Beziehungen zu anderen katholischen Verbänden und Zusammenschlüssen, von denen dann auch die ZV profitiert.

Der „Einzelkämpfer“ im SA IV ist OTL Paul Brochhagen, der seine Aufgabe routiniert wahrgenommen hat.

Der SA V – Soziales Engagement – unter Leitung von Hauptfeldwebel Weber konzentrierte seine Arbeit auf die Ihnen heute Morgen vorgetragene Nachbarschaftshilfe für Osteuropa, sprich z.Zt. Bulgarien. Darüber hinaus vertritt HFW Weber den Vorstand ZV in der Mitgliederversammlung der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS). Wie Sie wissen, betreibt die KAS zur Aufgabenerfüllung Soldatenfreizeitheime und offene Betreuung im Inland sowie Betreuungseinrichtungen im Auslandseinsatz (z.B. die „Oase“ in Rajlovac wird sehr gut besucht und ist damit eine wichtige Einrichtung für uns Soldaten).

Der Sachausschuss VI – Entwicklung, Friede, Mission und Umwelt – hat unter Leitung von OTL Steinborn eine Übersicht erarbeitet, die über die Zeitachse von 2000 Jahren Christenheit aufzeigt, wie christlicher Geist sich auf Politik ausgewirkt hat und die Rolle oder Rollensegmente des Soldatenseins allmählich verändert hat hin zu unserem heutigen Leitbild „Staatsbürger in Uniform“ bzw. dem Eintreten des Soldaten für Freiheit und Recht als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Diese Übersicht mag uns allen bewusster machen, was der Heilige Geist in der Geschichte bewirken konnte, welche Früchte christliches Handeln trägt und wie sehr unsere eigene Identität aus dem Christentum resultiert.

Der Sachausschuss VII – Frau und Familie – führte zwei Treffen durch (Januar und März 1998), die das Ziel hatten, für diese Woche der Begegnung eine „Collage“ zusammenzustellen (s. Foto Seite 5) und die Gestaltung des Mittwochmorgen „Geistlicher Impuls in den Tag“ vorzubereiten. Hilfreich zum Verständnis der Collage sind die Anregungen, die Herr Heinz zum Jahresthema verfasst hat (s. AUFTRAG 232, S. 7). Der „Geistliche Impuls in den Tag“ am Mittwochmorgen wird auch das Thema „Hoffnung“ haben.

Die Arbeit im **Sachausschuss VIII – Information** – litt im ersten Jahr unter dem mangelnden

Interesse von ZV-Delegierten zur Mitarbeit, was sich jedoch ändern kann, und der Versetzung des Vorsitzenden OTL i.G. Pütz. Dann nach seinem Umzug in den Raum Bonn hat er die Arbeit mit voller Kraft aufgenommen. Mehrere Presseberichte, u.a. im Kompass Anfang März, über die Vorstandssitzungen und über Besprechungen zur Vorbereitung des Katholikentages zeugen von engagierter Mitarbeit für die ZV.

Das gilt insbesondere für die konkrete Katholikentagsvorbereitungen, die ihn auch am Wochenende bzw. im Urlaub forderten. Auch der Rundbrief 1/98 stammt aus der Feder des Vorsitzenden SA VIII. Hier vor Ort nimmt OTL i.G. Pütz die Pressebegleitung und -berichterstattung tatkräftig wahr.

Zu wünschen wäre allerdings eine aktive Unterstützung durch medienerefarene, in Sachen PC versierte Mitarbeiter. Ich bin sicher, der Ausschuss ist auf dem richtigen Weg.

Nicht unerwähnt bleiben darf die Arbeit unserer Vertreter im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, die quasi zum Vorstand gehören. Allen voran Herr General Koch, der morgen Vormittag leider letztmalig aus dem ZdK berichten wird. Herr OTL Jermer, unser zweiter Vertreter, arbeitet auch noch am Pastoralkonzept im Arbeitsfeld „Mitverantwortung der Laien und Ausgestaltung des Laienpostolats“ mit.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr wirken sich auf die hauptamtlichen, aber auch ehrenamtlichen Funktionsträger der Militärseelsorge aus. Die monatelange Abwesenheit, zum Teil eine wiederholte, von z.B. PGR-Vorsitzenden, Moderatoren der Arbeitskonferenzen und auch des Vorsitzenden der ZV ist heute eine Realität. Als Teil einer Initiative der Bundesregierung beteiligt sich die Bundeswehr an Maßnahmen für die Flüchtlingsrückführung und den rückkehrbegleitenden Wiederaufbau von Bosnien-Herzegowina. So führte ich seit dem 10.06.97 bis Weihnachten im Stab des Nationalen Deutschen Befehlshabers eine Abteilung von ca. 60 Soldaten, die das Land untersuchen und ihre Berichte über die Lage in allen Lebensbereichen der Internationalen Gemeinschaft zugänglich machen.

Damit wird die Wissensbasis für gezielte Wiederaufbaumaßnahmen vielfältiger Art gelegt, an denen wir uns auch mit Beteiligung von Infrastrukturprojekten beteiligen. Eine Aufgabe, die nicht nur gerechtfertigt, sondern in ihrer humanitären Dimension moralisch und ethisch verpflichtend ist. Wir fühlten uns hochmotiviert. Diese Einstellung gilt auch für unsere Militärseelsorger, die mit uns Soldaten leben, arbeiten und beteten. Die mit Glockenklang, Gottesdienst, Chor und Gesprächsrunden Heimat schaffen und unserer Tun in den größeren Sinnzusammenhang stellen. Seelsorge, die für Soldaten unverzichtbar ist in einer Welt, die eher auf Gewalt angelegt ist. Doch es gibt auch Funken und Flämmchen der Hoffnung.

Abwesenheit im Einsatz hinterlässt Lücken in der Heimat. Wir wollen allen danken, Laien und Geistlichen, die diese Lücken schließen. Ich danke dem Vorstand und vor allem Herrn OTL Schmitt für die Wahrnehmung der Aufgaben des Vorsitzenden, deren Erfüllung mir aus dem Einsatz nicht möglich waren, von ganzem Herzen.

Die Spinne im Netz, das Öl im Getriebe, der gute Geist usw. im Vorstand ist unser so genannter Geschäftsführer, Herr Heinz, aus dem Referat V des KMBA. Er hält die Dinge zusammen, bewahrt die Übersicht, erledigt administrative und inhaltliche Arbeit unter der Mentorschaft von Prälat Walter Theis, unserem bischöflichen Beauftragten und unverzichtbarem Berater.

Einmal mehr, Ihnen beiden ein ganz herzliches „Dankeschön“ von der Zentralen Versammlung.

Die Vorstandsmitglieder haben auch im vergangenen Jahr wieder an den Arbeitskonferenzen teilgenommen. Das fördert den Informationsfluss und stärkt den Dialog, ist also eine höchst nützliche Einrichtung.

Das Wissen um die Lage in den Wehrbereichen im Überblick sollte aber nicht nur beim Vorstand vorhanden sein. Alle Delegierten der ZV sollten ihn zur eigenen Orientierung haben. Deshalb wurde der folgende Programmpunkt bei der ZV 1998 neu eingefügt. Wir sind jetzt gespannt auf die Berichte aus den Wehrbereichen. □

Der Soldat hat einen Anspruch auf Militärseelsorge

Beobachtungen zur Verwirklichung des gesetzlich verbürgten Anspruchs der Soldaten der Bundeswehr auf Seelsorge

VOLKER W. BÖHLER

Der hier vorgestellte Beitrag ist das Ergebnis von Beobachtungen des Sachausschusses I („Dienstalltag und Christsein“) der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs. Der Beitrag untersucht die Verwirklichung des gesetzlich verbürgten Anspruchs des Soldaten auf Seelsorge (§ 36 SG – Soldaten-Gesetz) unter den veränderten Rahmenbedingungen. Er geht auf Besonderheiten der Seelsorgesituation in den neuen Bundesländern ein. Neben einer Bestandsaufnahme zum Ende des Jahrhunderts gibt der Bericht Anregungen und Empfehlungen für die künftige Arbeit. Ein Ausblick auf das neue Jahrtausend schließt die Untersuchung ab. Gedanken und Erfahrungen aus der Sicht des Truppenführers sind in diese Arbeit eingeflossen.

1. Veränderte Rahmenbedingungen

Mit der Wiedervereinigung unseres Landes und der damit einhergehenden Verkleinerung der Streitkräfte (einschließlich der Integration von Teilen der NVA) haben sich die Rahmenbedingungen für die Katholische Militärseelsorge des letzten Jahrzehnts vor der Jahrtausendwende deutlich verändert.

So gehörten im Jahre 1996 ca. 39 % der Soldaten der evangelischen Kirche und ca. 32 % der katholischen Kirche an. Ca. 29 % der Soldaten waren an keine der beiden großen Volkskirchen gebunden.¹

In den neuen Bundesländern ist das Verhältnis noch drastischer. Auf ca. 76 % kirchlich unbundener Soldaten kommen ca. 6 % katholische Christen.²

Die Verkleinerung der Streitkräfte, die Aufgabe von zahlreichen Standorten, die Reduzierung von Dienststellen der Militärseelsorge sowie die flächenmäßige Ausdehnung nach der Wiedervereinigung haben die Militärseelsorgebezirke vergrößert und damit die Verfügbarkeit der Militärpfarrer vor Ort deutlich reduziert.

Diese Situation wird durch Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen des erweiterten Auftrages noch prekärer.

Derzeit verfügt die Katholische Militärseelsorge über 98 Dienst-

stellen, die bis zum Jahre 2000 auf 92 reduziert werden sollen.³

In den neuen Bundesländern sind derzeit neun hauptamtliche Dienststellen mit fünf Militärpfarrern, zwei Pastoralreferenten (bei 2 Vakanzen) und 27 Standortpfarrer im Nebenamt eingesetzt.

Die Bundeswehr ist mit ca. 15 % ihrer Friedensstärke in den neuen Bundesländern stationiert.⁴ Der Anteil an hauptamtlichen Planstellen für Militärpfarrer beträgt dort ca. 11 %.

Aus der Summe der genannten Faktoren ist auch unschwer erkennbar, dass die finanziellen Ressourcen sich spürbar verkleinert haben.

2. Zur Lage der Militärseelsorge

Der Generalinspekteur führte zur Bedeutung der Militärseelsorge auf der 36. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Berlin am 3. November 1997 u.a. aus: „Die Militärseelsorge bleibt ein ganz wichtiger Bestandteil unseres Dienstes, ja, sie gewinnt auch durch Auslandseinsätze der Bundeswehr eine neue Bedeutung. ... Dabei muss uns die Militärseelsorge in den neuen Truppenteilen in Ostdeutschland besonders am Herzen liegen. Die katholische Seelsorge ist aufgebaut, für die evangelische Militärseelsorge gibt es mit der Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit mit den Evangelischen

Inhaltsverzeichnis

1. Veränderte Rahmenbedingungen
2. Zur Lage der Militärseelsorge
 - 2.1 Militärseelsorge, unverzichtbarer Bestandteil
 - 2.2 Bestandsaufnahme
 - 2.2.1 Bewährte Strukturen in den alten Bundesländern
 - 2.2.2 „Neuland“ in den neuen Bundesländern
 - 2.2.3 Erweitertes Aufgabenspektrum
 - 2.2.4 Lebenskundlicher Unterricht (LKU)
 - 2.2.5 Ausbildung der Offiziere und Unteroffiziere
 - 2.2.6 Katechese
 - 2.2.7 Intensiv-Veranstaltungen
 - 2.2.8 Begegnungen mit dem Militärgeistlichen oder Pastoralreferenten
 - 2.2.9 Einbringung in die zivilen Gemeinden
 - 2.2.10 Information
 - 2.3 Das Bild des Vorgesetzten christlicher Prägung
3. Ausblick

Landeskirchen eine tragfähige Grundlage für die nächsten Jahre. Ich erwarte, dass Sie die Militärgeistlichen und Seelsorger auch weiterhin nach Kräften unterstützen, aber auch aktiv für die Militärseelsorge eintreten.“

Es lohnt sich, die Wertschätzung der Militärseelsorge durch unsere Inspektoren nachzulesen. Exemplarisch möchte ich das Grußwort des Inspektors der Luftwaffe zum Weihnachtsfest 1997 zitieren:⁵ „... Menschenführung ist die wichtigste Führungsaufgabe auf allen Ebenen. Hierbei hat sich die Militärseelsorge als eine unverzichtbare Hilfe erwiesen. Der Militärpfarrer ist für die Soldaten und ihre Familien ein wichtiger und geschätzter Rat- und Haltgeber in Belastungssituationen, er prägt auch das Menschenbild unserer Soldaten und vermittelt letztlich die ethischen Grundlagen unseres Dienstes. ...“

2.1 Militärseelsorge, unverzichtbarer Bestandteil des Dienstes

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass trotz veränderter und teilweise auch schwieriger Rahmenbedingungen die Seelsorge unter den Soldaten und ihren Familienangehörigen unverzichtbarer Teil unseres Dienstes ist.

Die Feststellungen des Generalinspektors und der Inspektoren – viel mehr aber noch die Wertschätzung durch die Militärgemeinde – belegen diese Unverzichtbarkeit eindeutig.

Die Tatsache, dass die Werteordnung und das sittliche Bewusstsein sich in unserer Gesellschaft in den letzten 30 Jahren verändert haben, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Soldat, der als Teil der Exekutive Waffenträger ist, einer besonderen charakterlichen und sittlichen Verantwortung unterliegt.

Es empfiehlt sich, die nunmehr vor über 40 Jahren erlassene ZDv 66/1 (Militärseelsorge) in Erinnerung zu rufen. Dort heißt es in den Grundsätzen: *„Die Militärseelsorge ist der von den Kirchen geleistete, vom Staat gewünschte und unterstützte Beitrag zur Sicherung der freien religiösen Betätigung in den Streitkräften. Sie stellt sich die Aufgabe, unter Wahrung der freiwilligen Entscheidung des einzelnen das religiöse Leben zu wecken, zu festigen und zu vertiefen. Dadurch fördert sie zugleich die charakterlichen und sittlichen Werte in den Streitkräften und hilft die Verantwortung tragen, vor die der Soldat als Waffenträger gestellt ist.“*

Militärseelsorge ist Teil der gesamten kirchlichen Arbeit, ausgerichtet auf die Besonderheiten des militärischen Dienstes. ...“

In diesem Sinne leisten unsere Militargeistlichen, Pastoralreferenten und ihre Mitarbeiter in der Verkündigung des Wortes Gottes (martyria), der Feier der Sakramente (liturgia) und dem Dienst am Menschen (diakonia) eine ganz hervorragende Arbeit.

Die Tatsache, dass der Militärseelsorgevertrag – im Gegensatz zu den Evangelischen Landeskirchen – im Beitrittsgebiet kein Hindernis darstellte, ermöglichte einen frühen, flächendeckenden Aufbau der Katholischen Militärseel-

sorge, wo sie in einem schwierigen Terrain behutsame, gute Arbeit leistet.

2.2 Bestandsaufnahme

Im Folgenden soll nun versucht werden, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. Dabei sollen Dienstalltag und Christsein in den Streitkräften unter besonderer Berücksichtigung des gesetzlich verbürgten Anspruchs auf Seelsorge, des religiösen Lebens der Soldaten und ihrer Familien und der Pastoral analysiert werden. Außerdem wird auf jurisdiktionsübergreifende Aspekte eingegangen. Empfehlungen werden – soweit möglich – fortlaufend gegeben.

Viele Feststellungen gelten für den Gesamtbereich der Katholischen Militärseelsorge, einige Aussagen treffen speziell auf die Situation in den neuen Bundesländern zu.

2.2.1 Bewährte Strukturen in den alten Bundesländern

Auch wenn – bedingt durch die veränderten Rahmenbedingungen, insbesondere durch die Vergrößerung der Militärseelsorgebezirke – gewisse Einschränkungen im Sinne des Ganzen hingenommen werden müssen, die in den einzelnen Bezirken auch schmerzhaft sein können, so ist dennoch festzustellen, dass in den alten Bundesländern *„Kirche unter den Soldaten“* lebt und funktioniert. Dies trifft sowohl auf kirchliche Amtshandlungen, Militär- und Standortgottesdienste als auch den Bereich kirchliches (Militär)-Gemeindeleben und die Mitwirkung bei der Betreuung von Soldaten und deren Angehörigen zu.

Tiefe und Verankerung des religiösen Lebens einer Militärgemeinde sind, entsprechend einer sich nach Norden stärker auswirkenden Diasporasituation, von unterschiedlicher Intensität.

Allerdings ist festzustellen, dass die zur Vertiefung des religiösen Lebens angebotenen Rüstzeiten, Einkehrtage, Exerzitien, Werkwochen und Wochenendveranstaltungen seit den frühen 90-er Jahren eine deutliche, im Bereich der Mannschaften und Unteroffiziere ohne Portepée gar drastisch gesunkene Teilnehmerzahl aufweisen.⁷

2.2.2 „Neuland“ in den neuen Bundesländern

In den neuen Bundesländern stellt sich die Situation schwieriger dar, da auf jahrelang bewährte Strukturen in aller Regel nicht zurückgegriffen werden kann. Hinzu kommt, daß man haupt- und nebenamtlichen Standortpfarrern und Pastoralreferenten aus den neuen Bundesländern einfach zugestehen muss, dass sie Erfahrungen sammeln, die ihre Mitbrüder im Westen meist schon besitzen. Funktionierende Strukturen des Laienapostolats wie z.B. Pfarrgemeinderäte oder die GKS haben sich noch nicht entwickelt. Militärfarrern und engagierten Christen muss auch die Chance und Zeit eingeräumt werden, „sich zu finden“. Dies bleibt allzu häufig dem Zufall überlassen. Für engagierte Laien bedeutet dies auch, Flagge zu zeigen und sich dem Militargeistlichen, aber auch den Kameraden erkennen zu geben. Die ansonsten richtige Zurückhaltung wäre hier fehl am Platz.

Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich aus heterogener Zusammensetzung und regionaler Herkunft der Angehörigen eines Verbandes. Funktionsträger, die sich als Laien engagieren, sind meist Pendler, ihre Familien wohnen häufig in den alten Bundesländern. Dort sind sie in aller Regel in die Gemeinden eingebunden. Für ein religiöses Gemeindeleben – auch am Wochenende im Standort – steht dieser Personenkreis meist nicht zur Verfügung.

Die überwiegende Mehrzahl der jungen Soldaten (Grundwehrdienstleistende und junge SaZ bis zum Dienstgrad Fw/OFw) und das Gros der älteren Soldaten aus der ehemaligen NVA gehören keiner Konfession an. Hier mag die Beobachtung gelten, dass ein kleiner Teil der jüngeren Soldaten durchaus ein Interesse an religiösen Fragen hat, sich aber nicht binden will. Der überwiegende Teil verhält sich – ähnlich wie die älteren Soldaten aus der ehemaligen NVA – distanziert bis ablehnend. Für die Militärseelsorge stellt sich hier eine Aufgabe, die mit Fingerspitzengefühl und Behutsamkeit angegangen werden muss. Auch muss man sich darüber im Klaren sein, dass Enttäuschungen, Misserfolge und Frustration diesen Dienst begleiten werden.

Blick ins Plenum der Zentralen Versammlung (Foto: F. Brockmeier)

Pfarrer und engagierte Laien sind von diesem Phänomen gleichermaßen betroffen. Dies darf aber nicht zur Resignation führen, im Gegenteil, dies muss als Chance begriffen werden.

2.2.3 Erweitertes Aufgabenspektrum

Es darf keinerlei Zweifel darüber geben, dass unsere Soldaten, die im Rahmen internationaler Friedensmissionen im Ausland ihren Dienst verrichten, einer besonderen seelsorgerischen Betreuung bedürfen. Gleiches gilt für die Familienangehörigen dieser Soldaten. Einsätze dieser Art werden künftig eher vermehrt auf uns zukommen.

Die Besonderheiten dieses Dienstes werden bei der Personalauswahl der Pfarrer eine Reihe von Voraussetzungen wie gesundheitliche Eignung, Sprachausbildung, Sanitätsausbildung und eine lehrgangsgebundene Ausbildung am Zentrum für Innere Führung und der Infanterieschule erfordern, die zwangsläufig zu einer Einengung auf einen bestimmten Personenkreis führen. Der Begriff „Pool“ beschreibt diese Situation treffend.⁸

Auch wenn die Stärke der in kooperativer Konfliktverhütung und Krisenbewältigung eingesetzten Truppen (derzeit ca. 3.000)⁹ im Vergleich zur Gesamtstärke der Streitkräfte einen kleinen Anteil ausmacht, so werden die im Inland zu betreuenden Soldaten und ihre Familien Einschränkungen und Eingriffe hinnehmen müssen.

Dafür muss einerseits bei den Betroffenen um Verständnis geworben werden, andererseits sind diese Eingriffe durch geeignete Maßnahmen zu minimieren. Kooperative Pastoral, die Zusammenlegung von Seelsorgeregionen, Beauftragung von Standortpfarrern im Nebenamt, stärkere Einbindung in bestehende zivile Pfarrgemeinden und eine Aktivierung der Mitarbeiter im Laienapostolat könnten zur Entschärfung dieser Situation beitragen.

Derzeit sind bei einem Gesamtstreitkräfteumfang von 338.000 Soldaten 284.000 als Hauptvertei-



digungskräfte (HVK) und 53.600 Soldaten als Krisenreaktionskräfte (KRK) ausgewiesen.¹⁰

Im Rahmen der Kernaufgaben der Bundeswehr könnten unter bestimmten Voraussetzungen bereits im Frieden mehr Soldaten zu Auslandseinsätzen herangezogen werden als die uns bislang vertraute Zahl von ca. 3.000.

Denkbar wären Einsätze von präsenten Kräften – auch nach kurzer Vorwarnzeit – zur

- Landes- und Bündnisverteidigung in Zentraleuropa,
- Krisenreaktion außerhalb Zentraleuropas
- Krisenbewältigung im erweiterten Aufgabenspektrum (UN, WEU, NATO, OSZE),
- Rettung und Evakuierung,
- Humanitären Hilfeleistung.

Die konzeptionelle Leitlinie des Bundesministeriums der Verteidigung verlangt eine Fähigkeit zum gleichzeitigen Einsatz von Kräften bis zur maximalen Größenordnung einer Heeresdivision sowie entsprechender Luftwaffen- und Marinekontingente.¹¹

Dies muss bei der Vorbereitung und Zusammenstellung des „Pools“ sowie der im Inland zu leistenden seelsorgerischen Betreuung planerisch berücksichtigt werden.

2.2.4 Lebenskundlicher Unterricht (LKU)

Zu Sinn und Aufgabe des Lebenskundlichen Unterrichts führt die ZDV 66/2 u.a. aus:¹²

... „Der Lebenskundliche Unterricht behandelt sittliche Fragen, die für die Lebensführung des Menschen, seine Beziehung zur Umwelt und für die Ordnung des

Zusammenlebens in jeder Gemeinschaft wesentlich sind. Er hat die Aufgabe, dem Soldaten Hilfe für sein tägliches Leben zu geben und damit einen Beitrag zur Förderung der sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte zu leisten, die mehr noch als fachliches Können den Wert des Soldaten bestimmen.

Der Lebenskundliche Unterricht fußt auf den Grundlagen christlichen Glaubens und wird von den Militärgeistlichen erteilt. Er appelliert an die freie und freudige Mitarbeit des einzelnen.“

In seinem Lagebericht zur Katholischen Militärseelsorge stellte der Militärgeneralvikar während der 37. Woche der Begegnung 1997 u.a. fest:¹³

„Der LKU ist nach wie vor der Zugang vor allem zu den jungen Soldaten. Er schafft Begegnung, eröffnet das Gespräch, ermöglicht, die Lebenswelt aller Soldaten kennen zu lernen, und schließlich gibt er die Chance, unsere seelsorglichen Angebote, etwa Intensivveranstaltungen, den Soldaten bekannt zu machen. Je weniger LKU stattfindet, umso weniger sind wichtige Voraussetzungen gegeben, die Seelsorge im weiteren Sinne wahrzunehmen. Wir alle müssen, jeder an seinem Platz, für den Lebenskundlichen Unterricht eintreten. ...“

Die Sorge des Militärgeneralvikars scheint nicht unbegründet. Langjährige Beobachtungen haben gezeigt, dass der LKU mehr als gelegentlich als vernachlässigbares Anhängsel betrachtet wird, das einem dichten Übungsprogramm, dem enger gewordenen Zeitrahmen (W 10) aber auch der täglichen Alltagsarbeit und Routine untergeordnet wird.

Selbst praktizierende Christen in entsprechender Vorgesetztenfunktion sind nicht immer davon frei, so zu handeln. Diese Bewertung soll aber nicht die Arbeit derjenigen Vorgesetzten schmälern, die sich dieser Aufgabe mit Hingabe annehmen.

Der Anteil an konfessionslosen Offizieren in der Führungsfunktion Chef/Zugführer liegt in den alten Bundesländern bei über 30 %. In den neuen Bundesländern ist dieser Anteil deutlich höher; er liegt bei ca. 50 %.¹⁴

In der Führungsfunktion Kompaniefeldwebel (Spieß) mag diese Zahl zwischen 15 und 30 % liegen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass sich dieser Personenkreis zur Thematik „Lebenskundlicher Unterricht“ eher dilatorisch verhält. Bestenfalls wird er Vorschriften und Befehle erfüllen, häufig wird es weniger sein.

Auch muss beachtet werden, dass der prozentuale Anteil konfessionsloser Offiziere und Unteroffiziere sich in den nächsten Jahren eher vergrößern wird, da diese Laufbahn für Bewerber aus den neuen Bundesländern zunehmend an Attraktivität gewinnt.

Aufgaben der Kommandeure, Dienststellenleiter und Einheitsführer sind in der ZDv 66/2, Abschnitt C klar festgelegt und befohlen. Der Kernsatz dieser Aufgaben lautet: *„Der Lebenskundliche Unterricht wird um so eher seinen Zweck erfüllen, je mehr die Vorgesetzten seine Bedeutung erkannt haben, die sittlichen Werte, die er vermittelt, bejahen und dies im täglichen Leben beweisen.“*

Diese Vorschrift hat immer noch ihre volle Gültigkeit, und Vorgesetzte aller Ebenen tun gut daran, sie wieder einmal in die Hand zu nehmen. In diesem Zusammenhang sei auch durchaus nochmals auf das „Grundwerk“, die ZDv 66/1 verwiesen, die im Abschnitt D die Aufgaben der Truppführer beschreibt.

2.2.5 Ausbildung der Offiziere und Unteroffiziere

Die Lehrpläne für die Offizier- und Unteroffiziersausbildung, besonders aber die Curricula der Kommandeur-, Chef- und Kompaniefeldwebellehrgänge sollten mit dem Ziel überprüft werden, die Bedeutung der Militärseelsorge im

Lehrplan angemessen auszuweisen. Hier ist nicht der LKU gemeint.

Im Rahmen von Kommandeur-, Chef- und Spießtagungen könnte bis zur Ebene der Division den Militärfarrern für die Darstellung ihres wertvollen Dienstes ein Forum geschaffen werden, bei dem sie ihre unmittelbaren Gesprächspartner sensibilisieren.

2.2.6 Katechese

Erfahrungen mit ungetauften Soldaten aus den neuen Bundesländern zeigen, dass ein eher kleiner Teil der jungen Soldaten ein erkennbares Interesse an religiösen Fragen hat und das Gespräch mit den Militärggeistlichen sucht.

Kenntnisse über den christlichen Glauben, selbst Basiskenntnisse sind nicht vorhanden, da sie unvermittelt blieben. Wenn wir also unsere Hilfe anbieten, so müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir diesem Personenkreis ein Grundwissen über unseren Glauben einfühlsam vermitteln können, das vielleicht später zu einer kirchlichen Bindung führen kann.

In den meisten Fällen wird dies eine Individualhilfe sein. Praktische Katechese in der Gruppe, wie z.B. der Besuch eines katholischen Gotteshauses mit einer Unterweisung vor Ort können aber ebenso ein wichtiger Schritt im Vermitteln von Grundkenntnissen unseres Glaubens sein.

2.2.7 Intensiv-Veranstaltungen

Der Rückgang der Teilnehmerzahlen für die angebotenen Intensiv-Veranstaltungen wie Exerzitien, Werkwochen, Wochenendveranstaltungen, Akademietagungen usw. ist regional sehr unterschiedlich.

In den neuen Bundesländern ist diese Entwicklung durch ein insgesamt schwierigeres Umfeld eher erklärlich. In den alten Bundesländern sind die Ursachen u.a. in den veränderten Rahmenbedingungen, einer Abnahme der Kirchlichkeit und einer Verflachung des Glaubens zu suchen.

Auch hier bietet sich – wie bei Wallfahrten und Pilgerreisen – eine übergreifende Zusammenfassung von Aktivitäten der einzelnen Seelsorgebezirke, gegebenenfalls auch der Wehrbereiche an,

über die flächendeckend – auch zu den Inhalten – informiert werden muss. Dies kann auch durchaus im Lebenskundlichen Unterricht mit entsprechenden Hinweisen auf Sonderurlaub und Kostenübernahme erfolgen.

Insgesamt darf man sich aber nicht „verzetteln“. Lieber wenige, gut besuchte Veranstaltungen als viele mit geringer Beteiligung. Auch sollte nicht verkannt werden, dass die Arbeit mit kleineren Gruppen häufig intensiver und effektiver ist.

2.2.8 Begegnungen mit dem Militärggeistlichen oder Pastoralreferenten

Gerade unsere jungen Soldaten brauchen die persönliche Begegnung und das Gespräch. Bewährtes wie Begrüßungsgespräche nach der Zuschleusung, Gebetsfrühstücke, Abendrunden, Bibel- und Glaubensgespräche sollten reaktiviert werden. Dies kann auch im Rahmen von Übungen im Felde oder im Katastropheneinsatz wie beispielsweise an der Oder geschehen. Die Präsenz unserer Pfarrer vor Ort hat die jungen Männer stark beeindruckt.

Der Rolle der Pfarrhelfer als Erstansprechpartner kommt eine ganz besondere Bedeutung zu.

Hier sind in erster Linie die Standortpfarrer gefordert, sie müssen aber durch engagierte Laien unterstützt werden. Der Bedarf an administrativer und organisatorischer Unterstützung durch die Laien wird bei Standortpfarrern im Nebenamt größer sein.

Zugeben, bei knapper Zeit und großen Bereichen nicht immer einfach, aber es lohnt sich.

2.2.9 Einbringung in die zivilen Gemeinden

Große Seelsorgebereiche und längere Vakanzen müssen nicht unbedingt den Verzicht auf Teilhabe an der Seelsorge bedeuten. Zur Einbringung in die örtliche Gemeinde sollte ausdrücklich ermutigt werden. In den Fällen, in denen Standortpfarrer im Nebenamt eingesetzt werden, bietet sich dies geradezu an. Die Teilnahme am Gemeindeleben, den Festen, den Wallfahrten usw. wird dort gerne gesehen, wobei man in der Gemeinde um die „Gastrolle“ der Soldaten weiß. Auch sollte man

sich nicht scheuen, gelegentlich – insbesondere bei Hochfesten – in Uniform teilzunehmen. Kommandeure sollten keine Berührungsängste haben, die Begegnung mit den zuständigen Diözesanbischöfen zu suchen.

Es darf aber nicht verschwiegen werden, dass man in katholischen Gemeinden in den neuen Bundesländern Soldaten gelegentlich noch reserviert begegnet.

Soldatengottesdienste, die an zentraler Stelle mit den Ortsbischöfen gefeiert werden, unterstreichen die brüderliche Verbundenheit der Ortsdiözese mit der Militärdiözese. Die in den alten Bundesländern entstandene Tradition, diese Gottesdienste mit dem Weltfriedenstag zu verbinden, wird durch die Feier besonderer Soldatengottesdienste in den Bistümern der neuen Bundesländer sinnvoll erweitert. Diese Begegnungen stellen eine gute Gelegenheit dar, sich gegenseitig kennen zu lernen.

Genauso wichtig ist die Öffnung nach innen. So können die Sternsingerkinder einer Gemeinde ihre Segenswünsche in eine Kaserne tragen. Mauern und Zäune werden für den zivilen Bereich transparent. Der Besuch der Kinder löst bei ungetauften Kameraden wichtige Fragen aus. Eine Nikolausfeier oder ein Krippenspiel in der Kaserne erreicht nicht nur Kinder der Soldaten oder der örtlichen Gemeinde, sondern auch die Erwachsenen.

All dies mögen nur kleine Schritte sein, wenn Gott will, werden sie eines Tages wie Sauerteig wirken. Die hier aufgezeigten Empfehlungen sind besonders als behutsame Rückerinnerung an „verlorenes“ christliches Gut in den neuen Bundesländern geeignet.

2.2.10 Information

Aus den alten Bundesländern sind keine gravierenden Defizite bekannt. Die bewährten Strukturen und Informationskanäle sind eingespielt.

In den neuen Bundesländern ist noch Nachbesserungsbedarf. Hier herrscht häufig eine „Einzelkämpfer“-Situation, in der Informationen schwieriger an den Mann gelangen. Auch mögen nebenamtlich besetzte Stellen, große

Seelsorgebezirke und Vakanzen ihren Teil zu Informationsverlusten beitragen. Hier sind ehrenamtliche Laien zur Unterstützung der Standortpfarrer besonders gefordert. Engagierte Laien müssen als Ansprechpartner identifiziert und in einem Netzwerk verknüpft werden. Sie sind quasi „Informationsmittel“.

Auch einige altbewährte Hilfsmittel sollen in Erinnerung gerufen werden. Es empfiehlt sich die Anbringung eines „schwarzen Bretts“ an zentraler Stelle, klar gekennzeichnet mit dem Christkönig-Kreuz der Katholischen Militärseelsorge. Bilder der Pfarrer, Pastoralreferenten, Pfarrhelfer und gegebenenfalls der Ansprechpartner mit Anschrift und Telefonnummer ermöglichen den Soldaten jederzeit eine Kontaktaufnahme.

Standortbroschüren, die den Soldaten bei Neuzuschleusung ausgehändigt werden, bieten ebenfalls eine gute Plattform, die Militärseelsorge vorzustellen. Dies sollte bei Neuerstellung und Überarbeitung stets beachtet werden.

Denkbar wäre auch ein zentrales Blatt (eine Art Pfarrbrief), das neben geistlichen Impulsen über Ereignisse, Termine, Exerzitien, Pilgerreisen usw. Auskunft gibt. Als herausgebende Stelle bietet sich das Büro des Wehrbereichsdekans an, da dort alle Informationen zentral zusammenlaufen. Eine quartalsmäßige Herausgabe dürfte dem Informationsanspruch genügen. Ein „lokales“ Blatt des Standortpfarrers könnte diese zentrale Information gegebenenfalls ergänzen. Wo sich dies nicht anbietet, mag der Pfarrbrief der zivilen Gemeinde durchaus von Interesse sein.

Großveranstaltungen – wie z.B. Tage der Offenen Tür – sind ein gutes Forum, Sinn und Aufgaben der Militärseelsorge vorzustellen. Hier werden sowohl Soldaten als auch zivile Besucher erreicht. Info-Zelte, Stellwände und entsprechende Podiumsveranstaltungen sind ein wichtiger Informationsträger, um ein breites Publikum auf Fliegerhorsten oftmals 100.000 Besucher – anzusprechen. In den neuen Bundesländern können Veranstaltungen dieser Art auch dazu beitragen, noch vorhandene Berührungsängste abzubauen.

Diözesan- und Dekanatsveranstaltungen bieten ebenfalls eine gute Plattform, die Militärseelsorge darzustellen. Hier bietet sich besonders die enge Zusammenarbeit mit den Standortpfarrern im Nebenamt an.

Die drastischen – etatbedingten – Reduzierungen des Zeitungs- und Zeitschriftendienstes wurden allgemein mit großem Bedauern aufgenommen. Es bleibt zu hoffen, dass wenigstens das „Weltbild“ mit dem „Kompass“ erhalten werden kann.

2.3 Das Bild des Vorgesetzten christlicher Prägung

Die letzten 30 Jahre dieses Jahrtausends haben unzweifelhaft eine Veränderung der Werteordnung – manche nennen es drastischer einen Werteverfall – mit sich gebracht. Die traditionelle christliche Werteordnung, auf der die Grundwerte unserer Verfassung fußen, sieht sich in „Konkurrenz“. So werden im Bereich der Streitkräfte konfessionslose Vorgesetzte ihre Werteordnung eher aus einem atheistischen Humanismus herleiten und diesen zur Richtschnur ihres Handelns machen. Vorgesetzte mit christlicher Bindung werden ihre Wertvorstellung aus ihrem Glauben schöpfen.

Bei unterschiedlicher Motivation beider Gruppen bilden das Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Würde des Menschen eine solide, tragfähige Klammer.

Unmissverständlich stellt der Generalinspekteur der Bundeswehr den Zusammenhang zwischen dem breiten Feld der Erziehung und der Militärseelsorge her: „... Wir alle wissen aus eigenem Erleben, wie die Militärseelsorge uns in unserer Erziehungsaufgabe beistehen kann. Ich spreche hier ganz bewusst nicht von der Unterstützungsfunktion, Militärseelsorge ist keine militärische 'Hilfswissenschaft'. Aber christliche Grundwerte und die Grundwerte unserer Verfassung sind deckungsgleich. Daraus folgt, dass wir als verantwortliche Vorgesetzte nur in enger Zusammenarbeit mit den Militärgeistlichen und gemeinsam die Grundfragen unseres Berufes klären und erklären können. ...“¹⁵

Ein Vorgesetzter christlicher Prägung wird sich stets daran messen müssen, wie er seine Werteordnung im täglichen Dienst lebt und wie er sie im Umgang mit seinen Untergebenen umsetzt. Auch muss ihm klar sein, dass sein Umfeld selbst ihn unter diesen Aspekten aufmerksam beobachten wird. So wiegt seine Vorbildfunktion doppelt.

Hierbei wird es nicht auf große Worte ankommen, sondern auf die Wirkkraft seines Handelns aus dem Glauben. Dies fängt beim tätigen Dienst am Menschen an und führt über die Annahme des Mitmenschen als Ebenbild Gottes bis hin zur Extremsituation, in der er das eigene Leben für den Gefährten riskiert. Militärisch ausgedrückt sind es die bewährten Tugenden der Fürsorge, des Verantwortungsbewusstseins, der Kameradschaft und der Tapferkeit.

Charisma (Ausstrahlung) und Caritas/Charité (Nächstenliebe) haben nicht zufälligerweise die gleiche sprachliche Wurzel. So wird die Frohe Botschaft sozusagen zur „Zentralen Dienstvorschrift“ für sein Führungsverhalten.

Zur Vorbildfunktion des christlich geprägten Führers gehört auch, dass er sich jenseits von Zeitgeist, Opportunismus und Populismus treu bleibt und dabei Toleranzgrenzen achtet.

3. Ausblick

An der Schwelle zum neuen Jahrtausend dürfen wir dankbar auf die vergangenen 45 Jahre zurückblicken. Die Katholische Militärseelsorge war den Soldaten ein verlässlicher Begleiter durch ein halbes Jahrhundert. Sie war auch „Kirche unter den Soldaten“ und ihren Angehörigen.

In den Jahrzehnten vor dem Ende des Millenniums wurden wir mit einer graduellen Werteverchiebung konfrontiert, die auch unser christliches Selbstverständnis nicht aussparte. Als Teil unserer Gesellschaft blieben auch die Streitkräfte von dieser Entwicklung nicht verschont.

Faktum ist, dass heute ca. 30 % unserer Soldaten keiner der großen Volkskirchen angehören. Dieser Anteil könnte sich künftig noch erhöhen. Der Anteil konfessionsloser

Offiziere liegt ähnlich hoch, er könnte in wenigen Jahren mehr als 40 % erreichen. Derzeit ist eine Trendwende nicht erkennbar.

Diese Entwicklung hat auch Auswirkungen auf den Etat der Militärseelsorge.

Die Militärseelsorge wird auch künftig den Anteil konfessionsloser Soldaten in ihre seelsorgerische Fürsorge einbeziehen müssen. Dies trifft auf das gesamte Aufgabenspektrum der Streitkräfte zu, wenn auch die im erweiterten Auftrag im Ausland gemachten Erfahrungen diese Notwendigkeit besser belegen. (In der Krise und in Gefahr ist man dem Herrgott häufiger näher.)

Bei einer Stärke von ca. 340.000 Soldaten im Frieden darf der für das Jahr 2000 avisierte Stellenplan von 92 Planstellen nicht weiter reduziert werden.

In den neuen Bundesländern wird man den Dienst der Militärseelsorge nicht in Kirchenbetritten oder Taufen messen können. Hier ist Behutsamkeit und Einfühlungsvermögen, aber auch persönliches Beispiel gefragt. Dort mag die Regel gelten: *„Sprich nicht dauernd über den Glauben, sondern verhalte dich so, dass man dich danach fragt.“*

Die Truppenführer aller Ebenen seien an ihre Aufgaben erinnert. Sie sind verantwortlich dafür, dass der Soldat seinen Anspruch auf Seelsorge (§ 36 SG) nicht einfordern muss. Wenn wir ehrlich sind, so müssen wir zugeben, dass es hier Abnutzungserscheinungen, um nicht zu sagen Nachlässigkeiten, gibt.

Dennoch besteht kein Grund zu Kulturpessimismus oder Trübsinn. Seelsorger, Laien und Truppenführer sind aufgefordert, aus den Erfahrungen zu lernen, Positives ins neue Jahrtausend mit hinüber zu nehmen und mit Freude und Elan, aber auch mit der Einsicht sich der Schwächen anzunehmen, die im eigenen Verantwortungsbereich liegen. Auch wenn die Motivation unterschiedlicher Natur sein mag, so sollten wir uns stets vor Augen halten, dass unsere verteidigungswürdigen Werte eine gemeinsame Wurzel haben, die sich in unserer christlich-abendländischen Tradition über zwei Jahrtausende hinweg entwickelt hat.

Anlässlich seiner Predigt zum Internationalen Soldatengottesdienst im Januar 1997 hat Kardinal Meisner in Anspielung auf das „Mörder-Zitat“ und in Umkehrung der Kain'schen Antwort: „Bin ich meines Bruders Hüter?“ den Soldaten in seinem Dienst so gekennzeichnet: *„Du bist Hüter deiner Brüder und Schwestern“*.¹⁶

Dies ist ein Ehrentitel, für den sich jede Anstrengung lohnt.

Anmerkungen

- 1) Jahresbericht 1996 der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages.
- 2) Heribert Lemberger, Aufbruch im Osten, Kompass Nr. 25/97. Andere Quellen gehen von einer höheren Prozentzahl von Nichtchristen und einem geringeren Anteil katholischer Soldaten aus.
- 3) – Walter Wakenhut, Personalplanung, Auftrag 226/96, Seite 9.
– Walter Wakenhut, Seelsorgeregionen, Auftrag 229/97, Seite 31 f.
- 4) BMVg FÜL I 2, 50.960 Soldaten, Stand Oktober 1997.
- 5) Kompass Nr. 26/97, Grußworte zum Weihnachtsfest.
- 6) – GenInspBw, 36. Kommandeurtagung der Bw 1997 in Berlin, 03.11.1997.
– Kompass Nr. 26/97, Grußworte zum Weihnachtsfest.
- 7) Jürgen Nabbefeld, Die Lage der Katholischen Militärseelsorge, Auftrag 228/97, Seite 67.
- 8) – Jürgen Nabbefeld, Die Lage der Katholischen Militärseelsorge, Auftrag 228/97, Seite 69.
– Walter Wakenhut, Personalplanung, Auftrag 226/96, Seite 9.
- 9) Bundeskanzler Helmut Kohl, Rede anlässlich der 36. Kommandeurtagung der Bw am 03.11.1997 in Berlin.
- 10) Führungsakademie der Bw, Konzeptioneller Rahmen zur Neuordnung und Weiterentwicklung der Bw, FB SPS/P 11.11.1997.
- 11) BMVg, Konzeptionelle Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bw, 12.07.1994.
- 12) ZDv 66/2 „Der Lebenskundliche Unterricht“, Abschnitt A
- 13) Jürgen Nabbefeld, Die Lage der Katholischen Militärseelsorge, Auftrag 228/97, Seite 67
- 14) Zahlen wurden exemplarisch in einem Verband West und Ost ermittelt. Verbände mit einem hohen Anteil von Angehörigen der ehemaligen NVA weisen eine deutlich höhere Zahl an konfessionslosen Funktionsträgern auf. Diese kann mehr als 80 % erreichen.
- 15) GenInspBw, 36. Kommandeurtagung der Bw 1997 in Berlin, 05.11.1997
- 16) Joachim Kardinal Meisner, Predigt zum Internationalen Soldatengottesdienst 1997 in Köln, Auftrag 228/97, Seite 9 f. □

„Deutschland im Umbruch – Was wird aus den Christen?“

MICHAEL RUTZ

1. Von der Bonner zur Berliner Republik

„Deutschland im Umbruch“ mit dem Untertitel „Was wird aus den Christen?“ haben wir uns als Thema vorgenommen. Dass Deutschland im Umbruch ist, spüren wir nicht erst, meine Damen und Herren, seit dem Ergebnis der Wahlen in Sachsen-Anhalt vom 26. April. Es bewegen sich Dinge seit der Wiedervereinigung in einer Geschwindigkeit, wie wir sie von den Veränderungsprozessen in Deutschland früher eigentlich nicht kannten. Wir befinden uns auf dem Wege von der Bonner zur Berliner Republik.

Es bedeutet etwas, das politische Zentrum zunächst einmal von der einen Stadt in diese andere zu verlegen. Es bedeutet etwas in den politischen Strukturen, auch im Denken eines Volkes, einen neuen gemeinsamen Nenner wieder finden zu müssen. Teilweise sind es Änderungen, die wir als Christen begrüßen.

Wenn man eine Republik neu zentriert und wenn zu einer Republik neue Mitglieder hinzutreten, gibt es Änderungen im Gesellschaftlichen, im Politischen und auch im Kulturellen ganz einfach deswegen, weil es neue Teilnehmer am gesellschaftlichen Diskurs gibt – auch Teilnehmer, die uns oft auch unbequem erscheinen, die fordernd daherkommen und die uns aus unserem gewohnten Gleis bringen.

Umgekehrt geht es den Bewohnern der ehemaligen DDR, den „Ossi's“, wie wir sagen, wohl ebenso: Sie haben neue Verhältnisse im Wirtschaftlichen, wie im Sozialen vorgefunden. Letztlich erwartet sie eine „Anschlussidentität“ und nicht eine gemeinsame neue Identität. Es stimmt schon, die DDR ist dieser Bundesrepublik beigetreten, hat sich ihr angeschlossen, untergeordnet, wie man das immer formuliert. Und im Westen herrscht die Angst, der Konsens könnte nicht mehr so leicht möglich sein, wie wir das gewohnt waren. Denn

Professor Michael Rutz, Chefredakteur der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“, bei seinem Vortrag vor der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs am 28. April 1998 in Untermarchtal

(Foto: M. Beyel, KMBA)

die Bundesrepublik war eine Konsensgesellschaft, die im Wesentlichen von den Parteien, von den Gewerkschaften und von den Kirchen getragen wurde. Das ist bis heute eigentlich die Staatspraxis. Der westliche Drang zur gesunden wirtschaftlichen Basis ist immer unser Alltag gewesen, auf den wir auch stolz waren.

Zwar stammten die Währungsreform 1948 – auch die Entschärfung und Beseitigung von Aufbauhemmnissen durch das Londoner Schuldenabkommen von 1952 und der Marshall-Plan – von den Alliierten, aber letztlich waren es die Deutschen, die den Aufbau durch Fleiß, durch Aufschwung, Organisation und Modernisierung geschafft haben. Der Schwung war gewissermaßen die Ausbildung der Demokratie. Er hat in diesem Lande zu sozialen Wohlstand geführt. Wohlstand hat dem Land auch auch politische Bedeutung gegeben, denn wenn die Bundesrepublik einen Zuspruch politischer Bedeutung weltweit hatte, so hatte sie diese nicht ihrer außenpolitischen Bedeutung wegen, sie war ja ein besetztes Land, sondern ihrer wirtschaftlichen Bedeutung wegen: Der Einfluss Deutschlands in die Weltpolitik gelang über die Weltwirtschaftsgipfel.

Die Wiedervereinigung hat diese Zentrierung und auch die Definition von der Bedeutung Deutschlands geändert, und geändert hat sie auch die Verfassungswirklichkeit. Die Verfassung ist zwar durch den Beitritt der ehemaligen DDR zur Verfassung der Bundesrepublik die gleiche geblieben. Aber eine Verfassung wird doch immer neu ausgefüllt. Eine Verfas-



INHALT

1. Von der Bonner zur Berliner Republik
2. Die Konsensgaranten Parteien, Kirchen und Gewerkschaften:
Was ändert sich?
 - 2.1. Das Parteiensystem
 - 2.2 Die Gewerkschaften
 - 2.3 Die Kirchen
3. Der Werteumschwung in der Bundesrepublik
 - 3.1 Gradmesser gesellschaftlichen Wandels
 - 3.2 Erziehungsziele
 - 3.3 Moral im privaten Bereich
4. Sinnkrisen und Orientierungsprobleme
 - 4.1 Erfahrungsverluste:
 - 4.2 Gegenwartsschrumpfung
5. Die Lage der christlichen Kirchen
 - 5.1 Der Verlust religiöser Substanz
 - 5.2 Die Ächtung des Religiösen
 - 5.3 Kirchliche Bindung trennt Ost und West scharf
 - 5.4 Kirchenmitgliedschaft Ergebnis bewusster Entscheidung
 - 5.5 Der Säkularisierungsprozess der Kirchen
6. Kirche und Medien

sung lebt und erhält die Ausfüllung ihrer Begriffe durch politisches Handeln und auch durch Konfliktdebatten über eine Verfassung, die letztlich dann im Urteil des Bundesverfassungsgerichts enden. Auf diese Art und Weise ändern sich auch Wertvorstellungen, wenn man Grenzen nach Osten verschiebt. Der gemeinsame Nenner wird anders. Lothar de Maizière hat einmal gesagt, Deutschland wird „östlicher und protestantischer“. Ob es östlicher wird, mag dahingestellt sein, wahrscheinlich ist das so. Aber es wird eigentlich nicht protestantischer, eher wird es atheistischer oder agnostischer. Die Protestbewegungen in den Kirchen der DDR haben sich ja nicht mit der gleichen Aktivität auf das kirchliche Leben in den neuen Bundesländern übertragen, wie wir uns das vielleicht gewünscht hätten.

2. Die Konsensgaranten Parteien, Kirchen und Gewerkschaften: Was ändert sich?

2.1. Das Parteiensystem

Die Konsensgaranten Parteien, Kirchen und Gewerkschaften sind dieser Änderung in besonderer Weise ausgesetzt. Die Änderungen in den Parteiensystemen kündigen sich langsam an. Blicken wir nur auf die CDU, die Christliche Demokratische Union. Was bedeutet es eigentlich, den Begriff „christlich“ im Namen zu führen, in einem Land, indem die Christlichkeit immer mehr zurückgeht? Früher war die Bundesrepublik ein Land, in dem Christentum und Staatsvolk in gewisser Weise identisch gewesen sind. Das ist im neuen Deutschland nicht mehr so. Auch schwindet in der CDU die Integrationsgarantie durch Helmut Kohl. Und in der CDU schwindet auch ihr Charakter einer Volkspartei. Dass eine Partei, die wie in Sachsen-Anhalt nur 23 Prozent der Wählerstimmen errungen hat, keine Volkspartei mehr ist, das ist offensichtlich. Hat die CDU die Ziele und Werte, für die sie immer stand, verspielt?

Die FDP war in der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik auch

ein Garant, weil sie immer der Balance zwischen den Parteien diente. Die FDP könnte demnächst ausgedient haben.

Die SPD ist – trotz eines momentanen Demoskopiehochs – in ihren Grundsätzen stark auf der Sinnsuche und in der Gefahr, zerrieben zu werden zwischen konservativen und linken Parteien, im Osten etwa zunehmend durch die PDS.

Der Parteienstaat, so wie wir ihn kennen, ist in der Bundesrepublik am Ende. Er ist im Wandel begriffen und es ist jedenfalls in der Bundesrepublik das Ende absoluter Mehrheiten angesagt. Wir könnten so etwas beispielsweise in einem Land, das sich das noch gar nicht vorstellen kann, in Bayern, demnächst erleben.

Neue Konstellationen kündigen sich an. Vor einigen Wochen wurde bei einem Abendessen bei Helmut Kohl darüber resümiert, ob nicht der nächste natürliche Koalitionspartner für die CDU die Grünen sein könnten. Im Jahre 2002 etwa, weil im grünen Denken und in dem, was die CDU denkt, ein gewisser gemeinsamer Konservatismus läge.

2.2 Die Gewerkschaften

Im Blick auf die Gewerkschaften zeigt sich der Wandel ebenso deutlich. Der DGB war früher sozialer Former und Konsensgarant, der für Integration und gegen politischen Extremismus stand. Erinnern Sie sich der großen Namen der Nachkriegszeit: Hans Böckler, Ludwig Rosenberg. Das waren beim Aufbau der Bundesrepublik Gesprächspartner für Leute wie Adenauer. Es waren Gesprächspartner, die über die Arbeitnehmerschaft der Bundesrepublik auch wirklich verfügen konnten. Diese Integrationsmöglichkeiten des DGB sind mittlerweile weitgehend geschwunden. Früher war es für die Gewerkschaften natürlich auch einfacher, sie lebten in einem Staat, in dem der Zuwachs am Bruttosozialprodukt sich immer auch in einem Zuwachs an Arbeitsplätzen niedergeschlagen hat. Da lässt es sich leicht verteilen und da lässt sich leicht – wenn man selber die Macht hat, zu verteilen – auch Bedeutung gewinnen. Heute ist der Zusammenhang zwischen

Wachstum und Arbeitsplätzen aufgehoben und die Verteilungsmasse ist verschwunden. Hinzu kommt, dass die Gewerkschaften sich einer Situation gegenübersehen, in der nationale Entgrenzungen die Zeit prägen. Zudem: Aus Arbeitern sind Angestellte geworden. Und überdies gibt es eine Aufspaltung der Verbandsinteressen. Auch auf Arbeitgeberseite setzen sich ganz unterschiedliche Interessen durch, Interessen, die nicht mehr in einem Verband zu fassen sind. Die Gegenüber-Macht des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist nicht mehr so einheitlich einsetzbar, wie das in den Nachkriegsjahrzehnten der Fall gewesen ist.

Deshalb gibt es mengenweise Austritte. Neue Identifikationen der Arbeitnehmer bilden sich heraus. Der Arbeitnehmer wird auch Aktionär. Der DGB befindet sich heute in einer Verteidigungssituation und muss sich der Austritte erwehren. Besitzstandswahrer bestimmen den Kurs und es gibt, was die Gewerkschaften betrifft, in Deutschland kaum noch eine Vision. Gestaltungsmacht besteht hauptsächlich im Defensiven, kein Blick nach vorne, weil soziale Verteilungsfreude eben von der Zukunft nicht mehr zu erwarten ist.

2.3 Die Kirchen

Ich sprach vorhin von Konsensgaranten, von den Parteien, von den Gewerkschaften und von den Kirchen. Werfen wir einen Blick auf die Kirchen. Die Kirchen befinden sich in der Bundesrepublik – man kann es nicht anders sagen – in einem Niedergang. Die Affinität zu den Kirchen sinkt. In Deutschland werden, wie auch in anderen Ländern, die moralischen Wertvorstellungen, die von Kirchen ausgehen, immer weniger akzeptiert. Es gibt einen Dissens zwischen den gesellschaftlichen Lebensvorstellungen und einer Kirchenhierarchie, die auf viele Menschen altertümlich wirkt. Im neuen Deutschland ist die Grundgesamtheit des deutschen Volkes und die Grundgesamtheit der Kirchen eben nicht mehr weitgehend identisch, wie es es in der alten Bundesrepublik gewesen ist. Wir haben in diesem Lande ungefähr 30 Millionen Atheisten oder Agnostiker, die den kirchlichen Gestal-

tungsanspruch in der Gesellschaft nicht mehr akzeptieren.

Das war früher – ganz früher auch im Osten – anders. In Berlin-Brandenburg gab es vor etwa 50 Jahren noch 80 Prozent Kirchengliederung. Das hat die DDR wirklich nachhaltig geschafft: einen Atheismus der DDR zu fördern. Das ist im Grunde das nachhaltigste Erbe, das wir aus der Zeit der DDR in die neue Bundesrepublik mitgenommen haben. Heute liegt die Kirchenbindung in West-Berlin bei 37 Prozent in Brandenburg bei unter 30 Prozent. Da hat etwas stattgefunden: „Das Zusammenreffen des ideologischen Materialismus im Osten mit einem praktizierten Materialismus im Westen“, wie es der evangelische Landesbischof Wolfgang Huber trefflich formulierte. Auch in der alten Bundesrepublik gibt es mittlerweile einen Verfall der Kirchlichkeit bei den Parlamentariern. Es lässt sich schon absehen, dass sich das im nächsten Parlament – die Kandidaten sind ja weitgehend aufgestellt – fortsetzen wird.

Die Zeichen dieses Verfalls der Kirchlichkeit bei den Parlamentariern sind deutlich. Das drückt sich in konkreter Politik aus: So müssten wir auch über den Religionsunterricht an unseren Schulen sprechen. Was dort abgeht, brauche ich Ihnen nicht weiter zu schildern. Gerade in den neuen Bundesländern sind Auseinandersetzungen um das Fach Lebenskunde, Ethik, Religion besonders heftig.

Ein anderes deutliches Zeichen, das wir in Deutschland sehen, ist der Umgang mit der Familie. Familie gilt nicht mehr als traditionale heterosexuelle Fortpflanzungsinstitution. Die Familie gilt nicht mehr als das ideale Lebensbild, das politisch zu fördern sei. Denn alle anderen Lebensformen werden dieser Familie gleichgestellt oder sollen doch rechtlich gleich gefördert werden, wenn sie diesen Zustand nicht bereits erreicht haben.

Andere Themen, etwa den Lebensschutz, möchte ich hier nicht ausführlich ansprechen. Die Abtreibungsproblematik bleibt ein misslicher Punkt. Ich denke, die Kirchen sind aufgerufen – auch wenn ihr politischer Einfluss nicht mehr so stark ist – hier keine Ruhe

zu geben. Der Einfluss der Kirchen ist geringer geworden, auch und gerade bei der evangelischen Kirche, die sich zusätzlich dadurch noch selber schwächt, dass sie sich eigenpolitisiert und es damit zu einer Zersplitterung in sich gekommen ist. Jetzt wollen wir nicht nur klagen, die Kirchen sind bei weitem keine Randgruppe, aber sie sind politisch nicht organisiert und wohl auch nicht organisierbar, denn die Leute wollen im Wesentlichen von den Kirchen den christlichen Beitrag zur Lebenswirklichkeit erklärt haben und sie sind ansonsten schwer in ein gemeinsames Raster, in eine gemeinsame Aussage zu bringen.

3. Der Werteumschwung in der Bundesrepublik

3.1 Gradmesser gesellschaftlichen Wandels

In der Bundesrepublik hat auch so etwas wie ein Werteumschwung stattgefunden. Es wächst, wenn man den Befund der empirischen Demoskopie betrachtet, das Unbehagen an der inneren Verfassung im Lande. Die Mehrheit der Deutschen hat zwar Optimismus und Zukunftsvertrauen, jedoch werden das gesellschaftliche Klima und der Umgang der Menschen miteinander äußerst pessimistisch bilanziert. Die Mehrheit sagt, die Menschen würden zunehmend selbstbezogener, egoistischer, rücksichtsloser, der Zusammenhalt werde schwächer, das gesellschaftliche Klima werde kälter. Diese Beobachtungen machten die „Prinzen“, eine Popgruppe, die singt: „Du musst ein Schwein sein auf dieser Welt“. Der Text sagt viel über die Empfindlichkeiten der Gesellschaft. Buchtitel haben reißenden Erfolg, die da heißen: „Gute Mädchen kommen in den Himmel, böse überall hin“. Zwei Drittel der Westdeutschen und drei Viertel der Ostdeutschen halten den Begriff „Ellenbogengesellschaft“ für eine zutreffende Beschreibung der Gesellschaft heute.

Trifft diese Kritik zu? Die Demoskopien stellen fest, dass es eine Diskrepanz gibt zwischen der allgemeinen negativen Einschätzung und der persönlichen Erfahrung. Beispiel: 85 Prozent der Bevölke-

rung der neuen Bundesländer sagt, die Lage der Frauen im Osten habe sich verschlechtert. Aber die große Mehrheit der Frauen in den neuen Bundesländern sagt, ihre Lage habe sich verbessert. Es gibt hier so etwas wie einen Realitätsverlust zwischen der eigenen und der öffentlichen Wahrnehmung. Es lohnt sich also genauer hinzusehen, wie das mit dem Egoismus und der wachsenden Kälte in der Gesellschaft wirklich ist. Da ergibt sich die Erkenntnis: Je enger der Kreis gezogen wird und je näher sich die Menschen stehen, desto seltener werden Erfahrungen mit egoistischem Verhalten gemacht. Nur elf Prozent der Nachbarn und sechs Prozent der Familienmitglieder haben Erinnerungen an negative Erfahrungen mit Egoismen, mit Egoisten in ihren jeweils kleinen Lebensbereichen.

Wir sind also, kann man sagen, auf dem Weg, unsere Moral zu spalten. Es gibt eine Binnenmoral für eine kleine Gruppe von Menschen, die uns etwas bedeuten, und es gibt eine Außenmoral für die außerhalb des Kreises, auf die es uns weniger ankommt. Wer nicht mein Freund ist, der ist mir egal, um den brauche ich mich nicht so sehr zu kümmern. Aber für meine Familie, für meinen Freundeskreis, da engagiere ich mich.

Das Klima einer Gesellschaft wird aber entscheidend geprägt von Umgangsformen und Rücksichtnahmen außerhalb des privaten Umfeldes. Die Einigungsfähigkeit einer Gesellschaft hängt auch von der Frage ab, ob überwiegend Partikularinteressen verfolgt werden oder ob ein Bewusstsein für Gemeinwohl existiert, für das Kompromisse geschlossen werden müssen. Fehlt ein Gemeinwohlbewusstsein, wird es schwierig mit dem Staat.

Die Betrachtung ergibt, dass die Menschen in den letzten 20 Jahren ohne Zweifel selbstbezogener geworden sind. Es haben sich Lebensziele und auch Lebensinhalte geändert. Heute ist es wichtig, selbst glücklich zu sein, viel von der Welt zu sehen. 1974 fanden es noch 27 Prozent Menschen besonders wichtig, das Leben zu genießen. Und 1994, 20 Jahre später, sind es schon 51 Prozent, die es besonders wichtig fin-

den, das Leben zu genießen. Gute materielle Verhältnisse für erstrebenswert halten heute 62 Prozent, aber nur 41 Prozent finden das „Engagement für andere Menschen“ besonders wichtig. Dabei ist die Lebensform heute von Vereinzelungen geprägt. 1890 waren nur sieben Prozent der Bevölkerung alleinlebend, 1950 waren es 19 Prozent und 1992 35 Prozent, und der Prozent-Satz der alleinlebenden Menschen in unserem Lande ist steigend.

Der Anteil derer, die 65 Jahre und älter sind, liegt heute bei 15 Prozent und wird im Jahre 2030 bei 26 Prozent liegen. Er wird sich also annähernd verdoppeln. Die Geburtenrate in Deutschland ist die niedrigste in Europa, das heißt, bei uns gibt es eine Entwicklung der Gesellschaft, auf die wir uns auch von unseren Gefühlen und auch von der Praxis des Zusammenlebens her einstellen müssen. Das bedeutet gegenüber den Einstellungen, die wir heute haben, notwendigerweise Änderung.

3.2 Erziehungsziele

Es gibt einen anderen Gradmesser für gesellschaftlichen Wandel, den die Demoskopie gerne benutzt. Das ist die Frage nach dem Erziehungsziel. Zugenommen haben seit 1967 Werte wie Toleranz, Durchsetzungsfähigkeit, Wissensdurst, Freude an Kunst und Interesse an Politik. Es spielen also heute die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten eine viel größere Rolle. Abgenommen haben in den letzten Jahrzehnten Selbstbeschränkungsziele, also Anpassungsbereitschaft, Gewissenhaftigkeit, Bescheidenheit, Sparsamkeit und religiöse Ziele.

Im Wandel der Erziehungsziele zeigt sich ein ganz wesentliches Merkmal des Wertewandels der letzten Jahrzehnte: Die Leitjahre waren 1968 bis 1973. Die APO, also die Außerparlamentarische Opposition, hat viel bewirkt. Sie hat sicherlich eine Veränderung der universitären und politischen und dabei auch der gesellschaftlichen Kultur bewirkt.

Von besonderer Tragweite sind die Veränderungen der Moralvorstellungen und die Haltungsänderungen der Gesellschaft zu Nor-

men. Religiöse und kirchliche Bindungen sind erdrutschartig zusammengebrochen. Auch der Fortschrittsglaube der 50er-Jahre ist Skepsis und Fortschrittskritik gewichen. Leitmotiv ist die Ausweitung individueller Freiheiten zu Lasten aller Begrenzungen. Man ist gegen Hierarchien, gegen feste Regeln und fremde Gruppeninteressen. Positiv daran ist wiederum, dass es eine Stärkung von Kleingruppen gibt, ein größeres Selbstbewusstsein der Bevölkerung und eine gestiegene Kritikfähigkeit.

Aber das Absolutsetzen von individueller Freiheit hat eben auch negative Folgen, vor allem in der sinkenden Bereitschaft, Regeln dort zu akzeptieren, wo das Gegenüber anonym ist. Also im Staat, in Solidargemeinschaften und auch in Unternehmen. Einstellungen haben sich geändert zu Ladendiebstahl, zu Versicherungsbetrug, zu Steuerhinterziehung, zum Missbrauch von Sozialleistungen. Heute gilt das als Kavaliersdelikt. Durchgängig nimmt eben die Bereitschaft ab, feste Regeln, zulässiges und unzulässiges Verhalten zu akzeptieren. Jeder will für sich entscheiden und nichts gesellschaftlich vorge-schrieben sehen. Gleiches gilt für die Moral. Moral ist heute bei den Menschen nicht mehr an feste Regeln orientiert. Die Zehn Gebote werden als gesellschaftlich akzeptierte Normensammlung so nicht mehr akzeptiert, sondern es hat sich eine situations- und einzelfallbezogene Moral durchgesetzt, die Interessen abwägt.

Ein Beispiel dafür ist das Verhalten gegenüber Versicherungen. Der Einzelne wägt den persönlichen Gewinn aus einem der Versicherung angegebenen überhöhten Schaden gegen die Schädigung der Gesellschaft im Ganzen ab. So kommt er zu dem Schluss: der eigene Gewinn ist groß, der Schaden der Versicherungsgesellschaft aber kaum fühlbar, also ist es erlaubt, hier Missbrauch zu betreiben. Ähnlich ist es bei den Kassen des Staates, der Solidargemeinschaft. Man habe einen Anspruch darauf, sagt man, deshalb ist man vielleicht auch geneigt, Dinge so zu drehen, dass die Leistung möglichst groß ausfällt. Ähnlich ist es mit der Doppelmoral im privaten Bereich.

3.3 Moral im privaten Bereich

Die weitere Konsequenz dieser ganzen Entwicklung ist eine sinkende Bereitschaft, Bindungen und Verpflichtungen einzugehen. Man möchte sich im Leben immer alle Optionen offen halten und so gibt es weniger Eheschließungen, weniger Elternschaft, weniger Mitgliedschaften, weniger Engagements für Organisationen und Aufgaben aller Art. Noch stärker verengt sich das bei Ehrenämtern und bei politischen Aufgaben. Sie werden in der Regel nur kurzfristig eingeplant. Hierzulande stößt ein solcher Satz, wie ihn Kennedy gesprochen hat: „Frage nicht was der Staat für dich, sondern was du für den Staat tun kannst“, weitgehend auf Verständnislosigkeit.

Die Bereitschaft für politisches Engagement ist steil abgesunken. Das ging einher mit einer Geringschätzung der politischen Klasse, die das Fundament der repräsentativen Demokratie, wie ich meine, unterhöhlt. Sie lebt vom Vertrauen in ihre Vertreter. Dieses Vertrauen ist weg.

Aber die Gesellschaft, die so stark die Mittel der Freiheit betont, braucht Bürgertugenden. Sie braucht Leitbilder für Engagement, für Selbstlosigkeit, für Gemeinwohlorientierung. Selbstverwirklichung verhindert die Orientierung an Gruppen- und Gemeinwohlinteressen. Selbstverwirklichung erschwert die Einigung über politische Ziele im Bereich des Sozialstaatsumbaus. Eine Mehrheit will nicht abgeben. Finanzielle Forderungen etwa von Familien werden nur akzeptiert, wenn man sagen kann: „Dafür kommt der Staat auf“. Keiner will selbst abgeben und eingeschränkt sein. Darüber verstummt auch der Wille zu ökonomischer Einsicht, vor allem zu der, dass auch der Staat nur herausgeben kann, was er vorher eingenommen hat, beziehungsweise dass auch die Ausgaben sinken müssen, wenn die Einnahmen sinken. Es fehlt auch ein Denken in den Generationen, ein Abwägen der Interessen aller und es fehlt ihnen gegenüber die Verantwortung. Das fehlt im großen Zusammenhang.

Anders im Kleinen: Im Privaten, im Familien- und Freundes-

kreis ist das Zusammenhalten, das Denken in Generationen selbstverständlich und Hilfsbereitschaft, Rücksichtnahme und Opferbereitschaft sind groß. Ein Drittel der Bevölkerung sind sich sicher, dass sie in schwierigen Situationen bei Freunden und Verwandten Hilfe finden – und diese Hilfe wird tatsächlich auch geleistet. 26 Prozent der Bevölkerung unterstützen regelmäßig oder gelegentlich Familienmitglieder oder Freunde finanziell. Daher hat in der Wertehierarchie die Familie auch einen hohen Stellenwert. Die intakte und auf Dauer angelegte Familie ist für die überwältigende Mehrheit der Deutschen Lebensinhalt oder jedenfalls Leitbild. Man wünscht sich eine Stärkung der Familie (bei gleichzeitigen steigenden Scheidungsraten). Aber deren Leistungskraft (Pflege, Erziehung und Weitergabe von Werten) wird vermindert: beide Elternteile arbeiten, es gibt eine steigende Berufstätigkeit von Frauen (in den alten Bundesländern sind es heute 60 Prozent, 1970 waren es noch 46 Prozent, in den neuen Ländern arbeiten 74 Prozent der Frauen). Überdies muss man einschränken, dass die Familie nicht mehr als Wert an sich auch gegen innere Anfeindungen verteidigt wird, sondern das Familienengagement wird sehr schnell von einer intakten emotionalen Beziehung abhängig gemacht. Man ist, wenn in einer emotionalen Beziehung eine Störung auftritt, kaum mehr bereit, nicht bereit um diese Beziehung zu kämpfen und zu schnell wird die Familie als Ganzes aufgegeben.

Generell beobachten die Menschen das Auseinanderfallen der Gesellschaft und sie bedauern es zugleich. Jeder beteiligt sich an diesem Auseinanderfallen der Gesellschaft. Und dennoch: Ost- und Westdeutsche stimmen überein, dass unsere Gesellschaft wieder menschlicher werden muss, das Gemeinwohl in die Mitte rücken und man egoistische Tendenzen eindämmen müsse. 65 Prozent der Gesellschaft fordern eine moralische Wende.

Das ist auch das Ergebnis persönlicher Sinnkrisen, die auf Forderungen an die Gesellschaft, an den Staat reflektiert werden.

4. Sinnkrisen und Orientierungsprobleme

Lassen Sie mich ein paar Worte sagen zu diesen Sinnkrisen. Was unterscheidet die heutigen Sinnkrisen von früheren? In diesem Zwiespalt zwischen der Forderung an die Öffentlichkeit und eigener Lebensführung steckt so etwas wie eine konservative Grundströmung. Man sieht, dass alles irgendwie ins Schwimmen gerät, da möchte man eigentlich festhalten, konservieren. Zu diesem Konservatismus will sich keiner bekennen, denn man möchte ja nicht als rückwärts gewandt gelten im Sinne Ernst Jüngers, der einmal gesagt hatte: „Konservativ gehört nicht zu den glücklichen Bildungen. Das verbirgt einen auf die Zeit bezogenen Charakter und bindet den Willen an die Wiederherstellung unhaltbar gewordener Formen und Zustände. Heute ist a priori der Schwächere, der noch etwas halten will“. Dies gilt sicherlich als Beobachtung auch für diese Zeit. Denn in einer Industriegesellschaft, die soziale Verbände immer mehr auflöst und auch in einer Zeit, in der geschichtliche Bewegungen herkömmliche Parameter verändert haben, käme es sicherlich heute gerade darauf an, festzuhalten.

Die neuen Orientierungsprobleme hat Hermann Lübbe, der Züricher Philosoph, einmal mit drei Begriffen umschrieben: Erfahrungsverluste, Gegenwartsschrumpfung und Sinnanspruchsinfektion.

4.1 Erfahrungsverluste

Erfahrungsverluste entstehen, weil das Leben außerordentlich komplex geworden ist. Moderne Lebensverhältnisse sind kaum noch überschaubar. Vor hundert Jahren haben 80 Prozent der Menschen noch in der Landwirtschaft gearbeitet. Das war nun wirklich eine ganz „anschauungsgesättigte und lebenserfahrungsstabilisierte Beziehung für die realen Voraussetzungen des Lebens“ (Lübbe), des physischen wie auch des sozialen Lebens. Es gab die Großfamilie. Im physischen Leben wussten die Leute, woher etwas kommt. Man hat in der Regel etwas geges-

sen, das man selber vorher gepflanzt hatte. Man konnte sich auf das Umfeld, das man überschauen konnte, sowohl in der Nahrungsmittelkette als etwa auch im sozialen Verband der Großfamilie verlassen.

Der Einzelne versteht ja auch nur, was durch das Nadelöhr seines eigenen Bewusstseins geht. Heute überschaut er nicht mehr, woher etwas kommt. Er ist auf Vertrauen angewiesen. So verlassen wir uns zum Beispiel in der Technik darauf, dass der Ingenieur die Brücke schon so gebaut hat, dass sie nicht zusammenbricht, wenn wir sie überschreiten. In der Medizin haben wir Vertrauen, dass tatsächlich in der Tablette das drin ist, was darauf steht. Wir wissen es nicht selber, wir haben Vertrauen, müssen Vertrauen haben. Vertrauen ist der Sozialkitt dieser Gesellschaft. Vertrauen ist wichtig. Und das in einer Zeit, in der, wie das in der Bundesrepublik der Fall ist, Misstrauen vorherrscht.

In den Vereinigten Staaten hat es im letzten Wahlkampf eine grüne Partei gegeben, die mit dem Slogan geworben hat, „Confused? Many are. When in doubt, play safe, vote No!“ – Sind sie verwirrt? Viele sind es, wenn sie Zweifel haben, gehen sie auf Nummer sicher, stimmen sie mit Nein.

Das ist der Kern unserer heutigen Krise. Die Leute durchschauen die Dinge nicht mehr, werden skeptisch, wenden sich ab. Sie haben kein Vertrauen mehr in die Großorganisationen der Werte.

4.2 Gegenwartsschrumpfung

Die Menschen sind auch deswegen desorientiert, weil die Zeiträume der Konstanz der Lebensverhältnisse immer kürzer werden: Im Alltag, in der Arbeit und auch in der Produktion. Nichts hält mehr solange wie wir leben. Früher, als die Menschen im Durchschnitt 40 Jahre alt wurden, hatten sie immerhin eine Konstanz der Lebensverhältnisse. Sie konnten alle Erfahrungen vor allem an die Kinder weitergeben, weil sie für die Kinder noch nützlich waren. Früher waren die Maschinen alt, wenn sie kaputt waren. Heute ist eine Maschine alt, wenn die nächste Generation auf

den Markt kommt. Siemens sagt, sie hätten kein Produkt in ihrem Angebot, das älter ist als achtzehn Monate. Kein Unternehmer kann es sich leisten, auf einer funktionierenden, aber in diesem Sinne alten Maschine zu bestehen, wenn er im Wettbewerb bleiben möchte. Es gibt eine stark gestiegene Halbwertszeit auch bei wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die Umlaufgeschwindigkeit des Wissens ist größer geworden und es gibt eine schnellere Veraltensrate der beruflichen Kompetenz. Man muss im Laufe eines Berufslebens in der Regel mehrfach lernen, „Gegenwarten“ werden immer kurzlebiger.

4.3 Sinnanspruchs-inflation

Früher hatten Arbeitnehmer in Deutschland keine Zeit darüber nachzudenken, was eigentlich der Sinn des Lebens sei. Es gab zwischen Arbeit und Familie einen ausgefüllten Tag. Und zwar an jedem Tag in der Woche, und in einem engen überschaubaren Zusammenhang. Vor 25 Jahren noch betrug die Lebensarbeitszeit 95.000 Stunden, heute sind es noch 60.000 Stunden. Man kann auch sagen, die Menschen haben 35.000 Stunden mehr Zeit darüber nachzudenken, was eigentlich der Sinn des Lebens ist. Was man aus dem Leben machen will. Das ist die Sinnanspruchs-inflation. Diese findet ihren Niederschlag in den Buchläden. Immer mehr Leute denken mit Hilfe von Büchern darüber nach. Esoterische und andere Orientierungsliteratur füllen die Buchläden. Das sind Umsatzrenner und alle möglichen Begrifflichkeiten werden dafür gefunden: Meditation, Esoterik. Jedenfalls suchen die Leute nach Sinn und nach Werten, nur sie finden sie nicht mehr da, wo wir meinen, dass sie sie finden sollten, im Christentum.

Ich sagte: 65 Prozent fordern eine moralische Wende. Wer kann da helfen? Die kleinen Organisationen funktionieren nur ungenügend. Familien sind entweder zerbrochen oder es fehlt in den Familien schlicht die Zeit für die Wertevermittlung an die Kinder. Und die großen Organisationen der Sinnstiftung sind in einer Krise.

5. Die Lage der christlichen Kirchen

5.1 Der Verlust religiöser Substanz

In diesem Zusammenhang ist die Lage der Kirchen demoskopisch exakt erforscht und ergibt ein Bild von der Befindlichkeit der Christen in diesem Lande. Das eine ist, dass man insgesamt eine Entwicklung beklagt, das andere ist, was der Christ selbst, der überzeugter Christ sein will und auch ist, aus dieser Situation macht. Ein Fünftel aller Katholiken (21 Prozent West, 12 Prozent Ost) und ein Drittel aller Protestanten (39 Prozent West zu 28 Prozent Ost), die gegenwärtig noch in der Kirche sind, haben schon einmal überlegt aus der Kirche auszutreten.

Eine Austrittsentscheidung fällt nicht unvermittelt. Sie steht am Ende eines langjährigen Entfremdungsprozesses. Beide große Glaubensgemeinschaften sind sichtbar auch vom Empfinden gezeichnet, dass sie die Nachhut der gesellschaftlichen Entwicklung stellen. Sie reagieren defensiv auf Veränderungen einer Gesellschaft, die sich scheinbar unaufhaltsam aus kirchlichen und religiösen Bedingungen löst.

Seit den späten 60er-Jahren ist die Teilnahme an Gottesdiensten und auch die religiöse Praxis in den Familien stark zurückgegangen. Die Zahl der Katholiken, die regelmäßig oder zumindest häufiger den Gottesdienst besuchen, ist zwischen 1977 und 1997 von 40 Prozent auf 28 Prozent gesunken. Nur noch jeder vierte Katholik besucht regelmäßig oder zumindest „häufiger“ – wie es in der Demoskopie heißt – den Gottesdienst. Bei den Protestanten sind es gar nur noch acht Prozent.

Parallel dazu gibt es natürlich eine Lockerung der Kirchenbindung, und diese ist massiv. „Ich fühle mich der Kirche eng verbunden“, das sagen von sich nur noch 31 Prozent der Katholiken und 14 Prozent der Protestanten. Schwache oder keine Bindungen an die Kirche, der sie angehören, haben noch 35 Prozent der Katholiken und 52 Prozent der Protestanten. Und dann heißt es immer: „Das ist ja nur eine Erosion gegenüber der Institution. Der Glaube ist davon

nicht betroffen“. Also mit anderen Worten: die Leute die austreten, seien schon religiös. Die glaubten auch. Die hätten es nur nicht so mit dem Papst, mit der Hierarchie oder ihrer evangelischen Landeskirche. Aber: Auch dieses ist ein Vorurteil. In Wirklichkeit sind die Zusammenhänge zwischen der kirchlichen Bindung und der individuellen Glaubenskraft denkbar eng. Leute mit enger kirchlicher Bindung sind zu 96 Prozent auch religiös; kirchlich Distanzierte nur zu 16 Prozent. Also, es findet in Deutschland auch ein massiver Verlust an religiöser Substanz jenseits der Kirchenmitgliedschaft statt. 54 Prozent der westdeutschen, aber nur 21 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung beschreiben sich als religiös. Natürlich wirkt sich hier die Lage in den neuen Bundesländern aus: Das durchschnittliche Gewicht religiös motivierter gesellschaftlicher Gruppen und Bevölkerungskreise ist schwächer geworden.

5.2 Die Ächtung des Religiösen

Es gibt so etwas wie eine zunehmende politische Ächtung des Religiösen. Die Verdrängung des religiösen Bekenntnisses aus dem öffentlichen Raum der ehemaligen DDR hat auch die kirchlichen und religiösen Bindungen unterminiert. Ein aktuelles Beispiel – wenn wir das mal theoretisch sehen – dieser Entwicklung ist das neue Wahlprogramm der Grünen. Darin wird ausführlich Stellung genommen zur Haltung der Grünen gegenüber der Kirche. Und es heißt dort, dass Kirchen für die Grünen „vielfach nützliche Bündnispartner“ sein können. „Vielfach nützliche Bündnispartner“ sind für die Grünen auch Krötenschutzvereine oder Vereine zur Förderung der Solarenergie oder auch mal Greenpeace, je nachdem, was man so braucht. Aber das Ganze wirft natürlich eine grundsätzliche Frage auf. Wenn christliche Kirchen und Kirche an sich für eine Partei nicht mehr sind, als vielfach nützliche Bündnispartner, insbesondere im sozialen Bereich, wie es bei den Grünen heißt, dann wird natürlich auch der Staat, der von diesen politischen Gruppen gestaltet wird, ein beliebiger. Jedenfalls lehnen es diese Gruppen

und die Grünen im Besonderen ab, eine „re-ligio“ auch für einen Staat zu kennen, das heißt eine Rückbindung über das Menschenmaß hinaus.

Nichts mehr stabilisiert einen solchen Staat dann jenseits des Wahlergebnisses. Und so ist es auch konsequent, dass die Grünen davon leben, den Gottesbezug im Grundgesetz streichen zu wollen. Die christlichen Kirchen werden also von den Grünen auf eine Stufe gestellt mit anderen Interessengruppen und auch mit den „Bastelreligionen“, die es heute vielfach gibt.

Dabei wird der Staat durch sehr vielmehr zusammengehalten, als durch die Sprache, durch das Schul- und Hochschulwesen, vielleicht auch durch Künste, Wissenschaften und Philosophie. Religion ist in einem Staat immer – darüber müssen wir uns im Klaren sein – eine bindende Kraft gewesen, denn Religion redet nicht nur von Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, sondern eben auch von Selbstverantwortung und Verantwortung für die Mitmenschen. Religion vermittelt ein bindendes Ethos, das im Glauben an Gott gründet, das aber von Nichtgläubenden aus humanen Gründen auch mitgetragen werden kann.

Für den Staat ist Religion überdies, wie Franz Xaver Kaufmann betont hat, vielfach bedeutsam, denn sie bewältigt Ängste, Religion ermöglicht Affektbindung, sichert Identität. Religion gibt auch Handlungsführung im Außeralltäglichen, indem sie dafür Rituale oder ethische Weisungen entwickelt. Religion hilft auch Grenzerfahrungen des Lebens zu verarbeiten: Leid und Schicksalsschläge. Religion befördert soziale Integration, schafft Gemeinschaftsbildung. Religion kosmisiert – kann man sagen – die Welt, das heißt, sie erklärt aus einem Prinzip heraus. Und schließlich ermöglicht Religion, ermöglichen Kirchen auch Protest gegen soziale Mißverhältnisse in einem Land.

Einerseits lösen sich die Bindungen zwischen Kirche und Politik, aber andererseits auch bei der Familie. Da sind wir wieder bei uns selbst und jeder prüfe sich da auf das Bemühen um Glaubensvermittlung. Von den unter 30-jährigen Ostdeutschen wuchsen nur

acht Prozent in einem demonstrativ religiösen Elternhaus auf. 69 Prozent beschreiben ihr Elternhaus als völlig religionsfern. Auch in Westdeutschland ist all das kontinuierlich geringer geworden, aber es wirken die alten Bindungen noch nach. Von den unter 30-jährigen im Osten bekennen sich 20 Prozent zum Glauben an Gott, von den unter 30-jährigen im Westen der Bundesrepublik noch 55 Prozent.

5.3 Kirchliche Bindung trennt Ost und West scharf

Aber die kirchliche Bindung trennt Ost und West scharf. So sind in den neuen Bundesländern noch ein Drittel der Menschen Mitglieder einer der beiden großen Konfessionsgemeinschaften. Im Westen sind es immerhin noch 81 Prozent. Die Kluft wird eher zunehmen als geringer werden. Die Gründe liegen in der Überalterung der Gläubigen-Struktur im Osten. Und: Der Protestantismus überwiegt und Protestanten trennen sich von ihrer Kirche leichter. Wie überhaupt dieses Muster: Ost – West sowie die schwächere Kirchenbindung bei Protestanten als bei Katholiken beachtet werden muss. Es ist bestimmt wirksamer als die isolierte Betrachtung der Diskrepanz von Katholiken von ihrer Kirche in gesellschaftlichen politischen Fragen.

Es wird immer behauptet, der Austritt sei der Protest des mündigen Individuums gegen die Ansprüche der Kirche, Normen zu setzen; gegen Positionen der Kirche vor allem bei sexuellen Fragen; gegen Ausgrenzung von Frauen; gegen kirchliche Hierarchie. Aber im Kontrast dazu steht, dass gerade Protestanten die Trennung von ihrer Kirche leichter fällt, wo doch alle diese Vorwürfe nicht tragen. Der Anteil ehemaliger Protestanten an den Konfessionslosen nimmt kontinuierlich zu. In den alten Bundesländern sind 56 Prozent der Konfessionslosen ehemalige Protestanten, nur 27 Prozent ehemalige Katholiken. 16 Prozent waren nie Mitglied in einer Kirche waren.

Der Anteil der Katholiken – das kann wenig trösten – der einen Austritt erwägt, ist heute geringer als vor drei Jahren. Bei den Prote-

stanten gibt es immerhin noch steigende Tendenzen, denn die Protestanten billigen eben auch der Institution geringere Bedeutung zu. Die Katholiken sehen schon die große Leistung der Institution Katholische Kirche, die darin besteht, zeit- und raumübergreifend sowie über alle nationalen und ethischen Grenzen hinweg religiöse Gemeinschaft zu ermöglichen. Die Katholische Kirche ist insofern für die Europäisierung und für die Globalisierung besser gerüstet.

5.4 Kirchenmitgliedschaft Ergebnis bewusster Entscheidung

Bei den Austrittserwägungen sind 12 Prozent der Katholiken und 26 Prozent der Protestanten die noch unentschieden, darin liegen Chancen. Doch die Kirchen können kaum darauf bauen, dass gesellschaftliche Normen eine Kirchenmitgliedschaft als sozial erwünscht vorschreiben, wie es früher noch bei den Arbeitgebern gewesen ist, die gefragt haben, ob man Kirchenmitglied sei. Und wenn man ja sagte, hatte man einen Pluspunkt. Heute wird danach kaum noch gefragt. Kirchenmitgliedschaft ist zunehmend das Ergebnis einer bewusst getroffenen Entscheidung.

Die Herausforderung liegt also darin, über den Wert, über die Gratifikation einer solchen Kirchenmitgliedschaft nachzudenken. Es ist schon beunruhigend, wenn die Mitglieder beider Konfessionen den Wert dieser Mitgliedschaft in erster Linie darin sehen, Feiern einen gebührenden Rahmen zu geben.

Dies entspricht einer aktuellen Demoskopie: Nur 34 Prozent der Katholiken und 28 Prozent der Protestanten vermittelt die Konfessionsmitgliedschaft das Gefühl, zu einer Gemeinschaft zu gehören. Noch geringer ist der Anteil derer, die den Eindruck hat, in der Kirche Formen von Gemeinschaft zu finden, die kaum ersetzbar sind. Die Bedeutung der Kirchen als religiöse Heimat hat sich reziprok zu ihrer Übernahme gesellschaftlicher, politischer und karitativer Aufgaben entwickelt. Als karitative Einrichtung ist die Kirche auch denen willkommen, die sich längst von ihr gelöst haben.

Daraus resultiert für die Kirchen häufig eine Versuchung, sich auf von der Gesellschaft akzeptierte Aufgaben zu konzentrieren und darüber den eigentlichen Auftrag zu vernachlässigen.

Nur 39 Prozent der Bevölkerung hat den Eindruck, dass die Kirche sich vorrangig der Verkündigung widme, also für den Glauben werbe (die katholische Kirche kommt hier etwas besser weg, als die Protestanten).

5.5 Der Säkularisierungsprozess der Kirchen

Die Kirchen beklagen also den Säkularisierungsprozess der Gesellschaft, unterliegen ihm aber in gewisser Weise selbst. Funktionen sind präsent, aber der Glaube ist unsichtbar.

Die gesellschaftliche Bedeutung religiöser und kirchlicher Bindungen geht zurück. Nur 14 Prozent der Katholiken und neun Prozent der Protestanten erwarten, dass tägliche Bindungen sich in Zukunft wieder festigen. Damit sinkt auch die Bereitschaft, offen für seine Überzeugung einzutreten, zu sagen, ich bin Christ, ich bin gerne Christ. Missionarischer Eifer ist dem modernen Christentum fremd. Dabei finde ich, bräuchte auch gerade die Katholische Kirche nichts dringender, als so etwas wie eine innere Mission. Eine innere Missionierung im wahrsten Sinne des Wortes: Dass alle Missionare der Kirchen und auch die überzeugten Christen selbst einmal in unserem Lande von Haus zu Haus gehen, Werbung machen und Gratifikationen formulieren. Also über die Kirche reden und über ihre Gemeinschaft und das, was man an einer Kirche

positiv finden kann. Da sich die Kirchaustritte auf die Altersgruppe der 20- bis 35-jährigen konzentrieren, müssen die Rezepte auch gerade an ihrem Glauben ansetzen, denn das sind nicht nur Kirchenmitglieder von heute, es handelt sich auch um die Eltern von morgen.

6. Kirche und Medien

Wenn wir darüber reden, wie Kirche in unserer Gesellschaft präsent sein kann, muss man vor allem die Medien einbeziehen. Man hat bei den Kirchen nicht den Eindruck, sie sei eine publizistische Großmacht. Aber: Sie ist eine. Die Katholische Kirche hat heute 90 Verlage und 140 Zeitschriften mit einer Gesamtauflage von 8,5 Millionen Exemplaren. An der Spitze die Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“ gleichsam als das „Flaggschiff“. Aber die Kirchenpresse hat es auch schwer. Ich sage das auch deswegen, weil man sich sehr genau überlegt, welche Zeitung man abonniert und welche man auch von ihrer Gesamthaltung her stützen möchte.

Kirchenpresse hat es schwer, wie es insgesamt die Presse schwer hat, denn der Leserkreis schrumpft. Die Menschen schauen mit Begeisterung jeden Tag Fernsehen, da bleibt wenig Zeit. Der durchschnittliche Erwachsene in Deutschland schaut 179 Minuten täglich Fernsehen. Das Weltbild der Menschen bleibt natürlich nicht unbeeindruckt von dem, was sie da sehen. Es ist eine entertainige Medienlandschaft, die den Eindruck vermittelt, die Zeiten seien libertinär, bindingslos und treuefrei. Leben wird nur als Spaß vorgeführt ohne

jede moralische Einengung. Damit wird der Eindruck vermittelt, der Mensch werde die Probleme des Menschen schon lösen können.

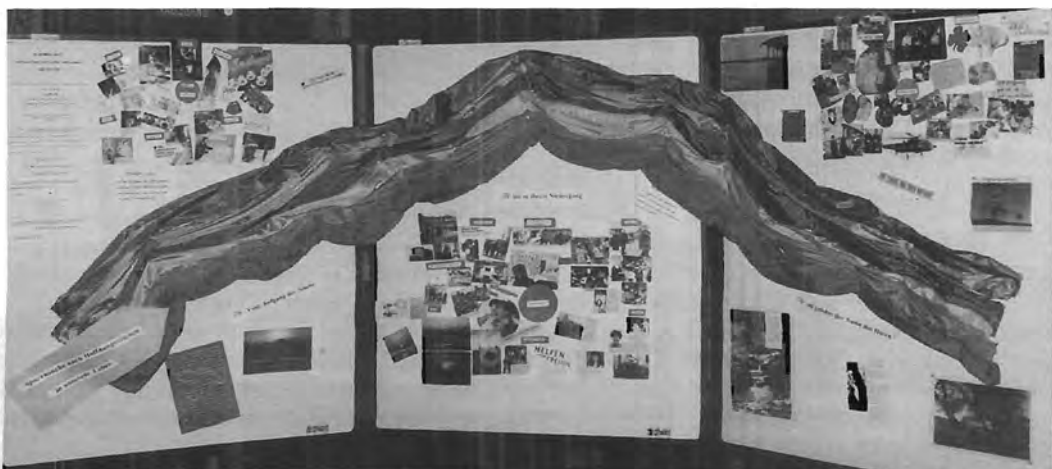
Und die Kirchenpresse und die Presse insgesamt haben es auch schwer, weil mit Anzeigen im Printbereich Emotionen nicht transportiert werden können. Zunehmend spezialisiert sich die Produktwerbung auf die Vermittlung von Emotionen. Ein Produkt soll sich emotionsbezogen verkaufen. Da ist das Medium Fernsehen das Medium überhaupt.

Also Christenstimme erheben, aber zu welchem Ziel? Die Kirchen müssen sich in dieser Gesellschaft zu Wort melden und über alle Medien die öffentliche Diskussion führen. Die Kirche lebt auch dafür, die Gesellschaft beziehungsweise die Politik vor Fehlentwicklungen zu bewahren. Und es ist notwendig, für die Freiheit des einzelnen, für die Entscheidungsfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht und dafür einzutreten, dass die Würde des Menschen unantastbar bleibt in einer Zeit, die von Themen wie Abtreibung, Gentechnologie und der Bioethik-Konvention bestimmt ist. Es gibt einen Dissens zwischen der Bequemlichkeit und der Besitzstandswahrung im Konflikt mit den Menschenrechten.

Es lohnt sich für die Kirchen einzutreten für Solidarität, auch Solidarität innerhalb der Familie. Eintreten für Bescheidenheit in dem Sinne, dass nicht die Menschen Herren der Schöpfung sind, sondern dass es eine Re-ligio – eine Rückbindung über das Menschenmaß hinaus gibt.

Ohne Publizistik in Wort, Funk und Bild würde die Kirche nicht mehr gehört. Es gilt nicht nur, von

der Kanzel herab für die zu predigen, die ohnehin schon glauben. Sich auch dieser Medien zu bedienen, ist heute ein wichtiger Teil der Mission. Denn Medien sind die Kanzeln der Gegenwart. □



Gesamtansicht der auf Seite 5 vorgestellten Collage
(Foto: F. Brockmeier)

BESCHLUSSVORLAGEN

Zwei Beschlussvorlagen – die eine zur Nachbarschaftshilfe und die andere zur Stellungnahme des Zentralkomitee der Deutschen Katholiken zur sog. Bioethik-Konvention – lagen der ZV vor.

Hauptfeldwebel Peter Weber, Vorsitzender des Sachausschusses V „Entwicklung, Frieden, Mission und Umwelt“ des Vorstandes der Zentralen Versammlung brachte in die ZV die Beschlussvorlage zur Nachbarschaftshilfe 1998/99 „Ein Zuhause für Straßenkinder in Bulgarien“ ein und begründete sie. Der diesjährige Vorschlag empfiehlt den katholischen Soldaten, die bereits in den Vorjahren für Straßenkinder in Bulgarien betreute Aktion „Haus Roncalli“ der örtlichen Caritas in Burgas an der bulgarischen Schwarzmeerküste fortzuführen. Diese Aktion erfolgt in Absprache und unter Zuhilfenahme der Solidaraktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa RENOVABIS.

Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten hat die Beschlussvorlage Nachbarschaftshilfe 1998/99 einstimmig gebilligt. Ebenso hat die GKS auf ihrer Bundeskonferenz am 30.04.1998 einstimmig beschlossen, das Projekt zu unterstützen. Nachfolgend die Projektbegründung.

Die Beschlussvorlage zur „Bioethik-Konvention“ wurde durch den Vorsitzenden des Sachausschusses II „Gemeindearbeit“, Oberfeldwebel Ralf Eisenhardt vorgetragen und begründet. Dabei machte Eisenhardt deutlich, dass er als politisch engagierter Katholik so große Bedenken gegen die Konvention des Europarates habe, dass er diese weder akzeptieren könne, noch wolle. Sein Antrag zielt darauf ab, die drei Vertreter der ZV im ZdK dazu zu bringen, die Diskussion in der Vollversammlung des ZdK neu aufzurollen. Auch diese Vorlage wurde durch die ZV mehrheitlich angenommen (Begründung s.S. 24/25). (PS)

„Ein Zuhause für Straßenkinder in Bulgarien“

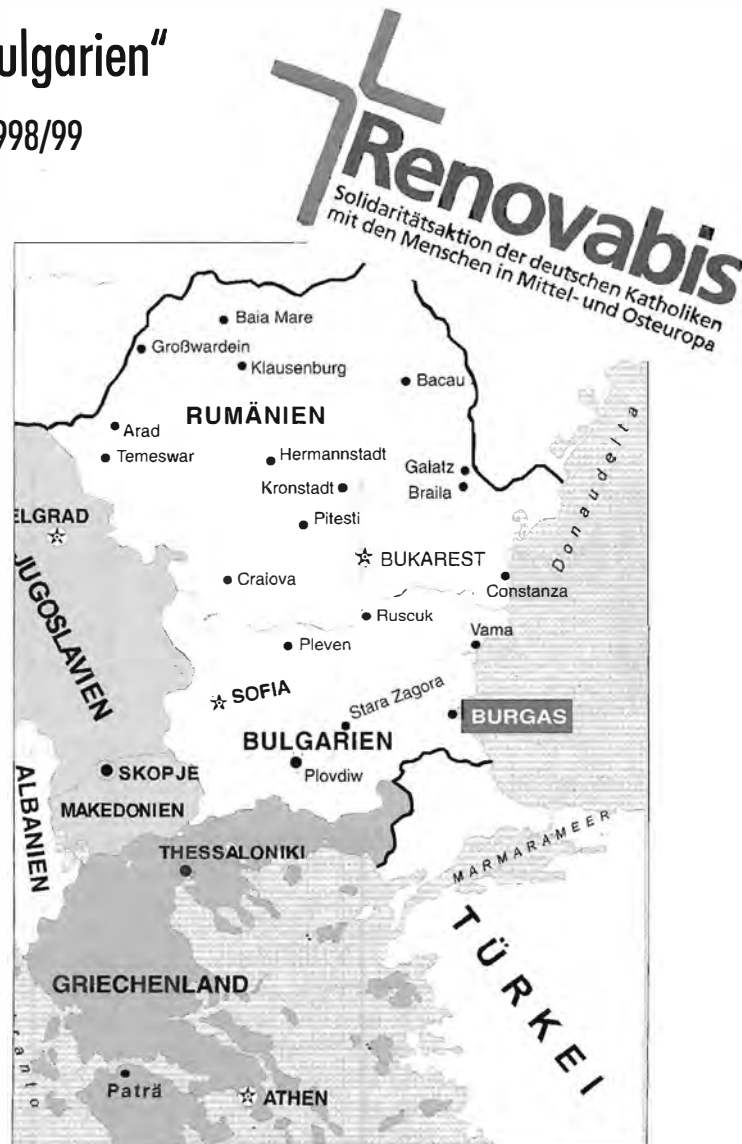
Neue Perspektive durch Nachbarschaftshilfe 1998/99

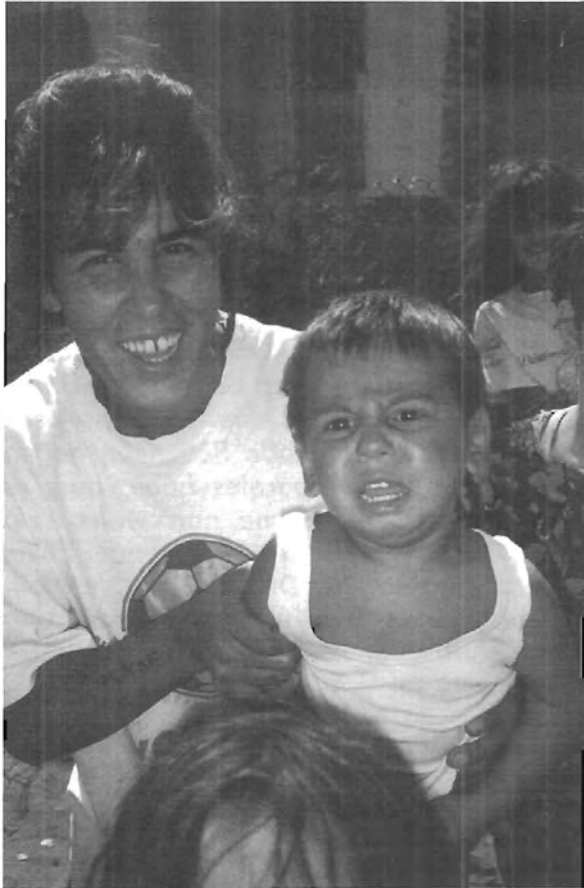
PETER WEBER

Auch acht Jahre nach der Öffnung Osteuropas und Abkehr von staatlich gelenkten Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen befindet sich die Mehrzahl der postkommunistischen Ländern in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Vor allem die Länder, die nicht in der unmittelbaren Nachbarschaft der westlichen Industriestaaten liegen, stehen vor enormen Herausforderungen. Rückläufiges Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitslosigkeit, fehlende Sozialleistungen und Hyperinflationen sind kennzeichnend für die weiter entfernt liegenden Staaten Osteuropas. In Bulgarien gipfelte die Wirtschaftskrise im Frühjahr 1997 mit Inflationsraten von über 400 Prozent, dem Zusammenbruch des staatlichen Gesundheitssystems und großer Verarmung der Bevölkerung.

Familien mit Kindern sind in Bulgarien von der wirtschaftlichen Not besonders betroffen. Folge davon ist Alkoholismus. Die Kinder wollen nicht mehr zu Hause bleiben. Ihre Zuflucht wird die Straße.

In Burgas (Schwarzmeerküste) nehmen sich Mitarbeiter der örtlichen Caritas dieser Kinder an. Bis zu 20 Kinder können sie in dem dazu eröffneten Haus Roncalli aufnehmen und medizinisch, pädagogisch und psychologisch betreuen. Gemeinsam mit der Leiterin der Einrichtung sind zwei Pädagogen, eine Psychologin, ein sozialer Arbeiter und eine Verwalterin für die Kinder da. Als die Caritas in Burgas 1995 die Arbeit aufnahm, warteten Aufgaben die eigentlich eine Nummer zu groß für sie sind: Rund hundert Straßenkinder gab es in der Stadt. Zu dieser Zeit gab es in ganz Bulgarien keinerlei Fürsorge für Straßenkinder und so war





„Straßenkinder“ in Burgas, die heute im Haus Roncalli durch die örtliche Caritas ver- und umsorgt werden
(Foto: P. Weber)

Commerzbank AG, Spendenkonto: 253 27 86, BLZ: 380 400 07, Katholische Soldatenseelsorge, 53113 Bonn, Kennwort: Nachbarschaftshilfe

auch keinerlei Unterstützung von den kommunalen Behörden zu erwarten.

Der Anfang des Straßenkinderprojektes war der 1. November 1995, als die Caritas Burgas das bisher einzige Haus für Straßenkinder in Bulgarien eröffnete. Bei der Namensgebung für das „Haus Roncalli“ gedachte man Papst Johannes XXIII. der über 10 Jahre als Nuntius in Bulgarien lebte. Zunächst kann sich die Einrichtung nur um die Kleinen im Alter bis zu 12 Jahre kümmern. Um die Kinder in die Gesellschaft zu sozialisieren, ist es nötig, dass die Kinder ständig im Haus wohnen, betreut und versorgt werden und die Schule besuchen können.

Das Resultat, das die Mitarbeiter zwei Jahre nach Gründung des Hauses Roncalli vorzeigen können, ist durchaus positiv. Es

leben 14 Kinder, im Alter zwischen 3 und 12 Jahren, fest im Haus. Davon besuchen neun Kinder die Schule, sieben die erste oder zweite Klasse und zwei eine Hilfsschule. Die anderen fünf Kinder sind ständig im Haus und werden von einem Erzieher betreut. Die Schwierigkeiten, die es zu Beginn mit den Behörden und Nachbarn gab, konnten ausgeräumt werden. Die gute Arbeit der Caritas-Mitarbeiter und der Rückgang der Zahl der Straßenkinder in der jüngeren Altersgruppe hat die meisten Kritiker von der Notwendigkeit dieser Einrichtung überzeugt. Es besteht mittlerweile enger Kontakt zu den kommunalen Behörden, sozialen Organisationen und Nachbarn. Das gesellschaftliche Umfeld in Burgas ist so sensibilisiert worden, dass neu hinzukommende Straßenkinder dem Haus Roncalli zugeführt oder angezeigt werden. Diese positive Entwicklung des Hauses Roncalli wird durch die Nachbarschaftshilfe für ein weiteres Jahr gefördert. Mit den Spenden der Nachbarschaftshilfe wird der Etat von Haus Roncalli, der nur für das Lebensnotwendigste reicht, etwas entlastet. Die Caritas Burgas ist trotz Förderung durch die Solidaraktion RENOVABIS und der Nachbarschaftshilfe dringend auf Spenden angewiesen. □

Bioethikkonvention

RALF EISENHARDT

Beschlussvorlage:

Die Stellungnahme des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken zum *Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin* wird als Tagesordnungspunkt in der Vollversammlung des Zentralkomitees behandelt. Eine Abstimmung der Vollversammlung beschließt die Aussprache über die Stellungnahme.

Sachverhalt und Begründung:

Am 29.08.1997 beschloss der Hauptausschuss eine von der Arbeitsgruppe Biomedizin erarbeitete Stellungnahme des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZdK) zum Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin (im Folgenden: Konvention). Am 11.09.97 wurde diese

Stellungnahme der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Biomedizin, Frau Dr. Eva Maria Streier, betonte, dass auch wesentliche Mängel in dem Dokument gesehen werden, z.B. „dass dem Lebensrecht in dem Bereich des Schwangerschaftsabbruches und Euthanasie nicht Rechnung getragen wird und dass entsprechende Schutzbestimmungen fehlen, weil über sie keine Einigung

erzielt werden konnte.“¹⁾ Dass Tod oder Schädigung des Embryos aufgrund von Forschung nicht eindeutig ausgeschlossen wird, formuliert sie als gravierenden Mangel.²⁾ Dennoch kommt die Stellungnahme zu dem Ergebnis, dass die Unterzeichnung der Konvention wenn nicht geboten, dann zumindest vertretbar ist, unter der Berücksichtigung, dass „die Abwägung der Empfehlung zur Ratifizierung wie die Frage nach dem

halb vollen oder dem halb leeren Glas und damit nach dem Ethos des Kompromisses⁽³⁾ ist.

Die Veröffentlichung der Stellungnahme hat die breite Diskussion der Konvention, insbesondere innerhalb der Kirche und der kirchlichen Verbände nochmals intensiviert. Hier hat die Stellungnahme einen großen Dienst geleistet, den, dass intensive Auseinandersetzung mit der Problematik stattgefunden hat und z. Z. noch stattfindet.

Im Wesentlichen wird hierbei diskutiert:

- Aussagen zu Abtreibung und Euthanasie fehlen völlig.⁽⁴⁾
- Sterbehilfe und die Voraussetzung der Organentnahme beim Toten, Bedeutung des Hirntodes in der Transplantationsmedizin ist in der Konvention nicht geregelt.⁽⁵⁾
- Die zentralen Schlüsselbegriffe „Mensch“, „Person“, und „jeder“, sind nicht definiert.⁽⁶⁾
- Die Begriffe „minimales Risiko“, „minimale Belastung“, „tatsächlicher oder unmittelbarer Nutzen“ und „angemessener Schutz“ sind nicht definiert.⁽⁷⁾
- Verankerung Datenschutz nicht in der Rahmenkonvention.⁽⁸⁾
- Tendenz der Liberalisierung strengerer Vorschriften (Schutzstandards) in Deutschland, wenn die Konvention von Deutschland ratifiziert wird.⁽⁹⁾
- Unklare Passagen zu Eingriffen an nicht einwilligungsfähigen Personen.⁽¹⁰⁾ Die Terminologie der Konvention ist hier zudem nicht zeitgemäß, beispielsweise wird die „kontrollierte medizinische Studie“ in der Konvention gar nicht erwähnt.⁽¹¹⁾
- Forschung an nichteinwilligungsfähigen Personen ist auch dann erlaubt, wenn keinerlei Nutzen für die Probanden selbst zu erwarten ist.⁽¹²⁾
- Kein Verbot der verbrauchenden Embryonenforschung.⁽¹³⁾ Unklarheiten zur Keimbahnmanipulation/-intervention (vorsätzliche Manipulation des Eingriffs in das menschliche Genom ist nicht verboten, solange die Veränderung des

Erbgutes von Nachkommen nicht das Ziel ist).⁽¹⁴⁾

- Länder können Vorbehalte geltend machen, d.h. zuwiderlaufende nationale Gesetze können weitergelten und somit können die Mindeststandards der Konvention unterlaufen werden (GB erlaubt z.B. verbrauchende Embryonenforschung).⁽¹⁵⁾

Desweiteren sind vielfach die deutschen Übersetzungen der Konvention beanstandet worden. Völkerrechtlich verbindlich sind lediglich die englische und französische Fassung.⁽¹⁶⁾

Grundlage der bisherigen parlamentarischen Beratung im Bundestag und der jüngsten Anhörung des Rechtsausschusses ist eine „vorläufige Arbeitsübersetzung der deutschen Delegation“,⁽¹⁷⁾ die etwa bei Art. 17 Abs. 2 den fremdnützigen Charakter der dort behandelten Forschung an Einwilligungsunfähigen sinnentstellend falsch wiedergibt. Daher muss berücksichtigt werden, welche Textfassung der Stellungnahme des ZdK zugrundeliegt.

Es ist fraglich ob eine Nicht-Unterzeichnung der Konvention die Möglichkeit der Mitwirkung an der Erarbeitung von Zusatzprotokollen tatsächlich in dem Maße eingeschränkt,⁽¹⁸⁾ dass hierin ein wesentliches Argument für die Zeichnung und Ratifizierung der Konvention zugrunde liegt.⁽¹⁹⁾

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die Stellungnahme des ZdK zur Konvention in weiten Teilen der katholischen Laien und vieler gesellschaftlicher Gruppen

sehr kritisch gesehen wird. Vor diesem Hintergrund sollte eine Stellungnahme dieser Tragweite für die Zukunft auf die größt mögliche Abstimmungsbasis des ZdK gestellt werden. Dies ist die Vollversammlung des ZdK.

Anmerkungen

- 1 Zitat: Statement der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Biomedizin des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Eva Maria Streier, bei der Pressekonferenz zu Stellungnahme zu Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin des Europarates am 11.09.1997, Seite 4
- 2 ebd. (EN 1), Seite 4
- 3 ebd. (EN 1), Seite 5
- 4 Kommissariat der Deutschen Bischöfe, Katholisches Büro Bonn, Prälat Klaus Bocklet v. 20.03.98, Seite 2, u.a.
- 5 ebd. (EN 4), Seite 2 u.a.
- 6 idea Dokumentation, Evangelische Nachrichtenagentur, Hubert Hüppe, MdB v. April 97, u.a.
- 7 Deutsche Alzheimer Gesellschaft, Dr. Jens Bruder v. 24.03.98, u.a.
- 8 ebd. (EN 4), Seite 2, u.a.

Über das als „Bioethik-Konvention“ bezeichnete Menschenrechtsübereinkommen des Europarates – insbesondere über die Stellungnahme des Zentralkomitees der deutschen Katholiken dazu – hat AUFTRAG berichtet, siehe dazu:

- AUFTRAG 230/Jan 1998,
S. 44: „Bioethik: Europarat lehnt Klonen von Menschen ab“
S. 45: „Gedämpfte Zustimmung zur Bioethik-Konvention des Europarates“
- AUFTRAG 231/Apr 1998,
S. 81f.: „Bioethik-Konvention – Wenn nicht geboten, so zumindest vertretbar“

Der Glaube ist das Maß unserer Wirksamkeit

Predigt des Militärbischofs Erzbischof Johannes Dyba beim Pontifikalamt der „38. Woche der Begegnung“ in Untermarchtal

In dem Gloriagesang eben haben wir unserer Freude so richtig freien Lauf gelassen: „Erfreue dich, Himmel, erfreue dich, Erde, es freue sich alles, was fröhlich sein kann“, Himmel und Erde zusammen, Menschen und Engel, alle denen Gott die Gabe gegeben hat, fröhlich zu werden. Das ist der Osterjubiläum der Kirche! Drei Wochen sind wir nun schon in diesem Jubel begriffen, in dieser Siegesfreude darüber, dass unser Gott den Tod zerschmettert und uns das Tor zum Himmel geöffnet hat. Die Zukunft der Menschen ist nicht mehr Grab und Finsternis, sondern die ewige Herrlichkeit bei Gott, und diese Freudenbotschaft wird seit 2000 Jahren weitergegeben von allen, die sie in ihrer Zeit begriffen haben, von Anfang an, von den ersten Zeugen, denen der Auferstandene erschienen ist. Denken wir an die Emaus-Jünger, die so traurig und zerschlagen waren, bis sie dem Herrn, ja dem Herrn begegneten, der ihnen die Schrift erschloss und sie begreifen ließ, dass er auferstanden ist, dass er da ist. Erst als sie das begriffen hatten, da konnte er sie allein lassen. Denn da brannte ihr Herz vor Freude. Er ist auferstanden, er ist da. Und dann rannten sie nach Jerusalem, um diese Freudenbotschaft zu verkünden, ein Leben lang mit allen anderen, die den Auferstandenen gesehen hatten. Sie kündeten und kündeten, und so wächst die Kirche auf Erden. Alle, in deren Leben der Herr erschienen ist, sollen vor Freude entbrennen und kündeten. Ja, Ostern, Fest des Sieges und Feier des neuen Lebens, das uns Gott geschenkt hat. Sich davon auszuschließen, wäre das deren überhaupt denkbar, wäre das nicht die größte Torheit, die man begehen könnte? Und doch, wie viele weigern sich damals wie heute, dieses unermessliche Angebot der Liebe Gottes anzunehmen! Und so heißt es in der Schrift: „Hat Gott nicht die Weisheit der Welt als Torheit entlarvt?“ Denn da sie ihn in aller ihrer Weisheit nicht erkannten, beschloss Gott, alle, die glauben, durch die Torheit der Verkün-



digung zu retten, in das ewige Leben zu Ehren, in die unendliche Freude.

So haben wir im heutigen Evangelium gerade eben gehört, wie der Herr sich an den Vater wendet und sagt: „Ich danke dir, Vater, dass du dies den Weisen und Klugen verborgen, den Unmündigen aber geoffenbart hast!“ Die Unmündigen, das sind die einfachen Menschen, die keine selbstherrliche Klugheit vorn Glauben abhalten kann. Denn das, liebe Brüder und Schwestern, sehen wir doch auch heute. Es sind gerade oft die, die sich für besonders klug und aufgeklärt halten, für besonders bedeutend, potent und einflussreich in dieser Welt, die nicht zum Glauben finden, die nicht die Fähigkeit haben, vor Gott einfach auf die Knie zu sinken. Ja, die im Gegenteil sich dem Glauben gegenüber blasieren und kritisch aufstellen oder ihn sogar mit Hohn und Spott ablehnen. Aber da lebt man an der Wirklichkeit, am Leben, das er geben will, glatt vorbei.

Du kannst heute noch so mächtig und tonangebend sein, wenn du Gott nicht gebunden hast in deinem Leben, dann endest du als ein ganz erbärmlicher Wurm, der sich einmal krümmen wird und um Gnade fleht vor seinem Schöpfer. Du kannst noch so gebildet und

weise und aufgeklärt sein, wenn du Gott nicht erkannt hast und anerkannt hast, dann wirst du einmal als der letzte Narr dastehen. Du kannst noch so reich sein, die Millionen nur so scheffeln, wenn du an Gott vorbeigelebt hast, wird dir das alles einmal zu Staub zerfallen, aus dem du dich vielleicht gar nicht mehr rechtzeitig retten kannst, in den du versinkst. Menschen, die Gott nicht erkannt und anerkannt haben, sind die Ärmsten der Armen. Auch jetzt schon, wo sie selbst das noch gar nicht wissen.

Liebe Schwestern und Brüder! Etwa ein Jahr nach der Wiedervereinigung war ich als Militärbischof in den neuen Bundesländern unterwegs. Da hatte ich einen Standortgottesdienst in Neubrandenburg. Neubrandenburg hat so etwa 2–3 Prozent Katholiken. Das war natürlich dort etwas Neues, katholischer Gottesdienst, sogar Soldatengottesdienst. Aber die Kirche war voll. Da sagte mir der katholische Standortpfarrer zur Warnung: „Herr Bischof, das müssen Sie wissen: Gut 85 % der Leute, die jetzt hier stehen, sind noch nie in ihrem Leben in einer Kirche gewesen und ganz bestimmt noch in keiner katholischen“. Ja, es war gerade der 9. November. Ein geschichtsträchtiger Tag in vieler Hinsicht, aber eben auch der Jahrestag des Falls der Mauer. Da habe ich den Leuten gesagt: „Wir in Fulda waren ja auch ganz nah an der Mauer all die Jahre“. Und nach dem Fall der Mauer habe ich keinen Satz öfter gehört als den: „Wer hätte das gedacht, wer hätte das vor zwei Wochen gedacht, wer hätte das vor drei Monaten gedacht, wer hätte das vor einem halben Jahr gedacht, immer noch, wer hätte das vor einem Jahr gedacht?“ Wir wissen ja alle, das war bei uns der häufigste Ausruf. Dann habe ich denen gesagt: „Wissen Sie, liebe Brüder und Schwestern, wenn Sie weiter so leben, als ob es keinen lieben Gott gibt, dann steht Ihnen diese Überraschung noch einmal bevor, dann können Sie am Ende noch mal sagen: Wer hätte das gedacht?“ Ja, wer hätte das ge-

dacht? Das erinnert uns an die Jesaja-Stelle, die wir schon in der Hl. Woche vor Ostern immer hören: „Jetzt aber setzt er viele Völker in Erstaunen. Könige müssen vor ihm verstummen, denn was man ihnen noch nie erzählt hat, das sehen sie nun. Was sie niemals hörten, das erfahren sie jetzt“. Der Prophet fügt hinzu: „Wer aber hat denn unserer Kunde geglaubt?“

Sehen Sie, liebe Brüder und Schwestern, da sind wir wieder in der heutigen Situation, in derselben, in der Jesaja sich befand. Wie können wir denn von dieser gewaltigen Freudennachricht die Menschen überzeugen, für uns so klar, so groß, so wunderbar. Manchmal möchte man einen Holzhammer nehmen, aber das ist natürlich nicht die richtige Methode, oder ein Megafon. Aber auch mit einem Megafon gegen die Massenmedien haben wir kaum eine Chance! Der Kardinal von Mechelen, Erzbischof Danneels, empfiehlt außer Hammer und Megafon die Methode des Ofens. Der Ofen, der steht bloß da, der macht den Mund nicht auf, der ordnet auch in dem Raum nichts um, sondern der wärmt. Der steht da und wärmt. Dann kommen die Menschen, die die Kälte und Starre satt haben, und wollen die Wärme genießen. Ausstrahlen, Glauben ausstrahlen, Wärme ausstrahlen, Wahrheit ausstrahlen, Frieden ausstrahlen, Geborgenheit ausstrahlen, Liebe ausstrahlen, Freude ausstrahlen, da sein! Aber das können wir natürlich nur, wenn wir selbst in dem Glauben leben, der unsere Herzen entbrennen lässt, wenn wir so entbrannt im Glauben sind, dass wir durch unser Dasein ausstrahlen. Darum sagt der Herr seinen Jüngern: „Warum seid ihr denn so furchtsam, wenn der Sturm kommt, ihr Kleingläubigen? Habt ihr denn noch keinen Glauben?“ Oder er sagt: „Wenn du Glauben hättest wie ein Senfkorn, aber wirklichen Glauben, dann könntest du Berge versetzen!“ Ja, unser eigener Glaube ist das Maß unserer apostolischen Wirksamkeit. Die Jünger erkannten den Herrn beim Brechen des Brotes, und da erbrannte ihr Herz, und sie glaubten und sie kündeten! Wir sollen den Herren erkennen, beim Brechen des Brotes, in jeder Heiligen Eucharistie, derselbe Herr, derselbe Leib. Dann soll unser Herz entbrennen im Glauben an ihn.

Durch unseren Glauben rettet Gott die Welt! Da werden wir erfahren, dass es wahr ist, was die Schrift uns sagt: „Das ist der Sieg, der die Welt überwindet, unser Glaube!“

Amen.



Einzug der Fahnen zum Pontifikalamt des Militärbischofs. Vorn der Moderator der Arbeitskonferenz beim Wehrbereichsdakan V, Oberstleutnant Klaus Nitsch, mit der von der Militärseelsorge verwendeten Kirchenfahne; dahinter trägt Oberstabsfeldwebel a.D. Otto Murgas die neue Fahne der Gemeinschaft Katholischer Soldaten – nicht etwa spiegelverkehrt: Das dünne Fahnentuch ist, um den Aufwand gering zu halten, nur einseitig bedruckt (Foto: M. Beyel, KMBA)

Eindrücke vom Empfang des Militärbischofs



Foto: Beyel (1), Brockmeier (4)

Bild o.l.: Domkapitular Prälat Alfred Ebert; Bild r.v.l.: Vizepräsident WBV Stuttgart Volker Muschler, RegVizepräsident Tübingen Kurt Widmaier, Bürgermeister Alfons Ziegler, Untermarkthal; Mitte r.: BrigGen Helmut Neubauer, stellv. DivKdr 10. PzDiv; u.v.l.: Josef König, Geschäftsführer der aktion kaserne, Lucian Widz, stellv. Dekan Ehingen, der Leiter der Standortverwaltung Sigmaringen, Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld, BrigGen a.D.



Koch und r.v. Stadtpfarrer Günter Appold, Saalgau, Militärdekan a.D.



Unter Soldaten und ihren Angehörigen fühlt sich Militärbischof Johannes Dyba immer wohl (Foto: M. Beyel, KMBA)

Grußwort des Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein

Die Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten in den nächsten Tagen steht unter dem Thema „In der Kraft des Geistes das Angesicht der Erde erneuern Jeder an seinem Platz“. Unsere Gemeinschaft hat sich dieses Thema ganz bewusst gewählt, im Hinblick auf die Vorstellungen und Hilfen, die unser Heiliger Vater, Johannes Paul II., in seinem Apostolischen Schreiben „Tertio Millennio Adveniente“ empfiehlt – als Schritte hin zum Heiligen Jahr 2000.

Damit steht für uns und unser Tun das Jahr 1998 unter dem besonderen Augenmerk des Heiligen Geistes, seines Wirkens in uns selbst, für unsere Mitmenschen und hinaus in die Welt.

In diesem Sinne können wir unsere Arbeit als engagierte Laien in der Militärseelsorge zusammen mit unseren Geistlichen Beiräten frei, kreativ, spirituell und in Partnerschaft gestalten. Diese Arbeit ist dabei von gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Wertschätzung getragen – das gilt für unsere Zusammenarbeit mit unseren Militärpfarrern und Pastoralreferenten, den Wehrbereichsdekanen, dem Militärgeneralvikar und natürlich unserem Militärbischof.

Die Römische Instruktion zu einigen Fragen über die Mitarbeit der Laien am Dienst der Priester vom November letzten Jahres mag zwar in einer breiten Öffentlichkeit und Presse, die im Grunde nicht am Thema, sondern am Streit in unserer Kirche interessiert sind, für Wirbel gesorgt haben. Auf unsere Arbeit im Verband vor Ort und in der Kirche hatte

und hat sie keinen Einfluss. Wir arbeiten nach wie vor selbständig und eigenverantwortlich – natürlich auch in Verantwortung vor Gott, unserer Kirche und unseren Mitgliedern – im Sinne unseres Auftrages als Laien, die den Weltendienst der Kirche wahrnehmen.

Vergessen wir doch nicht: Dieses Schreiben richtet sich an die Bischöfe als die Hirten der ihnen anvertrauten Gläubigen. Wir haben das Vertrauen, und die Erfahrung in Deutschland, daß unsere Bischöfe es sinn- und situationsgerecht umsetzen. Und das Schreiben richtet sich nicht nur an uns, sondern eben an die Weltkirche. Da mag manches anders aussehen, und vielleicht auch manches gewichtet und gerichtet werden müssen. Nur – das ist nicht unser Problem. Länder wie die Schweiz und die Niederlande sind von der inhaltlichen Klarstellung und der Abgrenzung zwischen der Arbeit der Priester und der Laien wesentlich mehr betroffen.

Sie, Herr Erzbischof, haben sich hierzu deutlich und offen geäußert, wie es Ihre Art ist – auch wenn manche Medien Ihre Intentionen gern missverstehen und verdrehen. Wir Soldaten jedenfalls danken Ihnen für Ihre deutliche Sprache. Wenn „Rede, mahne, weise zurecht in aller Geduld und Lehrweisheit“ nicht mehr gilt, dann kann Kirche und ihr Lehramt nur bedingt ernst genommen werden.

Wir Soldaten wissen, dass Sie sich vor uns stellen, dass Sie die besonderen ethischen Normen und Wertmaßstäbe unseres Dienstes genau kennen. Sie stehen uns bei der Bewältigung unserer oft

schwierigen Aufgaben, gerade auch der Auslandseinsätze, nachdrücklich zur Seite – Sie waren ja schließlich auch vor Ort.

Wir nehmen Ihnen ab, dass Ihre eigentliche Botschaft nicht Kirchensteuer oder ZdK sind, sondern das „Abenteuer des Glaubens“. Sie haben Recht, hier zitiere ich Sie: „Das Einzige, was jetzt und in Ewigkeit mein Schicksal entscheidet, ist doch, wie nahe ich dem Herzen Gottes bin. Da zählt nicht Frau oder Mann, nicht Titel oder Rang, sondern nur das klare Ja in der Einfalt des Herzens. Diese Botschaft zu überbringen, ist Ihnen ein ganz besonderes Anliegen.“

Eine Zwischenüberschrift der letzten Zeitschrift WELTBILD über unseren Militärbischof lautet: „Bischof Dyba weiß nicht mehr, wovon er redet“. Diese Aussage akzeptieren wir Soldaten, die wir Sie besser kennen und erlebt haben, nicht. Lange bevor an eine römische Instruktion gedacht wurde, haben Sie im Jahre 1993 vor einem großen Kreis von Fachleuten in Rom einen wissenschaftlichen pastoralen Vortrag gehalten, mit dem Thema: „Das hierarchische Weihepriestertum und das gemeinsame Priestertum aller Gläubigen“. Damals führen Sie in Ihrem Vortrag bereits aus: „Dort ruft sie – die Laien Gott, um durch sie wie durch einen Sauerteig von innen her zur Heiligung der Welt beizutragen. Damit ist aber keineswegs ausgeschlossen, dass auch diese Gläubigen im institutionellen Leben der Kirche aktiv werden und bei Aufgaben der Hierarchie mitwirken. Sie haben die Fähigkeit dazu aufgrund des gemeinsamen Priestertums aller Getauften“. Soweit Ihre Ausführungen aus dem Jahre 1993, 10 Jahre nach Herausgabe der Neuauflage des kirchlichen Gesetzbuches (CIC).

Wenn wir Laien diese Möglichkeiten, die ich versucht habe anzudeuten, auch voll nutzen und mit Leben füllen und uns klar zu unserem eigentlichen Auftrag als mündige Christen bekennen, erübrigt es sich eo ipso und verbietet es sich von daher auch, auf priesterliche Aufgaben zu schielen. □



BUNDESKONFERENZ DER GKS 1998

Leitthema:

„In der Kraft des Geistes das Angesicht der Erde erneuern! Jeder an seinem Platz“

JÜRGEN BRINGMANN/PAUL SCHULZ

Das Bildungs- und Exerzitienhaus der Diözese Stuttgart-Rottenburg in Untermarchtal – Tagungshaus für die 38. Woche der Begegnung im Fahنشmuck des Landes Baden-Württemberg, der Militärseelsorge und der GKS (Foto: F. Brockmeier)

Vom 29. April – 1. Mai 1998 fand im Bildungs- und Exerzitienhaus der Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul – Vinzentinerinnen genannt – in Untermarchtal unter dem Motto „In der Kraft des Geistes das Angesicht der Erde erneuern! Jeder an seinem Platz“, die Bundeskonferenz 1998 der GKS statt. Da in diesem Jahr keine Wahlen anstanden, konnten sich die Delegierten in stärkerem Maße als in Wahljahren dem Jahresthema mit seinem Bildungsaspekt widmen. Der Vortrag des emeritierten 80-jährigen Religionsphilosophen und ehemaligen Inhaber des Romano-Guardini-Lehrstuhls in München, **Professor Dr. Eugen Biser** (s.S. ...ff. „Hat der Glaube eine Zukunft? Christsein an der Wende zum 3. Jahrtausend“) lohnt nicht nur für eine Bestandsaufnahme der persönlichen Glaubensstandortes reflektiert zu werden. Er sollte jedem Einzelnen, aber auch unserem Verband als Glaubensgemeinschaft dazu dienen, das Eigentliche der christlichen Frohen Botschaft zu erkennen und im Apostolat des Alltags zu leben. Auch der Geistliche Beirat der GKS, **Militärdekan Prälat**



Walter Theis, hat aus der Erfahrung langjähriger beratender Begleitung unserer Gemeinschaft der GKS Grundsätzliches zu mitzuteilen (s.S. ...ff. „Jeder an seinem Platz“).

AUFTRAG dokumentiert die Konferenz mit ihren Vorträgen und wesentlichen Beratungen. Auch die Spiritualität hat traditionell ihren festen Platz und wurde mit in die Dokumentation aufgenommen – so das Totengedenken auf dem historischen Soldatenfriedhof in Obermarchtal (s.S. ...ff.).

Auftakt der Bundeskonferenz der GKS war noch vor ihrem offiziellen Beginn die Teilnahme der Delegierten der GKS gemeinsam mit den Teilnehmern an der Zentralen Versammlung am Pontifikalamt und anschließenden Empfang des Katholischen Militärbischofs am 29. April (s.a.S. 26 f.).

In seiner Eröffnung begrüßte der Bundesvorsitzende Oberst Karl-Jürgen Klein den Katholischen Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld, den Geistlichen Beirat der GKS Prälat Walter Theis, den Vertreter des Priesterrats Militärdekan Dr. Hans-Michael Franke, als Vertreter der evangelischen Soldaten Oberst i.G. Jörg Schultze und Hauptmann Klaus Hebestreit, für die evangelische Cornelius Vereinigung (CoV) Oberstleutnant Ulrich Kübel, für die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) Österreich Hauptmann Ing. Josef Schröfl, den Geschäftsführer der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS) Detlef Warwas, den Geschäftsführer der aktion kaserne Josef König und den Chefredakteur des KOMPASS Heribert Lemberger. Die Begrüßten sprachen Grußworte für die Bundeskonferenz der GKS.

Dokumentation

- Die Bundeskonferenz im Überblick 30
- Bericht des Bundesvorsitzenden 32
- Bericht des Geistlichen Beirats
„Jeder an seinem Platz“ 32
- Bericht des Generalsekretärs des
Apostolat Militaire International (AMI) 34
- Prof. Dr. Eugen Biser „Hat der Glaube
eine Zukunft? Christsein an der Wende
zum 3. Jahrtausend“ 38
- Totengedenken auf dem historischen
Soldatenfriedhof in Obermarchtal 48

Die Bundeskonferenz im Überblick

Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld dankte für das Engagement in der GKS und lobte die gute Zusammenarbeit zwischen GKS, PGR und der Militärseelsorge – er übersieht aber auch nicht, dass es an manchen Stellen noch holpert. Seine Anmerkungen in Stichworten:

- Hinweis darauf, dass ein „Inneres Apostolat“ als Grundlage unserer Arbeit wichtig ist.
- Bedauerlich an der Behandlung der „Instruktion über die Mitarbeit der Laien ...“ ist vor allem, dass sich unsere Kirche in der Öffentlichkeit streitet.
- Die neue Pastoralkonzeption für die Militärseelsorge wird weiter erarbeitet; GKS ist beteiligt.
- Zur Zeit hat die Militärseelsorge 92 Militärpfarrer; es gibt 33 Seelsorgeregionen. Wenn möglich, solle es in jeder dieser Regionen eine Diakon geben, der vom Militärbischof geweiht ist. Die Einführung dieses Dienstes wird geprüft; insbesondere ein Angebot für ausgeschiedene Soldaten, die in Räten und GKS sich bewährt haben.
- Umzug KMBA nach Berlin voraussichtlich Frühjahr 2001. Dort auch Gästezimmer, Büros für Katholische Soldatenseelsorge, GKS und ZV vorgesehen.
- Zum 70. Geburtstag des Militärbischofs am 15.09.1999 wird eine Festschrift vorbereitet.
- Trotz des Verkaufs der Häuser der Militärseelsorge konnten alle Bildungsveranstaltungen und Erholungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Der Bundesvorsitzende gab seinen Lagebericht (s.S. 32).

Der Geistliche Beirat, Prälat Walter Theis, gab seinen Lagebericht (s.S. 34). Er wies darauf hin, dass ein Geistlicher Beirat eine andere Rolle spiele als der Beauftragte des Militärbischofs für die ZV. Eine gute Zusammenarbeit der Laien mit den Militärgeistlichen auf allen Ebenen hänge vom jeweiligen Rollenverständnis ab. Die Laien der ZV bieten das Amt und

den Bischof, dem gegenüber habe die GKS einen Amtsträger als Berater, sei aber selbständig in ihren Entscheidungen. Diese unterschiedlichen Rollen müsse auch der Militärpfarrer in seiner Begegnung mit dem Pfarrgemeinderat und mit der GKS berücksichtigen.

Der Vorsitzende der Zentralen Versammlung, Oberst i.G. Werner Bös, berichtete über den Verlauf der ZV und unterstrich die gute Zusammenarbeit mit der GKS (Einzelheiten siehe Dokumentation der Zentralen Versammlung in diesem AUFTRAG S. 7–25).

Ergänzungen:

- Die ZV wählte als ihre Vertreter ins ZdK (zusätzlich zu Oberstleutnant Helmut Jermer): Generalmajor Winfried Dunkel, Amtschef Streitkräfteamt Bonn, und Stabsfeldwebel Frank Hübsche, Fernmelde- u. Kryptofeldwebel, Waldbröl.
- Für 1999 soll für ZV und Bundeskonferenz ein gemeinsames Thema für die Woche der Begegnung gefunden werden.

Der Referent beim Bundesvorstand, Oberst a.D. Bringmann, berichtete über verschiedene Aktivitäten des Bundesvorstandes, wie:

- die Seminare 3. Lebensphase,
- das Seminar für Funktionsträger der GKS,
- die internationale Soldatenwallfahrt 1998 nach Santiago de Compostela,
- als Generalsekretär des AMI über die Lage des Apostolat Militaire International (s.S. 37).

Der Ehrenbundesvorsitzende und Chefredakteur AUFTRAG, OTL a.D. Paul Schulz

- ruft die GKS unter Hinweis auf die Ausführungen des Militärbischofs vor der ZV zu vertiefter Spiritualität und Elitebildung – nicht im Sinne von Anspruchs-, sondern von Leistungselite – auf,
- bittet um mehr Beiträge aus der Arbeit der GKS für AUFTRAG. Wichtig bei der Abfassung der Beiträge sei, dass der Schreiber sich die Fragen beantworte,

warum soll die Meldung gelesen werden und welches ist die Botschaft, die überkommen soll.

- überbrachte der GKS als Vizepräsident der Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands (GKMD) die Grüße des Dachverbandes.

Am Nachmittag des 30. April wurden in Obermarchtal ein Totengedenken auf dem historischen Soldatenfriedhof (s.S. 45) abgehalten und die Klosterkirche besichtigt.

Vier Arbeitsgruppen befassten sich mit dem Motto der Konferenz; die Unterthemen lauteten:

1. Worin besteht der spezifische Auftrag eines Soldaten, der gläubiger Christ ist, bei der Ausübung seines Berufs? Ltg: OTL Brochhagen
2. Die Rolle/Stellung der Kirche in der heutigen Gesellschaft – welchen Einfluss hat sie? Ltg: OTL Jermer
3. Welche geistigen Strömungen, welche brennenden Probleme bewegen unsere heutige Gesellschaft? Ltg: OTL Nitsch
4. Was erwartet die Gesellschaft vom gläubigen, aktiven Christen mehr als von anderen Bürgern? Ltg: OTL a.D. Schulz

Hauptfeldwebel Hubert Berners gab als Schatzmeister des Förderkreises der GKS (FGKS) einen ausführlichen Bericht. Der Bundesvorsitzende und der Geistliche Beirat wiesen in ihren Berichten nachdrücklich auf die Ziele und die Bedeutung des FGKS hin.

Der Bundesvorsitzende erläuterte den Haushalt der GKS 1997 und wies unter anderem darauf hin, dass

- im Jahr 1997 alle geplanten Veranstaltungen durchgeführt werden konnten,
- die GKS-Publikation AUFTRAG wichtig ist und innerhalb wie außerhalb der GKS gut ankommt,
- weiterhin Sparsamkeit erforderlich ist, Veranstaltungen, die mehr als 500,00 DM kosten,

gem. Handbuch 8.1.1 grundsätzlich rechtzeitig beim Bundesgeschäftsführer anzumelden sind, um eine langfristige Planung zu ermöglichen; dies gilt besonders für Veranstaltungen im 2. Halbjahr 1998, um ein Überziehen der Haushaltsmittel zu vermeiden.

Das *Jahresthema 1999* wurde in Anlehnung an die Aufgabenstellung in TERTIO MILLENNIO ADVENIENTE grundsätzlich festgelegt. Im Mittelpunkt steht Gott der Vater. Anmerkungen des Geistlichen Beirats zum Jahresthema 1999:

- „Vater“ bedeutet anzuerkennen, dass man seine „Kind“-Qualität nicht verloren hat
- der derzeitigen Tendenz nach Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung, Mündigkeit steht die Suche nach Bindung und Geborgenheit gegenüber
- viele haben einen Vater, wollen ihn aber nicht – andere wollen einen Vater, haben ihn aber nicht
- woher stammt unser Vaterbild?
- Christus bezieht sein Selbstverständnis, seine Begründung auf den Vater. – Wäre er derselbe, wenn er nicht „Sohn des Vaters“ wäre?
- Welche persönlichen und sozialen Konsequenzen ergeben sich aus einem Vaterbezug? Wir sind nicht nur Kinder, sondern auch Geschwister!
- Vater bedeutet auch Führung – wollen wir wirklich an der Vaterhand Gottes geführt werden?

Themenvorschläge:

- Vaterlos – Friedlos – Gottlos
- Autorität – Macht – Milde
- Friede und Freude von Gott unserem Vater
- An der Vaterhand Gottes geführt – in einer weltlichen Welt anders leben

Alternativen nach Diskussion in der ZV:

- An der Vaterhand Gottes sicher geführt – In einer säkularisierten Welt
- Vom Vater gerufen – An seiner Hand sicher auf dem Weg

Die GKS nimmt wie die Militärseelsorge am Katholikentag 1998 (10.-14.6.) in Mainz teil (s.S. 85-89). Ziel ist es, unser Verständnis


von Kirche nach außen zu tragen; Glaube muss gelebt und gefeiert werden; Intellektualität alleine genügt nicht.

Oberstabsfeldwebel Hans-Jürgen Mathias berichtete über das Projekt *Nachbarschaftshilfe* Bulgarien 1998/99 der ZV (s.S. 23). Die Bundeskonferenz beschloss einstimmig, dieses Projekt auch für die GKS zu übernehmen.

Partnerschaftshilfe der GKS für Nowospaskoje/Russland

- Die GKS wird dieses Projekt neben dem der ZV weiterführen.
- Ein von Hptm Schrader gesamelter Betrag von 3.700 DM wird durch WB I auf 5.000 DM aufgestockt.
- Für Krankenhaus in Nowospaskoje sind Sachspenden vorgesehen: Rollstühle, Verbandmaterial u.a.
- Im Krankenhaus sollen Wasserleitung und Elektroinstallationen gelegt und eine Waschmaschine beschafft werden.
- Für den Herbst 1998 ist ein weiterer Hilfstransport der GKS unter Federführung WB I vorgesehen.

In der Predigt des Schlussgottesdienstes am Freitag, dem 1. Mai – dem Fest des hl. Josefs –, stellte Prälat Walter Theis die Frage, ob dieser Heilige ein Karriere-mann gewesen sei. Die Antwort gab der Prediger sogleich selbst: Josef sei ein Mann gewesen, der als Bräutigam der Maria definiert werde, ein Mann, der nichts zu sagen hatte, von dem die Hl. Schrift kein Wort überliefere. Was hat dem Leben dieses Mannes einen Sinn gegeben? Sinn müsse immer letzter Sinn sein, nie vorletzter. Josef brauchte keine vorletzten Dinge. Die Karriere dieses ungewöhnlichen Mannes bestand darin, so Theis, mit seiner „Lebens-sinns Spitze“ in Gott zu sein. Wenn die Bibel sage, „ihm wurde im Traum eine Weisung gegen“, dann bedeute dies, Josef hatte Anteil an Gott, dessen Geheimnis ihm im Traum mitgeteilt wurde. So sah Josef seinen letzten Sinn in dem, was ihm von Gott her gesagt wurde. Das bedeute für uns, folgerte der Geistliche Beirat, dass der Mensch seinen Sinn dann erfülle, wenn er mit der Sinns Spitze in Gott lande. Josef sei einer der ganz Großen, wenn man ihm nur auf die Spur komme. □



Gäste der Bundesversammlung

v.l.u.: Hauptmann Ing. Josef Schröfl, Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) Österreich, Josef König, Geschäftsführer der Aktion Kaserne, Detlef Warwas, Geschäftsführer der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS), Heribert Lemberger, Chefredakteur KOMPASS, Oberstleutnant Ulrich Kübel, evangelische Cornelius Vereinigung (CoV) und Mitte Oberst i.G. Jörg Schultze, G 1 II. (GE/US) Korps Ulm

(Fotos: Brockmeier, Beyel, KAS, KOMPASS)

Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS bei der Bundeskonferenz 1998

OBERST KARL-JÜRGEN KLEIN

1. Einleitung

Zuerst möchte ich Ihnen allen danken für die viele und erfolgreiche Arbeit, die Sie im vergangenen Jahr in den Kreisen, auf Wehrbereichs- und auf Bundesebene für die GKS und für die Kirche unter Soldaten geleistet haben, eine Arbeit, die in diesem Lagebericht nur unvollständig dokumentiert werden kann. Diese ehrenamtliche Arbeit, die neben dem beruflichen Einsatz als Soldat viel Zeit und im wahrsten Sinne des Wortes Herzblut erfordert, ist unser Beitrag dazu, dass Kirche unter den Soldaten am Leben bleibt und dass Soldaten ihren Dienst im besten Sinne als Friedensdienst sehen und erfüllen. Auch nach der römischen Instruktion ändert sich an unserer Laienarbeit nichts. Wir können alle unsere begonnenen und bewährten Projekte fortsetzen.

2. Jahresthema 1998

Unser diesjähriges Jahresthema lautet „In der Kraft des Geistes das Angesicht der Erde erneuern! Jeder an seinem Platz“. Wir haben dieses Thema ganz bewusst auf der Basis der Anregungen gewählt, die der Heilige Vater für die Vorbereitung des Heiligen Jahres 2000 in „Tertio Millennio Adveniente“ gegeben hat. Wir wollen uns

Gedanken darüber machen, und sie dann in die Tat umsetzen, wie wir „in der Kraft des Geistes“ in unserem beruflichen, familiären und kirchlichen Alltag dazu beitragen können, „das Angesicht der Erde“ ein wenig in Richtung auf mehr Frieden und Gerechtigkeit hin zu verändern. Unter diesem Thema steht auch unsere diesjährige Bundeskonferenz vom 27. April bis 1. Mai 1998 in Untermarchtal. Wir alle brauchen einmal im Jahr das Erlebnis der Gemeinschaft, das ein solches Treffen vermitteln kann und soll, und die Möglichkeit, gemeinsam in die Zukunft zu schauen.

3. Der Förderkreis der GKS (FGKS)

Der Förderkreis der GKS (FGKS) ist inzwischen ein eingetragener Verein (e.V.); die Gemeinnützigkeit ist beantragt. Bisher haben wir ca. 150 Mitglieder; es werden aber nahezu täglich mehr. Ich möchte Sie alle noch einmal herzlich aufrufen, diesem Förderverein beizutreten – das gilt nicht nur für die Soldaten a.D. Es geht doch darum, auf diese Weise die Arbeit der GKS zu unterstützen, durch den Beitrag auch materiell, wie es die Satzung des FGKS sagt:

„Zweck des Vereins ist die Förderung aller Ziele und Aufga-

ben der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)! gemäß deren ‘Ordnung’ ... Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch Förderung der Herausgabe von Zeitschriften und Schrifttum seitens der GKS, Förderung von Veranstaltungen und Aktivitäten der GKS sowie durch ideelle und sächliche Unterstützung der GKS. Der Zweck des Vereins ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und kirchliche Zwecke.“

Also – machen Sie mit – wir brauchen Sie.

4. Schulung der Funktionsträger

Schulung unserer Funktionsträger, also der Vorsitzenden und Ansprechpartner oder solcher, die einmal diese Aufgaben übernehmen könnten, auf den verschiedenen Ebenen, erscheint uns weiterhin wichtig. Deshalb werden wir für diesen Personenkreis vom 2. bis 4. Oktober 1998 in Bensberg das zweite Weiterbildungsseminar durchführen. Einzelheiten können Sie aus der Anlage 1 des Rundbriefes 2/1998 ersehen – Anmeldungen können ab sofort an den Referenten beim Bundesvorstand erfolgen.

5. Seminare Dritter Lebensabschnitt

Die „Seminare zur Bewältigung der dritten Lebensabschnitts“ für vor der Pensionierung stehende Soldaten und ihre Frauen haben auch 1997 dreimal stattgefunden,

Mit einem Buchgeschenk dankt und verabschiedet der Bundesvorsitzende Oberst Karl-Jürgen Klein Dieter Erkes, Vorsitzender der GKS im Wehrbereich II aus dem Bundesvorstand – nicht ohne der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass Erkes auch nach dem Umzug der Offizierschule des Heeres nach Dresden dort für die GKS-Arbeit zur Verfügung steht

(Foto: F. Brockmeier)



mit großem Anklang, und werden 1998 und 1999 ebenfalls je dreimal fortgesetzt. Bitte werben Sie nicht nur in den Kreisen der GKS, sondern auch in Ihrem dienstlichen Umfeld für diese Seminare.

6. Internationale Zusammenarbeit

Internationale Zusammenarbeit ist ein wichtiger Bereich, den wir weiter pflegen wollen. Deshalb nehmen wir auch in diesem Jahr wieder an der internationalen Jakobswallfahrt nach Santiago de Compostela vom 2. bis 13. Juli 1998 teil. 30 Anmeldungen konnten berücksichtigt werden.

Und wir arbeiten weiter aktiv im Apostolat Militaire International (AMI) mit, dem internationalen Zusammenschluss katholischer Soldaten aus vielen Ländern und vier Kontinenten. Bei der Generalversammlung im November 1997 in Manila/Philippinen konnten wir erstmals Delegationen aus Kenia (mit dem Militärbischof) und Indonesien (mit dem Militärgeneralvikar) begrüßen.

Meine persönlichen Eindrücke während der AMI-Konferenz waren für mich überwältigend und wirken derzeit noch sehr deutlich nach. Ich habe dort eine sehr lebendige Kirche mit jungen Militärf Pfarrern inmitten von Armut und Bildungsnotstand erlebt. Sicherlich können wir bei uns für die Zukunft von diesen Erfahrungen profitieren und unsere eigene Arbeit im Hinblick darauf überdenken und neu gestalten. Die Ergebnisse der Arbeit zum Thema Militärische Führung 2000 – Die christliche Sicht“ werden auch in unsere eigene Arbeit in der GKS einfließen. In diesem Jahr richtet Belgien die Konferenz vom 14. bis 20. September in Blankenberge aus; das Thema lautet „Frieden und Versöhnung“ und „Charta der Rechte und Pflichten des christlichen Soldaten“.

7. GKS-Akademie Oberst H. Korn

Im letzten Jahr konnten wir sehr erfolgreich die 6. Akademie Oberst Helmut Korn mit ca. 80 Teilnehmern in Fulda durchführen, mit dem Thema: Soldat im internationalen Friedensdienst – Sinn, Identität, Ethik. Erstmals ist es uns gelungen, auch gerade jün-

gere Unteroffiziere und Offiziere für eine Teilnahme zu gewinnen. Während dieser Woche konnten wir am Donnerstagabend unseren Militärbischof begrüßen. Die Inhalte dieser Woche sind sehr detailliert im AUFTRAG 231 dokumentiert; ein Nachlesen lohnt sich.

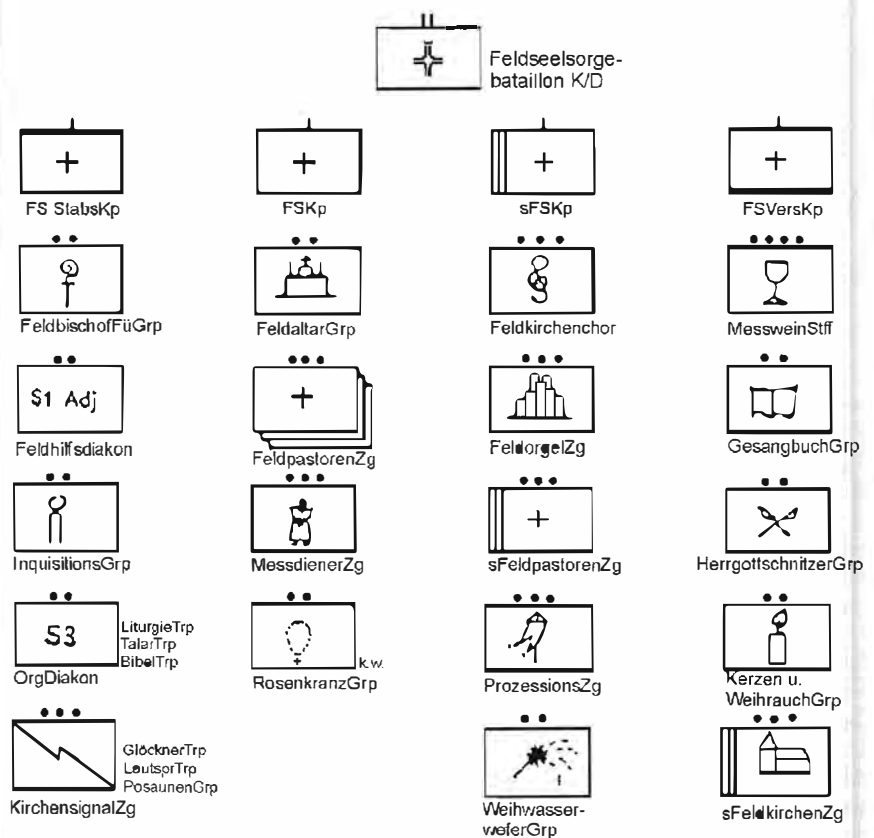
8. Abschließende Bitte an die Basis

Zum Schluss möchte ich die vielen Mitglieder und Mitarbeiter an der Basis, aber auch auf Wehrbereichs- und Bundesebene herzlich

bitten, in ihrem Engagement auch zukünftig nicht nachzulassen und trotz gelegentlicher Rückschläge dennoch bei der Stange zu bleiben. Das gilt auch für unsere Pensionäre; wir brauchen sie, und ohne ihre Mitarbeit würde in verschiedenen Bereichen die Arbeit brach liegen.

Wir schauen auch für 1998 zuversichtlich in die Zukunft, die GKS wird weiter erfolgreich arbeiten und mit Ihrer und der Hilfe unserer Militärfarrer auf allen Ebenen auch an Mitgliedern und damit an Einfluss gewinnen. □

Katholisches Feldseelsorgebataillon (KFSBtl)



Bei der Zentralen Versammlung wurde auch das in Erarbeitung befindliche neue Konzept für die Katholische Militärseelsorge angesprochen¹. In der Bundeskonferenz der GKS kursierte dann der geheime Entwurf des KMBA für ein Feldseelsorgebataillon, in dem nach Angaben gut unterrichteter Kreise vor allem gediente „viri probati“ Verwendung finden sollen. Entsprechend einer bewährten, jahrhundertelangen Kirchentradition soll die PersSTAN keine w-Stellen² enthalten. (PS)

- 1) „angesprochen“ – vager militärischer Sammelbegriff für Briefing, Information, Lagevortrag; drückt aus, dass vor allem der Informationsempfänger, die ganze Sache für unverbindlich hält, zu der er weder eine Meinung äußert, noch Diskussionsbedarf anmeldet; später wird behauptet, nie davon gehört zu haben.
- 2) „w = weiblich“, zur Unterscheidung von im Allgemeinen nicht besonders gekennzeichneten „m = männlich“ Stellen. Demgegenüber bedeutet „k.w. – kann wegfallen“.

Bericht des Geistlichen Beirats der GKS

„Jeder an seinem Platz“

Militärdekan Walter Theis

Drei Anlässe der letzten Zeit bewegen mich, die Gemeinschaft Katholischer Soldaten in diesem Jahr auf Zusammenhänge aufmerksam zu machen, von denen ich überzeugt bin, dass sie für die Arbeit und das Selbstverständnis der GKS auf Zukunft hin prägenden Einfluss haben werden.

Diese drei Anlässe waren:

- Das diesjährige Jahresthema der Gemeinschaft: „In der Kraft des Geistes das Angesicht der Erde erneuern – Jeder an seinem Platz“,
- die „Instruktion zu einigen Fragen über die Mitarbeit der Laien am Dienst der Priester (13.11.1997) aus Rom,
- das Bemühen um ein neues Konzept der pastoralen Arbeit im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs.

1.

Wie bereits in den beiden Jahren zuvor, haben wir uns bei der Formulierung des diesjährigen Jahresthemas in der Vorbereitung auf den Jahrhundert- und Jahrtausendwechsel an den Vorgaben, die der Heilige Vater, Papst Johannes Paul II., festgelegt hat, orientiert:

Uns und die Welt zu erneuern in dem Geist, der durch Taufe und Firmung auch unser Geist geworden ist.

Um nicht im Unverbindlichen und Allgemeinen stehen zu bleiben, wollten wir jenen Ansatzpunkt finden, der es uns erlaubt, im kleineren, aber wirksamen Rahmen selbst ein Teil der Erneuerung zu sein und damit unseren Anteil an dem Erneuerungsprozess des Ganzen einzubringen. „Jeder an seinem Platz“ scheint uns jene Positionsangabe, die uns erlaubt, eigene Wirkungsfelder zu finden und entsprechend unseren individuellen Fähigkeiten, Einflussebenen und Lebensbereichen unseren Beitrag in angemessener Weise zu leisten.

2.

Dabei gibt uns, so denke ich, jene lautstark diskutierte, in der Zwischenzeit kaum noch beachtete, Instructio von Rom eine heilsame Rückbesinnung und brauchbare Hinweise.

Die Mitglieder der GKS sind ja – Gott sei Dank – Laien, die ihr Apostolat in einer ehrenamtlichen Weise vollziehen. Sie können sich also voll und ganz jenem Heilsauftrag der Laien widmen, der die Welt mit ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten im Blick haben darf. Auf diesem Terrain sollen Zeichen des werdenden Gottesreiches erkannt und selbst gesetzt werden, damit sich die Herrschaft Gottes erkennbar Bahn brechen kann. Diesen Aspekt setzt die Instructio für Laien, die diesen Namen im Vollsinn verdienen, wieder frei; für Christen also, die sich nicht in erster Linie darum zu kümmern und zu sorgen brauchen, in welcher Weise und bis zu welchem Grad sie in die sakramentale Heilssorge der Kirche einbezogen werden sollen und müssen.

Ich hoffe: Wir in der GKS kennen unseren Auftrag, auch wenn wir die Wege unseres Geschicks nicht kennen: Jeder das ihm Zustehende an seinem Plan zu tun mit seinen Charismen. Ein solches Engagement will uns keiner nehmen, weil es uns keiner nehmen kann und darf.

3.

Das Bemühen um die Erarbeitung und Entwicklung eines Konzepts für eine Pastoral an Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr, die deren neuen Herausforderungen und Aufgaben gerecht werden kann, rundet auch auf diesem Gebiet die im Jahresthema gewählte Position der GKS ab.

Zum ersten Mal sind dabei alle, die sich der Militärseelsorge durch amtliche Berufung, ehrenamtliches Apostolat und aus Neigung



Militärdekan Prälat Walter Theis
gezeichnet von Helmut Jermer zum
60. Geburtstag des Geistlichen Beirats
der GKS am 14. Juni 1998

heraus verpflichtet fühlen, einbezogen. Die erste Erfahrung gemeinsamer Arbeit auf diesem Gebiet hat gezeigt, dass jeder aus seiner Kompetenz und Erfahrung heraus das einbringt, was seinen Anteil ausmacht. Nicht nur der gemeinsame Geist in der Weise der Zusammenarbeit erfüllt die Beteiligten mit Hoffnung und ist Ansporn für die noch ausstehende Arbeit. Ich denke, dass auch die bisherigen Ergebnisse den vielfältigen und vielschichtigen Anforderungen und Erwartungen an eine Pastoral, die es mit einem besonderen Wirkungsfeld zu tun hat, gerecht zu werden scheinen. Wenn man sich gegenseitig die Augen öffnet für Probleme und Chancen, für Erwartungen und Bedürfnisse, kann vieles an ermüdender Routine und oft ins Leere laufenden Aktivitäten vermieden werden.

4.

Um uns als Mitglieder unserer Gemeinschaft für die Aufgaben, die auf uns warten und die wir jeweils zu entdecken haben, weiterhin zu befähigen, um von künftigen Entwicklungen nicht überfordert zu werden, möchte ich im Anschluss an die bisherigen Über-

legungen auf zwei Aufgabenperspektiven aufmerksam machen, die meines Erachtens präziser in den Blick genommen werden sollten. Vielleicht könnte bei Hinwendung auf diese Perspektiven unser seit Jahren erkennbares Problem, junge Soldaten mehr als bisher für unsere Anliegen und unsere Zielsetzung zu ermutigen, einen Schritt in Richtung Lösung näher gebracht werden.

Die erste Perspektive ist eine Perspektive nach innen.

Ich meine nicht die Schau auf uns selbst, wie wir z.B. unsere Ordnungen und Satzungen verändern, verbessern und verfeinern könnten. Diese Phase haben wir hinter uns. Mit dem bisher in dieser Richtung Erarbeiteten und Formulierten können wir auch heute gut leben.

Der Blick nach innen betrifft unser Selbstverständnis, wie es sich in unserem Engagement und unserer Solidarität darstellt.

Die GKS ist in den letzten Jahren – wie sollte es auch anders sein – erwachsener, und damit mündiger, und nicht zuletzt selbständiger geworden. Das zeigt sich nicht nur auf dem Gebiet der eigenverantwortlichen Haushaltsführung. Diese ist eher ein äußeres Zeichen für die innere Entwicklung der Gemeinschaft. Wer herangewachsen ist, hat seine eigenen Probleme kritisch wahrzunehmen und sich um tragfähige Lösungen zu bemühen. Die Integration ehemaliger, d.h. ausgeschiedener Soldaten, in den Verband war schon immer ein, aufgrund der Nähe des Verbandes zum Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs, strukturelles Problem. Die Bemühungen um die Errichtung eines Förderkreises, dem jeder beitreten kann, waren als ein Schritt gedacht, der dieses Problem beheben sollte.

Wenn mich mein Eindruck nicht trügt, hängt dieses Lösungsangebot, das mittlerweile organisatorisch auf festem Boden steht, emotional, d.h. von der nachvollziehbaren Akzeptanz her, bei vielen Mitgliedern der Gemeinschaft in einem gewissen luftleeren Raum. Ich sehe die Gefahr, die darin besteht, dass mit der Schaffung des Förderkreises in der GKS zwei Gruppierungen entstehen, jenen Gruppierungen nicht unähnlich, die es in anderen Vereinen auch gibt: aktive und zahlende Mitglieder. Eine solche Entwicklung ist unter allen Umständen zu verhindern.

Wenn die Errichtung eines Fördervereins gelegentlich an der Basis, wie befürchtet, so verstanden werden könnte, so war sie dennoch in der Planung nie so gedacht. Um der Wahrung der eigenen strukturellen Gegebenheiten willen sollte vielmehr mit der Schaffung einer solchen Möglichkeit versucht werden, dass jeder an seinem Platz und unter seinen spezifischen Bedingungen seinen Teil zum Gelingen des Ganzen beitragen kann. Dass in Zeiten angespannter Haushaltslage eine solche Lösung auch einen positiven finanziellen Aspekt mit sich bringt, versteht sich von selbst, kann und darf aber nicht das Entscheidende sein.

Damit es nicht zu jener, eher unbewussten als bewussten, Einteilung von GKS-Mitgliedern kommt, bitte ich zu überlegen, ob es nicht auch ein Zeichen von Mündigkeit und Erwachsensein des Verbandes ist, wenn alle ihre

Mitglieder aus Gründen der Solidarität einen Teil der Kosten ihrer Verbandswirksamkeit selbst tragen. Konkret heißt dies, es ist die Überlegung anzustellen, ob nicht alle Soldaten und Soldatinnen, die sich der GKS verpflichtet fühlen, weil sie diese Form des Apostolates mittragen wollen, so wie dieses Apostolat sie in ihrem beruflichen und privaten Leben mitgeprägt hat, dem Förderverein beitreten könnten.

Ich verspreche mir davon eine neue und selbstbewusstere, eben eine mündigere Art von Entschlossenheit für eine als unverzichtbar erkannte gute Sache: Jeder an seinem Ort zu Erneuerung im gleichen Geist und unter vergleichbaren Bedingungen teilzunehmen.

5.

Die zweite Perspektive ist eine Perspektive nach außen.

Im Bemühen, den Anforderungen unserer Tage gerecht zu werden, wird im Pastoralkonzept der Militärseelsorge der Zukunft ein Schwerpunkt das Bemühen um die Verwirklichung von Partnerschaft mit anderen Nationen sein.

Wenn Militärseelsorge, und damit all jene, die im Rahmen dieser Militärseelsorge ihr Selbstverständnis ableiten und ihren Beitrag einbringen wollen, Teil der gesamtkirchlichen Seelsorge sind, dann ist damit immer weltkirchliches Engagement eingeschlossen und zugleich gefordert. Der Blick auf den eigenen Bereich hätte dann noch nie ausgereicht.



Militärdekan Prälats Walter Theis im Gespräch mit Delegierten bei der 38. Woche der Begegnung. Keiner versteht es so wie er, auf die Laien zuzugehen und im Gespräch eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen (Foto: F. Brockmeier)

Die äußere Entwicklung lehrt uns, dass nicht einmal der Blick auf Deutschland oder nur Europa ausreicht, sondern die Welt als Ganzes im Augen behalten werden muss. Einige nennen dies Globalisierung, wir nennen es Katholizität.

Nicht immer hat man den Eindruck, dass alles, was sich katholisch nennt, auch mit dem Blick für Katholizität ausgestattet ist.

Es ist das Verdienst der GKS, dass sie, jedenfalls auf ihrer Führungsebene, die Zeichen der Zeit verhältnismäßig früh erkannt hat: Sie hat den Königsteiner Offizierskreis rechtzeitig zur Gemeinschaft Katholischer Soldaten erweitert und sie hat diese Gemeinschaft in die Idee des Apostolat Militaire International erweitert und Geburtshilfe zu deren Verwirklichung tatkräftig geleistet.

Das Apostolat Militaire International (AMI) als der Zusammenschluss katholischer Soldaten und katholischer Soldatenverbände ist seit Jahren eine Realität mit ständigem Auf und Ab; aber es hat sich weltweit durchgesetzt und dabei seine Anerkennung in Form der Mitgliedschaft in der Konferenz der „Organisations Internationales Catholiques (OIC)“ gefunden.

Ich kenne die Schwierigkeiten bezüglich der Notwendigkeit und der Effektivität des AMI aus der Sicht der Basis. Ist es wirklich nur eine Erfindung von denen „ganz oben“, die sich im elitären Kreis mit Vertretern anderer Länder von „ganz oben“ einmal im Jahr

Zusammensetzen, um sich „einige schöne Tage zu machen“? Stimmt der Vorwurf, der oft so selbstverständlich gemacht wird, dass wir „unten an der Basis“ von all dem nichts haben? Vielleicht mag es auf den ersten Blick so aussehen. Wer internationale Arbeit kennt und sie betreibt, ist aber schlecht beraten, wenn er dies unter dem Aspekt kurzfristiger und handfest nachweisbarer Effekte tut.

Ist es kein vorzeigbares Ergebnis, wenn katholische Soldaten als Verband in einem internationalen Zusammenschluss aller katholischen Standes- und Berufsvertretungen aufgenommen sind, dort ihre Stimme zu Gehör bringen können, um für ihre Ziele und Anliegen Verständnis zu vermitteln, wie dies in den OIC mittlerweile ganz selbstverständlich – aber nicht von Anfang an – der Fall ist?

Ist es kein vorzeigbares Ergebnis, wenn katholische Soldaten aus weltweit verschiedenen Ländern und unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Strukturen, Geschichts- und Erfahrungshintergründen sowie kulturell bedingten Mentalitätsverschiedenheiten miteinander über das Selbstverständnis und die ethische Legitimation ihres Soldatenberufs, der von den Anforderungen her ständig im Wandel ist, nachdenken und sogar zu gemeinsam getragenen und sie bindenden Erklärungen gelangen?

Ich halte persönlich eine Mitwirkung an dieser internationalen,

weil katholischen, Arbeit in unseren Tagen für unverzichtbar, weil hoffnungs- und zukunftsfördernd und dem Geist der Erneuerung der Welt dienend. Auch in diesem Punkt sind wir an einen Plan bestellt, von dem aus wir das Unsere unverzichtbar beizutragen haben, wenn wir die Zeichen der Zeit erkennen und umsetzen wollen.

6.

Zwei Bitten:

Die Erste richtet sich an die Bundesführung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten: Sie möge sich verstärkt Gedanken machen, wie sie das Anliegen des AMI deutlicher, bis auf die Ebene der Basis, darstellen kann und wie sie die ansatzhaften Ergebnisse des AMI auf diese Basis hin transparenter machen soll. Ebenso bitte ich die Bundesführung darüber nachzudenken, wie sie ihre Repräsentanz beim AMI so erweitern kann, dass nicht nur bestimmte Vertreter über längere Zeit die Delegation der GKS bei der Generalversammlung des AMI repräsentieren. Je offener und je größer der Kreis derer ist, die in diese internationale Arbeit mit einbezogen sind und sie damit tragen, umso größer ist die Chance, dass diese als Multiplikatoren Sinn und Ergebnis dieser Arbeit breit streuen können.

Die zweite Bitte richtet sich an die Mitglieder der Kreise: Sie mögen über ihre unmittelbaren Alltagsbedürfnisse vor Ort sich offen halten für dieses gesamtweltliche Engagement, mental und sachlich diese Arbeit mittragen, ihr Interesse zeigen, die Arbeitsergebnisse zur Kenntnis nehmen, darüber auf ihrer Ebene informieren und ggfs. Anregungen für künftige Aufgaben erarbeiten und weiterleiten. Auch auf dieser Ebene gilt, dass „Jeder an seinem Platz“ seinen Beitrag auf Zukunft hin einbringt.

Wo dem guten Willen die überlegten Schritte folgen, sollten sich Erfolge – selbst wenn sie immer auch mit Rückschlägen erkaufte werden – einstellen.

Mein Wunsch und meine Ermutigung an uns alle besteht darin: Wir kennen unseren Auftrag, und das ist das Entscheidende. Dass wir unser Schicksal nicht kennen, ist dann weniger erheblich. □



Aufmerksame Zuhörer bei den Beratungen der Laien während der 38. Woche der Begegnung (Foto: F. Brockmeier)

Das Apostolat Militaire International (AMI)

Internationale Zusammenarbeit katholischer Soldaten für den Frieden

JÜRGEN BRINGMANN

Im November 1997 fand die Generalversammlung des AMI zum Thema „Militärische Führung 2000 – Die christliche Sicht“ in Quezon City/Manila auf den Philippinen statt. Italien hat nach wie vor das Präsidium, Deutschland führt das Generalsekretariat. Erstmals nahmen Kenia und Indonesien teil. Das AMI besteht damit heute aus 26 Ländern in 4 Kontinenten.

Die diesjährige Generalversammlung des AMI findet vom 14. bis 20. September in Blankenberge/Belgien statt. Die Hauptthemen lauten: „Friede und Versöhnung“ und als ein erster Ansatz eine „Charta der Rechte und Pflichten des christlichen Soldaten“ – diese soll im Heiligen Jahr 2000 in Rom verabschiedet werden.

Lassen Sie mich hier in Ergänzung zu unserem Bundesvorsitzenden und zum Geistlichen Beirat etwas zum AMI sagen:

1965 schlossen sich in Santiago de Compostela in Spanien katholische Soldaten aus vielen Ländern zu einem internationalen katholischen Verband zusammen – dem Apostolat Militaire International (AMI) – um gemeinsam dem Einfluss der so genannten Friedensbewegung in der katholischen Kirche die Auffassung katholischer Soldaten von ihrem Dienst für den Frieden entgegenzustellen. Seitdem nimmt diese internationale katholische Organisation in der Kirche, in den Streitkräften der verschiedenen Länder und in der Öffentlichkeit ihre selbst gewählten Aufgaben wahr,

- Normen und Wertvorstellungen christlicher Soldaten zu klären, zu verdeutlichen und national und international zu vertreten,
- die internationale Verständigung und Zusammenarbeit zu fördern – als Beitrag zum Frieden in der Welt,
- gemeinsam die geistigen, ethischen und gesellschaftlichen Probleme im militärischen Be-

reich aus der Sicht des Evangeliums und der Lehre der Kirche zu überprüfen und zu diskutieren.

Die Wichtigkeit einer Organisation wie das AMI hat sich in den Jahren seit seiner Gründung nicht verringert, sondern verstärkt. Gerade heute, wo der Frieden, die Freiheit, die Gerechtigkeit, die Würde des Menschen und die Rechte der Völker vielfach in Frage gestellt, gefährdet, angegriffen sind, geht es darum, dass katholische Soldaten weltweit

- sich Gedanken über ihren Dienst machen und ihn aus ihrem christlichen Glauben heraus gestalten,
- den Dienst des Soldaten als Dienst für einen wirklichen Frieden innerhalb ihrer Kirche und in der Öffentlichkeit vertreten.

Die Mitglieder bzw. Mitgliedsländer des AMI, katholische Soldaten, besonders auch die Vorgesetzten, sollen sich aus ihrer zweifachen Verpflichtung als Soldat und Christ dafür einsetzen, dass

- die inneren Strukturen der Streitkräfte dem christlichen Bild von der Würde des Menschen Rechnung tragen,
- auch innerhalb der Streitkräfte die Religionsausübung respektiert und unterstützt wird – in der Regel im Rahmen der Militärseelsorge,
- der Soldat sich der hohen ethischen Normen bewusst wird, die ihn einerseits zur Erfüllung

seines Dienstes für die Gemeinschaft mit gutem Gewissen berechtigen, andererseits aber auch Grenzen militärischer Machtausübung festlegen.

Die jährlichen Generalversammlungen des AMI seit 1965 dienen diesen Zielen – nicht nur zum Nutzen der Mitglieds- und befreundeten Länder, sondern auch im Interesse der Streitkräfte, der Militärseelsorge aller Nationen. Es zeigt sich dabei immer wieder, dass trotz sehr unterschiedlicher nationaler und geographischer Herkunft zwischen katholischen Soldaten und Militärseelsorgern ein tief gehender Konsens über die Aufgaben und innere Verfassung von Streitkräften, aber auch über die Verwirklichung und das Leben des Glaubens unter den Soldaten möglich ist. Die Ergebnisse dieser Konferenzen, die allen Ländern mit einer katholischen Militärseelsorge zugänglich gemacht werden, und die aus ihnen hervorgegangenen Erklärungen zu wichtigen Fragen des Dienstes und des persönlichen Lebens katholischer Soldaten sprechen für sich.

Hinzu kommt, dass das AMI Mitglied in der Konferenz der OIC ist, die 36 internationale katholische Organisationen vertritt. Auch hier haben wir erfolgreich unsere Sicht des soldatischen Dienstes und der militärischen Friedenssicherung und -Förderung eingebracht und Vorbehalte, die es gerade in den Ländern Afrikas, Asiens und Südamerikas gibt, abgebaut. □

*Neben dem Gebet gibt es dann all die
Verrichtungen des alltäglichen Lebens,
und auch die sollen mit gutem Willen und
Schwung, aber ohne Übereifer ausgeführt
werden. Johannes XXIII.*

„Hat der Glaube eine Zukunft? – Christsein an der Wende zum 3. Jahrtausend“

Eugen Biser

Dass wir in einer höchst komplexen Welt leben, meine verehrten Damen und Herren, das pfeifen alle Spatzen von den Dächern. Das braucht nicht bewiesen zu werden. Ich sage das auch, um jedes Erstaunen darüber von vorneherein abzublocken, dass es in dieser Welt auch mit dem Glauben Probleme gibt. In einer Welt, die so kompliziert ist, wie die Welt in der wir uns befinden, wie die Lebenswelt, die uns umgibt, in einer solchen Welt können die Dinge des Glaubens nicht glatt laufen. Das wäre ja etwas völlig Utopisches, ein Stück Himmel auf Erden. Aber das gibt es ja bekanntlich nicht.

Der Glaube ist eingebunden in die Welt und deswegen leidet er auch unter den Konflikten der Welt. Das ist eine ganz natürliche Sache und wenn die Kirche Schwierigkeiten hat, darf sie sich überhaupt nicht wundern. Das ist der Tribut, den sie zahlen muss für die Tatsache, dass sie im 20. Jahrhundert existiert und hofft erfolgreich ins 21. Jahrhundert hineinzukommen.

Strukturen der Welt

Werfen wir also zunächst einen Blick in die Strukturen dieser Welt. Ich beginne mit dem kosmischen Universum, in dem wir uns befinden. Sie alle wissen, es ist lange vorbei, wo die Menschen das Gefühl hatten, auf einen festen Boden zu stehen und das der Himmel sich wie ein Schirm über dieser Erde wölbt. Nein, wir leben in einem explodierenden Universum und es ist erstaunlich, dass die vielen Galaxien so reibungslos aneinander vorbeistreichen, fast mit Lichtgeschwindigkeit, je weiter sie sich vom Zentrum entfernen. Aber das ist lange nicht mehr die Welt, die uns angeht. Natürlich interessieren uns Ereignisse, wie die Mondlandung, Ereignisse wie die Erforschung des Jupiters und anderer Planeten. Aber die Welt die



Der Münchener Religionsphilosoph Prof. Dr. Eugen Biser erhält als Dank für seinen Vortrag am 10. April in Untermarchtal vom Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein, die Plakette der GKS überreicht (Foto: F. Brockmeier)

uns angeht, ist ja viel mehr. Die gesellschaftliche Welt, die politische Welt. Hier, meine Damen und Herren, möchte ich dann doch meinen ersten Akzent setzen. Und zwar deswegen, weil ich überzeugt bin, dass wir in einem Land der Undankbarkeit leben.

Uns ist etwas geschenkt worden, was sensiblere Generationen längstens auf die Knie gezwungen hätten. Denn überlegen Sie sich einmal, wie es in diesem sich einigenden Europa noch vor einem halben und einem ganzen Jahrhundert ausgesehen hat. Ja nicht nur vor einem Jahrhundert, sondern jahrhundertlang.

Die Völker waren in einer so genannten Erbfeindschaft begriffen. Sie lieferten sich fast mit unregelmäßiger Regelmäßigkeit blutige und barbarische Kriege. Denken sie nur an die letzten beiden, die ausgestanden und ausgefochten worden sind. Sie begannen als Nationalkonflikte. Und ausgerechnet in diesem jahrhundertlang total zerstrittenen Europa erleben wir das Wunder der Einigung. Das geht gegen jede historische Erfahrung und man ist fast geneigt, zu sagen, dass die Menschen eben

doch ein wenig aus der Geschichte lernen.

Sie kennen ja den berühmten Spruch Hegels, dass man aus der Geschichte lernt, dass man nichts aus der Geschichte lernt. Offensichtlich stimmt diese pessimistische Feststellung nicht vollständig, sondern man lernt sehr wohl. Die beste Lektion, die aus dieser blutigen Serie von Kriegen überhaupt abgeleitet werden konnte, ist die Lektion eines bleibenden und dauerhaften Friedens.

Wiedervereinigung Deutschlands und Ende des Ost-West-Konflikts

Aber dann ist uns noch etwas geschenkt worden, was beinahe den Charakter einer realisierten Utopie erfüllt. Die Wiedervereinigung, denn die wollte ja absolut niemand. Auch Amerika nicht, auch Frankreich nicht, England schon gar nicht. Überhaupt niemand. Es tat sich aber aufgrund einer Konstellation, die nur wenige Wochen bestand, eine schmale Türe auf, durch die dann beherzte Politiker Michail Gorbatschow, Helmut Kohl, Theo Waigel war auch dabei,

entschlossen eingetreten sind und das Ergebnis war spektakulär: Die Deutsche Wiedervereinigung. Das was kein Philosoph vorausszusehen wagte, was kein Dichter zu prognostizieren wagte, was auch kein Theologe in irgendeiner Weise sich in den Sinn kommen ließ, fiel uns als Himmels Geschenk in den Schoß.

Gleichzeitig, und das war ja auch die Voraussetzung, ist die schwerste Hypothek von uns genommen worden. Der Ost-West-Konflikt. Erinnern wir uns doch daran. Kaum war das Hitlerreich zerstört und jener problematische Frieden von 1945 erreicht, wuchs eine neue Konfrontation empor, nämlich der Ost-West-Konflikt. Sie wissen ja viel besser als ich, dass die Geschichte inzwischen die Karten aufgedeckt hat und wir wissen, dass wir mindestens zweimal hautnah an einem dritten atomar ausgetragenen Weltkrieg vorbei geschrammt sind, von dessen Katastrophe uns nur eine besondere göttliche Vorsehung bewahrt hat.

Das war die Situation über 40 Jahre hindurch. Was dieser Ost-West-Konflikt an Unheil gestiftet hat, ist ja jedem von uns bekannt. Auch dass er alle militärischen, alle wirtschaftlichen aber auch alle geistigen Kräfte blockierte, dass sich die ganze Technik darauf konzentrierte, einen Krieg der Sterne einmal eines Tages austragen zu können, ist uns unvergessen. Und das wurde nun ohne einen Schwertstreich 1989 von uns genommen. Diese, wie ich vorhin sagte, ungeheuerliche Hypothek.

Es hätte ein Aufatmen durch die Welt hindurchgehen müssen und vor allen Dingen ein Gefühl tiefer Dankbarkeit für dieses Geschenk der Freiheit, das nicht nur uns, sondern vor allen Dingen den geknechteten Ostvölkern zu Teil geworden ist. Das ist die politische Situation.

Vielleicht habe ich die lichten Akzente ein bisschen zu deutlich gesetzt. Ich weiß natürlich auch, dass das alles mit einer Menge neuer Schwierigkeiten verbunden ist. Ich komme gerade von Ostberlin, wo ich den Versuch an der Humboldt Universität gestartet habe, wieder einen katholischen theologischen Wissenschaftler unterzubringen. Ja, da sind immer

noch die Straßen holperig, weil sie immer noch nicht saniert werden konnten. Nicht wahr, die Folgen der Bombenangriffe auf Berlins sind noch mit den Füßen zu spüren. Es wird noch mindestens 10 Jahre dauern, bis dieses Berlin ein wirklich ansehnliches Gesicht bekommen hat. Von den übrigen Gebieten einmal ganz zu schweigen. Also diese Schwierigkeiten, die sind gegeben. Und wir erleben jetzt gerade in der letzten Wahl in Sachsen-Anhalt, dieses Debakel mit einem neuen Nationalismus und einer Ausländerfeindlichkeit. Kein Wunder, denn über 28 Prozent der jungen Menschen haben

Wir leben in einer der erregendsten Stunden der Weltgeschichte. Wir sind uns dessen kaum bewusst. Aber spätere Generationen werden es genau so sagen!

dort keine Arbeit. Das demoralisiert, das radikalisiert, das kann ja gar nicht anders sein. Also die Probleme fehlen uns weiß Gott nicht. Aber ich habe oft das Gefühl, das sogar unsere Politiker – verstrickt in den Nahkampf der täglichen Probleme – diese größere Perspektive aus dem Auge verlieren. Vor allen Dingen aber auch unser Volk. Wir sollten überall dem, was heute schwer ist und an neue Schwierigkeiten sich einstellt, die große Vergünstigung der historischen Stunde nicht vergessen, die uns geschenkt ist. Wir leben ja in einer der erregendsten Stunden der Weltgeschichte, meine verehrten Damen und Herren, wir sind uns dessen kaum bewusst. Aber spätere Generationen werden es genau so sagen, wie ich es Ihnen im Augenblick gesagt habe.

Die geistige Situation

Werfen wir einen Blick jetzt in die geistige Situation. Auch sie ist alles andere als durchsichtig. In der Philosophie gibt es einen unbestreitbaren Niedergang. Ich habe oft schon davon gesprochen, dass wir so etwas wie eine Evakuierung des geistigen Olymps erleben. Vor 30 Jahren konnte man noch die Leitgestalten der Kultur an den Fingern aufzählen. Da gab es Jaspers, da gab es Heidegger, da gab es Gadamer, da gab es viele,

viele andere im Bereich der Philosophie. Es gab genau so bedeutende und große Theologen, einen Romano Guardini habe ich genannt, die Evangelischen würden genauso Rudolf Bultmann genannt haben, um jetzt nur diese zwei zu erwähnen. Genauso konnte man in der Kunst auf Picasso, und in der Musik auf Hindemith hinweisen, um auch nur hier zwei solitäre Namen zu nennen.

Nennen sie heute einmal vergleichbare Namen? Es gibt sie nicht. Wir erleben eine geistige Flaute.

Aber das ist wahrscheinlich unabdingbar, denn wir erleben auf der anderen Seite eine Eskalation der Technik, wie es in dieser Welt noch nie der Fall gewesen ist. Werner Heisenberg, Ihnen bekannt als einer der großen modernen Physiker, sagte einmal: „Wir erleben die Stunde, in der der Mensch der Natur sein Gesicht aufprägt.“ Wenn man hinausschaut in die Natur, sie ist überzogen von Bauwerken des Menschen und sie nimmt immer mehr ein menschliches Gesicht an. Das ist aber vielleicht nur eine schwache Einübung in einen noch viel tiefer dringenden Satz, den ich folgendermaßen formuliere:

Der Mensch steht heute im Begriff, Hand an die eigene Evolution zu legen, einzugreifen in die Vererbungsmechanismen, so dass die Evolution, die über Jahrmillionen hinweg das ausschließliche Privileg der Natur gewesen war, in die Hand des Menschen fällt. Wir erleben eine Umschichtung, die zum allererregendsten der gesamten bisherigen Menschheitsgeschichte zählt. Deswegen habe ich persönlich den Eindruck, dass die Genialität des menschlichen Geistes von der Philosophie und von der Dichtung abgewandert ist in den Bereich der Technik.

Aber das würde dann auf der anderen Seite heißen, dass die Technik mehr und mehr philosophische Qualität gewonnen hat. Das ist ja vielen gar nicht bewusst. Ich will es mit einigen Sätzen verdeutlichen. Es ist ein Gedanke der vor allen Dingen durch Sigmund Freud einmal geäußert worden ist. Ich wundere mich, dass der nicht so bekannt geworden ist, wie er es eigentlich zu werden verdiente. Freud hat gesagt: „Die moderne

Technik hat sich verzweigt. Auf der einen Seite ist sie das geblieben, was sie immer war, ein Instrument der Daseinserleichterung. Auf der anderen Seite ist sie etwas vollkommen Neues geworden. In dieser Hochform tut sie nicht mehr das, was die Menschen im Interesse ihrer Daseinserleichterung brauchen, sie tut vielmehr das, wo von die Menschen seit Jahrtausenden träumen.“

Menschheitsträume

Wovon träumen die Menschen? Vom himmlischen Feuer des Prometheus. Es ist realisiert in den Atomreaktoren.

Wovon träumen die Menschen? Von der Sternenreise! Sie ist realisiert in der Mondlandung, in der Raketentechnik und in der Konstruktion von Weltraumstationen.

Wovon träumen die Menschen? Von dem kalten Herzen. Wir befinden uns in Schwaben, wie Sie wissen und da gibt es einen großen Erzähler, Wilhelm Hauff, der hat ein wunderbares Schwarzwaldmärchen geschrieben: Das kalte Herz. Ja dieses kalte Herz, das wird praktiziert in so vielen Herzstationen. In München feierte man vorgestern den Tag der 3.000-ten Transplantation. Da waren aber auch Nieren und Lungen und Lebertransplantationen miteingebegriffen. Aber stellen Sie sich einmal diese Zahl vor: 3.000 innerhalb weniger Jahre. Und es hätten mehr sein können, wenn entsprechende Materialien zur Verfügung gestanden hätten. Das heißt, und ich ziehe jetzt eine Konsequenz, die Hochtechnik holt Utopien, die bisher am Himmel hingen, auf die Erde herab. Sie verwirklicht uralte Menschheitsträume. Das wovon die Menschheit jahrtausendlang nur träumen konnte, geht in unseren Tagen Zug um Zug in Erfüllung.

Ich denke damit habe ich Ihnen deutlich gemacht, dass die heutige Technik tatsächlich philosophische Qualität aufweist. So etwas kann nur noch philosophisch gewürdigt werden. Dass das nicht alles an Menschen spurlos vorbeigeht, das macht uns ein Zweig der Technik deutlich, das ist die Medientechnik.

Das Medienzeitalter

Ich habe immer schon gesagt, die Technik, die unser Leben am stärksten verwandelt, ist nicht die Atomtechnik, ist auch nicht irgendeine Teilchentechnik, sondern ist die Medientechnik. Denn wir befinden uns ja erst im Steinzeitalter der Medien.

Medien in dieser modernen elektronischen Form gibt es erst seit 60–70 Jahren. Was ist das in der Gesamtentwicklung der Menschheit. Es ist eine Null. Wie wird die Medientechnik einmal aussehen in hundert Jahren, in 500 Jahren? Nicht einmal die

Der Mensch braucht Gott, um Mensch sein zu können. Gott muss aus dem Dunkel seiner Verborgenheit hervortreten, um dem Menschen zu sagen, wer er ist.

kühnsten Träumer können sich das ausdenken, wie sehr die Medien dann das Menschenleben prägen aber auch verändern.

Deswegen wäre es dringend geboten, dass die Kirche sich dieser Zukunft bewusst wird. Die Kirche hat immer noch ein gestörtes Verhältnis zu den Medien. Leider auch viele Teile der Politik. Aber die Medien sind unser Schicksal und außerdem sollte die Kirche sich überhaupt vor den Medien nicht fürchten, denn es gibt einen Medienverwender, der uns wirklich Wegweisendes zu sagen hat. Und ob Sie es mir glauben oder nicht, meine Damen und Herren, das ist und bleibt der Apostel Paulus. Er war der Erste der ein Medium, das damals modernste Medium, in den Dienst der kirchlichen und christlichen Verkündigung gestellt hat. Er hat Briefe geschrieben und zwar Lehrbriefe, apostolische Briefe, Paulusbriefe. Das war das damals modernste Medium. Und Paulus war gleichzeitig sich der Grenzen des von ihm verwendeten Mediums bewusst. Er ist nicht nur der erste Medienverwender der Christenheit, sondern auch der erste Medienkritiker der Christenheit.

Wir haben also überhaupt gar keinen Anlass, uns vor den Medien zu fürchten. Wir stehen hier Schulter an Schulter mit dem größten Denker der Christenheit, mit dem Apostel Paulus und könn-

ten gestützt auf ihn wahrhaftig Mittel und Wege finden, auch die Herausforderung der Medienwelt standhaft und sinnvoll zu bestehen.

Die Glaubensfrage

Aber wie sieht es denn, und das war ja ihre zentrale Frage, im Bereich des Glaubens aus? Da wird man wiederum das wiederholen müssen, was ich ganz einleitend sagte, es wäre ja komisch, wenn wir immer noch einen monolithischen Glauben hätten, wie man ihn in der Kirchengeschichte immer mal wieder zu haben glaubte, aber in Wirklichkeit ja auch nie gehabt hat. Nur heute ist der Zwiespalt und ist der Dissens und das Konfliktpotenzial viel offenkundiger als früher.

Früher hat es sich auf die Theologenzirkel beschränkt. Die haben die Glaubenskonflikte miteinander ausgetragen. Heute ist jeder von den Glaubenskonflikten betroffen.

Wie sieht es da aus? Meine These, meine verehrten Damen und Herren, heißt, und ich stütze mich dabei auf Erfahrungen im akademischen Bereich, wir gehen einer neuen religiösen Ära entgegen. Es sah einmal ganz anders aus in den 68-iger Jahren, als eine Generation groß geworden ist, die von Glaube und Religion aber auch nicht mehr das Mindeste wissen und hören wollte und der man Glaubensdinge überhaupt nicht mehr übermitteln konnte. Inzwischen sind wir mit einer völlig neuen Jugend beschenkt, die weiß Gott nicht aus Engeln besteht, das hat noch nie eine Jugend getan, aber die eines auf ihrem Konto verbuchen kann, nämlich dass sie religiös gestimmt ist. Viele von den jungen Menschen wissen das gar nicht. Aber es wird ihnen indirekt klar und sie bezeugen es auch indirekt, weil sie ein Problem haben: Das Problem ihres Lebenssinns.

• *Meine These heißt: wer nach dem Sinn des Lebens sucht, und wer mit Leidenschaft und Energie danach strebt, der sucht nach Gott, auch wenn es ihnen gar nicht bewusst ist. Denn der Mensch ist nach meiner Analyse jenes allseits bedingte Wesen, das ungeachtet seiner vielfälti-*

gen Bedingtheit nur im Unbedingten sein Genüge findet.

Das kann man auch einfacher sagen. Der Mensch braucht Gott, um Mensch sein zu können. Der Mensch ist mit seiner Sinns Spitze ins Gottesgeheimnis eingeschrieben. Wenn er voll gültige Antwort auf seine Sinnfrage bekommen soll, muss also Gott aus sich heraus gehen, muss Gott sein ewiges Schweigen brechen, muss Gott aus dem Dunkel seiner Verborgenheit hervortreten, um dem Menschen zu sagen, wer er ist.

Das habe ich nun besonders betont, um Ihnen, meine verehrten Damen und Herren, klar zu machen, das dieser Satz doppeldeutig war. Wenn Gott sagt, wer er ist, sagt er nämlich nicht nur, wer er – Gott – ist, sondern er sagt den Menschen auch, wer er – der Mensch – ist. Und das heißt: **Gott ist die voll gültige Antwort auf die menschliche Sinnfrage.** Das schließt natürlich relative Antworten nicht aus.

Die politische und ökonomische Szene

Wir erleben gerade eine politische ökonomische Szene, in der die relative Antwort besonders problematisiert worden ist: Die Arbeit. Menschen die keine Arbeit haben – und ich habe ja vorhin auf die katastrophalen Wahlen in Sachsen-Anhalt Bezug genommen – denen fehlt ein wichtiges Feld der Sinnfindung. Denn Sinn gibt es für den Menschen überall dort, wo er gebraucht wird. Wo er in Anspruch genommen wird. Wo man Wert auf ihn legt. Wo man ihm zu verstehen gibt, dass er einen Wertfaktor darstellt. Überall dort ist die Sinnfrage des Menschen relativ gelöst. Das heißt,

- der Mensch braucht Arbeit,
- der Mensch braucht einen Beruf,
- der Mensch braucht soziale Beziehung, d.h. er braucht eine intakte Familie und er braucht Freundschaft,
- der Mensch braucht Geborgenheit,
- der Mensch braucht Gemeinschaft.

Das ist selbstverständlich auch ein Problem der Militärseelsorge

und der militärischen Fürsorge, denn sie erleben ja die Menschen, in einer ausgesprochenen Grenzsituation. Sie sind zum ersten Mal aus ihrer angestammten Geborgenheit herausgelöst. In der Schule waren sie zwar stundenweise aus dem Elternhaus weg, aber dann sind sie am Abend schon wieder da gewesen. Jetzt sind sie Wochen und Monate lang fern ihrer natürlichen Beheimatung. Deswegen stürzen viele junge Menschen da in eine echte Krise. Da ist es ganz wichtig, ihnen das Gefühl einer neuen Geborgenheit zu vermitteln.

Ich bin auch unglücklich über unsere politische Diskussion im Augenblick, das sage ich ganz offen. Ich bestreite natürlich gar nicht, das die Menschen Sorge haben, um den Euro, Sorge haben um ihre Finanzen, Renten. Aber ich protestiere gegen eine Politik, die nur diese Probleme, diese finanziellen Probleme, als die Probleme politischer Selbstpräsentation verwertet. Nein, auch die Politik ist zuständig für ein Gefühl der Beheimatung, für das Gefühl in einem geordneten Staatswesen aufgehoben zu sein, Schutz zu genießen, in einer menschlichen Gemeinschaft zu stehen, in der man sich gegenseitig verständigen kann, in der man sich gegenseitig bereichern kann. Denken Sie nur einmal wie unser Ost-West-Verhältnis innerhalb der Bundesrepublik aussehen würde, wenn wir endlich mal begreifen würden, was es heißt, das man jetzt nach 40 Jahren wieder ohne diese demütigen Kontrollen durch das abscheuliche SED-System nach Weimar reisen kann, in die Stadt Goethes, in die Stadt Nietzsches oder nach Dresden, um dort den Zwinger und dann die herrliche Oper zu genießen und nach Berlin. Wie ganz anders sah es jahrzehntelang aus an diesem Punkt und das müsste selbstverständlich auch politisch genutzt werden, diese Möglichkeit an die Kulturschätze in der Dresdener Galerie mit der Sixtinischen Madonna endlich wieder heranzukommen oder den grandiosen Pergamon Altar auf der Museumsinsel Berlin besichtigen zu können. Das war uns ja alles abgeschnitten und vorenthalten. Ich bin natürlich auch dankbar, dass wir nach Paris reisen können und ich befür-

worte alle Kontakte mit dem kulturellen Frankreich, das habe ich ja vorhin genug angedeutet. Aber warum denn in die Ferne schweifen, wenn das Gute so nahe liegt – und zwar das Gute, das zu uns gehört und uns 40 Jahre lang vorenthalten war. Das müsste jetzt auch politisch ausgenutzt und den Menschen zu Bewusstsein gebracht werden.

Die religiöse Situation

Aber das ist jetzt nicht meine Aufgabe, sondern meine Aufgabe ist die Beschreibung der religiösen Situation. Meine These, Sie haben es nicht vergessen, meine verehrten Damen und Herren, hieß, der heutige Mensch ist substantiell religiös, aber – und das ist jetzt der große Einwand – die Kirchen haben nichts davon. Das ist die schwierige Situation in der wir uns befinden.

Nein, die Kirchen erleben einen progressiven Vertrauensverlust, der sicher seine Ursachen hat, die wir nicht im Einzelnen ergründen können, aber der als Faktum einfach einmal hingenommen werden muss. Und damit hängt es nun zusammen, dass in der religiösen Szene sich plötzlich ein Pluralismus entwickelt hat, den es früher zwar auch gab, aber der in unserer Zeit in einer erschreckenden Weise ins Kraut schießt.

Ich war unlängst mit dem Direktor des Herder Verlags zusammen. Er hat ein bisschen aus seiner verlegerischen Erfahrung berichtet und sagte, uns Verlegern, die wir noch theologische Literatur produzieren wollen, geht es schlecht. Gehen sie, sagte er, in eine Buchhandlung, da gibt es ein kleines Regal mit theologischen Büchern, da steht Rahner, da steht Guardini, da steht Bultmann und dann ist wieder Schluss. Oder Küng noch oder Drewermann. Aber dann kommt eine unabsehbare Serie von Esoterikern, also das Sektentum. Das hat heute Hochkonjunktur. Das ist einfach ein Faktum, meine verehrten Damen und Herren. Es ist ein Faktum, das die Kirche herausfordert und von dem ich meine, dass in diesem Faktum eine Anfrage an die Kirche verborgen ist und steckt, der wir jetzt etwas genauer

nachgehen sollten, denn hier geht es um das Überleben des Christentums in unserer Zeit.

Worauf zielt diese Anfrage der Sektenszene? Sie wissen ja, viele Menschen kehren heute der Kirche deswegen den Rücken, weil sie von ihrem Angebot sich frustriert fühlen. Sie haben das Gefühl, dass im Christentum eigentlich noch was ganz anderes auf sie wartet, als das, was durch die Lehre der Kirche ihnen vermittelt wird. Und im Gefühl, dass das nicht geschieht, wandern sie ab, meistens nach Osten in Richtung auf Buddhismus, auf Zenbuddhismus, auf transzendente Meditation oder dann hinein in die moderne Sektenszene, die ja in geradezu unglaublicher Weise ins Kraut schießt. Ich empfinde das als eine sehr, sehr bedeutungsvolle Anfrage an die Kirchen und die Anfrage heißt: Ja besitzt denn die Kirche nicht den Schatz, den dann diese enttäuschten Christen im Buddhismus suchen?

Jetzt brauchen wir nur noch ein Wort, um die Sache auf den Punkt zu bringen. Und dieses Wort heißt Mystik. Karl Rahner der große katholische Theologe, Nachfolger von Guardini, Vorgänger von mir auf dem Lehrstuhl in München, hat sich von seiner theologischen Arbeit mit einem ganz einfachen, aber sehr harten Satz verabschiedet. Und dieser Satz heißt: „Der Christ von morgen wird ein Mystiker sein oder er wird überhaupt nichts sein.“

Das heißt in meiner Sprache, das Christentum ist keine asketische und das Christentum ist keine moralische, sondern eine therapeutische und eine mystische Religion.

Ich will Ihnen diesen Satz ein wenig verdeutlichen. Und ich tue es, indem ich das Erscheinungsbild der Kirche einmal unter einem Gesichtspunkt in den Blick nehme, der Ihnen in irgendeiner Weise schon einmal aufgefallen ist. Wenn man das Erscheinungsbild der Kirche in unserer Zeit unter die Lupe nimmt, hat man den Eindruck, die Kirche sei eigentlich zuständig für die moralische Unterweisung des Menschen. Die beiden christlichen Konfessionen unterscheiden sich nur geringfügig in dieser Meinung. Sie sind beide der selben Ansicht. Die Protestanten legen mehr Wert

auf Sozialethik, die Katholiken mehr Wert auf Sexualethik. Das ist also der geringfügige Unterschied. Gemeinsam aber ist ihnen die Überzeugung, die einmal der vor wenigen Jahren im hohen Alter verstorbene Theologe Drillhaas auf den Punkt gebracht hatte. Er sagte, das Christentum ist in unserer Zeit in sein ethisches Stadium eingetreten und es kann den modernen Menschen nur noch als Moral vermittelt werden. Der moderne Mensch will von der Kirche moralische Unterweisung. Aber das führt in die Katastrophe, wie wir ja erleben, denn die moralischen Direktiven der Kirche werden zwar immer wieder neu eingeschärft,

Jesu Lehre: Das Prinzip LIEBE macht unfähig, Böses zu tun.

aber nicht befolgt. Das ist eine offenkundige Tatsache. Und bei vielen erregen sie sogar eine Art Überdruß. Und bei einigen sind sie sogar Anlass der Abkehr von Christentum und Kirche. Aber das hat damit zu tun, dass zwar das Judentum eine genuin moralische Religion ist. Das ist mir in meinen Gesprächen mit meinen jüdischen Gesprächspartnern in der Salzburger Akademie sehr deutlich gemacht worden. Das Christentum nicht. Das Christentum hat zwar eine Moral und ich beklage es zutiefst, dass die moralische Position Jesus viel zu wenig in ihrem Kern begriffen und verkündet wird. Denn Jesus setzt nicht auf Gebote und Verbote, er setzt auf etwas total anderes und das hat sich bei uns überhaupt noch nicht herumgesprochen. Er setzt auf die Möglichkeit, der menschlichen Immunisierung gegen das Böse. Denn Jesus hat entdeckt – und er ist der Erste der es getan hat – dass man den Menschen durch Verbote und Gebote nur bedingt vom Bösen abhalten kann. Irgendwann haut er dann doch wieder über die Strenge. Aber, wenn man ihn innerlich unfähig zum Bösen macht, dann hat man gesiegt. Man macht ihn unfähig zum Bösen, wenn man ihm das Prinzip „Liebe“ einpflanzt.

Liebe deinen Nächsten, dann kannst du ihn nicht mehr belügen, nicht mehr betrügen, nicht mehr übervorteilen, kannst ihm nicht übel wollen. Das ist ganz unmög-

lich. Wen du liebst, den musst du aufbauen, dem musst du beistehen, den musst du annehmen, den musst du fördern. Die Liebe kann nichts Böses wollen. Das ist die Immunisierungsstrategie Jesus.

Das Christentum eine therapeutische Religion

Aber wie gesagt, das Christentum hat zwar eine Moral, aber es ist keine Moral. Es ist eine therapeutische und eine mystische Religion, machen wir uns das noch ganz kurz miteinander klar: eine therapeutische Religion.

Es gibt einen hochinteressanten Theologen, Ferdinand Hahn, der mit 25 Jahren Weltruhm durch ein Buch über die Hoheitstitel Jesu erlangt hat. Das ist natürlich eine theologische Spezialfrage. Er wollte zeigen, dass Jesus sich weder Davidsohn noch Messias, noch Menschensohn, noch Gottessohn, noch Kyrios nannte, sondern dass all diese Attribute ihm erst später nach seiner Auferstehung zugelegt worden sind.

Aber ich habe meinen Freund Ferdinand Hahn unlängst gesagt, einen Hoheitstitel hast du vergessen. Und den hat Jesus bei Lebzeiten ganz gewiss für sich in Anspruch genommen, nämlich den Titel „Arzt“. Einer ist euer Arzt, heißt es da in der urchristlichen Literatur. Und Jesus sagt: „Ich bin nicht gekommen, die Gesunden zu heilen, sondern die Kranken.“ Nicht die Gesunden brauchen den Arzt, so heißt es wörtlich, sondern die Kranken.

Das könnte dann im ersten Augenblick so aussehen, als unterscheidet Jesus zwei Kategorien von Menschen, die Gesunden, die ihn nicht brauchen, die auf Grund ihrer glücklichen Lebensumstände und ihrer inneren Qualifikation mit den Problemen des Lebens allein fertig werden und die anderen, die krank sind, die ihn brauchen. Gewaltige Täuschung. So ist dieser Satz überhaupt nicht gemeint. Sondern dieser Satz bedeutet, ihr alle seid krank. Es gibt nur eine bestimmte Kategorie der aller schlimmsten Krankheiten, die besteht darin, dass einer sein Kranksein nicht zugibt und sich für gesund hält und der muss ganz besonders in die Kur genommen wer-

den. Das heißt dann unter dem Strich, Jesus beansprucht für sich einen Titel, nämlich der Arzt der Menschen zu sein.

Das lässt sich heute nicht so ohne weiteres vermitteln auf Grund eines kulturgeschichtlichen Prozesses, der über Jahrhunderte hinweg gegangen ist und dahin führte, dass die Heilertätigkeit Jesu – und sie wissen ja, er heilte die Blinden, er heilte die Gelähmten, er heilte die Tauben, er heilte die Aussätzigen, seine ganze Predigt wird ständig durch Heilungswunder kommentiert und unterbaut – dass die ganzen Wunder Jesu an die wissenschaftliche Medizin abgewandert sind.

Aber sie wissen ja auch, meine Damen und Herren, dass die wissenschaftliche Medizin trotz aller triumphaler Leistungen in zunehmenden Maß in einem Sektor versagt: Das sind die chronisch Kranken. Die vielen Allergiker und anderen chronisch Kranken, denen nicht zu helfen ist. Die sich dann auf Grund ihrer Krankheit als vollkommen isoliert vorkommen, um die sich niemand mehr kümmert, weil sie weder als Konsumenten noch als Produzenten in den gesellschaftlichen Prozess eingreifen können. Und wer nichts leisten und nichts konsumieren kann, der hat für die Gesellschaft, die ja eine ausgesprochene Leistungs- und Konsumgesellschaft ist, aufgehört, ein positiver Faktor dieser Gesellschaft zu sein. Das ist aber dann eine Herausforderung an die Theologie. Denn diese Menschen haben dann ein fürchterliches Problem. Und das heißt, wofür bin ich überhaupt noch nützlich, wem diene ich noch, wem bedeute ich noch etwas? Also ist es das Sinnproblem unter dem sie laborieren. Sie können mit ihren Krankenstand keine positive Bedeutung verbinden.

Hier müsste die Theologie kommen und müsste das sagen, was wir von der Botschaft des Kreuzes als aller erstes ablesen sollten und das heißt: Leiden hat Sinn. Das ist die Botschaft des Kreuzes, die heute ganz aktuell und neu vermittelt werden müsste. Das Christentum eine therapeutische Religion.

Das Christentum eine mystische Religion

Da wäre natürlich noch vieles

dazu zu sagen. Aber ich muss noch zu einem anderen Punkt übergehen, der am allerwenigsten verständlich ist: Das Christentum eine mystische Religion. Ja wie ist denn das zu begreifen. Ganz einfach. Es ist zu begreifen, wenn man den Glauben in seine Mitte hineinverfolgt. Ich habe vorhin schon wiederholt angedeutet, meine Damen und Herren, dass das Christentum sozusagen eine verlorene Mitte hat, die wieder entdeckt werden müsste und die un-

Die Botschaft des Kreuzes lautet: Leiden hat Sinn.

ter allen Umständen neu ans Licht gehoben werden muss. Diese Mitte ist selbstverständlich keine andere, als der Gott Jesu Christi.

Für viele Christen ist der Gott Jesu Christi immer noch ein ambivalenter Gott, ein Gott der gleichzeitig geliebt und gefürchtet werden muss, weil er ebenso geliebt, wie gefürchtet werden will. Aber im Mittelpunkt der Bergpredigt Jesus steht der erstaunliche Satz, den ich noch in keiner Predigt gehört und in keinem theologischen Buch wirklich zentral interpretiert gesehen habe, der aber ungeachtet dieses Defizits, mitten in der Bergpredigt steht. Gott, heißt es dort, ist gütig sogar gegen die Undankbaren und Bösen. Das ist ein Gott, der mit seiner Liebe sogar seine Feinde umfängt. Es gibt nichts Schrecklicheres Gott gegenüber, als die Undankbarkeit. Paulus sagt das zu Beginn des Römer-Briefes, das Schlimmste, was die Heiden Gott antun, ist ihr Undank. Sie haben sich Gott gegenüber nicht verdankt, sagt der Apostel Paulus. Und das wäre ja doch eigentlich der Urakt jedes Geschöpfes. Es müsste sich Gott verdanken, müsste Gott dankbar sein dafür, dass es da sein darf. Auch wenn das Dasein noch so mühsam und noch so problematisch ist. Aber immer noch ist es besser, da zu sein, als nicht zu sein, und deswegen wäre der allererste Dienst Gott gegenüber, ein Dienst der Dankbarkeit. Wenn aber Gott sogar gütig ist gegen die Undankbaren und Bösen, dann, meine Damen und Herren, heißt das, dass dieser Gott alternativlos der Gott der Liebe ist. Und dass dieser Gott

nicht gefürchtet werden darf, weil er nicht gefürchtet werden will.

Jetzt kommen natürlich die ganz Schlaunen, die sagen: Ja, ja, das ist jetzt eine Softversion des Christentums und wer sich das jetzt zu Eigen macht, der kann tun und lassen, was er will. Es gibt kein dümmeres Missverständnis, als diese Kritik, denn der bedingungslos liebende Gott ist für den Menschen die denkbar größte und härteste Herausforderung. Es ist der Gott, der von uns Ähnliches verlangt, wie er es uns entgegenbringt. Er bringt uns entgegen seine grenzenlose und vorbehaltlose Liebe. Und er erwartet, „*du sollst den Herren, deinen Gott lieben aus deinem ganzen Herzen, aus deinem ganzen Gemüt, mit deiner ganzen Kraft, mit deinem ganzen Geistesvermögen*“, das ist die Erwartung Gottes an uns. Das zeigt ja sofort, dass niemand in der Lage ist, das je auch nur ansatzweise zu erfüllen.

Jetzt kommen wir in die eigentliche Kollision des Christentums hinein. Worin besteht sie? Dass wir etwas leisten sollen, dass wir Gott etwas entgegenbringen sollen, von dem jedes Kind weiß, dass wir nie dazu in der Lage sind. Wie kann man da weiter kommen? Die Antwort heißt, weil Gott sich auf unsere Seite stellt. Wir können ihn nicht lieben, wie er geliebt zu werden verdient. Aber er liebt sich selbst in uns. Das ist die Lösung. „*Unus Christus amans ce ipsum*“, so sagt das Augustinus, „*Es ist der eine Christus, der sich selber liebt*“.

Das gilt auch für den Glauben. Wir bilden uns immer ein, der Glaube sei unsere Leistung. Wir halten fest, was Gott uns geoffenbart hat. Aber das ist ja nur die Schale des Glaubens. In der Mitte des Glaubens ereignet sich ein Wunder. Dieses Wunder ist nicht unsere Tat, sondern die Tat des Geglauten in uns.

Dasselbe gilt für die Hoffnung: Christus in euch. Er ist die Hoffnung auf die Herrlichkeit. Wer wirklich hofft, der hofft nicht auf seine beschränkte menschliche Kraft. Im Gegenteil, wir sind zu nichts weniger fähig als zu hoffen. „Der Mensch lebt mit dem Rücken zur Zukunft“, hat Paul Valéry, ein großer französischer Philosoph und Dramatiker gesagt. Wenn wir aber doch hoffen, dann deswegen, weil ein anderer in uns hofft.

Damit habe ich drei Dinge erwähnt, die eigentlich die Spitze der christlichen Spiritualität ausmachen. Paulus war ja nicht nur ein großer Theoretiker, sondern auch ein großer Dichter und er hat in einer seiner schönsten Passagen im ersten Korinther-Brief das hohe Lied der Liebe angestimmt, das mit dem Gedanken ausklingt, *„die Liebe glaubt alles, hofft alles, übersteht alles, sie hört nicht mehr auf, nun bleiben Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei. Am größten unter ihnen ist die Liebe“*.

Jetzt begreifen wir auch warum. Weil diese Tugenden nicht nur Sache des Menschen, sondern Sache des in uns fortlebenden Christus sind. Er glaubt in uns, er hofft in uns, er liebt in uns. Deswegen wird es möglich, das eben doch zu tun, was eigentlich Menschen unmöglich ist, nämlich Gott das entgegenzubringen, was er uns schenkt, in seiner vorbehaltlosen und bedingungslosen Liebe. Dass dies das Menschsein verändern könnte, ja verändern müsste, liegt ja auf der Hand. Und ich schließe, indem ich die Frage aufwerfe, was würden wir dann, wenn das in uns Platz griffe und wenn das sich in uns verwirklichen würde? Das Evangelium gibt eine ganz einfache Antwort, worüber aber kaum einmal gepredigt wird, obwohl sie der anthropologische Zentralbegriff des Christentums ist. Die Antwort heißt: Wir würden Kinder Gottes.

Kinder Gottes

Einfache Menschen fühlen sich da vermutlich manchmal frustriert, wenn sie so etwas hören, wie wenn das ein Plädoyer für einen spirituellen Infantilismus wäre. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Und ich schließe, indem ich jetzt als Kronzeugen einen der größten Atheisten anrufe: Friedrich Nietzsches. Er hat zu Beginn seines Zarathustras die Lehre von den drei Verwandlungen vorgetragen. Das ist ein brillantes Stück seiner Philosophie. Er sagte, der Mensch muss drei Verwandlungen durchlaufen. Er muss zunächst einmal ein gehorsamer, ein heteronomer Mensch werden und er symbolisiert das in der Figur des Kamels. Das Kamel trägt Lasten, es muss geführt und kommandiert werden. Aber das ist nur die unterste Stufe.

Das Kamel muss sich verwandeln in den Löwen. Der Löwe ist der nicht mehr heteronome, sondern autonome Mensch. Aber der autonome Mensch muss sich seine Autonomie immer wieder neu bestätigen und beweisen. Deswegen ist auch der Löwe noch nicht das Ziel. Das Ziel ist die Verwandlung des Löwen in das Kind. Im Kind steckt also die Energie des Kamels und die Kraft des Löwen. Aber diese Energien sind im Kind gebändigt und zu einer größeren Synthese geführt. Deswegen gibt es für den Menschen kein größeres und wunderbarereres Werdeziel, als Kind Gottes zu sein.

Aber was heißt das, Kind Gottes zu sein? Es heißt, dort seinen Platz zu finden, von wo der Botschafter Gottes, Jesus Christus, herabgestiegen und zu uns gekommen ist, um uns diese Botschaft vom liebenden Gott zu verkünden. Im Johannes Prolog heißt es: Er hat sich losgerissen vom Herzen des Vaters. Er hat sich losgerissen, um uns dort einen Platz zu verschaffen. Ich kehre heim, sagt er, um euch eine Stätte zu bereiten. Wenn die Jünger nachgefragt hätten, was ist das denn für eine Stätte, die du uns bereitest hast, dann hätte er nicht anders antworten können als, es ist mein Platz, mein Platz am Herzen des Vaters, den will ich in Zukunft mit euch teilen. Dort habt ihr bei all eurer Anfechtung, bei all eurer Fragwürdigkeit, bei all eurer Sündhaftigkeit einen Ruhepol der Geborgenheit, der Sicherheit und der Zuversicht, der euch durch keine Macht der Welt entrissen werden kann.

Der Glaube – ein Glück

Ich habe das nur andeuten können, meine sehr verehrten Damen und Herren, um Ihnen zu zeigen, dass diese Botschaft vom bedingungslosen liebenden Gott unserem Christentum einen ungeheuren Schwung verleihen würde. Und vor allen Dingen wird es hier etwas bewirken: Für viele Christen ist der Glaube eine Pflichtübung. Man

**Der Glaube ist keine Pflicht,
sondern ein Glück.
Der Glaube ist kein Muss,
sondern eine Vergünstigung.**

geht in die Kirche, weil es eben so gefordert und geboten ist und weil man so den Forderungen des Christentums nachkommen möchte.

Nein, der Glaube ist keine Pflicht, sondern ein Glück! Es ist das Glück des Menschen, Glauben zu dürfen. Glaube, kein Muss, sondern eine Vergünstigung: Ich glaube! Wenn wir das begriffen haben, dann gewinnen wir auch die Kraft, uns aktiv für die Sache des Glaubens einzusetzen, besonders Sie, meine verehrten Damen und Herren, die es mit Menschen in einer ausgesprochenen Grenzsituation zu tun haben, die auf neue Weise nach dem Sinn des Lebens fahnden und wohl Ihnen/ihnen – groß und klein geschrieben –, wenn Sie/sie hilfreiche Berater finden, die ihnen zeigen, wo die wahre Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Lebens zu finden ist, nämlich in jenem Gott, der diese Antwort nicht nur gibt, sondern ist. □

GEFUNDEN:

Biser: Papst geht vom Konzil ab

Der Münchner Religionsphilosoph Eugen Biser hat Papst Johannes Paul II. ein Abgehen vom Zweiten Vatikanischen Konzil vorgeworfen. Er erlebe mit „größter Bitterkeit“, dass unter dem derzeitigen Pontifikat „Zug um Zug“ die Beschlüsse des Konzils zurückgenommen würden, sagte Biser am 10. Juli in Berlin. Nach der „repressiven Atmosphäre“ während der Amtszeit Pius XII., in der es keinerlei theologische Freiheiten gegeben habe, habe er, Biser, das Konzil als „irre Befreiung der Kirche“ empfunden. Ein „Tragödie“ nannte Biser die Schließung von Akademien, die als Ort der Auseinandersetzung ein wichtiges Anliegen des Konzils gewesen seien. – Biser äußerte sich bei einer Festakademie zu seinen Ehren in Berlin.

Der ehemalige Inhaber des Guardini-Lehrstuhls für christliche Weltanschauung und Religionsphilosophie in München sagte, die Gesellschaft befinde sich in einem „Zeitalter der Angst“, die auch die Kirchen und ihre Spitzen befallen habe. Diese Angst müsse überwunden werden. (KNA 13.07.1998)

Totengedenken der Gemeinschaft Katholischer Soldaten auf dem historischen Soldatenfriedhof in Obermarchtal. Anwesend waren neben den Teilnehmern an der Bundeskonferenz auch die Bürgermeister von Ober- und Untermarchtal sowie die Altersabteilung der Freiwilligen Feuerwehr Obermarchtal, die sich seit vielen Jahren um die Instandhaltung und Pflege des Soldatenfriedhofs verdient gemacht hat. Auf dem Friedhof sind Soldaten aller Nationen und Ränge, die in den Kriegen des 19. und Anfang des 20. Jh. in der Region gefallen oder verstorben sind, würdig beigesetzt

(Fotos: F. Brockmeier)



Totengedenken

Der Leitgedanke für die Gestaltung des Friedhof mit den Soldatengräbern lautet:

„*Gleiches Los – gleiches Grab!*“

Drei Symbole dieses Friedhofs wollen jene Erfahrung, gleiches Los, gleiches Grab, die sich äußerlich aufdrängt, den Besuchern nahebringen:

- Die beiden Wachhäuschen am Eingang des Friedhofs als Zeichen soldatischer Tätigkeit, die sich vor allem in der Wachsamkeit und im Schutz für den Soldaten aller Zeiten zuständig sind, äußern.
- Die unvollendete Pyramide in der Mitte des Friedhofs als Symbol eines zu früh gebrochenen, nicht ans Ende gekommenen Lebens in Folge soldatischer Hingabe.
- Die gleichen Grabsteine auf dem Friedhof als Ausdruck kameradschaftlichen Einsseins im Leben und im Tod.

Diese drei Hinweise und Zeichen sprechen eine emotionalstarke, aber zugleich tragische Sprache. Wäre da nicht das Zeichen des Kreuzes als vierter Hinweis für gläubige Menschen: Das Kreuz als Zeichen unserer Hoffnung:

*Im Kreuz ist Heil,
Im Kreuz ist Hoffnung.
Im Kreuz ist Leben.*

Die Kreuzesbotschaft besagt, „keiner von uns lebt sich selber, keiner stirbt sich selber: Leben wir,

so leben wir dem Herrn. Sterben wir, so sterben wir dem Herrn. Ob wir leben oder ob wir sterben, wir gehören dem Herrn.“ (Röm 14,7f.)

An dieser Stelle des Totengedenkens wurden die Namen der Verstorbenen aus dem organisierten Laienapostolat der katholischen Militärseelsorge verlesen.

Gebet

Herr, dass unser Leben mehr werde als ein hektischer Ablauf von Stunden, Tagen, Jahren, Jahrzehnten, danach sehnen wir uns: nach Sinn und Erfüllt sein.

Herr, dass unser Leben mehr sein werde als ein ungeordneter Haufen von Gedanken, Wünschen, Begierden und Erwartungen, danach sehnen wir uns: nach Sinn und Ziel.

Herr, dass unser Leben mehr werde als eine zufällige Reihe von Handlungen, Taten, Werken und Leiden, danach sehnen wir uns: nach Sinn und Gelingen.

Herr, dass unser Leben mehr werde als ein verworrenes Knäuel von Beziehungen, Sympathie, Miteinander und Gegeneinander, danach sehnen wir uns: nach Sinn und Liebe.

Herr, dass unser Leben mehr werde als die Erfahrung von Sinn darin sei, danach sehnen wir uns, darum bitten wir. Amen.

Lesung

Versammelt auf dem Friedhof ist es nur natürlich, dass unsere Gedanken um die beiden wichtigsten Pole des Menschseins kreisen: Leben und Tod.

Wo immer Menschen sind, ist diese Frage letztlich gestellt: Wir haben die Wahl, wir haben die Entscheidung.

*Segen und Fluch – Leben und Tod
(Dtn 30,15-20)*

„Hiermit lege ich dir heute das Leben und das Glück, den Tod und das Unglück vor. Wenn du auf die Gebote des Herrn, deines Gottes, auf die ich dich heute verpflichtete, hörst, indem du den Herrn, deinen Gott, liebst, auf seinen Wegen gehst und auf seine Gebote, Gesetze und Rechtsvorschriften achtest, dann wirst du leben und zahlreich werden, und der Herr, dein Gott, wird dich in dem Land, in das du hineinziehst, um es in Besitz zu nehmen, segnen. Wenn du aber dein Herz abwendest und nicht hörst, wenn du dich verführen lässt, dich vor anderen Göttern niederwirfst und ihnen dienst – heute erkläre ich euch: Dann werdet ihr ausgetilgt werden; ihr werdet nicht lange in dem Land leben, in das du jetzt über den Jordan hinüberziehst, um hineinzuziehen und es in Besitz zu nehmen. Den Himmel und die Erde rufe ich heute als Zeugen gegen euch an. Leben und Tod lege ich dir vor, Segen

und Fluch. Wähle also das Leben, damit du lebst, du und deine Nachkommen. Liebe den Herrn, deinen Gott, hör auf seine Stimme, und halte dich an ihm fest; denn er ist dein Leben. Er ist die Länge deines Lebens, das du in dem Land verbringen darfst, von dem du weißt: Der Herr hat deinen Vätern Abraham, Isaak und Jakob geschworen, es ihnen zu geben.“

Fürbitten

*P: Gott unser Vater, seit Menschen-
gedenken hast du dich offenbart
als jener, der das Leben und die
Freiheit der Menschen will. Du
hast dein auserwähltes Volk aus
Unterdrückung, Unrecht und
Tod befreit, und hast auch uns
Leben und Freiheit in Fülle ver-
heißen. Wir aber lassen deinen
Geist, der ein lebensspendender
Geist ist, in unserem Leben oft
zu wenig wirksam sein. Deshalb
beten wir:*

*V: Für alle, die Angst haben vor
dem Leben und seinen Gefähr-
dungen und die sich daher in
sich selbst verschließen oder ge-
fährliche Aktionen provozieren,
damit sie wieder Vertrauen ins
Leben gewinnen, weil Gott es
mit uns lebt.*

A: Wir bitten dich, erhöre uns.

*V: Für alle Rücksichtslosen, die
über Leichen gehen und nicht
zögern andere Menschen um
kleinliche Vorteile willen in den
Tod zu schicken, damit sie die
Einsicht gewinnen in die unver-
gleichliche Würde eines jeden
Menschen. A: ...*

*V: Für die Benachteiligten und Be-
hinderten, die sich nur all zu oft
mit dem zufrieden geben müs-
sen, was die anderen ihnen üb-
rig lassen, dass sie nicht hart-
herzig werden und missgüns-
tig, wenn sie die Vorteile der Ge-
sunden sehen. A: ...*

*V: Für die Geraden und Aufrech-
ten, denen nicht selten miss-
günstig Falsches unterstellt
wird, dass sie sich nicht beirren
lassen und resigniert den Weg
des geringsten Widerstandes
gehen. A: ...*

*V: Für die Völker dieser Erde, sei-
en sie freundschaftlich mitein-
ander verbunden oder im Hass
und Streit entzweit, dass sie zur
Einsicht kommen, dass Streit
und Krieg keine Mittel sind, die
die Probleme der Menschen lö-
sen und dass nur Friede unter-
einander Zukunft und Sicher-
heit der Menschheit garantie-
ren. A: ...*

*V: Für unsere Verstorbenen und
Gefallenen, vor allem für die,
deren Lebensopfer uns und
auch Ihnen sinnlos gewesen zu
sein scheint, dass der Herr des
Lebens an ihnen gut mache,
was Menschen an ihnen gesün-
digt haben. A: ...*

*V: Für uns selbst, die wir uns be-
mühen umzukehren und unser
Leben nach den Forderungen
des Evangeliums auszurichten,
dass wir stark bleiben, wenn die
Ermüdung des Alltags uns wie-
der überfällt, um so Zeugnis für
den Herrn geben zu können zum
Heil dieser Welt. A: ...*

P: Als Kinder des einen Vaters

*wenden wir uns in unserem An-
liegen an Dich, der du die Her-
zen der Menschen kennst und
weißt, was uns wirklich nottut.
Wir verbinden unsere Bitten mit
jenem Gebet, das dein Sohn, un-
ser Herr und Bruder Jesus
Christus uns zu beten gelehrt
hat:*

A: Vater unser ...

Totenehrung und Kranzniederlegung

Nie haben sich die Menschen selbstverständlich auf die Seite des Lebens gestellt. Sie wollen zwar das Leben, aber den Weg dahin, anerkannten sie nicht. Die Folge in ihrer extremsten Form finden wir hier: geopfert Menschenleben.

Im Angesicht dieser Toten wollen wir unsere Unzulänglichkeiten, Unterlassungen und unsere Schuld bekennen, die wir in unserem Denken, Reden und Tun auf uns geladen haben.

Wir wollen derer gedenken, die dafür in den Tod gingen. Und wir wollen zugleich bekennen, dass wir ihr Lebensopfer nicht als sinnlos beurteilen, nicht für sie selbst und nicht für uns.

Nicht weil wir ihnen unser Andenken bewahren wollen, sondern weil wir ihr Leben und Sterben als Mahnung begreifen, für das Leben einzutreten und das heißt: Mit all unseren Kräften uns zu bemühen Frieden zu sichern, zu erhalten und zu fördern.

Wir stehen und tun dies, weil wir überzeugt sind, dass wir Lebenden und die Toten über alle Grenzen der Nationen, Sprachen Rassen, und selbst über die Schranken des Todes hinaus zusammengehören durch den gleichen Glauben an unseren Erlöser Jesus Christus.

Dieser Glaube lässt uns wissen: „Keiner von uns lebt sich selber, keiner stirbt sich selber: Leben wir, so leben wir dem Herrn, sterben wir, so sterben wir dem Herrn. Ob wir leben oder ob wir sterben, wir gehören dem Herrn.“ (Röm 14, 7f.)

In dieser Überzeugung legen wir unseren Gefallenen zur Ehre und uns zur Verpflichtung diesen Kranz nieder.

*Nach der Kranzniederlegung:
Totenehrung mit dem Lied
vom guten Kameraden*





Friedenssuche mit begrenzter Hoffnung?

Auf der Suche nach einer stabilen internationalen Friedensordnung

Ein Forumsbericht vom 93. Katholikentag in Mainz

Ein hochkarätiges Forum von Wissenschaftlern und dem ehemaligen Generalleutnant Manfred Eisele, der für friedenssichernde Einsätze im UN-Hauptquartier in New York zuständig war, diskutierte im Forum „Frieden aber wie?“ die Chancen einer internationalen Friedensordnung. Das Spektrum reichte vom KSZE-Prozess, in dem Professor Ernst-Otto Czempiel den Hauptfaktor zur Überwindung der diktatorischen Friedenbedrohung sah, bis zur von den UN eingesetzten „Wahrheitskommission“, durch die der Bürgerkrieg in Guatemala in einen wirklichen Frieden überführt werden soll.

Die Weiterentwicklung des Völkerrechts, der Auf- und Ausbau internationaler Institutionen, sowie besonders die Schaffung eines Internationalen Gerichtshofes, der sich eigener militärischer Kräfte zur Durchsetzung des Rechts bedienen kann, waren Gegenstand einer Diskussion der Fachleute, die als Ausdruck eines weitreichenden Konsenses angesehen werden konnte. Der offensichtliche Widerspruch zwischen den Grundpositionen der Fachleute und der alltäglich erlebbaren Situation – etwa der sich anbahnende Genozid im Kosovo wurde auch in der anschließenden Diskussion nicht überbrückt. Das Veranstaltungskonzept, das der das Forum moderierende Direktor des Instituts für Theologie und Frieden in Barsbüttel, Dr. Heinz-G. Justenhoven entwickelt hatte, zielte auch wesentlich auf langfristig zu entwickelnde Perspektiven und konzentrierte sich dann eher auf grundsätzliche strukturelle und konzeptionelle Aspekte einer Weltfriedensordnung.

Das Podium des Friedensforums war hochkarätig besetzt: (v.l.) Prof. Dr. Christian Tomuschat, Prof. Dr. Klaus Dicke, Dr. Heinz-G. Justenhoven, der ehemalige UN-Generalleutnant Manfred Eisele und der Verfassungsrichter Prof. Dr. Paul Kirchhof (Foto: M. Beyel, KMBA)

Unstrittig war die entscheidende Rolle, die den Vereinten Nationen in diesem Prozess zukommt. Professor Klaus Dicke, Jena, sah in deren Gremien und der verbindlichen Definition von Menschenrechten einen wesentlichen Durchbruch zur Gewährleistung des internationalen Gemeinwohls. Auch Verfassungsrichter Professor Paul Kirchhof, Heidelberg, votierte nachdrücklich für eine „Verrechtlichung“ verbindlicher Friedensstrukturen zwischen den Staaten, durch die zugleich die kulturelle Identität der Nationen geschützt werden soll.

Keiner der Disputanten votierte für einen „Welteinheitsstaat“, allerdings warnte der Frankfurter Philosoph Matthias Lutz-Bachmann vor einer verkürzten, am egoistischen Bild hobbesianischer Interessenvertretung orientierter Deutung staatlicher Eigenständigkeiten.

Durch die kundige Vermittlung von Dr. M. Gillner, Mitarbeiter des Instituts für Theologie und Frieden in Barsbüttel und bei diesem Forum Anwalt des Publikums, wurde die Diskussion durch Rückfragen des Publikums belebt. Christian Tomuschat etwa äußerte sich recht skeptisch, ob es bei den anstehenden römischen Verhandlungen über einen Weltgerichtshof gelingen würde, Umweltverbrechen in dessen Kompetenz zu geben.

UN-General Manfred Eisele gab Hoffnungen einen Dämpfer, dass – wie nach Art. 39 der Charta der Vereinten Nationen möglich – eine erforderliche Intervention im Kosovo zustande kommt. Ohne öffentliches Interesse – geweckt durch die Medien – würden gerade demokratische Regierungen kaum die Bereitschaft zu solchen Einsätzen entwickeln. Das geschehe erst, wenn „das Blut aus dem Fernseher tropft“. Dies sei traurig, aber wahr.

Christian Tomuschat beklagte die doch sehr begrenzte Kompetenz der Wahrheitskommission in Guatemala, die schließlich Versöhnung über den Gräbern von 200.000 ermordeten Menschen stiften soll. Ein Diskutant erinnerte in diesem Zusammenhang an die politische Weisheit aus dem Zeitalter der Staatenkriege des 18. Jahrhunderts, wonach die Kraft des Vergessens als Maßstab der Klugheit zu werten sei.

Insgesamt bestätigte das Forum den erreichten Stand politischen Denkens und institutionellen Handelns der Gegenwart. Etwas verloren nahm sich der Zwischenruf eines Forumsteilnehmers aus, der unter Hinweis auf die Bibel nach Perspektiven des Glaubens bei Aufbau und Sicherung einer internationalen Friedensordnung fragte. In der Tat: Perspektiven des Christlichen waren eher zur Herkunft des Friedens-



gedankens und der Menschenrechte angeführt worden. Als Gründe der Hoffnung, dass der Friede weltweit tatsächlich eine Chance haben kann, kamen sie nicht vor.

(KMBA)

Auf den folgenden Seiten dokumentiert AUFTRAG die grundsätzlichen Aussagen der Podiumsteilnehmer Prof. Dr. Klaus Dicke, Jena, Prof. Dr. Christian Tomuschat, Berlin,

und des ehemaligen UN-Generalleutnant Manfred Eisele, Veitshöchheim.

Die GKS hatte sich bereits am 17. Januar 1992 – weit vor der Entscheidung des BVG vom 12.07.1994 – in ihrer „Dresdner Erklärung“ zur Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Maßnahmen im Auftrag der VN oder anderer kollektiver Sicherheitsbündnisse geäußert und Bedingungen genannt, die militäri-

sche Maßnahmen erlauben. Da diese Erklärung unverändert gültig ist, wird sie im Anschluss an die Beiträge vom Friedensforum noch einmal wiedergegeben (s.S. 52). Unabhängig von der Diskussion des Friedensforums hat Olt Marco Stauff AUFTRAG einen kurzen Beitrag zum 50. Jahrestag der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt (s.S.53f.).



Zu den Aufgaben der Vereinten Nationen bei der Wahrung des internationalen Gemeinwohls

KLAUS DICKE

Es gehört ohne Zweifel zu den aufregendsten völkerrechtlichen und politischen Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, dass

1. mit dem modernen Völkerrecht eine internationale Rechtsordnung entstanden ist, die im Einzelnen und sehr konkret festlegt, welches die unverzichtbaren Elemente eines internationalen Gemeinwohls sind, und dass
2. mit den Vereinten Nationen, wenn auch erst „im zweiten Anlauf“ – eine politische Organisation geschaffen wurde, die nicht nur zu dieser juristischen Festlegung immens beigetragen hat, sondern zumindest in Ansätzen auch die Umsetzung internationaler Gemeinwohlbelange fördert. Ich will mich auf vier internationale Gemeinwohlbelange konzentrieren und fragen, was die UN zu deren Umsetzung beiträgt, aber auch, wo Defizite liegen.

Zuvor aber eine kurze Anmerkung zu der Frage, was die Vereinten Nationen eigentlich sind.

Was die Vereinten Nationen sind

Bei den VN handelt es sich um eine politische Organisation aus 185 Staaten, in denen jeder Staat besser: jede Regierung – gleichgewichtig in der Generalversammlung vertreten ist. Selbst das wichtigste Organ, der aus 15 Mitgliedern gebildete **Sicherheitsrat**, in

dem die fünf ständigen Mitglieder USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien durch ihr Vetorecht eine privilegierte Stellung einnehmen, ist nur arbeitsfähig, wenn sich die Staaten auf eine gemeinsame Position einigen. Wenn man sich allein die großen völkerrechtlichen Vertragswerke von der Charta der UNO über das Diplomaten-, Weltraum-, Seerecht und Umweltrecht, die Regelung von Satellitenfunk und Wetterbeobachtung, bis hin zu den Menschenrechtskonventionen vor Augen führt, dann sind zunächst zwei Dinge mehr als erstaunlich: erstens die wirklich beachtliche Erfolgsbilanz nach 50 Jahren, und zweitens das Ausmaß an Souveränitätseinschränkungen, zu dem sich die Staaten auf Konsensbasis Schritt für Schritt bereit gefunden haben. Sicher, die Generalversammlung der UNO ist noch weit davon entfernt, ein Weltgesetzgeber zu sein, und der Generalsekretär der UNO und die mit ihm zusammenarbeitenden internationalen Behördenleiter haben zwar eine globale Verantwortung, aber außer ihrem politischen Geschick und ihrer Überzeugungskraft noch wenig konkrete Einwirkungsmöglichkeiten. Aber immerhin wird man der UNO eines zugestehen müssen: Bei der Formulierung dessen, was denn das internationale Gemeinwohl heute konkret ausmacht, hat die Organisation große Erfolge erzielt, und der beste Beweis dafür ist, dass die Effizienz der UNO exakt an den Program-

men gemessen wird, die sie selber als internationale Gemeinwohlstandards festgelegt hat. Lassen Sie mich dies an vier Gebieten ihrer Tätigkeit erläutern.

Aufgaben der Vereinten Nationen

1. Aufgabenbereich: Gewaltverbot und Friedenswahrung

Der erste Bereich ist der des Gewaltverbotes und der Friedenswahrung, die wichtigste Aufgabe der UNO. Die Charta verbietet die Androhung und den Gebrauch von Gewalt in den internationalen Beziehungen grundsätzlich. Freilich erleben wir gewaltsame Konfliktaustragungen täglich. Was haben die VN getan, um dem Gewaltverbot zur Durchsetzung zu verhelfen? Sie haben erstens den Sicherheitsrat geschaffen, der über internationale Polizeieinsätze entscheiden soll, also die Entscheidung über den Einsatz von Polizeigewalt gerade nicht einem oder zwei Staaten überlässt. Wenn er auch bis heute nicht über eigene Polizeitruppen verfügt und deshalb weiter auf die Staaten angewiesen ist, hat er doch seit acht Jahren in einer beachtlichen Anzahl von Fällen gehandelt – jedoch keineswegs in allen und auch nicht in jedem Fall erfolgreich.

Zweitens hat die UNO die Blauhelme geschaffen, ein Instrument, dass die Konfliktparteien auseinander halten und am Gewaltgebrauch hindern soll. Dieses In-

strument hat sich in vielen Fällen als durchaus erfolgreich erwiesen. Drittens – und das ist die jüngste Entwicklung – bemühen sich die VN um Gewaltprävention, also um den beschleunigten Aufbau solcher politischer und sozialer Strukturen weltweit, die Gründe für gewaltsame Konflikte beseitigen – z.B. die Apartheid und andere massive Menschenrechtsverletzungen oder gar nicht erst aufkommen lassen. Damit sind unmittelbar zwei weitere Tätigkeitsbereiche der VN angesprochen: die Menschenrechts- und Entwicklungspolitik.

2. Aufgabenbereich: Menschenrechte

Der zweite Bereich sind Menschenrechte. Hier ist es zunächst gelungen, rechtsverbindlich überhaupt einmal festzulegen, was denn als internationales Menschenrecht zu gelten habe. Zweitens wurden politische Kontrollstrukturen aufgebaut, die dafür sorgen, dass die Menschenrechtssituation in jedem Staat der Erde heute weltweit bekannt ist. Und drittens wurden Schritt für Schritt erste Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen, um Menschenrechtsverletzungen überhaupt auf der Ebene der internationalen Politik behandeln, lindern und in einzelnen Fällen auch abstellen zu können. In diesem Bereich ist gewiss noch sehr viel zu tun, wie die tägliche Zeitungslektüre zeigt.

3. Aufgabenbereich: Entwicklungspolitik

Das gilt auch für den Bereich der Entwicklungspolitik, um den es in den letzten Jahren recht still geworden ist. Hier vor allem wirkt sich die sehr mäßige finanzielle Ausstattung der VN negativ aus. Wichtig ist vor allem, dass die VN das weltweit einzige Forum darstellen, auf dem globale Entwicklungsziele unter Beteiligung aller definiert und diskutiert werden, und in dem deshalb auch die Defizite, etwa im Technologietransfer oder in der Bereitschaft der reichen Staaten sichtbar werden, Hilfe zur Selbsthilfe beim Aufbau bestandsfähiger friedensfördernder und menschenrechtskonformer politischer und sozialer Strukturen zu leisten.

4. Aufgabenbereich: Internationale Gesetzgebung

Der vierte Bereich ist die Regelung solcher Angelegenheiten, welche von Staaten oder auch von regionalen Staatenverbindungen nicht allein geleistet werden können. Die Regime des Klimaschutzes, der Schutz der Artenvielfalt, das Seerecht, die Regelung des Satellitenfunks und andere gehören hier her. In diesen Bereichen, in denen globale Regelungen immer mehr und immer drängender notwendig werden, denken Sie an Drogenhandel, Handelsordnungen und Umweltprobleme, ist die UNO am ehesten als internationaler Gesetzgeber gefragt.

Herausforderung für uns alle

Was heißt das alles für uns, was kann der einzelne, was kann die Öffentlichkeit, was kann der Christ tun? Zunächst einmal und erstens muss man sagen, was er nicht kann, er kann nicht erwarten, dass die UNO die Weltöffentlichkeit oder wer auch immer morgen das himmlische Jerusalem herbeiführt. Aber wenn er weiß, was Hoffnung bedeutet, dann weiß er mit diesem Ziel auch besser und mit langem Atem umzugehen. Und wenn er darüber hinaus ein

kleinwenig Demut walten lässt, wird er erkennen, dass wir in Deutschland in der ungeheuer privilegierten Situation nicht primär eines beachtlichen Wohlstandes, sondern vor allem einer einigermaßen stabilen Demokratie leben. Und das eröffnet durchaus Handlungsmöglichkeiten: in der Demokratie darf, ja muss sogar gefragt werden, was die eigene Regierung tut, um Menschenrechte zu fördern, um den Frieden da zu sichern, wo er gefährdet ist, um bestandsfähige Strukturen zu schaffen, die friedensfördernd sind. Um es konkreter zu sagen: es muss bei aller Kritik an den Atomversuchen Pakistans und Indiens gefragt werden, ob die bisherigen Atomkräfte ihre Verpflichtungen, z.B. zum Technologietransfer, aus dem Nichtverbreiterungsvertrag erfüllt haben. Es muss gefragt werden, ob erst Hunderttausende von Flüchtlingen zu einem sozialen Problem in Deutschland werden müssen, damit sich die Regierung für eine Friedenserhaltung auf dem Balkan einsetzt. Solches Fragen setzt viel Sachkenntnis voraus, setzt aber auch die Fähigkeit voraus, Situationen zu erkennen, in denen Engagement für den Frieden eingesetzt werden muss. Denn dazu ruft die Seligpreisung: selig die, die Frieden stiften. □



Der Einsatz von Truppen im Auftrag der Vereinten Nationen zur Durchsetzung des Gewaltverbots und der Sicherung des Friedens in Bosnien dient auch der Wahrung der Menschenrechte sowie dem Wiederaufbau und der Entwicklung des Landes.

Im Bild: Ein gesicherter Konvoi des Transportbataillon GECONIFOR im März 1996 bei Visko, Moslemisch-Kroatische Föderation, bringt Ersatzteile, Einzel- und Mengenverbrauchsgüter in den Einsatzraum (Foto: D. Modes, BMVg)

Frieden – aber wie?

Auf der Suche nach einer stabilen internationalen Ordnung

CHRISTIAN TOMUSCHAT

Nürnberg markierte einen dramatischen Wendepunkt in der Entwicklung der internationalen Ordnung. Zum ersten Mal in der Neuzeit wurde die Führungsschicht eines besiegten Landes wegen der von ihren Mitgliedern begangenen Verbrechen vor Gericht gestellt. Wenige Zeit später mußte sich auch die politische Elite des zusammengebrochenen Japan vor einem internationalen Militärgericht verantworten. Keine eindringlichere Negierung des traditionellen Souveränitätsprinzips lässt sich denken. Während nach klassischen Denkmustern Entscheidungen und Handlungen eines souveränen Staates grundsätzlich zu respektieren waren, machten die Prozesse von Nürnberg und Tokio deutlich, dass die Völkerrechtsordnung gewisse äußerste Grenzen zieht. Was mit den Gerechtigkeitsvorstellungen der sich als zivilisiert verstehenden Menschheit eklatant im Widerspruch steht, wurde nunmehr auch rechtlich als kriminell beurteilt – ganz gleich, ob es von staatlichen Gesetzen und Befehlen angeordnet und gutgeheißen worden war.

Die Logik von Nürnberg und Tokio durchzusetzen, ist freilich bis heute erst in Ansätzen gelungen. Jahrzehntlang waren die Bemühungen um die Schaffung eines Ständigen Internationalen Strafgerichtshofs vor allem durch den Kalten Krieg zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion blockiert. Erst die Greuel auf dem Boden des ehemaligen Jugoslawien rüttelten das Weltgewissen wieder wach. Der Sicherheitsrat setzte durch seine Resolution 827 vom 25. Mai 1993 einen Strafgerichtshof für die dort begangenen schweren Verbrechen ein und eineinhalb Jahre später folgte ein ähnlicher Beschluß für Ruanda (Resolution 955, 8. Nov. 1994). Damit stellte sich unabweisbar wieder die Frage, ob eine internationale Strafgerichtsbarkeit nicht generell zu den Pfeilern einer effektiven Weltordnung gehört, die Sicherheit und

Frieden in den internationalen Beziehungen zu gewährleisten vermag. Lediglich Ad-hoc-Gerichtshöfe zuzulassen, schmeckt gefährlich nach einer Ausnahmejustiz für die Kleinen, welche die Großen für sich ablehnen.

Dennoch: das Thema konnte nun nicht mehr von der Tagesordnung verbannt werden. Auf Grund eines Entwurfes der Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen, deren Bemühungen bis dahin die wenigsten richtig ernst genommen hatten, kam eine Debatte in Gang, die in diesen Tagen mit dem Zusammentritt einer internationalen Konferenz in Rom ihren Höhepunkt findet. Die Konferenz hat den Auftrag, das Statut eines Ständigen Internationalen Strafgerichtshofs auszuarbeiten. Ob sie Erfolg haben wird, steht dahin. Nach einer von mir nicht überprüften Rechnung gibt es im jetzigen Augenblick vor der Konferenz noch rund 1.400 Textdivergenzen. Vor allem die USA und Frankreich haben in jüngster Zeit ihren Widerstand gegen das Projekt verschärft. Viele andere Regierungen werden sich hinter dem breiten Rücken Amerikas verstecken. Denn es ist eine Sache, für andere strafrechtliche Sanktionen zu fordern, eine andere hingegen, auch sich selbst einem internationalen Strafgericht zu unterstellen.

Die Schwierigkeiten fangen schon bei den materiellen Straftatbeständen an. Einig ist man sich weithin über die Einbeziehung des Völkermords wie auch schwerer Menschenrechtsverletzungen in der Form der Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Soll aber auch die Aggression in den Kompetenzbereich des geplanten Gerichtshofs fallen? Die Supermächte fürchten, dass eines Tages dann auch ihre Staatsmänner wegen einer mit militärischen Mitteln durchgesetzten interventionistischen Politik angeklagt werden könnten. Eine ähnliche Debatte ist um Umweltverbrechen entbrannt, wobei wiederum die Supermächte

um die möglichen strafrechtlichen Folgen im Falle eines Atomwaffeneinsatzes bangen.

Die größten Schwierigkeiten finden sich aber bei der Frage, wer berechtigt sein soll, ein Verfahren vor dem künftigen Strafgerichtshof einzuleiten. Vertreter einer optimistischen Lehre fordern, es müsse eine unabhängige Behörde geben, die berechtigt sei, von Amts wegen Anklagen zu erheben, sobald sie von der Begehung eines Menschheitsverbrechens erfahre. Auf der Gegenseite soll nach einer restriktiven Auffassung in jedem Falle der Sicherheitsrat sein vorheriges Placet geben. Dies hieße, dass die fünf Atommächte mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat durch ihre Veto auch jedes Strafverfahren gegen einen ihrer Staatsangehörigen verhindern könnten. Für die Dritte Welt ist eine solche Privilegierung der Großen inakzeptabel. Durchsetzen könnte es sich allenfalls für den Angriffskrieg, der ja in Nürnberg als Verbrechen gegen den Frieden an der Spitze aller zur Anklage gebrachten Straftaten stand.

Realistisch betrachtet muss man sich eingestehen, dass ein Internationaler Strafgerichtshof ohne die Unterstützung durch die führenden Militärmächte handlungsunfähig wäre. Eine Anklagebehörde, die den Präsidenten der USA oder Russlands gegen den Willen der Regierung des jeweiligen Landes vor die Schranken des Gerichts bringen wollte, müsste notwendig scheitern – so wie es sich ja selbst heute gegenüber dem kleinen und gewiss nicht übermächtigen Serbien als unmöglich erweist, die gegen die früheren Führer der bosnischen Serben, Karadzic und Mladic, ergangenen Haftbefehle zu vollstrecken. Denn eine internationale Regierung, eine internationale Polizeitruppe gibt es bis heute nicht.

Die gleichzeitig zu beantwortende moralische, aber auch rechtliche Frage lautet: Ist es richtig, ja vielleicht sogar geboten, in jedem Fall das massenhaft begangene Unrecht einer Staatsführung durch Strafverfahren zu sühnen? Die Befürworter der Schaffung des Gerichts antworten insoweit mit einem einhelligen Ja. Begleitet wird diese Feststellung durch die weitere Aussage, dass nationale

Amnestie-Maßnahmen selbstverständlich unwirksam seien und den internationalen Strafanspruch nicht beeinträchtigen könnten. Immer wieder wird dieser rigoristischen Position entgegengehalten, das höchste Ziel dürfe nicht in Vergeltung, sondern müsse in nationaler Aussöhnung bestehen. Wer in die Schatten der Vergangenheit hineinleuchte, reiße alte Wunden wieder auf und gefährde einen mühsam errungenen Frieden als prekären Waffenstillstand.

In der Tat haben viele Länder einen anderen Weg gewählt, nämlich den der Wahrheitskommission. Überall, wo ein kriminelles Regime nicht durch einen totalen Sieg der demokratischen Kräfte beseitigt werden konnte, hat man sich jedenfalls in einer ersten Phase auf den Versuch beschränkt, zumindest die Wahrheit ans Licht zu fördern. An erster Stelle sind hier die lateinamerikanischen Staaten Argentinien, Chile, El Salvador und Guatemala zu nennen; auch Südafrika fügt sich in dieses Sche-

ma ein. Der Grundgedanke des Systems der Wahrheitskommission ist, dass zumindest den Opfern Gerechtigkeit widerfahren müsse, dass ihr Leben und ihr Tod nicht einfach dem Vergessen überantwortet werden dürfe. Damit verbindet sich die Hoffnung, dass aus der Analyse und Darstellung der Wirkungsweise eines verbrecherischen Systems Lehren für die Zukunft gezogen werden könnten – Lehren, welche einen Rückfall in Tod und Zerstörung für alle Zukunft verhindern würden. □

Welche Aufgaben müssen die Vereinten Nationen bzw. regionale Zusammenschlüsse heute wahrnehmen?

MANFRED EISELE



Mehr als 800.000 Soldaten haben bis heute unter der hellblauen Flagge der Vereinten Nationen (VN) für das Hauptziel dieser Weltorganisation gedient, die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit zwischen den 185 Nationen dieser Erde.

Seit dem ersten Friedenseinsatz der VN im Juni 1948 in Jerusalem haben mehr als 1.600 Blauhelm-Soldaten ihren Einsatz mit dem Leben bezahlt.

Ist der Frieden auf der Welt dadurch wirklich sicherer geworden? Nein, denn die Zahl der Opfer bewaffneter Auseinandersetzungen in diesen vergangenen 50 Jahren ist in Millionen zu messen, sie wächst sogar, während wir hier sitzen, von Tag zu Tag. Dazu tragen moderne Waffen – Flugzeuge und Bomben – bei, zwischen Äthiopien und Eritrea, aber auch Macheten, wie in Ruanda und Burundi, oder Minen, wie in den meisten Konfliktgebieten.

Aber der Charakter bewaffneter Auseinandersetzungen hat sich in den letzten Jahrzehnten grundsätzlich geändert. Statt zwischenstaatlicher, internationaler Konflikte erleben wir mehr und mehr innerstaatlicher, intra-nationale Dispute, Bürgerkriege, wegen religiöser, ethnischer, sozialer oder wirtschaftlicher Probleme. Die Parteien in solchen kriegesischen Verwicklungen sind oft schwer zu fassen, sie entzie-

hen sich häufig internationalen Einflussversuchen. Nicht selten sind unkontrollierbare Akteure am Werk.

Das Instrumentarium fast aller internationaler Organisationen, seien sie zwischenstaatlich oder überstaatlich, sieht unabhängige Nationalstaaten als ihre Mitglieder an. Das gilt gleichermaßen für die VN wie für die OSZE, die EU, die NATO, aber auch für die Weltbank, den Weltwährungsfond und z.B. den UN-Hochkommissar für Flüchtlinge. Damit wird das Prinzip nationaler Souveränität zu einem Haupthindernis für internationale Solidarität. Deshalb hat es weder in Tschetschenien, noch in Algerien, weder in Sri Lanka, noch – bisher – im Kosovo die Bereitschaft zu internationaler Intervention gegeben.

Ganz allgemein ist bei den Akteuren aus einer Vielzahl von Gründen der Wille gering ausgeprägt, sich dort zu engagieren, wo internationale Hilfe zur Konflikteindämmung gebraucht wird. Der Völkermord in Ruanda 1994 war das entsetzlichste Beispiel hierfür. Der schleichende Genozid im benachbarten Burundi nur zwei Jahre später war ein ähnlich beschämender Ausdruck für die Passivität der Welt. Statt durch entschlossenes Eingreifen den Verbrechen ein Ende zu setzen, zogen die Mitglieder des Sicherheitsrates es vor, humanitäre Hilfsmaßnahmen quasi als Feigenblatt für den

Mangel an Geschlossenheit zu nutzen. Präsident Clintons Entschuldigung jüngst in Kigali bei seiner Afrikareise war Ausdruck der Erkenntnis des eben ausgesprochenen Fehlverhaltens. Leider gibt es noch mehr Beispiele für derartige beklagenswerte internationale Passivität, es sei in Zaire, Kongo (Brazzaville) oder Sierra Leone. Erfreulicherweise gibt es aber auch positive Demonstrationen internationaler Solidarität. Ich erwähne hier nur El Salvador, Mosambik, Namibia und Ost-Slawonien.

Welche Aufgabe müssen die VN bzw. regionale Organisationen heute wahrnehmen? Nun, exakt diejenigen, welche seit 1945 in der Charta der VN angesprochen werden. Dieses eindrucksvolle Dokument, weitgehend von christlich-abendländischer Tradition geprägt, verlangt von allen 185 Mitgliedsstaaten ohne Rücksicht auf ihre jeweilige religiöse oder politische Ausrichtung die uneingeschränkte Bereitschaft zur Mitverantwortung. Das gilt es, in die Praxis aktueller Krisenbewältigung einzubringen.

Auch wir in Deutschland sind dabei gefordert! Wer wie wir die Rohstoffe fast der ganzen Welt nutzt, um seine Produkte herzustellen und sie anschließend fast an die ganze Welt zu verkaufen, darf sich seiner Mitverantwortung nicht entziehen für den Frieden dieser unserer Welt. □



DRESDNER ERKLÄRUNG DER GKS VOM 17. JANUAR 1992

Zur Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Maßnahmen im Auftrag der Vereinten Nationen oder anderer kollektiver Sicherheitsbündnisse

1. Golfkrieg, Jugoslawienkonflikt und Entwicklungen in der ehemaligen Sowjetunion sind nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation alarmierende Zeichen neuer Gefährdungen der Sicherheit in Europa und in der Welt. Sie machen eine auf die neuen Risiken ausgerichtete, aktive Sicherheitspolitik zur Friedenserhaltung und Krisenbewältigung erforderlich.
2. Die GKS nimmt, wenn sie dies feststellt, eine Politik der Friedenssicherung und Friedensförderung in den Blick. Diese umfassende Sicherheitspolitik hat über verteidigungspolitische Perspektiven hinaus die Lösung der heute vorrangig drängenden Menschheitsfragen anzustreben. Dies sind:
 - Achtung und Schutz der Menschenwürde,
 - Durchsetzung des Völkerrechts,
 - Verwirklichung einer allgemein akzeptierten, gerechten Weltordnung,
 - Bewahrung der Schöpfung.
 Die Bewältigung dieser Probleme würde Ungerechtigkeiten beseitigen, die als Ursachen der Zwietracht in der Welt oft zu Kriegen führen (GS 83). Nur Gerechtigkeit kann zu Vertrauen führen; sie schafft Frieden und bildet die Lebensgrundlage und Entwicklungsmöglichkeit für alle Staaten und Völker, auch für ethnische Minderheiten.
3. Ziel von Sicherheitspolitik muß es sein, daß Krieg geächtet werden kann (GS 82). Deshalb ist ein Politikkonzept gefragt, das den Krieg als Mittel zur Durchsetzung politischer Absichten zwischen Staaten endgültig überwindet. Demzufolge ist auch die Bereitstellung militärischer Gewaltmittel nur dann sinnvoll, notwendig und sittlich begründet, wenn sie unter dieser Voraussetzung erfolgt. Wir Soldaten haben selbst ein vorrangiges Interesse

daran, daß Streitkräfte nicht als Mittel der Kriegführung betrachtet werden, sondern einer verantwortlichen Politik als Instrument zur Abratung und Verhinderung von Kriegen, zum Schutz von Leben und Freiheit sowie zur Verwirklichung von Frieden und Recht dienen.

4. Dieses weitgesteckte Ziel ist nur im Rahmen einer neuen Weltordnung zu verwirklichen. Krieg kann nur dann endgültig überwunden werden, wenn es eine verlässliche, öffentliche Weltautorität gibt, wie sie bereits durch das II. Vatikanische Konzil (GS 82) gefordert wird. Diese Autorität oberhalb von Staaten muß über eine wirksame Macht verfügen, welche die allgemein anerkannte und verbindliche Rechtsordnung schützen bzw. wiederherstellen kann.
5. Die GKS fordert die Politiker dazu auf, die heute möglichen und erforderlichen Schritte hin zu einer allgemeinen Weltfriedensordnung zu gehen. Die Staaten müssen willens sein, auf dem Weg zu einer supranationalen Autorität weitere nationale Souveränitätsrechte an zwischenstaatliche Einrichtungen abzutreten. Es gibt bereits solche Institutionen, wenn sie auch unter dem Aspekt der Gerechtigkeit und der Sicherheit noch unterentwickelt sind. Diesen sowie den Vereinten Nationen sind heute schon die erforderlichen Mittel verfügbar zu machen, damit Sicherheit und Gerechtigkeit sowohl regional als auch weltweit besser durchgesetzt werden können. Deutschland muß bereit sein, die in Art. 24 seines Grundgesetzes bereits vorgesehene Möglichkeit wahrzunehmen und weiter auszuformen.
6. Wenn aber die Politik der Kriegsverhinderung doch scheitert, werden unter Umständen militärische Maßnahmen in einem System kollektiver Sicherheit, z.B. im Auftrag des Weltsicherheitsrates „zur Wahrung oder Wieder-

herstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ (UN-Charta Art. 39 u. 42) erforderlich, vorausgesetzt, alle übrigen Kriterien für eine sittlich erlaubte Gewaltanwendung sind erfüllt. Diese Hauptbedingungen für sittlich erlaubte militärische Maßnahmen lauten kurzgefaßt:

- (1) - Nur eine legitime Autorität darf darüber entscheiden.
 - (2) - Es muß ein gerechter Grund vorliegen.
 - (3) - Gewalt ist nur als letztes Mittel erlaubt.
 - (4) - Es ist zwischen Kämpfenden und Nichtkämpfenden zu unterscheiden.
 - (5) - Die Verhältnismäßigkeit der Mittel muß gewahrt bleiben.
 - (6) - Es muß eine begründete Aussicht auf Erfolg bestehen.
 - (7) - Mit den Maßnahmen muß die rechte Absicht verfolgt werden können.
7. Sollten alle diese Bedingungen erfüllt sein, hält die GKS „bei einer Bedrohung oder einem Bruch des Friedens oder bei einer Angriffshandlung“ den Einsatz von Streitkräften für gerechtfertigt, um als Ziel „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen.“ (UN-Charta Art. 42) Deshalb sollten alle politisch Verantwortlichen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Bundeswehr auch für Maßnahmen der Vereinten Nationen außerhalb der Grenzen Deutschlands und des NATO-Gebietes eingesetzt werden kann. Unter diesen Umständen handeln Soldaten der Bundeswehr nach ihrem Soldateneid und können vor ihrem Gewissen bestehen. – Katholische Soldaten werden dann in militärischen Einsätzen die sittlich erlaubten Maßnahmen durchführen, die nach der Entscheidung der Völkergemeinschaft zur Wiederherstellung des Friedens erforderlich sind.

50 Jahre „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“

Anspruch und Wirklichkeit

MARCO SCHAUFF

1. Einleitung

In diesem Jahr wird die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ 50 Jahre alt. Die am 10. Dezember 1948 von den Vereinten Nationen (VN) verkündete Erklärung spiegelt sich als Grundlage auch in der Charta der VN wieder, die mittlerweile 185 Staaten¹ unterzeichnet haben.

Wie ist es aber dann zu erklären, dass Anfang 1998 ca. 40 Krisen und Konflikte auf der ganzen Welt dazu führen, dass Menschenrechte eben nicht respektiert und geachtet werden?

Diese und weitere Fragen gilt es nachfolgend zu beantworten.

2. Gibt es eine einheitliche Definition von „Menschenrechte“?

Geschichtlich sind die Menschenrechte ein Erfolg des Humanismus (christliche und klassische Lebensanschauung unter Gelehrten im 14.–16. Jh.) und der Naturrechtslehre. Die erste verfassungsrechtliche Formulierung erfolgte in den „Virginia Bill of Rights“ (1776) sowie später im „Bill of Rights-Amendment“, einem Zusatzartikel zur amerikanischen Verfassung (1776).

Menschenrechte sind die individuellen Rechte, die den Bürgern eines Staates vor Eingriffen desselben schützen – kurz, Menschenrechte sind Abwehrrechte gegen den Staat.

Der Staat erlässt Gesetze, um das friedliche Zusammenleben zu gewährleisten, muss aber eben diese Grundrechte den Staatsbürgern gewähren.

In der Vergangenheit (z.B. im Absolutismus oder unter dem Hitler-Regime) ist die Staatsgewalt missbraucht worden, sodass der Einzelne nur Instrument der „Re-

giehenden“ war. Die Menschenrechte sind demnach eine Antwort auf diesen Missbrauch.

In der Bundesrepublik Deutschland z.B. sind diese Menschenrechte als Grundrechte in den ersten Artikeln des Grundgesetzes verankert, auf das sich das „Deutsche Volk“ berufen kann.²

Problematisch ist allerdings, dass die „Herrschaft des Rechts“ in verschiedenen Staaten unterschiedlich interpretiert wird (Selbstverpflichtungswille der Staaten), was auch Folgen für die Menschenrechtsdiskussion hat.

Nicht von ungefähr behauptet Chinas Regierung: „Wir Chinesen sind anders, und deshalb dürft ihr uns nicht nach euren Maßstäben beurteilen.“ (FAZ 02.04.1998).

Aber nicht nur im Fernen Osten werden Menschenrechte anders interpretiert als in der VN-Charta gefordert:

„Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, (...), unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen; Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, (...)“ (Auszug aus: „Charta der VN“)

Betrachtet man die Gewaltszenen zwischen Katholiken und Protestanten in Nordirland oder im Kosovo, so gibt es selbst in dem zusammenwachsenden Europa des 21. Jahrhunderts Interpretationsunterschiede.

Offensichtlich gibt es in der Theorie Vorstellungen über „Men-

schenrechte“, die in der Realität nicht umgesetzt werden (können?).

Wenn aber die Verletzungen/Missachtungen, die in der Charta der VN beschriebenen Ziele/Menschenrechte, durch Sanktionsmaßnahmen bestraft werden würden, so bestünde wahrscheinlich eher die Chance, dass sich alle VN-Mitgliedsstaaten an die Charta hielte.

3. Lassen sich Menschenrechtsverletzungen sanktionieren?

Zur Durchsetzung der Menschenrechte in Europa wurde 1963 ein „Europäischer Gerichtshof zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ gebildet. Dieser hat bereits in einigen Fällen entschieden, dass Grundrechtsverletzungen einiger Staaten gegenüber eigenen Staatsbürgern vorlagen.

Bundesaußenminister Kinkel forderte noch am 17. März 1998 auf der 54. Menschenrechtskommission in Genf einen internationalen Strafgerichtshof, der Menschenrechtsverletzungen sanktionieren solle. Solange nämlich Mord und Folter risikolos blieben sowie Täter schwerster Verbrechen straffrei ausgingen, würden viele Staaten die Menschenrechte – trotz VN-Charta – nicht achten. (Rede Kinkel)

Am 19.07.1998 wurde in Rom von 120 Staaten die Schaffung eines Internationalen Gerichtshofes beschlossen.

Wie aber schon das Problem der „einheitlichen Definition“ gezeigt hat, ist es auch hier nicht möglich, alle Staaten mit ihren verschiedenen Meinungen über „Eingriffe in innere Angelegenheiten“ so zu vereinen, dass ein weltweiter Konsens entsteht. Denn erst dann wäre die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes sinnvoll.

Das scheitert aber schon bei der Zustimmung zu diesem einzuführenden Internationalen Strafgerichtshofes: USA, China, Israel und vier weitere Staaten stimmten

1 Mitglieder der VN sind alle Staaten der Welt mit Ausnahme von Kiribati, Nauru, Sahara (DARS), Schweiz, Rep. China (Taiwan), Tonga, Tuvalu und Vatikanstadt. Die Mitarbeit der Bundesrepublik Jugoslawien ist suspendiert.

2 Die Grundrechte des GG: Schutz der Menschenwürde (Art. 1); Freiheitsrechte (Art. 2); Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3); Glaubens- und Bekenntnisfreiheit (Art. 4); Meinungs- und Pressefreiheit (Art. 5); Freizügigkeit (Art. 11); Petitionsrecht (Art. 17) u.a.

gegen die Einrichtung des Gerichts.

Mindestens 60 Staaten müssen den Gründungsvertrag ratifizieren, ehe das Gericht mit seinen 18 Richtern und Sitz in Den Haag seine Arbeit aufnehmen kann. Man kann sich vorstellen, dass es Jahre dauern kann, bis dieser Akt vollzogen ist. Was passiert aber nach einer möglichen Ratifizierung, wenn sich z.B. die USA nicht vertragskonform verhalten?

Auch in der Vergangenheit hatte die Völkergemeinschaft schon mit dem Problem der Ignorierung einiger Menschenrechte zu kämpfen.

4. Was zeigen die Erfahrungen der letzten 50 Jahre?

Eine ernüchternde Bilanz zog die VN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, am 19.03.1998 in Genf vor der VN-Menschenrechtskommission.

Die internationale Gemeinschaft sei allein im letzten Jahrzehnt zweimal Zeuge von Völkermorden gewesen, denen jeweils hunderttausende Menschen zum Opfer gefallen seien.

Weiterhin erklärte Robinson, dass Vergewaltigung systematisch als Kriegswaffe eingesetzt worden ist und so das Internationale humanitäre Recht vollkommen missachtet werde. Hunderte Millionen Menschen lebten weiterhin in extremer Armut, litten unter Hunger und Krankheiten und starben an leicht heilbaren Krankheiten. (KNA 3787)

In einem Bericht von amnesty international (ai) ist von 117 Staaten die Rede, in denen Folter auf der Tagesordnung steht. Auch gibt es „in 55 Ländern staatlichen Mord und in 87 Staaten sitzen gewaltlose politische Häftlinge ein“, wie der internationale Generalsekretär Pierre Sane von ai berichtete. Auch der Bundesrepublik wird

ein „Angriff auf die Unteilbarkeit der Menschenrechte“ vorgeworfen, indem sie sich in vielen Asylrechtsfällen von humanitären Notwendigkeiten zu einem selbstständigen juristischen Denken hin entfernt hätte (ai-Bericht).

Bundesaußenminister Klaus Kinkel spricht in seiner Bilanz vom 17.03.1998 in Genf von einigen Erfolgen: „Mehr Menschen denn je leben heute in Staaten mit demokratischen Systemen. (...), aber die Zahl der Länder, die ihre Menschen selbst ernähren können, hat sich in den letzten Jahren verdoppelt. Der Zugang zu Bildung und Ausbildung hat sich weltweit dramatisch verbessert. In Entwicklungsländern werden heute doppelt so viele Kinder eingeschult wie noch vor 20 Jahren.“ Trotzdem bliebe noch einiges zu tun. (Rede Kinkel)

Doch auch diese Erfolge werden unterschiedlich bewertet, denn Robinson stellt am Ende ihrer Bilanz fest, dass die Tatsachen darauf schließen ließen, „dass die internationale Gemeinschaft bei der Umsetzung der in der universellen Erklärung der Menschenrechte formulierten Ziele gescheitert sei. Die Realität hat nicht mit den hehren Erklärungen Schritt halten können.“ (Bilanz Robinson)

5. Hoffnung für die Zukunft?

Positiv festzuhalten ist die anspruchsvolle Zielsetzung der Völkergemeinschaft, die in ihren Erklärungen zum Ausdruck kommt. Diese Zielsetzung lässt sich in der Realität nur umsetzen, wenn man ein allgemein gültiges Verständnis von Menschenrechten und Menschenrechtsverletzungen entwickelt. Dann hat auch der noch zu gründende Internationale Strafgerichtshof Aussicht auf Erfolg.

Ein Hauptaugenmerk der Arbeit im Bereich der Menschenrechtsverletzungen sollte auch auf die Prävention gelegt werden, so dass nicht erst bei Menschenrechtsmissachtungen reagiert werden muss.

Aber selbst wenn diese Forderungen erfüllt werden, stellt sich die Frage, ab wann sich Staaten in ihrer Souveränität beschnitten fühlen und wie sie damit umgehen. □

KURZ NOTIERT

UNO: Deutliche Mehrheit für Internationalen Strafgerichtshof

Die in Rom tagende UN-Konferenz hat sich mit überwältigender Mehrheit für die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs ausgesprochen. 120 Teilnehmerstaaten votierten am 17. Juli für den nach zähem Ringen erstellten Kompromiss-Entwurf. Sieben Staaten waren dagegen, darunter die USA, China und Israel, und 21 enthielten sich der Stimme. Das nach fünfwöchiger Konferenzdauer verabschiedete Statut gibt dem Gericht eine weitgehende Unabhängigkeit bei der Ahndung von Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Aggressionsverbrechen.

Das in Den Haag anzusiedelnde Gericht kann jedoch nur einschreiten, wenn das Verbrechen von einer Person aus einem Unterzeichnerstaat oder in einem Unterzeichnerstaat begangen wurde. Außerdem hat ein Land bei der Unterzeichnung die Möglichkeit, die Ahndung von Kriegsverbrechen für eine Frist von sieben Jahren auszuschließen. Das Statut sieht ferner vor, dass eine Anklage vor dem Internationalen Strafgerichtshof nur erhoben werden darf, wenn die zuständigen Staaten unwillig oder unfähig zur Strafverfolgung sind. Damit zielt die internationale Strafgerichtsbarkeit insbesondere auf das politische und militärische Führungspersonal, das üblicherweise nicht vor staatlichen Gerichten angeklagt wird. Der Strafgerichtshof ist auf die Kooperationsbereitschaft der Vertragsstaaten angewiesen. So kann es sein, dass ein Verfahren mangels Beweismittel oder Zeugen oder auch weil der Angeklagte dem Gericht nicht überstellt wird, nicht stattfinden kann. Dann bleibt dem Gericht nur, den Sachverhalt festzustellen und diesen der Versammlung der Unterzeichnerstaaten mitzuteilen. Weitere Sanktionen sind nicht vorgesehen.

Anders sieht es aus, wenn der Sicherheitsrat der VN einen Fall dem Internationalen Strafgerichtshof überwiesen hat. Der Sicherheitsrat kann alle Mitglieder der VN zur Zusammenarbeit mit dem Gericht verpflichten und auch Zwangsmaßnahmen verhängen. Allerdings ist hinreichend bekannt, dass ein Sicherheitsratsbeschluss von jedem der fünf Ständigen Mitglieder durch ein Veto blockiert werden kann. Dabei spielen politische Rücksichtnahmen eine große Rolle.

Das Statut tritt in Kraft, wenn wenigstens 60 Staaten den Text ratifiziert haben. Nach Einschätzung von Kreisen der deutschen Delegation dürfte das jedoch Jahre dauern. (PS nach KNA u. FAZ)

Neue Führungsfähigkeit bei der Bundesregierung gefordert

KLAUS LIEBETANZ

Gefährlich zugespitzte Krisen, bewaffnete Auseinandersetzungen und mit unbittlicher Grausamkeit geführte Kriege, „ethnische Säuberungen“ und Völkermord, massenhafte Flüchtlingsbewegungen und Hungersnöte fordern ein gründliches Durchdenken der bisherigen Führungsorganisation und -struktur der Bundesregierung. Der Verfasser fordert für diese „plötzlich“ auftretenden komplexen Katastrophen außerhalb des klassischen Verteidigungsfalles ein „Integriertes Lage- und Führungszentrum“ bei der Bundesregierung. Das einzige veritable Führungszentrum in Deutschland befindet sich derzeit im Verteidigungsministerium. Es besteht daher die Gefahr einer einseitigen Militarisierung der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland.

Das Beispiel der Vereinigten Staaten

Als Ergebnis der Erfahrungen des US-amerikanischen Engagements in Haiti, Somalia, Nord-Irak und des ehemaligen Jugoslawien hat die Clinton-Administration die Präsidentenweisung Nr. 56 „über das Krisenmanagement bei komplexen Operationen“ im Mai 1997 herausgegeben (*The Clinton Administration's Policy on Managing Complex Contingency Operations: Presidential Decision Directive – 56, May 1997*).

Ziel der Präsidentenweisung (PDD 56)

Absicht dieser Präsidentenweisung ist es, bei einem plötzlich auftretenden Krisen- und Konfliktfall auf nationaler Ebene rasch ressortübergreifende, effektive Krisenteams zu bilden, die als integrierte Stäbe weltweit operieren können, um die amerikanischen Interessen zu vertreten. Dabei sollen konkurrierende Interessen der einzelnen Ministerien vermindert und zeitraubende Abstimmungsprozesse über Zuständigkeit und

Verfahren verhindert werden. Gleichzeitig sollen alle relevanten politischen, diplomatischen, militärischen, soziologischen, ökonomischen und ökologischen Aspekte einbezogen werden. Voraussetzung dafür ist eine integrierte Lagefeststellung, die Zentralisierung der politisch-strategischen Planung und die Dezentralisierung der Umsetzung.

Durchführung der PDD 56

Es werden interministerielle Arbeitsgruppen gebildet. Diese haben den politisch-militärischen Implementierungsplan (Pol-Mil Plan) zu erarbeiten. Dazu empfiehlt die PDD eine gemeinsame Ausbildung des Führungspersonals der verschiedenen Ministerien sowie ressortübergreifende Verfahrensübungen im Krisenmanagement.

Der politisch-militärische Implementierungsplan

Der „Pol-Mil Plan“ (gesamtstrategische Planung) soll u.a. enthalten:

- eine kurz gefasste Zusammenstellung des Gesamtbildes;
- die klare Feststellung der nationalen Interessenlage;
- die eindeutige Stellungnahme zur Frage, ob die Durchführung der Gesamtoperation möglich und aus amerikanischer Sicht wünschenswert ist;
- die politisch-militärische Zielsetzung;
- Formulierung der Einzelziele und des gewünschten Endzustandes;
- ein Konzept für die integrierte Operation in allen Phasen, wobei die zivilen Aspekte beschleunigt werden sollen;
- Verantwortlichkeit der interagierenden Ressorts
- integrierte Maßnahmen von Diplomaten, militärischen Führern, Leiter der großen Hilfsorganisationen und der internationalen Gemeinschaft nach Erreichen des gewünschten Endzustandes;

- Organisationsstruktur in Washington und in der betroffenen Region (engl. 'theater');
- Vorbereitende Aufgaben, wie die Konsultation mit dem Kongress, diplomatische Initiativen, Truppenbereitstellung, völkerrechtliche Bewertung, Finanzierung und die Vorbereitung der Medien;
- Operationspläne der einzelnen Ministerien (z.B.: politische Vermittlung/Versöhnung, militärische Unterstützung, Demobilisierung, humanitäre Hilfe, Polizeireform, öffentliche Basisdienste, wirtschaftlicher Wiederaufbau, Überwachung der Menschenrechtssituation, soziale Entwicklung, Information der Öffentlichkeit. Vgl. z.B. die „Agenda for Peace“ der Vereinten Nationen).

Vorteile der PDD 56

Die Vereinigten Staaten haben sich mit der interministeriellen Arbeitsgruppe (Executive Committee) ein Instrument geschaffen, das ressortübergreifend, abgestimmte und umfassende Aktionsplanungen möglich macht, um auf weltweite Krisen zu reagieren. Dies wurde bislang erfolgreich in Haiti und Restjugoslawien praktiziert.

Nachteile der PDD 56

Die Präsidentenweisung 56 ist ausschließlich auf das nationale, us-amerikanische Interesse ausgerichtet. Das kann u.a. dazu führen, dass wie in Ruanda geschehen, 500–800.000 Frauen, Kinder und ältere Menschen im Stich gelassen werden, die monatelang fast ausschließlich in Kirchen regelrecht abgeschlachtet wurden. Die Amerikaner verzögerten im Sicherheitsrat eine Verstärkung der UNAMIR-Truppe, um den Angriff der amerikafreundlichen „Patriotischen Front“ nicht zu unterbrechen, mit deren Hilfe schließlich der Kongo erobert werden konnte. Hier haben die Vereinigten Staaten eindeutig gegen die „Völker-

mordskonvention“ der Vereinten Nationen von 1948 verstoßen. Der kanadische Befehlshaber der Blauhelme, General Delaire, hat keinen Zweifel daran gelassen, dass er mit einem erweiterten Mandat und einer zusätzlichen Truppe von 3.000 Mann in der Lage gewesen wäre, Hunderttausenden das Leben zu retten (vgl. *Generalleutnant Manfred Eisele, UN-Planer für Peace-Keeping Operationen in New York, in „Die Bundeswehr“ 1/98 S. 8 ff.*).

Bundesregierung ohne integriertes Lage- und Führungszentrum

Das einzige veritable Führungszentrum befindet sich im Verteidigungsministerium. Das Lagezentrum im 6. Stock des Auswärtigen Amtes ist eher ein Nothelf und dient dazu, deutsche Staatsbürger in einer Krisensituation im Ausland zu evakuieren. Für ein integriertes Krisenmanagement im großen Stil sind Ausstattung und Räumlichkeiten nicht geeignet. Die Bundesrepublik hat bislang in einer „Kuschelcke“ der internationalen Krisenbewältigung gelebt, geschützt durch die Westmächte. Nach der Wiedervereinigung und der offiziellen Bestätigung durch das Bundesverfassungsgericht, dass Friedenseinsätze der Bundeswehr im Rahmen kollektiver Sicherheitsbündnisse schon immer möglich und erlaubt waren, ist die Verantwortung für die internationale Konfliktbewältigung gewachsen, aber nicht die entsprechenden Führungsmittel.

Defizite der Bundesregierung beim Krisenmanagement

Bei den letzten großen deutschen Hilfsaktionen (Kurdenhilfe 91 und die Goma-Flüchtlingshilfe 94) wurde von den Medien und Politikern immer wieder beklagt, dass die Hilfe zu spät oder zu schleppend vonstatten ging. Dies lag keineswegs daran – und wie oft muss das wiederholt werden –, dass die professionellen deutschen Hilfsorganisationen etwa nicht über schnell einsetz- und brauchbare Hilfspotentiale verfügten. Diese Einsatzzpotentiale für die Auslandshilfe sind nämlich so konzipiert, dass sie innerhalb von drei Tagen mit Personal und Material

an jedem Punkt der Welt eingesetzt werden können. Die Hauptursache für die Verzögerung sind bestehende Defizite in der Früherkennung und Entscheidungsfindung bei der Bundesregierung und eine damit verbundene verzögerte Bereitstellung von Mitteln für die Durchführung der ersten Phase eines humanitären Großeinsatzes. Die Hilfsorganisationen verfügen zu Beginn einer internationalen Großkatastrophe über keine größeren Geldreserven. Spendenmittel werden erst eingeworben, wenn das Fernsehen das namenlose Elend mit ganzen Bergen von Leichen in die abendlichen Wohnstuben der Bundesbürger überträgt. Dann ist es aber in der Regel zu spät. Aus diesem Grunde ist es zwingend erforderlich, dass bei der Bundesregierung ein funktionierendes „Humanitäres Lagezentrum“ mit geringem Personalaufwand eingerichtet wird, um die reichlich vorhandenen Informationen systematisch auszuwerten.

Falsche Lagebeurteilung der Bundesregierung

Besonders deutlich wurden die Defizite im Krisenmanagement der Bundesregierung bei der schwerfällig beginnenden Hilfsaktion für die Flüchtlingshilfe in Goma (Zaire). Helmut Kohl schloss daraus, man müsse ein ziviles Hilfskorps aufstellen, obwohl seine eigene Partei kurz zuvor in allen zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages die Bildung eines solchen Hilfswerkes mit überzeugenden Argumenten verworfen hatte. Nach der Wahl wurde diese unsinnige Idee auch nicht wieder aufgegriffen. Das Problem der Verzögerung war einzig und allein auf das Missmanagement der Bundesregierung zurückzuführen. Man benötigte 20 Trinkwasseranlagen mit Personal. Das wurde in kurzer Zeit vom THW gestellt. Man benötigte eine Finanzierung. Die wurde vom BMZ gestellt (15 Mio DM), weil der Titel Humanitäre Hilfe beim AA schon im August (!) leergefegt war. Man benötigte ferner Transportmittel nach Goma. Das war auch kein Problem, da innerhalb von 24 bis maximal 36 Stunden jede Art von Flugzeugen (einschließlich der Antonov 124 mit 150 t Nutzlast) auf dem europäischen Charter-

markt mit Hilfe der Verkehrsminister zu buchen ist. Der Bundeskanzler versuchte aber bei Bill Clinton amerikanische Großraumtransporter (C-70) zu bekommen. Da Bill aber dabei war, seine groß angelegte humanitäre Show für die Flüchtlinge in Goma durchzuführen, um von seinem Versagen bei der Verhinderung des Völkermordes abzulenken, standen die C-70 nicht so rasch zur Verfügung. Wenn die Bundesrepublik Deutschland über ein funktionierendes „Humanitäres Lagezentrum“ verfügt hätte, wäre das THW rechtzeitig eingesetzt worden und der größte Teil der Flüchtlingkatastrophe mit Zehntausenden von Toten hätte vermieden werden können. Außerdem wäre dann auch die missglückte „Care-Operation“ überflüssig geworden.

Deutsches Peace-Keeping noch nicht aus einem Guss

Friedenseinsätze der Bundeswehr im Rahmen der Vereinten Nationen (Kambodscha, Somalia und im ehem. Jugoslawien waren noch zu einseitig militärisch ausgerichtet und entsprachen damit nicht der Grundidee der „Agenda for Peace“ der Vereinten Nationen. Diese Friedensmissionen wurden von der Bundesregierung nicht als nationale Aufgabe unter Beteiligung aller Ministerien verstanden. Dies kommt auch durch die finanzielle Maßgabe des Bundeskabinetts zu Ausdruck, dass das Verteidigungsministerium Friedensmissionen aus dem eigenen Haushalt zu finanzieren hat.

Wer bezahlt bestimmt auch die Musik! Noch im Oktober 1997 bestätigt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Bernd Wilz, auf Anfrage, „dass die Bundeswehr und deutsche Hilfsorganisationen ihre Vorbereitungen für Friedensmissionen bisher weitgehend unabhängig voneinander getroffen haben.“ Ferner schreibt er: „Zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist eine „Konzertierte Aktion“ für Friedensmissionen bisher nicht vorgesehen. Es gibt jedoch erste Kontaktaufnahmen zwischen den Ressorts zu diesem Themenbereich.“

Widerstände der Ministerien gegen ein integriertes Lage- und Führungszentrum

Jeder, der längere Zeit in einem Ministerium gearbeitet hat, weiß, dass ein bundesdeutsches Ministerium – grob gesagt – die Pfründe der Partei ist, die den Minister stellt. Daher ist auch die Führung des jeweiligen Hauses eifrig bemüht, dass die Erfolge des jeweiligen Ministeriums als Erfolge des Ministers und der Partei dargestellt werden, damit bei der nächsten Wahl die Pfründe bestätigt wird und/oder der Minister sich für „höhere Weihen“ empfiehlt. Aus diesem Grunde werden auch bei einer verlorenen Wahl alle Schlüsselfunktionen im Laufe der Zeit mit Gewährsleuten der eigenen Partei besetzt. Jeder Beamte/Soldat, der an seiner Karriere interessiert ist, wird sich peinlich an diesen ungeschriebenen Kodex halten. Bei dieser Konstellation sind die Minister und ihre Gefolgsleute wenig daran interessiert, Machtbefugnisse und Möglichkeiten zur eigenen Profilierung zum Wohle des Ganzen (integrierte Lösung) abzugeben. Daher sind die Gedanken der Präsidentenweisung 56 bei den relevanten bundesdeutschen Ministerien entweder gar nicht zur Kenntnis genommen oder wieder in der „Schublade“ verschwunden. Einige Politiker sind der Meinung, dass der anzustrebende schlanke Staat die „Bürokratie“ eines integrierten Lage- und Führungszentrums nicht zuließe. Damit wäre der Staat einem leistungsstarken Auto zu vergleichen, bei dem man auf eine angemessene Lenkung verzichtet, um Kosten zu sparen.

Empfehlung an die künftige (oder auch alte) Bundesregierung

Wenn die Bundesrepublik Deutschland als drittstärkste Wirtschaftskraft in Zukunft verantwortlich im Sinne der Präambel des Grundgesetzes und in angemessener Weise auf internatio-

nale Krisen reagieren will, dann muss im Leitungsblock des neuen Bundeskanzleramtes im Spreebogen ein integriertes Lage- und Führungszentrum eingerichtet werden. Dabei genügt es nicht, sich wie bisher mit einer bloßen Lagedarstellung im Kanzleramt zu bescheiden. Erforderlich sind kompetente und entscheidungsbefugte Elemente der relevanten Ministerien, damit eine Gesamtoperation der Bundesrepublik Deutschland aus einem Guss geführt und alle verfügbaren Kräfte gebündelt werden können. Wo sollten sonst solche Gesamteinsätze geführt werden? Im Verteidigungsministerium oder im Auswärtigen Amt? oder sollte jedes Ministerium ein bisschen führen? „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung“ (GG Art. 65). Im 4. Stock des Leitungsblocks des neuen Kanzleramts stünde ausreichend Raum zur Verfügung, um ein integriertes Lage- und Führungszentrum der Bundesregierung einzurichten. Hier sollte auch das „Humanitäre Lagezentrum“ integriert werden. Bei Bedarf kann bei erheblichen Krisen- und Konfliktfällen auf den großen Konferenzsaal (390 m²) im unteren Bereich des Leitungsblocks zurückgegriffen werden.

Rechtzeitige Überlegungen notwendig

Mit der Konzeption eines solchen Führungsmittel sollte der Bundeskanzler allerdings nicht bis nach den Bundestagswahlen am 27. September 1998 warten, da die Einrichtung dieser modernen Managementzentrale im Kanzleramt einen wesentlichen Knackpunkt bei den anstehenden Koali-

tionsverhandlungen im Oktober und November 1998 darstellen würde. In diesem Zusammenhang wird empfohlen, einen hohen Beamten des Koalitionspartners mit der Führung des Lage- und Führungszentrums zu beauftragen, damit die zu erwartenden Erfolge nicht ausschließlich der Kanzlerpartei zufallen. Desweiteren sollte mit der Konzeption des integrierten Lage- und Führungszentrums nicht bis nach dem Umzug nach Berlin gewartet werden, da Beamte, wenn sie einmal einen für sie günstigen Platz erobert haben, ihn mit den geschicktesten Argumenten verteidigen.

Gefahren für Deutschland

Fachleute in den Ministerien sind der Auffassung, dass die Bundesrepublik Deutschland in der veränderten Weltsituation nach der Periode des Kalten Krieges im Krisen- und Konfliktfall nicht mehr durch ein „Küchenkabinett“ geführt werden kann. Man befürchtet sogar, dass Deutschland im Falle einer Konfliktlage mit existentieller Bedrohung zu spät reagieren könnte. Wie schnell und unvorhergesehen sich die Lage verändern kann, hat die so nicht vorausgesehene, explosionsartige Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien vor der Haustür der Deutschen gezeigt. Darüber sollten auch SPD und Grüne nachdenken, denn bei einem Wahlsieg im Herbst geht es nicht nur darum, Lieblingsideen zu hätscheln und Pfründe zu verteilen. Es wird auch eine sehr große Verantwortung übernommen. □

Das Führungszentrum der Bundeswehr im linken Flachbau auf der Bonner Hardthöhe ist z.z. das einzige funktionsfähige Führungszentrum der Bundesrepublik Deutschland.

(Foto Andreas Noll, BMVg)



Micije – Ein Signal zur freiwilligen Rückkehr der bosnischen Flüchtlinge in ihre Heimat?

Der Schlüssel zur Heimat ist die Heimat. Dahinter steckt die Idee, dass die aus dem ehemaligen Jugoslawien Vertriebenen durch Ausweisungsdruck und bürokratische Hemmnisse allein nicht wieder nach Hause gebracht werden. Hauptmann a.D. Karlheinz Karte, bis zu seinem Dienstende 1992 S 3-Offz an der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (AIK) in Waldbröl, leitet in der Ortschaft Micije bei Banja Luka in der Republik Srpska ein Projekt „Dach über dem Kopf“. Für die Bundesregierung und durch sie finanziert leistet hier der Deutsche Caritasverband einen Beitrag, damit Flüchtlinge freiwillig und mit Hoffnung auf eine günstige Entwicklung ihrer Situation in die Heimat zurückkehren können. Karte war bereits in den Jahren 1993 bis 1997 als Beauftragter der Caritas für den Aufbau in Kroatien und in Bosnien-Herzegowina tätig.

Wesentlich weniger Vertriebene als erwartet nehmen das Hilfsangebot der Caritas in Anspruch. Auch die Bereitschaft, selbst und zügig anzupacken, lässt zu wünschen übrig. Zwar ist die Angst, als ethnische Minderheit in der Republika Srpska leben zu müssen, verbreitet, doch behindert vermutlich auch die Haltung, den Sommerurlaub und das Wochenende lieber bei Verwandten in Kroatien und vor allem an der Adria zu verbringen, den Wiederaufbau der zerstörten Heimat.

KARLHEINZ KARTE

Erwartungsvoll richten sich in diesen Tagen die Blicke der Verantwortlichen in der Auslandsabteilung des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg auf die Ortschaft Micije im serbisch kontrollierten Teil (Republik Srpska) von Bosnien-Herzegowina.

Auf Bitten und mit finanzieller Unterstützung des Beauftragten

der Deutschen Bundesregierung für die Rückführung der bosnischen Flüchtlinge in Sarajevo, Dietmar Schlee, will der Deutsche Caritasverband einen Beitrag leisten, vertriebenen Minoritäten die freiwillige Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen.

Was war geschehen? Ein Rückblick.



nischen Minderheiten (Kroaten und Muslime) aus ihren Gebieten. Die Häuser der Vertriebenen wurden von serbischen Flüchtlingen besetzt oder ausgeplündert und zerstört. Das Vieh wurde geschlachtet, die Felder verwüstet und die landwirtschaftlichen Fahrzeuge entwendet.

Heute, zweieinhalb Jahre nach Abschluss des Dayton-Abkommens, sollen die Aussagen und Versprechungen von Biljana Plavsic, der Präsidentin der Republika Srpska, mit ihrem Regierungschef, Ministerpräsident Dodik, auf den Prüfstand gestellt werden. Lassen diese es, wie angekündigt, zu, dass die ethnischen Minderheiten in ihre angestammte Heimat zurückkehren können oder bleiben ihre Worte nur Lippenbekenntnisse?

Das Projekt „Dach überm Kopf“

In einem reizvoll gelegenen Hochtal, 40 km nördlich von Banja Luka, liegt der kleine Ort Micije. 70 Häuser, ausschließlich kleine Gehöfte, sind auf 10 qkm verteilt. Bis auf wenige Ausnahmen sind diese Häuser zerstört und ausgeplündert. Die Ruinen lassen erahnen, hier muss es einmal einen überdurchschnittlichen Wohlstand gegeben haben.

20 serbische Flüchtlingsfamilien haben hier einen vorläufigen Zufluchtsort gefunden und sich leidlich eingerichtet.

Erwartungsvoll, aber auch mit Argwohn, betrachten sie das Fahrzeug des Projektleiters vom Deutschen Caritasverband und die ihn begleitenden Militär-Fahrzeuge der SFOR-Truppen aus Banja Luka. Sie erahnen, dass in Kürze bauliche Aktivitäten die vermeintliche Ruhe in diesem Teil der Republika Srpska „stören“ werden.

Seit Wochen hält die Caritas Banja Luka den Kontakt zu den ehemaligen Bewohnern von Micije, die sich zum Teil noch in Kroatien und Deutschland aufhalten. Sie werden laufend über die aktuelle Entwicklung in ihrem Heimatort informiert. Wie die Vorbereitungen für ihre Rückkehr vorankommen, ist für diese Menschen besonders wichtig.

Während sich die Caritas Banja Luka auf die Informationsweiter-

Nach dem erfolgreichen Angriff der kroatischen Armee im August 1995 auf die Krajina in Kroatien, floh die überwiegend serbische Bevölkerung in die von ihrer Volksgruppe kontrollierten Gebiete Bosnien-Herzegowinas, der heutigen Republika Srpska.

Die „Revanche“ der Serben ließ nicht lange auf sich warten. Sie vertrieben wiederum, teilweise mit brutaler Gewalt und Terror, die eth-

gabe konzentriert, forciert vor Ort der DCV-Projektleiter alle Maßnahmen, die für das Eintreffen der ersten Flüchtlinge erforderlich sind.

Neben den Planungen für den Wiederaufbau, spielt für ihn die Sicherheitslage eine zentrale Rolle. Mit der internationalen und der nationalen Polizei, der SFOR, den Bürgermeister und Gemeindevorstehern sowie den Repräsentanten der katholischen Kirche werden alle Möglichkeiten der Deeskalation sowie der Abwehr von Gewaltanwendungen erörtert.

Die Pioniereinheiten der britischen SFOR-Truppen in Banja Luka wurden gebeten, die sich im desolaten Zustand befindlichen Brücken und Schotterwege wieder herzurichten. Der Deutsche Caritasverband stellt das Baumaterial zur Verfügung. Die SFOR soll mit ihren Soldaten und Maschinen kostenlos die notwendigen Arbeiten übernehmen.

Als Nebeneffekt wirkt die Präsenz der SFOR in Micije mäßigend auf eventuelle serbische Fanatiker ein. Eine gezielte psychologische Einflussnahme.

Allen Beteiligten muss ständig vor Augen geführt werden, dass die weitere Hilfe für die bisher sehr zurückhaltend geförderte

Republika Srpska auch vom Gelingen dieses Wiederaufbauprojektes der Caritas abhängig sein könnte.

Der eigentliche Kern der Hilfe des Deutschen Caritasverbandes besteht darin, den Rückkehrern, in sehr begrenztem Umfang, Baumaterial für den Wiederaufbau ihrer Häuser zur Verfügung zu stellen. In Eigenleistung und Nachbarschaftshilfe sollen die Menschen ihre Häuser wieder so herrichten, dass sie ein Dach über dem Kopf haben und vor den Unbilden der Witterung geschützt sind. Luxus wird nicht gefördert.

UNHCR, die Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen wird sich mit der Lieferung von Betten, Matratzen, Decken, Öfen, Geschirr und einem Duschcontainer an dem Projekt beteiligen.

Für die zukünftige Selbstversorgung der Menschen werden Saatgut und Nutzvieh benötigt. Gemeinsam mit der internationalen Caritasgemeinschaft und anderen Hilfsorganisationen wird man nach Lösungen hierfür suchen müssen.

Wenn es dem Deutschen Caritasverband gelingt, Micije wieder aufzubauen, ist ein richtungsweisender Schritt zur freiwilligen Rückkehr der bosnischen Flüchtlinge aus Deutschland in ihre serbisch kontrollierte Heimat getan. □

Sipri: 27 größere Konflikte weltweit im Jahr 1997

1997 gab es weltweit 27 größere bewaffnete Konflikte. Das seien zwei weniger als 1996, teilte das Internationale Friedensforschungsinstitut in Stockholm (Sipri) Anfang Juni in der schwedischen Hauptstadt mit. Seit 1989, als 36 Konflikte registriert wurden, gebe es einen beständigen Rückgang der Zahl der Auseinandersetzungen. Nach der Statistik hat allerdings die Gewalttätigkeit zugenommen: Gab es 1996 keinen Konflikt mit mehr als 3.000 Toten, so wurden 1997 im Sudan wenigstens 5.000 Opfer, in Kongo-Brazaville bis zu 7.000 und in Sri Lanka mindestens 4.000 Tote gezählt.

Der einzige Konflikt, der sich zwischen Staaten abgespielt habe, sei die Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan in der Kaschmir-Frage, die letztlich zu den Atombombenversuchen der letzten Monate beigetragen hätte, hieß es. Alle übrigen Konflikte seien interne Auseinandersetzungen, bei denen es allerdings gelegentlich, wie im früheren Zaire, zu Interventionen anderer Staaten gekommen sei.

Zunahme in Afrika

Laut Sipri hat allein in Afrika die Zahl der Konflikte zugenommen. Von den acht bewaffneten Auseinandersetzungen auf dem Schwarzen Kontinent seien vier 1997 neu ausgebrochen. Charakteristisch sei dabei die Schwäche des jeweiligen Staatsapparates. Asien verzeichnete zehn bewaffnete Auseinandersetzungen; in Europa gab es im vergangenen Jahr lediglich den Nordirland-Konflikt. Für Südamerika registrierte das 1966 gegründete und vom schwedischen Staat finanzierte Institut nach dem Waffenstillstand in Guatemala noch zwei Konflikte. (KNA 10.06.1998)

KURZ NOTIERT

UNO: Rückkehrplan für Jugoslawien-Flüchtlinge ist kein Erfolg

Die UNO-Hochkommissarin für Flüchtlinge, Sadako Ogata, hat sich enttäuscht über die Umsetzung des Rückkehrplans für Flüchtlinge und Vertriebene aus dem ehemaligen Jugoslawien gezeigt. Zweieinhalb Jahre nach dem Abschluss des Friedensabkommens von Dayton warteten noch immer 1,8 Millionen Menschen auf die Rückkehr in ihre Heimat, sagte Ogata im Juni vor Journalisten in Genf. In die von Minderheiten bewohnten bosnischen Gebiete hätten seit Jahresbeginn lediglich 13.000 statt der erhofften 50.000 Menschen zurückkehren können. Unter diesen Umständen könne man kaum von einem Erfolg sprechen. Seit dem Abschluss des Dayton-Abkommens konnten laut Ogata nur 450.000 Menschen in ihre Heimat-

orte zurückkehren. 800.000 Bosnier lebten weiterhin als Vertriebene in Bosnien, und 600.000 Menschen lebten noch als Flüchtlinge in Ländern Westeuropas oder in der Bundesrepublik Jugoslawien. Dort gebe es zudem weitere 300.000 Flüchtlinge, die aus Kroatien vertrieben worden seien. Die UNO-Hochkommissarin begrüßte den von der kroatischen Regierung unlängst angekündigten Rückkehrplan für diese Menschen. In der Vergangenheit hätten aber trotz ähnlicher Ankündigungen kaum serbische Flüchtlinge nach Kroatien zurückkehren können. Besorgt zeigte sich Ogata über den anhaltenden „stillen Exodus“ von kroatischen Serben aus Ost-Slawonien und den neuen Exodus von Kosovo-Albanern.

(KNA 26.06.1998)



350 Jahre Westfälischer Friede

Gedanken und Hintergründe zum Jubiläumsjahr 1998

BERND WÜBBEKE

„Da unter allen Wohltaten, die von Gott als Quelle alles Guten über die Menschen kommen, die des Friedens die allergrößte ist, sind die Könige und Fürsten der Christenheit umso mehr verpflichtet, sie all ihren Untertanen zukommen zu lassen, ihr Blut zu sparen und all den Übeln ein Ende zu machen, die unzertrennlich mit dem Kriege verbunden sind.“
So heißt es in der Urkunde, die am 20. September 1643 in Paris für die Entsendung der drei französischen Botschafter ... zu den Friedensverhandlungen in Münster ausgestellt wird.¹

dem Geschichtsunterricht irgendwie bekannt sind.

In einem zweiten Schritt möchte ich auf einige wichtige Veranstaltungen hinweisen, mit denen in Münster dies bedeutende Jubiläum gefeiert wird.



Friedensreiter:

Der „Freud- und Friedensbringende Postreiter“ – Friedensreiter aus Münster – verkörpert die frohe Kunde vom Frieden. Über dem Reiter links die posaunenblasende „Fama“, die Verkörperung des Ruhmes, rechts der Götterbote Merkur, auch Gott des Handels und der Kaufleute²⁾

Es gibt die unterschiedlichsten Gründe sich heute als wache Zeitgenossen und Soldaten, mit dem Westfälischen Frieden näher zu beschäftigen:

- Mehr als fünfzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg gewinnt der damalige Friedensschluss im Hinblick auf den europäischen Einigungsprozess mehr Bedeutung als zuzeiten nationalstaatlich geprägter Geschichtsschreibung.
- Mit diesem Friedensschluss endete die leidvolle Epoche der Religionskriege.
- Der Friedenskongress und der Friedensschluss bedeuten Vorbilder internationaler Konfliktbewältigung.
- Beim Friedenskongress war der Hl. Stuhl nicht nur durch den Nuntius vertreten, sondern sogar offizieller Vermittler für die schwierigen und langwierigen Verhandlungen.³⁾
- Vor einigen Monaten erschienen im Reader Sicherheitspolitik, den das BMVg herausgibt, einige Gedankengänge, die auf

die „friedensgefährdenden Seiten der Religionen“ aufmerksam machen. Eine Vergewisserung über die Rolle des Christentums und die Rolle anderer Religionen in der Geschichte und ein Nachdenken über friedensstiftende Kräfte des Christentums und anderer Religionen für die Gegenwart tut Not.

- Kriegerische Konflikte können nicht ausgeschlossen werden; dies lehrt einerseits der Blick in unsere Gegenwart (z.B. auf die Konfliktzonen des Nahen Osten, auf die Kaukasus-Republiken oder auf den Balkan) und andererseits warnt das II. Vatikanische Konzil: „Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges, und sie wird ihnen drohen bis zur Ankunft Christi.“⁴⁾

Ich möchte mit meinen kurzen Anmerkungen zum Jubiläumsjahr 1998 zunächst den Westfälischen Frieden von 1648 in die Geschichte einordnen und an einige Fakten erinnern, die vielleicht noch aus

1. Der Westfälische Friede von 1648

1.1 Vorgeschichte

Im Spätmittelalter setzten gewaltige Änderungen im Gesamtbestand des europäischen Daseins ein. Nach dem Zusammenbruch der Stauferherrschaft zerfiel Italien in Stadtrepubliken und Tyrannenstaaten. Venedig ragte durch Seemacht und Diplomatie, Florenz durch Tuchhandel und Geldgeschäfte hervor. Fürsten und Stadtrepubliken Italiens begünstigten das Studium der alten Sprachen und Literatur und förderten die neue Kunst der Renaissance. Nördlich der Alpen nahm der Bergbau mit Hilfe fremder Kapitalien einen starken Aufschwung. Das Handelshaus der Fugger wurde eine Weltfirma. Das Kriegswesen änderte sich durch die zunehmende Verwendung von Feuerwaffen. Erfindung und Ausbreitung des Buchdrucks machten das



gedruckte Wort zu einer Macht im öffentlichen Leben. Während die italienischen Seestädte den Handel im Mittelmeerraum beeinflussten, beherrschte die Hanse die Nord- und Ostsee-Gebiete. Daran angeschlossen waren das innere Russlands und der weite Orient bis nach Indien. Auf der Suche nach einer Seeverbindung nach Süd-asien entdeckte Kolumbus 1492 Amerika. 1498 gelangte Vasco da Gama nach Indien.

Für das religiöse Leben in Deutschland um 1500 waren kennzeichnend: eine gesteigerte Volksfrömmigkeit, Kritik an den Missständen in der Kirche und der weit verbreitete Wunsch nach kirchlichen Reformen.

Martin Luther (1483–1546), dessen Name mit der Reformation an erster Stelle verbunden ist, tritt in Deutschland an die Öffentlichkeit. Wie er in Deutschland, so begründet Calvin in der Schweiz eine Glaubensgemeinschaft. Königliche Macht lässt in England den dritten Zweig der Reformation erstehen.

In den Reformationsländern außerhalb Deutschlands setzte sie eigentlich erst danach ein. Die lange Zeit des Krieges in diesen Ländern hatte die Ausbreitung der Reformation verzögert. Die Reformation war in Deutschland im wesentlichen Mitte des 16. Jahrhunderts abgeschlossen.

Der Augsburger Religionsfriede vom 25. September 1555 hatte eine enorme geschichtliche Bedeutung. Er legte die Basis für die politischen Zustände. Der kunstvolle Ausgleich zwischen den Konfessionen, den der Religionsfriede herstellte, kam vor allem in der Hauptbestimmung zum Ausdruck, die später mit der Formel „cuius regio eius religio“ bezeichnet worden ist: Es sollte der Konfessionsstand eines Landes sich nach der Konfession seines Fürsten bestimmen. In Deutschland, anders als im übrigen Europa, galten die Probleme, die danach auftauchten, immer schon als im Voraus entschieden. Nur im Rahmen des Friedensvertrages, um die Fragen seiner Auslegung, konnte man sich noch streiten.

Ferner verlor Deutschland weitgehend europäische Kontakte. Es nahm am Geschehen jenseits der Grenzen wenig Anteil, und die

großen Entscheidungen fielen nicht hier. In dem Friedensvertrag war der deutsche Partikularismus vertraglich festgelegt worden, und die großen Fragen waren den kleinen politischen Einheiten anvertraut worden. Im Unterschied zum übrigen Europa zerfiel die Zentralgewalt, die Habsburger schieden nach und nach aus dem Reich aus. Sie besaßen fortan eine Art Erbmonarchie.

Die partikularistischen Tendenzen waren im Deutschen Protestantismus der Zeit naturgemäß besonders verbreitet. Als kirchenpolitische Ordnung bestand überall das landesherrliche Kirchenregiment in seinen unterschiedlichen Konzeptionen und Formen, die doch darin übereinkamen, dass die wesentlichen Regierungskompetenzen über die Kirche in der Hand des Landesherrn – oder in den freien Städten der Räte – zusammenliefen, und dass auch Schule, Wohlfahrtswesen und Ehegerichtsbarkeit ihm unterstanden.

Auch die katholische Partei war in Deutschland wenig gefestigt. Gut katholische Obrigkeiten hatten z.B. an der tridentinischen Reform wenig Interesse, da sie von deren antifeudalen Elementen eine Beeinträchtigung ihrer Privilegien befürchten mussten. In dieser Situation wirkten vor allem die Reformorden bei der Neufundierung des Katholizismus mit. Die Jesuiten z.B. wurden 1544 erstmalig in Köln an der Universität zum Unterricht zugelassen. Nicht nur im Bildungswesen, sondern auch im Seelsorgedienst, als Prediger und Beichtväter wirken sie mit. Allmählich gelingt es, eine katholische Bildungsschicht heranzuziehen.

Bereits 1520 waren Schriften Luthers nach England gelangt, ohne jedoch eine reformatorische Volksbewegung hervorzurufen. Heinrich VIII. hielt an der alten Lehre fest, trennte sich aber aus persönlichen Gründen von Rom. Im Streit mit dem Papst über die Auflösung seiner ersten Eheschließung machte er sich selbst zum Oberhaupt der Kirche von England. Durch den Suprematsakt erkannte das englische Parlament 1534 dies als rechtsgültig an. Fortan wurden die kirchlichen Ge-

richtshöfe abgeschafft und die Mönchsorden aufgelöst. Erst unter seinen Nachfolgern erhielt die anglikanische Kirche eine reformatorisch mitgeprägte Glaubenslehre und Liturgie.

Durch den 1509 in Frankreich geborenen Jean Calvin wird schließlich ein weiterer Zweig der außerdeutschen Reformation angestoßen. Über Genf, der Grenzstadt zwischen dem romanischen und germanischen Sprachgebiet, gelangen seine Ideen bis nach Frankreich, Polen, Ungarn, den Niederlanden, England und Schottland.

In Westeuropa führte **Philipp II. (1556–1598)** den von seinem Vater begonnen Kampf gegen Ungläubige und Ketzer fort. Der Türkensieg von Lepanto 1571 brachte Spanien die Vorherrschaft im Mittelmeer. Gegen politische und religiöse Bedrückung erhob sich der Aufstand der Niederlande; die nördlichen Provinzen sagten sich 1581 von der spanischen Herrschaft los.

In Frankreich entbrennen zwischen Katholiken und Calvinisten die langdauernden Hugenotten-



Justus Maximilian Graf von Gronsfeld (Stich vor Elias Wiedemann) hat für die Zeit von 1620 bis 1632 wichtige Kriegserinnerungen zum »Teutschen Florus« des Publizisten Everhard Wassenberg (1647) beigezeichnet, ist aber als Nachfolger Pappenheims 1633 bei Hessisch-Oldendorf unglücklich als Oberbefehlshaber der Bayern im Feldzug 1648 wenig glücklich, so daß ihn der Kurfürst von ein Kriegsgericht stellen ließ.⁵⁾



Kriege. **Heinrich IV.** gewährte den Hugenotten im Edikt von Nantes 1598 beschränkte Religionsfreiheit und bürgerliche Gleichberechtigung.

Elisabeth I. sichert in England die Reformation. Mit dem Untergang der spanischen Armada 1588 wurde der Grund für die spätere englische Seeherrschaft gelegt.

Im Norden und Osten Europas erhob sich nach dem Niedergang der Hanse und des Deutschen Ordens der Streit um die Herrschaft über die Ostseeküsten. Dabei waren auch Dänemark und Russland beteiligt, aber die entscheidenden Kämpfe spielten sich zwischen Schweden und Polen ab. Wie in Westeuropa ging es nicht nur um die Macht, sondern auch um das religiöse Bekenntnis. In Polen siegte die Gegenreformation. Das protestantische Schweden gewann im Kampfe um die Ostseeherrschaft Teile der baltischen Länder.

Zar Iwan IV., der „Schreckliche“, machte Russland durch blutige Härte zu einem fest gefügten Einheitsstaat. Unter seiner Regierung begann die russische Besitzergreifung Sibiriens.

1.2 Der Dreißigjährige Krieg

Bekanntlich hing der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges mit den Konfessionsproblemen der habsburgischen Erblande zusammen.

Genauer betrachtet kann man gar nicht von einem zusammenhängenden, sondern nur von einem ganzen Bündel von Kriegen sprechen. Es erscheint z.T. auch willkürlich, die Eröffnung des Dreißigjährigen Krieges mit dem **Prager Fenstersturz von 1618** zu datieren. Die Tumulte von Donauwörth (1606: Vollstreckung der Reichsmacht durch Herzog Maximilian von Bayern) ist gewiss der Beginn der lang schwelenden Krise, die sich in der Folge in den Kriegen entlud.

Es würde den Umfang des Vortrages gewiss sprengen, wenn ich versuchte, die einzelnen Kriege zu skizzieren. Einige Stichworte mögen genügen: Die Überwindung des böhmischen Aufstandes durch die Wiener Regierung war für den

Protestantismus in Böhmen verhängnisvoll. Die siegreiche kaiserliche Politik blieb aber nicht dabei stehen, die strikte Ausführung der Bestimmung des Augsburger Religionsfriedens im katholischen Sinn zu erzwingen, sondern stieß weiter vor. Das aber erweckte außerhalb Deutschlands die Sorge vor einer plötzlichen Verschiebung sowohl der politischen als der konfessionellen Gewichte im Reich. Frankreich und vor allem Schweden unter Gustav Adolf griffen 1629 in den Krieg ein. Es folgten der Friede von Prag 30. Mai 1635 (katholische Liga, Kaiser, Kur-sachsen), der französisch-schwedische Krieg und der Ulmer Waffenstillstand 14. März 1647.

1.3 Kriegsalldag

Statt die einzelnen Kriege oder gar Schlachten und die Großen der Geschichte zu kennzeichnen, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass diese Serie von Kriegen ein enormes Maß an Grausamkeiten und Leiden hervorgerufen hat. Einige Anmerkungen zum Alltagsleben mögen dies erläutern.

Man hat errechnet, dass bei Kriegsende in Deutschland der Kaiser und seine Verbündeten etwa 70.000, seine Feinde aber rund 140.000 Soldaten unter Waffen halten. Kein Heerführer kennt die genaue Stärke der ihm unterstellten Einheiten. Die kaum durchorganisierte Militärverwaltung, wenig beaufsichtigt durch landesherrliche Kriegskommissare, ein recht willkürliches Rekru-

tierungssystem mit der Einreihung vieler Kriegsgefangener und Überläufer erschweren die Übersicht.

Generalfeldmarschall Graf Gronsfeld (s. Abb. S. 61) schreibt dem bayerischen Kurfürsten z.B. am 31. März 1648 folgenden Bericht: *„In der vereinigten kaiserlich-bayerischen Armada befänden sich sicherlich über 180.000 Seelen, welche, es seien gleich Jungen, Feuerknechte, Weiber und Kinder, doch alle sowohl als die Soldaten leben müssten. Auf 40.000 Mann gebe man zwar Proviant her, aber nicht mehr, als ein Mensch auf 24 Stunden nötig habe; wie nun die übrigen 140.000 leben könnten, wenn sie nicht hin und her ein Stück Brot suchten, sei wider seinen Verstand; und wann schon zu Zeiten ein armer Soldat ein wenig Geld habe, sei doch kein einziger Ort vorhanden, wo er etwas kaufen könne. Er sage das nicht, um die mitunter vorkommenden Räubereien und Gewalttätigkeiten zu billigen, sondern allein zur Nachricht, dass nicht alles aus Mutwillen, sondern von vielen aus lauter Hunger geschehe. Es sei auch kein General in der ganzen Welt, welcher ein Heer dermaßen beisammen halten könne, dass nicht doch unterschiedliche leichtfertige Gesellen das Gebot überträten, wie der Kurfürst im Anfang des Krieges, wo doch die Armada alle Monat richtig bezahlt worden, selbst gesehen. Was der Graf Tilly viele Jahre nacheinander, da doch die Armada ebenfalls richtig aus der Kassa oder den Quartieren unterhalten worden, für Mühe und Ar-*



Callots grausiges Bild der Gehenkten in der Gerichtseiche zeigt, wie auf frischer Tat ertappte Marodeure an einem riesigen Baum aufgehängt werden. Mönche, die als Feldprediger die angetretenen Truppen begleiten, sprechen den Verurteilten letzten Trost zu. Unten würfeln einige noch um das Los, gehängt oder begnadigt zu werden.⁶⁾



beit gehabt, die Zucht zu erhalten, indem er alle Jahr dergleichen Exorbitanzen halber nicht nur einen, sondern wohl zweihundert habe aufknüpfen lassen, solche es denen bekannt, die unter seinem Kommando die Waffen getragen.“⁽⁷⁾

Das Gefolge solcher Heere ist die eigentliche Landplage, denn es beherbergt den unentbehrlichen Tross mit Frauen, Jungen, Kindern, Handwerkern, Marketendern und Fahrzeugen aller Art, behindert die Marschbewegungen, erschwert die Zufuhr und zieht allerlei übles Gesindel an. Ohne Anschluss an Bewaffnete gibt es kaum noch Überlebenschancen für Entwurzelte.

Im Allgemeinen ruht vom Spätherbst bis zum März jede Kriegstätigkeit. Jede eingenommene Stadt schwächt das Heer durch die Abgabe von Besatzungen und begünstigt eine Zersplitterung der Kräfte.

Die Soldaten verpflichten sich für einen Feldzug oder auf bestimmte Zeit und leisten einen Eid auf den jeweiligen Kriegsherrn. Ganz verschieden sind die Motive, die die Männer in das risikoreiche Söldnerdasein treiben, das ihnen Ernährung und Soldzahlung verspricht: Abenteuerlust, blanke Not oder Verzweiflung, auch Hoffnung auf Beute und sozialer Aufstieg oder eine Mischung aus allem.

„Wallenstein gibt nur Antritt- und Werbegeld her und streckt den ersten Monatsold vor, dann muss der Krieg den Krieg ernähren, d.h. er zieht überall hohe Kontributionen ein. Aus seinem Herzogtum Friedland, wo er eine blühende Kriegsindustrie aufbaut, lässt er Bekleidung, Waffen, Munition und Verpflegung heranschaffen, ver-

bindet also gezielt sein Militärkommando mit geschäftlichem Unternehmertum.“⁽⁸⁾

Das Heer setzt sich aus Reiterei, Fußvolk und Artillerie zusammen. „Der Kampfwillen der Infanterie wird durch ausgegebenen Alkohol verstärkt; vermutlich gingen die meisten Söldner nicht nüchtern ins Handgemenge. Augustin von Fritsch (1599–1662), ein bayerischer Veteran, der vom einfachen Musketier zum geadelten Obristen aufgestiegen ist und 34 Jahre seinem Kurfürsten dient, dabei ‘in solcher Zeit 12 öffentlichen Feldschlachten ... beygewohnet’, schildert die Kampföffnung bei Wimpfen, wo der badische Markgraf besiegt wurde: ‘Nachdem aber unser General Tilly uf jeden Soldaten ein halb Maß Wein geben lassen, seint wir alßdann alsobaden uffgebrochen und uf den Feind loßgangen ... da er dann schrecklich mit Stücken under uns geschossen.’“⁽⁹⁾

Schlimmer als Gefechte und Schlachten sind Seuchen und Epidemien gewesen, die in den Standlagern ausbrechen. Die ärztliche Kunst ist noch ganz unterentwickelt, schon leichtere Verletzungen führen den Tod herbei. Typhus, Ruhr und Skorbut dezimieren vor allem bei längeren Belagerungen ganze Armeen. Fast immer ist die Lebensmittelversorgung unzureichend, verhungerte Soldaten sind in allen Feldzügen dieses Jahrhunderts anzutreffen. Beim Nahen größerer Heere flieht die geängstigte Landbevölkerung in die benachbarten Städte, wo sie ihr Vieh und auch ihre Vorräte aus Not verkauft oder aufzehrt, sodass die Nahrungsmittel auf dem platten Lande fehlen.⁽¹⁰⁾

„Kriegsbilder“

von Hans Ulrich Frank:
Schuss aus dem Hinterhalt,
Mord, Totschlag und Plünderung;
tanzendes Paar in der Schenke;
zechende Soldaten¹¹⁾





1.4 Friedeskongress und Friedensschluss

1648 endete mit dem Friedenskongress in Münster und Osnabrück und dem Westfälischen Frieden der Dreißigjährige Krieg. Nach dem Urteil des englischen Historikers Geoffrey Parker lag der anteilmäßige Bevölkerungsverlust „höher als im Zweiten Weltkrieg, die Zahl der durch ihn Entwurzelten und seine materielle Zerstörung waren ebenso groß, die von ihm ausgelöste kulturelle und wirtschaftliche Erschütterung hielt wesentlich länger an.“¹²⁾

Bereits 1641 bestimmt der Regensburger Reichstag die Städte Osnabrück und Münster zu Tagungsorten des künftigen Friedenskongresses. Münster hat zu dieser Zeit ca. 12.000 Einwohner, Osnabrück hingegen 6.000. In Münster soll unter Vermittlung der römischen Kurie und der Republik Venedig auch über die Beendigung des Kampfes zwischen den Königen von Spanien und Frankreich verhandelt werden. Das bedingt, dass sich künftig auch die Bevollmächtigten der niederländischen Generalstaaten einfinden müssen.



Nuntius Fabio Chigi

vertritt als Gesandter des Papstes Innozenz X. die Interessen der römischen Kurie und bietet seine Dienste als Friedensvermittler zwischen den katholischen Mächten an, eine entsagungsvolle Aufgabe, weil abzusehen ist, dass der Frieden auf Kosten der Kirche geschlossen wird. Nach seiner Rückkehr nach Rom übernimmt er die Leitung der vatikanischen Außenpolitik und wird 1655 zum Papst gewählt. Er nennt sich Alexander der VII. und macht sich als Mäzen der Künste und Gönner Berninis um den Ausbau der Stadt verdient.¹³⁾

Alles in allem müssen ca. 10.000 bis 12.000 fremde Gäste beherbergt werden. Zum Schutz der Diplomaten verstärkt die Stadt Münster die Zahl der Stadtsoldaten auf 1.200 Mann.

In Münster laufen alle Fäden bei den beiden Mediatoren zusammen. Nuntius Fabio Chigi und der Venezianer Alvise Contarini überzeugen durch strenge Unparteilichkeit und Unbestechlichkeit, was von den wenigsten Diplomaten zu der Zeit gelten kann.

Die Gesandten sind nur Vertreter, nicht aber Leiter ihrer Regierungspolitik, müssen daher ständig Verbindung zu den heimischen Höfen halten und neue Weisungen einholen. Das kostet Zeit. Wenn der kaiserliche Kurier die Strecke von Münster nach Wien in 19 Tagen zurücklegt, gilt dies als Rekord. Die Post nach Madrid dauert ca. 4 Wochen. Zu den Delegationen gehören meist ein Adliger, der die Repräsentationspflichten wahrnimmt, und ein Jurist, der den Schriftverkehr besorgt und die eigentlichen Verhandlungen führt. Die streitenden Parteien überreichen ihre Schriftsätze, erläutern sie mündlich und nehmen Gegenvorschläge entgegen, die beraten oder an die fernen Höfe weitergeleitet werden. Über achthundert Einzelkonferenzen soll der Nuntius in Gegenwart des Botschafters Contarini abgehalten haben. Anfänglich behindern Zeremoniellstreitigkeiten den Ablauf der Verhandlungen.

Wiederholte Bittgottesdienste, Prozessionen und zur Versöhnung mahnende Predigten begleiten den verwickelten Gang der Friedensgespräche (s.a. Abb.S. 66).

Die Preise steigen weiter an, je stärker der Zustrom von Fremden und Flüchtlingen ist, doch stellt der münstersche Rat entschieden den Vorwurf mangelnder Aufsicht in Abrede. Für die Unterhaltung der Gäste sorgt der Rat durch die Einrichtung einer Lotterie, des

„Glückshafens“, den ein auswärtiger Pächter betreibt. Fahrendes Volk, englische Komödianten, Seiltänzer und Akrobaten zeigen ihre Künste. Allerdings nimmt auch die Kriminalität in Münster nicht unerheblich zu; im Winter 1646 sieht sich der Rat sogar veranlasst, eine abendliche Sperrstunde für Mägde und Gesinde vorzuschreiben. Während der Karnevalszeit werden die Masken und Gesichtslarven verboten, die Polizeidiener visitieren abends die Herbergen, fremde Bettler und „leichtfertige Weibspersonen“ werden aus der Stadt ausgewiesen.

Die jahrelange Kongressdauer führt dazu, dass sich die Stadtbevölkerung an die fremden Gäste gewöhnt, die aus ihrem langfristigen Aufenthalt in Westfalen das Beste machen müssen. Die katholischen Kirchenbucheintragungen Münsters überliefern Patenschaften der Gesandten, die besonders gesucht sind, weil der Täufling üblicherweise ein Taufgeschenk erhält, das dem Rang des namentgebenden Taufpaten angemessen ist.

Der Osnabrücker Stadtsyndikus schreibt in Münster: „Niemand hütet hier das heilige Grab



Alvise Contarini,

Friedensvermittler aus Venedig, ist ein erfahrener Diplomat, der schon 1629 einen Frieden zwischen England und Frankreich vermittelt und seine Republik in mehreren Hauptstädten vertreten hat. Venedig ist wegen der türkischen Bedrohung der Insel Kreta an einem baldigen Ausgleich der europäischen Spannungen besonders interessiert. Die Universitätsbibliothek Münster besitzt in zehn Bänden die Korrespondenz Contarinis mit seinem am Pariser Hof akkreditierten Kollegen Nani.¹⁴⁾



umsonst, niemand schleift ohne Messer, es ist hier die Sitte, wer nicht schmiert, der nicht fährt. ... Ich bin der Meinung, dass man mit hundert Dukaten viele Zeichen und Wunder bewirken könne.“ Die Bestechung erreicht auf dem Friedenskongress ein besonderes Ausmaß, nur wenige Bevollmächtigte sind so unbestechlich wie die beiden Mediatoren; die führenden Franzosen oder der spanische Prinzipalgesandte, der seinerseits die Niederländer durch reiche Geschenke für ihre Frauen köderte. Man hat allerdings in diesem Punkt weniger Skrupel als heute, denn immerhin ist es Brauch, dass ein scheidender Gesandter vom Souverän seines Gastlandes eine solche „Verehrung“ erhält.

Am 30. Januar 1648 wird der spanisch-niederländische Friedensvertrag in Münster unterzeichnet. Die Niederlande werden aus dem französischen Bündnisssystem herausgelöst und souverän. Am 06. August 1648 wird der Friede in Osnabrück durch Handschlag vereinbart. Er soll dann in Münster unterzeichnet werden. Die kaiserlichen Gesandten und die protestantischen Reichsstände, die aus Osnabrück nach Münster gereist sind, wünschen eine gemeinsame feierliche Unterzeichnung im Bischofshof am Domplatz, doch können sich Franzosen und Schweden auch jetzt nicht über den Vortritt einigen. Die Karossen der Franzosen und Schweden fahren getrennt bei den Kaiserlichen vor, diese vollziehen danach in den französischen und schwedischen Unterkünften ihre Unterschrift gleichzeitig in den beiden Exemplaren und zuletzt unterzeichnen die Reichsstände im Bischofshof am Domplatz den Vertrag.

Durch den Westfälischen Frieden scheiden die freien Niederlande und die Schweiz völkerrechtlich aus dem Reich aus. Frankreich erhält endgültig die Bistümer Metz, Toul und Verdun; ferner Breisach, den Sundgau und die Landvogtei über zehn im Elsaß gelegenen Reichsstädte sowie das Besatzungsrecht im rechtsrheinischen Philippsburg.

Schweden bekommt Vorpommern mit den Inseln Rügen, Usedom und Wollin, Wismar, das Erzstift Bremen (nicht die Stadt) und das Stift Verden.



Die Gleichberechtigung der lutherischen und katholischen Reichsstände wurde nun auch auf die reformierten ausgedehnt. Für Bekenntnis und geistlichen Besitz wurde der Stand vom 1. Januar

Bittprozession Münster von 1646

Titelblatt der münsterschen Friedensprozessionsordnung. Für den 22. Juli 1646 ordnete der Fürstbischof Ferdinand eine große Prozession an, um Gott anzuflehen, Frieden zu schenken und die christlichen Fürsten zu versöhnen. Alle katholischen Bevollmächtigten nehmen neben der Stadtbevölkerung daran teil, angeblich gegen 4.000 Menschen.¹⁵⁾

1624 (Normaljahr) maßgebend. Das Prinzip cuius regio eius religio des Augsburger Religionsfriedens von 1555 fiel weg.

Obwohl in territorialpolitischer Hinsicht kaum Veränderungen erzielt wurden, hat dieser Friedensschluss enorme Wirkungen gehabt. Seit 1648 existiert im wesentlichen die Verbindlichkeit des neuzeitlichen Völkerrechts mit Anerkennung der Souveränität und Gleichberechtigung. Die leidvolle Epoche der Religionskriege endete. Der Friedenskongress und der Friedensschluss sind ein erstes Vorbild internationaler Konfliktbewältigung, die im folgenden Jahrhundert durch ständige Gesandtschaften der Höfe ausgebaut wird.

2. Das Jubiläumsjahr 1998 – Feier des Westfälischen Friedens

Die Beschäftigung mit dem Friedenskongress in Münster und Osnabrück sowie mit dem Westfälischen Frieden von 1648 kann Verständnis dafür wecken, wie mühselig und langwierig die gegenwärtigen Friedensverhandlungen in den Krisengebieten unseres Jahrhunderts sein können. Obwohl der technische Fortschritt unseres Jahrhunderts den Informationsaustausch in kaum noch vorstellbaren Geschwindigkeiten ermöglicht hat, brauchen die Menschen viel mehr Zeit, um Auswege aus den oft komplexen Konfliktsituationen zu finden. Schließlich macht die Erinnerung an den Friedenskongress und den Friedensvertrag deutlich, dass die Kirchen über ein friedensstiftendes Potenzial verfügen. Unparteiliche Vermittlungstätigkeit und die Unabhängigkeit der Kirchen sowie

die persönliche Glaubhaftigkeit der Christen und der Gemeinden sind weitere Voraussetzungen, damit sich das friedensstiftende Potential der Kirchen auswirken kann.¹⁶⁾

Ich wünschte mir sehr, dass katholische Soldaten ihren Sachverstand und ihre Berufserfahrung z.B. in die Arbeit der fast überall vorhandenen Pfarrgemeinderatsausschüsse „Mission, Entwicklung, Gerechtigkeit und Frieden“ in den Wohnortpfarrgemeinden aktiv miteinbringen.

In Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten Einrichtungen und Behörden wird 1998 das Jubiläum „350 Jahre Westfälischer Friede“ in Münster auf ganz verschiedene Weise gefeiert:

- Das Stadtmuseum Münster zeigt eine Ausstellung „30-jähriger Krieg, Münster und West-



fälischer Friede“ vom 30. Januar 1998 bis zum 18. Oktober (Öffnungszeiten von 10.00–18.00 h außer montags; Zur Ausstellung ist ein zweibändiger Katalog erschienen.)

- Der Friedenssaal der Stadt Münster ist nach umfangreichen Renovierungsarbeiten in neuem Glanz für Besichtigungen frei (Öffnungszeiten Mo–Fr 09.00–17.00 h; Sa 09.00–16.00 h u. So 10.00–13.00 h).
- Mit einer ökumenischen Friedensvesper im St. Paulus-Dom zu Münster beten Kardinal Mislav Vlk, Prag, Diözesanbischof Dr. Reinhard Lettmann, Münster, und Präses Manfred Sorg am 24. Oktober 1998 zusammen mit den Christen um Frieden in aller Welt (Beginn 18.00 h)
- Der Europarat veranstaltet eine Ausstellung im Westfälischen Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Münster. Die Ausstellung wird am 24. Oktober 1998 durch Bundespräsidenten Roman Herzog im Anschluss an die Friedensvesper eröffnet. Voraussichtlich bis zum 17. Januar

1999 wird die Ausstellung dann zu sehen sein.

Es würde ganz gewiss den Rahmen dieses Beitrages sprengen, wollte ich versuchen, alle Veranstaltungen zu nennen. Hinweisen möchte ich abschließend auf die Möglichkeit, jenseits eines Besuches der Städte Münster oder Osnabrück sich per Internet selber zu informieren und sich näher mit dem denkwürdigen Jubiläum zu beschäftigen. Die Adresse lautet: <http://www.westfaelischer-friede.de> (s.u.).

Anmerkungen

- 1) Helmut Lahrkamp, Dreißigjähriger Krieg Westfälischer Friede. Eine Darstellung der Jahre 1618 - 1648 mit 326 Bildern und Dokumenten, Münster 1997 S. 260
- 2) H. Lahrkamp, a.a.O., S. 2
- 3) vgl. R. Kottje, B. Moeller, Ökumenische Kirchengeschichte 2 Mittelalter und Reformation, Mainz 1973 S. 437
- 4) II. Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution Die Kirche in der Welt von heute, Nr. 78, zit. nach: Karl Rahner, Herbert Vorgrimler, Kleines Konzilskompendium, Freiburg 14. Auflage 1980 S. 537

- 5) H. Lahrkamp, a.a.O., S. 150
- 6) H. Lahrkamp, a.a.O., S. 229
- 7) zit. nach: Helmut Lahrkamp, Westfälischer Friede, a.a.O. S. 156
- 8) zit. nach Helmut Lahrkamp, Westfälischer Friede a.a.O. S. 157
- 9) zit. nach Helmut Lahrkamp, Westfälischer Friede a.a.O. S. 163 f
- 10) zit. nach Helmut Lahrkamp, Westfälischer Friede a.a.O. S. 166
- 11) H. Lahrkamp, a.a.O., S. 231–233
- 12) zit nach: Helmut Lahrkamp, Westfälischer Friede, a.a.O. S. 261
- 13) H. Lahrkamp, a.a.O., S. 272
- 14) H. Lahrkamp, a.a.O., S. 274
- 15) H. Lahrkamp, a.a.O., S. 275
- 16) vgl. Dr. Thomas Gillner, Vortrag anlässlich der Studentagung für Militärgeistliche am 07.04.97 Bonn

Literaturverzeichnis

- R. Kottje, B. Moeller, Ökumenische Kirchengeschichte 2. Mittelalter und Reformation, Mainz 1973
- Eugen Kaiser (Hrsg.), Grundzüge der Geschichte, Band 2, Vom Frankenreich zum Westfälischen Frieden, Frankfurt 7. Auflage 1970
- Putzger, Historischer Weltatlas, Bielefeld 1969
- Wilhelm Brüggeboes, Kirchengeschichte. Ein Lehrbuch für den katholischen Religionsunterricht, Düsseldorf 1972



FRIEDEN ALS AUFGABE

350 JAHRE WESTFÄLISCHER FRIEDE

LOGO UND MÜNZE MIT INSCHRIFT

> PAX OPTIMA RERUM A D MDCXIVIII <

VON DER WEB-SITE <http://www.westfaelischer-friede.de>



Wo unser Glaube entstand

Zu einem neuen Buch über das Neue Rom

ADOLF HAMPEL

Vom 4. bis 7. Mai tagte in Izmir und Ephesus der Päpstliche Rat für die Migranten und für die Menschen unterwegs. Thema der Beratungen war „Die Wege der pilgernden Menschheit an der Schwelle zum Jahr 2000“. Der Präsident des Rates, Kardinal Giovanni Cheli, hatte in der Einladung geschrieben: „Die Türkei wurde dazu als Tagungsort wegen ihrer besonderen Bedeutung gewählt. Sie ist das Land der Kirche, so wie Palästina als das Land Jesu gilt.“ Die Türkei ist nicht nur das Land der Paulusreisen und der Gemeinden der Apokalypse. Sie ist das Land, wo unser Glaube entstand. Das nizäno-konstantinopolitanische Glaubensbekenntnis, das Glaubensgrundlage aller Christen ist, ist in zwei Städten entstanden, die heute in der Türkei liegen: In Nizäa, heute Izmir, und Konstantinopel, dem heutigen Istanbul. In der größten Stadt der Türkei mit ihren 14 Millionen Einwohnern gibt es immer noch 150 Kirchen, residieren zwei Patriarchen und mehrere Bischöfe, gibt es auch evangelische Gemeinden.

Vor einem Jahrhundert veröffentlichte der protestantische Theologe Heinrich Gelzer sein Buch „Geistliches und Weltliches aus dem Orient“ und schrieb: „Neben der offiziellen Türkenwelt existiert noch ein zweites, das christliche Konstantinopel, von dem der gewöhnliche Orientreisende wenig oder gar keine Notiz nimmt. Das Phanar, das Griechenquartier, oder Kum-Kapu, den Sitz der Armenier, betritt der Reisende gar nicht oder durchheilt sie flüchtig, und doch zeigt sich hier neben der offiziellen türkischen Welt eine altchristlich orientalische von kaum minderem Interesse und zweifellos größerer Zukunft.“ Was die damalige Zukunft betraf, so irrte sich Gelzer, denn die Tragödien des 20. Jahrhunderts brachten dem Christentum in Konstantinopel und in der Türkei größere Ver-

luste als je zuvor in der Geschichte, die Eroberung 1453 nicht angenommen. Aber immer noch lebt das Christentum in Istanbul, wenn auch dezimiert und durch das explosive Wachstum durch Zuzug muslimischer Türken aus Anatolien prozentual immer unbedeutender werdend.

Vor dem ersten Weltkrieg zählte Konstantinopel mit den kleinasiatischen Vororten rund 1,1 Millionen Einwohner, von denen nur 44% Muslime waren. Es gab damals 23% christliche Griechen, 18% Armenier sowie 5% Juden und etwa 60.000 „Franken“. Im Jahre 1927 betrug die Zahl der durch die Folgen des Ersten Weltkrieges stark zurückgegangenen Einwohner nur 699.869, davon waren 64,3% Muslime (447.742), aber noch 114.954 Griechen (16,5%), 52.576 gregorianische Armenier (7,5%) sowie 22.568 Katholiken (3,2%) und 46.698 Juden.

Heute leben 100.000 Christen in der Stadt am Bosphorus. Ihre Kirchen kennt kaum ein Tourist. Die Reiseführer beschreiben nur das, was dem Besucher der Märchenstadt auf zwei Kontinenten auffällt: Bauwerke aus osmanischer Zeit, Paläste und Moscheen, die Monumentalbauten aus byzantinischer Zeit wie die Hagia Sophia erscheinen nur als Museen. Nun hat der Kirchenhistoriker Rudolf Grulich einen Istanbul-Reiseführer für Christen vorgelegt, der die Bedeutung dieser Stadt für das Christentum darstellt und Adressen aller Kirchen bietet. Es sind griechische und armenische, römisch-katholische und syrische, chaldäische und protestantische Gotteshäuser, in denen auch 500 Jahre nach der Eroberung Konstantinopels des Erlösungstodes Jesu Christi gedacht wird. Ausführlich behandelt der Autor die Zeit relativer Religionsfreiheit im 19. Jahrhundert. Damals sind die meisten heutigen Kirchen errichtet worden, obgleich damals der Sultan noch Kalif, also Stellvertre-

ter Mohammeds war. Ausführlich geht Grulich auch auf die Kontakte der Tübinger reformatorischen Theologen im 16. und 17. Jahrhundert mit dem Ökumenischen Patriarchat ein.

Papst Johannes Paul II. hat die Türkei, in der Rom noch Diözesen des lateinischen, armenischen, chaldäischen, griechisch-katholischen und syrisch-katholischen Ritus hat, ein „wahrhaft heiliges Land der Urkirche“ genannt, „reich an einer kulturellen Tradition, deren Spuren so zahlreich sind, dass sie die Aufmerksamkeit der katholischen Kirche und aller Christen auf sich ziehen“. Er hat bereits 1979 Istanbul und Ephesus besucht und ermutigte 1994 die Bischöfe der Türkei „in einem Geist des Friedens, der Toleranz und der Religionsfreiheit, wie ihn das Zweite Vatikanische Konzil formuliert hat“, zum Dialog. Er begrüßte damals auch die zwischen der staatlichen Universität von Ankara und der päpstlichen Universität Gregoriana geschaffenen Beziehungen zur Entwicklung des intellektuellen Austausches.

Dazu bietet dieses Buch Material und Handreichung. Es beschönigt nichts und nennt die Schuld des Westens (etwa im Verbrechen des 4. Kreuzzuges) ebenso beim Namen wie die Hellenisierungspolitik des Ökumenischen Patriarchates nach 1453 und die kleinasiatische Tragödie in diesem Jahrhundert. Es ist ein Geschichtsbuch, Lesebuch und Reiseführer gleichzeitig, gut illustriert und ohne Einschränkungen zu empfehlen. Millionen Christen verbringen ihre Ferien in der Türkei, Zehntausende reisen auf den Spuren des hl. Paulus. Sie sollten auch die heutigen Christen aufsuchen und ihre Solidarität mit ihnen zeigen. Dafür plädiert auch der Europaabgeordnete Otto von Habsburg, der ein Geleitwort schrieb.

Rudolf Grulich, Konstantinopel. Ein Reiseführer für Christen. Mit einem Geleitwort von Otto von Habsburg (Texte zum Ost-West-Dialog 14). Gerhard Hess Verlag Ulm 1998. 280 Seiten mit 70 Abbildungen und 6 Karten.



Deutsche Jüdische Soldaten

Eine Ausstellung zu 40 Jahren Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr

Am 5. Juni hat der Chef des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr, Oberst Dr. Klaus Achmann, in Waldbröl die Ausstellung „Deutsche Jüdische Soldaten“ eröffnet. Diese Ausstellung ist vom Militärhistorischen Forschungsamt der Bundeswehr in Zusammenarbeit mit dem Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam und dem Centrum Judaicum in Berlin zusammengestellt worden. Professor Dr. Julius H. Schoeps vom Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam hielt das Einführungsreferat „Gab es einen jüdischen Widerstand?“ (s.S. 69 ff.).

Dabei ging er auf das angeblich passive Verhalten der Juden in der Zeit des Dritten Reiches ein. Nach seinen Aussagen waren damals die Rahmenbedingungen für einen kollektiven Widerstand der Juden in Europa nicht gegeben. Allerdings gehe es nicht nur um den bewaffneten Widerstand, sondern der Begriff des Widerstandes müsse auch erweitert gesehen werden. Prof. Schoeps machte darauf aufmerksam, dass führende Vertreter der französischen Résistance (Widerstandsbewegung) im II. Weltkrieg Juden gewesen seien. Ihre Rolle in der Résistance sei jedoch nach dem Krieg aus nationalen Gründen unterdrückt worden. Auch in Osteuropa hätten sich viele Juden den Partisanen angeschlossen. Wie in Frankreich habe es hier nach dem Ende des II. Weltkrieges ebenfalls nationale Befindlichkeiten gegen die Würdigung des Widerstands der jüdischen Mitbürger und -kämpfer gegeben.

Schoeps wies aber auch darauf hin, dass noch 1939 – trotz der Verfolgung der Juden durch den Nationalsozialismus – deutsch-jüdische Patrioten sich freiwillig zum Militärdienst gemeldet hätten. Als Beispiel nannte er seinen Großvater, der bereits im I. Weltkrieg in der kaiserlichen Armee gedient hatte.

Nach Meinung des Wissenschaftlers vom Moses Mendelssohn Zentrum war im deutschen nationalen Widerstand während des II. Weltkrieges kein Platz für

Juden. So sei auch keine grundsätzliche Verurteilung des Antisemitismus im Dritten Reich durch den Widerstand vorgesehen gewesen.

Im Pressegespräch nach dem Vortrag erklärte Schoeps, die Schuld der Vergangenheit müsse thematisiert werden. Dazu müssten die Fragen radikal gestellt werden – dies könne aber erst jetzt erfolgen, was aber ein Fortschritt sei –, um der Klärung zu dienen. Nur so komme man zu einer wirklichen Freundschaft und lasse es nicht nur bei einem Wortgeklingel bewenden.

Derzeit gebe es wieder etwa 100.000 Juden in Deutschland. Deutsche jüdische Soldaten in der Bundeswehr seien bei der Ausstellung nicht thematisiert worden, da es sich hier vor allem nur um einige wenige Freiwillige handeln könne. Außerdem gelte nach dem Grundgesetz in dem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland das humboldt'sche Prinzip „Gleiche Rechte – gleiche Pflichten“.

Oberst Dr. Achmann machte in einer kurzen Ansprache zur Eröffnung der Ausstellung deutlich, warum eine Bundeswehrdienststelle eine Ausstellung zu einem so schwierigen Thema veranstaltet, das sich auf die Geschichte und Schicksale der deutschen jüdischen Soldaten bezieht. Dazu sagte er:

„Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Tatsache, dass die Bundeswehr ein Parlamentsheer ist, d.h., dass der Deutsche Bundestag diese Streitkräfte durch seine Gesetzgebung aufgestellt hat, durch seine Ausschüsse steuert und durch seine Instanzen ständig kontrolliert. Aus den Vorgaben des Deutschen Bundestages ist abzuleiten, dass das Parlament den Soldaten als einen Staatsbürger sieht, der sich bewusst ist, welche Werte er zu schützen und zu verteidigen hat, der aber auch – zumindest idealtypisch – über eine umfassende politische und historische Bildung verfügt. Er soll so in die Lage versetzt werden, seinen Dienst als einen Dienst an der Gemeinschaft zu verstehen. Er soll wissen, auf

welchen historischen und politischen Grundlagen unser Gemeinwesen aufgebaut ist. Er soll begriffen haben, wie mühsam und über welche lange Zeiträume die Werte und Rechte erstritten wurden, die uns heute selbstverständlich sind. Und er soll insbesondere mit dem Blick auf die erste Hälfte dieses Jahrhunderts verstehen lernen, welchen Gefährdungen demokratische Entwicklungen ausgesetzt sein können.

Vor diesem Hintergrund sind historische und politische Bildung aller Angehörigen der Bundeswehr eine ständige Aufgabe, eine ständige Herausforderung. Diese Überlegungen, und nicht erst die aufgeregten Diskussionen der letzten Monate, brachten uns dazu, eine Ausstellung zu konzipieren, die uns bestimmte, für den Soldaten besonders bedeutsame Aspekte der jüngeren deutschen Geschichte vor Augen führen soll.

In der heute eröffneten Ausstellung wird der zeitliche Rahmen weit in die Vergangenheit gespannt. Die Ausstellung setzt am Anfang des 19. Jahrhunderts mit dem Beginn der Emanzipation der Juden in Deutschland ein. Sie schildert die Entwicklung eines patriotischen Verhältnisses der Juden zu Deutschland. Sie zeigt, wie sich im Ersten Weltkrieg hunderttausend Juden gemäß einem Aufruf der jüdischen Führung freiwillig zur Armee meldeten. Über 10.000 von ihnen sind gefallen.

Und die Ausstellung zeigt, wie dann trotz aller Opfer das Unfassbare geschah: Erst Rassengesetze, dann Deportation, schließlich Tod und Vernichtungslager.“ (bt)

„Wir haben aus diesem dunklen Kapitel deutscher Geschichte Lehren gezogen. In Achtung und in ehrenvoller Anerkennung tragen Bundeswehrkasernen heute die Namen hervorragender Soldaten jüdischen Glaubens. Recht und Gesetz, die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, die Gewissens- und Bekenntnisfreiheit jedes einzelnen dieser Grundwerte unseres freiheitlich-demokratischen Staates sind in der Bundeswehr fest und unverrückbar verankert.“ (Der Bundesminister der Verteidigung in seinem Grußwort zur Ausstellung)

Gab es einen jüdischen Widerstand?

Abwehrstrategien gegen Hitler und den NS-Terror

JULIUS H. SCHOEPS

Haben die Juden Europas zwischen 1938 und 1945 sich tatsächlich widerstandslos wie die Schafe zur Schlachtbank treiben lassen? Diese Ansicht ist nach wie vor weit verbreitet. Sie orientiert sich an der bekannten bildhaften biblischen Vorstellung Jeremias 11,19 („Und ich war ein argloses Lamm, das zur Schlachtbank geführt wird, und hatte nicht gemerkt, was sie gegen mich sann“¹⁾) und wird immer dann angeführt, wenn es gilt, das angeblich passive Verhalten der Juden in der Zeit des NS-Massenmordes zu charakterisieren und eine Erklärung für das anscheinend Unerklärbare zu geben.

Meist verbindet sich mit dieser Ansicht noch die Vorstellung, die Juden hätten keinen Widerstand geleistet, weil sie durch Anpassungsprozesse in den jeweiligen Wohnländern kein Bewusstsein von sich selbst, also – um im Soziologenjargon zu sprechen – keine Gruppenidentität mehr be-

sessen hätten. Das sei, so wird häufig argumentiert, der eigentliche Grund, warum sie nicht fähig seien, sich kollektiv gegenüber dem NS-Terror zur Wehr zu setzen. Ist nun diese Annahme zutreffend? Oder handelt es sich nur wieder um eine Theorie, die im ersten Moment plausibel klingt, aber mit der historischen Wirklichkeit nicht viel zu tun hat?

Kompliziert ist der Sachverhalt insofern, als manche Historiker wie der bekannte Holocaust-Forscher Raul Hilberg vehement bestreiten, dass es überhaupt so etwas wie einen jüdischen Widerstand gegeben habe.¹⁾ Die Juden, so meint er, hätten sich gar nicht wehren können, weil sie dazu gar nicht in der Lage gewesen seien. Sie hatten, so Hilberg, im Verlauf der jahrhundertalten Verfolgungsgeschichte Passivität und Resignation geradezu verinnerlicht. Kreuzzüge, Kosakenmassaker und Pogrome hätten sie nur deshalb überlebt, weil sie gelernt

hätten, dass das Nachgeben oder das Zurückweichen am ehesten den Aggressor bestimmt, von seinem Opfer abzulassen. Hilbergs These enthält zweifellos einen richtigen Kern, ist aber so rigide formuliert, dass sie auf Ablehnung stoßen musste. Die Wahrheit liegt, wie das meistens in solchen Fällen ist, vermutlich irgendwo in der Mitte.

Haben sich die Juden ausreichend gewehrt?

So mancher Überlebende der Shoa empfindet die Passivitätsbeschuldigung geradezu als obszön. Sie unterstellt nämlich, und zwar unterschwellig, die Juden seien selbst Schuld an ihrem Schicksal. Viele ertragen die Passivitätsbeschuldigung deshalb nur schwer. Wer Untergrund, KZ oder Vernichtungslager überlebt hat, den quält verständlicherweise das Warum, die Frage, wieso gerade er und nicht die vielen anderen überlebt haben. Sie fragen, ob es nicht vielleicht doch Möglichkeiten gegeben hätte, Auschwitz und den organisierten Massenmord zu verhindern. Legitime Fragen, zweifellos. Sie ändern jedoch nichts am Sachverhalt, dass Widerstand nur dann möglich ist, wenn die Rahmenbedingungen für einen wie auch immer gearteten Widerstand vorhanden sind. Das war aber nicht so.

Der Masse der europäischen Juden fehlte jede Voraussetzung, sich kollektiv zur Wehr zu setzen. Und wie auch? Kann man von einer Gemeinschaft, die überaltert, politisch zersplittert und angepasst ist, handfeste Widerstandsaktionen erwarten? Notwendig dafür wäre die schon angesprochene Gruppenidentität, die aber nur bedingt vorhanden war. In Osteuropa mehr, in den Ländern Westeuropas weniger.

Problematisch ist, dass Hilberg und andere Historiker nur Aufstand und bewaffneten Widerstand als tatsächlichen Widerstand gelten lassen. Das ist eine traditio-

STICHWORT: Amt für Studien und Übungen

Seit 40 Jahren besteht das Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr. Noch unter dem Namen „Lehrstab A“ später umbenannt in Stab für NATO-Übungen, nahmen die Angehörigen der Dienststelle 1958 ihre Arbeit auf. Die Aufgaben des Amtes heute mit Sitz in Waldbröl haben sich im Laufe der Zeit jedoch mehrfach erweitert.

Heute wird neben den operativen Bereichen Sicherheitspolitik, Militärstrategie, Bundeswehrplanung und Ressourcenmanagement an Überlegungen zum „Streitkräfteinsatz im Jahre 2020“ gearbeitet. Themenbereiche wie „Informationskriegsführung“, „Technologiekonzept“, „Unbemannte luftgestützte Träger“ sowie „Neue gepanzerte Plattform“ werden im Rahmen internationaler Zusammenarbeit vertieft. Neu hinzugekommen ist zudem die Auswertung der Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Die Angehörigen des Amtes unterstützen außerdem militärische Ausbildungsmaßnahmen in mehr als 70 Staaten. Die Dienststelle hilft zudem, demokratisch-legitimierte Sicherheitsstrukturen in den Reformstaaten Ost- und Südosteuropas sowie in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion aufzubauen. Bei den derzeit laufenden Studien und Analysen stehen die Situation auf dem Balkan, die Bedeutung des Mittelmeerraumes, die russische Sicherheitspolitik sowie die Wirtschaftskrise in Asien im Vordergrund.

Dem Amt unterstehen auch diejenigen Stabsoffiziere, die an zivilen wissenschaftlichen Instituten, Universitäten, bei Stiftungen und Bundesinstituten lehren und forschen.

(eb aus: Bundeswehr aktuell 29/98 vom 27.07.1998)

nelle Sicht, und zudem ein sehr eng gefasster Widerstandsbegriff, der heute so kaum mehr zu halten ist. Bewaffneten Widerstand von Juden auf breiter Ebene gegen das NS-System hat es sicherlich nicht gegeben. Aber dafür verschiedene Formen des Sichzurwehrsetzens, und zwar in vielfältigster Weise und auf den verschiedensten Ebenen.

Widerstand konnte zum Beispiel heißen, Gesetze zu missachten, Verordnungen zu unterlaufen oder kulturelle Aktivitäten zu entwickeln, die allein den Zweck hatten, der Selbstbehauptung zu dienen. Der Versuch, sich durch Flucht den Verfolgern zu entziehen, konnte ebenso eine Form des Widerstandes sein wie die Tatsache, dass es Juden gab, die sich auf die Seite der Partisanen in die Wälder schlugen oder als Soldaten in den alliierten Armeen an vielen Fronten gegen Hitler-Deutschland gekämpft haben.

Arno Lustiger hat in seinem verdienstvollen Buch „Zum Kampf auf Leben und Tod!“⁽²⁾ für einen solcherart erweiterten Begriff des Widerstandes plädiert, der nicht nur den bewaffneten Widerstand meint, sondern alle Formen des geleisteten Widerstandes umfasst und somit auch Antworten auf die eigentlich hypothetische Frage zulässt, ob die jüdische Bevölkerung Europas überhaupt eine Chance hatte, sich gegen die drohende Vernichtung zu wehren.

Berücksichtigt man, dass es für die Juden schwer war, an Waffen heranzukommen, dass sie sich nicht frei bewegen konnten, von Feinden umstellt, und zudem noch durch das Mittel der gezielten Täuschung entmutigt und demotiviert waren, ist es erstaunlich, dass es dennoch Widerstandskämpfer gab, die sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln militant gewehrt haben, und zwar nach dem Motto: Wir kämpfen nicht, um zu siegen, sondern für die Ehre des jüdischen Volkes, für ein paar Zeilen in den Geschichtsbüchern.

Das Anliegen Lustigers, eines Überlebenden der Vernichtungslager, der heute als Schriftsteller in Frankfurt am Main lebt, ist durchaus nachvollziehbar. Ihm geht es darum, den Mythos zu zerstören, der den Eindruck erweckt, die Ju-

den hätten sich gar nicht oder nur wenig gewehrt. So ganz abwegig ist es nicht, wenn er feststellt, dieser Mythos sei eine der letzten „historischen Lügen“⁽³⁾ eine hartnäckig sich haltende Legende, die alle Phasen der „Betroffenheit“ und der „Aufarbeitung“ der jüngeren deutschen Geschichte überdauert hat.

Mit der Waffe in der Hand

Es ist in der Tat wenig bekannt, dass es in fast hundert Ghettos in Polen, Litauen, Weißrussland und der Ukraine zu Aufständen kam. Nur in den seltensten Fällen standen dabei Waffen zur Verfügung. Teilweise wehrte man sich mit Messern, Äxten und Knütteln, teilweise mit den bloßen Händen. Die Aufstände gegen die SS-Mannschaften in den Vernichtungslagern Treblinka, Sobibor und Auschwitz-Birkenau, von Überlebenden ausführlich beschrieben und dokumentiert, werden häufig von den Historikern als reine Verzweiflungsaktionen bewertet.

Diese Bewertung ist ungerecht. Denn diese Aktionen waren mehr als nur ein letztes Aufbäumen, sie waren eher ein letzter Versuch, in auswegloser und verzweifelter Situation die menschliche Würde zu wahren. Bedenkt man, dass die meisten dieser Häftlinge, die ihre Peiniger angriffen, halb verhungert, von der Zwangsarbeit ausgemergelt, kaum noch Überlebenshoffnungen hatten, dann sind die Widerstandshandlungen in den Lagern gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Der Mut der Aufständischen im Warschauer Ghetto ist mittlerweile fast schon legendär geworden. Im Frühjahr 1943 begann der Widerstand gegen einen brutalen und bis an die Zähne bewaffneten Gegner. 22 Kampfgruppen bildeten sich, über 1000 unterirdische Bunker und Verstecke wurden gebaut. Es war ein aussichtsloser Kampf, aber er wurde geführt, nicht weil man glaubte, den Kampf gewinnen zu können, sondern weil man vor der Geschichte Zeugnis ablegen wollte.

Kommunisten, Buddhisten, Links- und Rechtszionisten hatten sich im Ghetto zu einer verschworenen Kampfgemeinschaft verein-

nigt. Mordechaj Anielewicz, der Kommandant der „Żydowska Organizacja Bojowa“ (ZOB) (Jüdische Kampf-Organisation)⁽⁴⁾, der am 8. Mai 1943 fiel, dem 15. Tag des Aufstandes, bemerkte in einem Brief kurz vor seinem Tod: „Unsere letzten Tage nahen. Aber solange wir noch eine Kugel haben, so lange werden wir weiterkämpfen und uns verteidigen.“⁽⁵⁾

In den Ländern Westeuropas, insbesondere in Frankreich war der jüdische Widerstand zumeist akzeptierter Teil des allgemeinen Widerstandes. Es gab zwar jüdische Gruppierungen wie die von Abraham Polonski und Lucien Lublin in Toulouse gegründete Armée Juive, die ihre Mitglieder vor der Ausbildung mit der Waffe auf die Bibel und die blauweiße zionistische Flagge vereidigte. Normalerweise begriffen sich die Juden Frankreichs aber als Angehörige des nationalen Widerstandes, die Seite an Seite mit anderen Gegnern des NS-Terrors gegen die deutschen Okkupanten und deren Kollaborateure kämpften. Sie übten Anschläge, retteten Kinder und verhalfen Juden und Nicht-Juden auf zum Teil abenteuerlichen Wegen zur Flucht in die Freiheit.

Relativ unbekannt ist der Sachverhalt, dass führende Vertreter der französischen Résistance Juden waren. Ihre Namen werden in Frankreich noch heute in Ehren gehalten, so zum Beispiel: Colonel Gilles, der Militärstrategie, der eigentlich Joseph Epstein hieß und die Widerstandsgruppen in der Region Paris befehligte. Oder Jacques Bingen, der, nachdem der SS-Scherge Klaus Barbie Jean Moulin zu Tode gefoltert hatte, Chef der vereinigten Résistance in Frankreich wurde. Oder auch Lazare Rachline, der von General de Gaulle im Mai 1944 den Auftrag erhielt, die Résistance umzustrukturieren, aber bereits im September demissionierte, weil er die Racheakte an Kollaborateuren ablehnte und manche Brutalitäten der Epuration (Säuberung) ihm zuwider waren.

Verschwiegen werden sollte jedoch nicht jenes dunkle Kapitel der französischen Geschichte, das noch heute heftige Kontroversen auslöst. Gemeint sind die damaligen Bemühungen, die Résistance

zu „arisieren“. Die Tatsache zum Beispiel, dass von den Hingerichteten der Gruppe „23“ des Nazi-steckbriefes „L’Affiche Rouge“ (Das rote Plakat) zwölf Juden waren, paßte im Nachkriegsfrankreich nicht zum Mythos der „nationalen Befreiung“. Insbesondere die KPF war nach 1945 bemüht, den Anteil der Juden in der Résistance herunterzuspielen.

Die KPF war es auch, die intervenierte, als im Mai 1985 der Dokumentarfilm „Terroristen en retraite“ (Terroristen auf dem Rückzug) gezeigt werden sollte, ein Film, der über die jüdischen Überlebenden der Gruppe Manouchian berichtet, der wohl berühmtesten Kampfgruppe der Résistance. Simone Signoret, die ihre Résistance-Vergangenheit in ihrem Buch „Adieu Valodia“ beschrieben hat, äußerte sich damals erbittert darüber, dass die jüdischen Résistance-Kämpfer seit 1943 systematisch vergessen und noch einmal per Filmzensur geopfert werden sollten. Der durch die Intervention der KPF ausgelöste Skandal führte dazu, dass das Fernsehen schließlich gezwungen wurde, den Beitrag zu senden. Dennoch blieb ein bitterer Nachgeschmack.

Dass Juden sich in den besetzten Gebieten Osteuropas Partisaneneinheiten angeschlossen haben, ist heute unbestritten. Tatsache ist aber auch, dass seitens der Partisanenstäbe große Anstrengungen unternommen wurden, die Bildung besonderer jüdischer Kampfeinheiten zu verhindern. Das hielt aber jüdische Männer und Frauen nicht ab, in die Wälder zu gehen und sich dem bewaffneten Widerstand anzuschließen. Häufig mussten sie dabei ihre jüdische Identität verbergen, denn die Fälle waren nicht selten, dass Juden von ihren nichtjüdischen Kombattanten denunziert oder ermordet wurden.

Die meisten der Namen, die in diesem Zusammenhang genannt werden, sind heute weitgehend vergessen. Ganz aber doch nicht, denn ihr Vermächtnis lebt unter anderem fort in manchen von Folklore-Sängern noch heute gern gesungenen Liedern wie „Sog nit keijnmol ...“⁶⁾, das an den Aufstand im Warschauer Ghetto erinnert, sondern insbesondere auch an den

jiddischsprachigen Dichter dieses Kampfliedes, den jungen Hirsch Ghk, der dreiundzwanzig Jahre alt war, als er 1944 mit der Waffe in der Hand fiel.

Das Lied „Sog nit keijnmol ...“ wurde zum Symbol und Andenken an die jüdischen Partisanenbrigaden in Polen und den baltischen Staaten: „*Sage niemals, dass du den letzten Weg gehst, / Wenn auch bleierner Himmel den blauen Tag verdeckt. / Kommen wird noch unsere erträumte Stunde, / Dröhnen wird unser Schritt: Wir sind da!*“

Von der Unfähigkeit, sich zu wehren

In Deutschland hatten es die Juden schon aus Mentalitätsgründen schwer, geeignete Abwehrstrategien gegen Hitler und den NS-Terror zu entwickeln. Nach der 1933 erfolgten Selbstgleichschaltung des liberalen Bürgertums und der Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung waren sie ohne Rückhalt und wussten nicht so recht, wie sie sich verhalten sollten. Wer nicht revolutionärer Marxist oder radikaler Pazifist war, hatte kaum die Möglichkeit, zu einer Fundamentalopposition gegenüber dem Staat zu finden.

Insofern unterschieden sich die Juden nicht von der Mehrzahl der Deutschen, die bekanntlich ebenfalls nicht auf die Idee gekommen sind, sich gegen den Staat zu stellen, den sie zwar mit Mängeln behaftet und in der Hand von brutalen Machtmenschen wussten, aber doch noch immer als den eigenen ansahen. „*Es lag*“, so formulierte es der vor noch nicht allzu langer Zeit verstorbene Hamburger Historiker Werner Jochmann, „*außerhalb des Vorstellungsvermögens, den Staat als Werkzeug des Verbrechens oder der Vernichtung zu betrachten*“.⁷⁾

In einer grotesken Verkennung der tatsächlichen Umstände glaubten manche deutsche Juden bei Kriegsausbruch sogar, sich freiwillig melden zu müssen. Julius Schoeps zum Beispiel, der es im Ersten Weltkrieg zum Oberstabsarzt gebracht hatte und stolz darauf war, als einziger Jude dem 2. Gardedragonerregiment Kaiserin

Alexandra von Russland anzugehören, war zutiefst davon überzeugt, er müsse seinen staatsbürgerlichen Pflichten nachkommen. Dass er es damit tatsächlich ernst meinte, ist durch einen Brief belegt, den seine Ehefrau dem gemeinsamen Sohn ins schwedische Exil schrieb: „*Papa ist abgeraten worden, sich jetzt schon beim Militär zu melden, es hätte noch keinen Zweck, ich fürchte auch, er ist zu alt?*“ Julius Schoeps war im Herbst 1939 75 Jahre alt.⁸⁾ Er war ein Patriot, ein deutschjüdischer Patriot, der nicht verstehen konnte, warum sein Deutschsein nichts mehr galt und sein Patriotismus nicht mehr akzeptiert wurde.

Oft wird gefragt, ob es überhaupt einen militanten Widerstand mit „jüdischer“ Beteiligung in Deutschland gegeben habe. Wenn überhaupt, dann könnte man die Organisation „Neu Beginnen“ oder die kommunistisch orientierte Untergrundgruppe um Herbert Baum nennen. Die Letztere verübte am 18. Mai 1942 einen Brandanschlag auf die antisowjetische Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies“, woraufhin 250 Juden in Berlin als Geiseln erschossen, Herbert Baum zu Tode gefoltert und 27 Mitglieder der Gruppe nach Prozessen vor dem Volksgerichtshof hingerichtet wurden.⁹⁾

Der Grund, aus dem sich Juden dem organisierten antifaschistischen bzw. kommunistischen Untergrund angeschlossen haben, hing in erster Linie damit zusammen, dass für sie im bürgerlich-konservativen Widerstand, auch wenn sie es gewollt hätten, kein Platz war. Die dort vertretene politisch-ideologische Programmatik schloss sie aus. Die Männer des 20. Juli stellten sich zwar gegen Hitler, standen aber den Juden und der so genannten „Judenfrage“ gleichgültig bis ablehnend gegenüber.

Carl Friedrich Goerdelers berühmte Denkschriften zum Beispiel, die Pläne für ein Deutschland nach Hitler konzipierten, sind von traditionellen machtpolitischen Ansprüchen, völkisch-nationalen Tönen und illiberalen Ressentiments durchtränkt. Heute ist weitgehend verdrängt, dass für den bürgerlichen oder militärischen Widerstand das Schicksal

der Juden – wenn überhaupt – nur von marginaler Bedeutung gewesen ist. Vereinzelte Proteste und Beispiele humanitärer individueller Hilfe hat es zwar gegen, nicht jedoch die grundsätzliche Verurteilung des Antisemitismus und der NS-Judenpolitik.¹⁰⁾

Dass einzelne Juden am organisierten antifaschistischen bzw. kommunistischen Widerstand zwischen 1933 und 1945 Anteil hatten, ist unbestritten. Juden haben in politischen Gruppierungen mitgearbeitet, sich im Exil politisch engagiert und mit der Waffe im Spanischen Bürgerkrieg gekämpft. Arnold Paucker, der langjährige Direktor des Londoner Leo Baeck-Instituts, hat sogar errechnet, dass prozentual mehr Juden im antifaschistischen Widerstand organisiert waren als nicht-jüdische Deutsche. Für Deutschland kommt er auf eine Zahl von etwa 2000 jungen Menschen, die in der Untergrundarbeit aktiv waren und dem Widerstand zugerechnet werden können.¹¹⁾

Fest steht aber auch, dass es in Deutschland einen spezifisch „jüdischen“ Widerstand – sieht man vom Sonderfall der Baum-Gruppe ab – nicht gegeben hat. Und zwar schon deshalb nicht, weil die Kommunistische Partei bereits 1935 die Weisung ausgegeben hatte, dass sich jüdische und nicht-jüdische Genossen in getrennten illegalen Zellen zu organisieren hätten. Das führte dazu, dass Juden im Kampf gegen Hitler und den NS-Terror mehr oder weniger auf sich allein gestellt waren. Sie kämpften nicht als Juden, sondern als Individuen.

Es ist ein Irrtum anzunehmen, die deutschen Juden hätten in ihrer Mehrzahl nach 1933 ein positives Verhältnis zum deutschen Widerstand und dessen Aktionen finden müssen. Weder konnten sie das, noch wollten sie es. Dazu war man in der Mehrzahl zu angepasst, zu loyal gegenüber der Staatsautorität. Die Vorstellung, mit der Waffe in der Hand Widerstand zu leisten, war geradezu undenkbar und widersprach letztlich auch dem traditionellen jüdischen Verhalten, nachzugeben, sich in Situationen der Gefahr zu arrangieren – in der Hoffnung, so am ehesten unbeschadet zu überleben.

Nichtmilitante Formen des Widerstandes

Wenn man vom Widerstand im NS-Staat spricht, denkt man zuallererst an das, was sich in der offenen Anwendung von Gewalt gegen die Staatsmacht zeigte – also Attentate, Bombenanschläge, Sabotageakte. Es hat aber auch andere Formen des Widerstandes gegeben, die nicht mit handgreiflicher Gewalt verbunden waren. Sie sind einem erweiterten Widerstandsbegriff zuzurechnen, der anfangs bereits kurz thematisiert worden ist. Zu ihm gehören Formen des Widerstandes wie das Nichtmitmachen, die Verweigerung, das Lächerlichmachen, der Protest, aber auch das Bemühen um Selbstbehauptung.

Als Beispiel für diese Form des Widerstandes mag der berühmte Aufsatz „Trag ihn mit Stolz, den gelben Fleck“ gelten, der aus der Feder von Robert Weltsch stammt und am 4. April 1933 in der „Jüdischen Rundschau“ erschien. In diesem Aufsatz wurden die deutschen Juden aufgefordert, sich zu ihrem Jude-Sein zu bekennen, was mit der Aufforderung verbunden war, Selbstbewusstsein gegenüber dem zunehmenden NS-Terror an den Tag zu legen. Es war ein Aufruf, der für ein ganzes Spektrum von Verhaltens- und Handlungsweisen stand, mit denen die Juden solidarisch auf die Machtergreifung der Nationalsozialisten und den darauf folgenden Ausschluss aus der deutschen Gesellschaft und Kultur reagierten.

Zu der nichtmilitanten Form des Widerstandes kann in der Zeit des NS-Regimes auch der Fall des jüdischen Kaufmanns Abraham Adolf Kaiser aus Duisburg gezählt werden. Kaiser hatte während der Olympischen Spiele in Berlin, die seinerzeit überall in der Welt beachtet wurden und zur Anerkennung des NS-Systems im Ausland erheblich beitrugen, am 6. August 1936 einen Protestbrief an den amerikanischen Olympiakämpfer Jesse Owens geschrieben, der nicht mit Namen unterzeichnet war, sondern mit „civis germanus“ – ein deutscher Bürger. Dieser Brief ist ein für sich selbst sprechendes Beispiel.

Die Gestapo, die bei einer Hausdurchsuchung eine Durchschrift fand, hielt in einem Bericht schriftlich fest, dass der Brief „von schwersten Angriffen und Beleidigungen gegen das nationalsozialistische Deutschland strotze“. In dem erhaltenen Gestapo-Bericht heißt es weiter, Deutschland werde als „ein Land der Barbarenherrschaft und Schrecken herrschaft“ bezeichnet, „in welchem Verbrecher am Ruder wären, zwei Millionen politischer Gefangener schmachteten und deutsche Richter willfähige Henkersknechte der Machthaber“ seien. Kaiser habe Jesse Owens aufgefordert, „die goldene Olympiamedaille dem Blutmenschen Adolf Hitler vor die Füße zu werfen und ostentativ abzureisen, um diesen Mördern und Barbaren für ihre Hochmutsdünkel eine Lektion zu geben.“¹²⁾

Es hat damals zweifellos Mut dazu gehört, sich zu äußern und öffentlich Position zu beziehen, zu sagen, womit man ja und womit man nicht einverstanden war. Wurde man von Missgünstigen denunziert, dann hieß das in der Regel Haft oder Einweisung in ein Konzentrationslager. Abraham Adolf Kaiser aus Duisburg wurde von einem Düsseldorfer Sondergericht wegen des Briefes an Jesse Owens zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Nach der so genannten Kristallnacht wurde er abermals für acht Monate im KZ Dachau in „Schutzhaft“ gehalten. Wieder freigelassen, weigerte er sich, als im Herbst 1941 der Judenstern eingeführt wurde, das Zeichen anzuheften. Er wurde im Oktober 1941 festgenommen und am 13. Januar 1942, so die letzte Eintragung in der Personalakte, „nach Riga evakuiert“. Danach verlieren sich seine Spuren im Nichts.

Wie sah die tagtägliche Gefährdung aus? Welche Möglichkeiten stellten sich den Juden überhaupt? Die meisten empfanden ihre Existenz als ein „Leben auf Abruf“. Die Angst, beim nächsten Transport dazuzugehören, beherrschte jeden verbleibenden Augenblick. Angesichts dieser Situation blieben den Betroffenen in der Regel nur zwei Auswege – Illegalität oder Selbstmord. Illegalität bedeutete Untertauchen oder Flucht in das

nicht von den Nazis besetzte Ausland, was beides mit größeren Schwierigkeiten verbunden war und nur einigen Jüngeren gelungen ist, die die Chance für sich nutzten, auf Schleichwegen Deutschland zu verlassen.

Den Älteren blieb nur der „Selbstmord als letzter Akt der Selbstbestimmung“ (Monika Richarz). 1942 ging ein Viertel aller Todesfälle unter den Juden in Berlin auf Selbstmord zurück. Die Historiker streiten sich darüber, inwieweit der Selbstmord beziehungsweise die Selbsttötung als ein Akt des Widerstands interpretiert werden kann. Einige Historiker sind der Ansicht, die Flucht oder das Sich-entziehen durch Selbsttötung sei zwar kein Widerstand, aber doch so etwas wie ein „nonkonformes Verhalten“ gewesen, das den reibungslosen technisch-bürokratischen Ablauf der NS-Vernichtungsmaschinerie „gestört“, also nicht dem „vorgeschriebenen Weg“ der „Endlösung“ entsprochen habe. Die Nazis, so meinen sie, hätten nichts unversucht gelassen, den Freitod von Juden zu verhindern.

Insbesondere die SS war bemüht, Selbsttötungsversuche zu unterbinden, geschahen sie dann doch, wurden diejenigen bestraft, die den Versuch unternommen hatten. Im Sobibor-Prozess wurde festgestellt: „Häftlingen, die Selbsttötungsversuche unternahmen und zum Morgenappell noch fehlten, wurde übel und in beispiellosem Zynismus mitgespielt. Sie wurden zur Abschreckung der angetretenen Arbeiter erschossen, wobei des Öfteren eine warnende Ansprache gehalten wurde, dass nur den Deutschen das Recht zu töten zustehe, Juden aber nicht einmal das Recht hätten, sich selbst zu töten ...“⁽¹³⁾

Mithilfe an der eigenen Vernichtung?

In ihrem 1963 veröffentlichten Buch „Eichmann in Jerusalem“ erklärte Hannah Arendt, die europäischen Juden hätten sich der Mithilfe an der eigenen Vernichtung schuldig gemacht. Wenn die jüdischen Gemeindeführer, die Leiter internationaler Zusammen-

schlüsse und Wohlfahrtsorganisationen sich geweigert hätten, mit den NS-Behörden zusammenzuarbeiten, dann wäre es nach Ansicht der streitbaren Philosophin und Publizistin zwar zu einem Chaos und sehr viel Elend unter der jüdischen Bevölkerung gekommen, die Gesamtzahl der Opfer aber hätte kaum zwischen viereinhalb und sechs Millionen gelegen.

Gegen Hannah Arendts Aufsehen erregende These hagelte es heftige Proteste.⁽¹⁴⁾ Wiederholt wies man auf die Haltlosigkeit ihrer Vorwürfe hin. Entgegengehalten wurde ihr, sie hätte die realen Bedingungen verkannt, die Situation falsch wiedergegeben, in der Juden damals lebten. Übereinstimmung in diesem umstrittenen Fragenkomplex konnte und kann wohl nicht erreicht werden. Fest steht nur, das dürfte auch weitgehend unbestritten sein, dass es jüdischerseits kaum Möglichkeiten gab, sich dem Prozess der Ausgrenzung zu entziehen und sich gegen die drohende Deportation zur Wehr zu setzen.

Für uns Heutige stellt sich die Frage, ob Hannah Arendt ihre These nicht zu pointiert formuliert hat. Vielleicht, so müssen wir fragen, hat sie zu sehr aus dem Blickwinkel der Intellektuellen geurteilt und das Geschehen unter der NS-Herrschaft allzu sehr an den eigenen moralischen und ethischen Maßstäben gemessen. Ist, so müssen wir weiter fragen, die Forderung Hannah Arendts, dass der Mensch in bestimmten Situationen Widerstand leisten muss, überhaupt richtig? Macht sich denn derjenige tatsächlich schuldig, der sich nicht zu wehren weiß? Und ist derjenige zu verurteilen, der alles mit sich geschehen lässt? Fragen über Fragen.

Im Rückblick erscheint es problematisch, denjenigen einen Vorwurf zu machen, die sich nicht in der Lage sahen, Widerstand zu leisten. Wie hätte das im Übrigen auch geschehen sollen? Die meisten deutschen Juden waren, wie eingangs festgestellt, schon aus ihrer Einstellung zu Deutschland mental dazu unfähig. Sie liebten das Land und lebten bis zum Machtantritt der Nazis, und vielfach darüber hinaus, in der Über-

zeugung, die Obrigkeit könne nicht unrecht tun und Anordnungen der Behörden sei unbedingt Folge zu leisten. Manche hätten sich retten können und wären vielleicht noch davongekommen, wenn sie bemerkt oder es sich eingestanden hätten, dass sie es bei Hitler und den Nazis mit dem radikal Bösen zu tun hatten. Tragischerweise haben das aber nur die wenigsten erkannt.

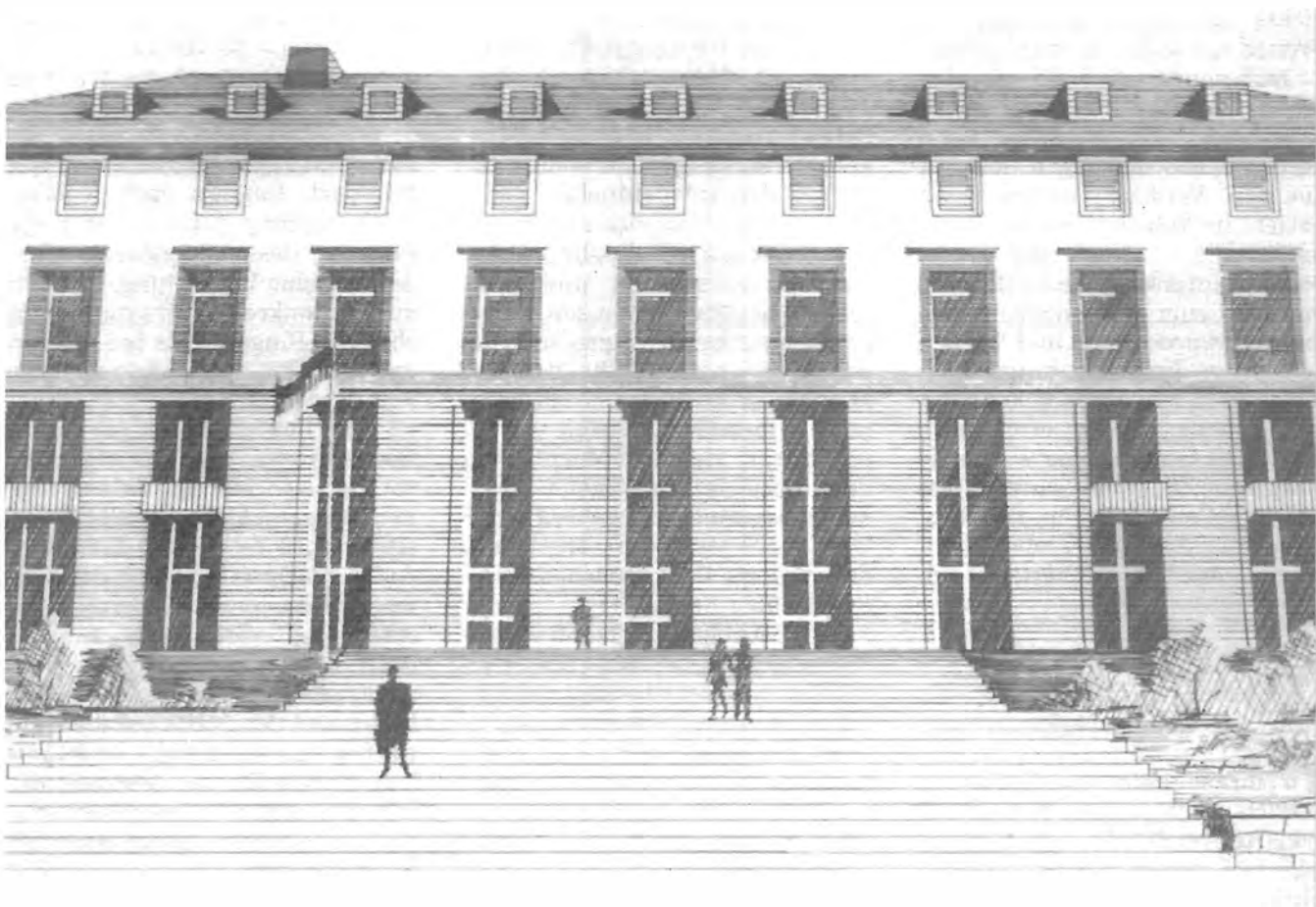
Letztlich geht es in der Debatte um den „jüdischen“ Widerstand nicht so sehr um die Frage, ob Widerstand in bestimmten Ausnahmesituationen möglich ist oder nicht, sondern darum, ob der Mensch sich im Zustand der Rechtlosigkeit auf überkommene Rechtsprinzipien berufen kann. In der Regel, so wissen wir, nützt das wenig. Die Folge ist, dass sich für den Einzelnen in der konkreten Situation meist zwei Möglichkeiten des Verhaltens ergeben. Er kann sich fügen, oder er kann, wenn er der Überzeugung ist, rechtsstaatliche Prinzipien werden ausgehebelt oder – wie in der Zeit des Nationalsozialismus – pervertiert und mit Füßen getreten, sich zur Wehr zu setzen.

Widerstand ist also unter bestimmten Bedingungen nicht nur gefordert, sondern auch legitim. Voraussetzung dafür ist aber die Einsicht, dass Widerstand gefordert ist, eine Vorstellung, die man in der konkreten Situation wohl eher bei Jüngeren als bei Älteren antrifft. Der Normalbürger, der mit Widerstandsaktionen wenig im Sinn hat, glaubt an das Funktionieren des Rechtsstaates und verlässt sich auf das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, selbst in schwierigen Zeiten. Die deutschen Juden machten da keine Ausnahme. Sie vertrauten auf den Rechtsstaat und verstanden zumeist nicht, wieso die Mehrzahl ihrer nichtjüdischen Mitbürger sich vor Hitler und den Nazis auf die Knie warfen und auf Rechte und Freiheiten freiwillig verzichteten, die in langen Jahrzehnten gegen heftige Widerstände mühsam erkämpft worden waren.

Die Gründe für dieses blamable Verhalten sind bis jetzt noch nicht hinreichend geklärt. Es bleiben unbeantwortete Fragen.

Anmerkungen

- 1 So zum Beispiel Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982, S. 23 und andere Stellen.
- 2 Arno Lustiger „Zum Kampf auf Leben und Tod“ Vom Widerstand der Juden 1933–1945, Köln 1994
- 3 Ebenda. S. 592.
- 4 Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, hrsg. von Eberhard Jäckel, Peter Longerich, Julius H. Schoeps, Bd. III, Berlin 1993, S. 1665.
- 5 Ebenda, S. 85
- 6 Der Text ist abgedruckt bei Hai & Topsy Franki, Jiddische Lieder, Texte und Noten mit Begleit-Akkorden, Frankfurt am Main 1981, S. 209 f.
- 7 Werner Jochmann, Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945, Hamburg 1988, S. 236 ff. und 265 ff.
- 8 Vgl. Julius H. Schoeps, Hasenheide Nr. 54. Zur Geschichte einer deutsch-jüdischen Familie, im Aufbau nach dem Untergang. Deutsch-jüdische Geschichte nach 1945. In memoriam, hrsg. von Andreas Nachama und Julius H. Schoeps, Berlin 1992, S. 252.
- 9 Hierzu Leon Brandt, Menschen ohne Schatten. Juden zwischen Untergang und Untergrund 1938 bis 1945, S. 73 ff.; Konrad Kwiet/Helmut Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd 19), Hamburg 1984, S. 114 ff.; Wolfgang Scheffler, Der Brandanschlag im Berliner Lustgarten im Mai 1942 und seine Folgen. Eine quellenkritische Betrachtung im: Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1984, S. 91–118.
- 10 Im Zuge ihrer Berichte über den Eichmann-Prozess in Jerusalem bemerkte die Philosophin und Publizistin Hannah Arendt (Eichmann in Jerusalem – Ein Bericht von der Banalität des Bösen, Reinbek 1978, S. 132), dass bei den meisten Vertretern des konservativen Widerstandes „moralische Motive“ nur eine untergeordnete Rolle gespielt hätten. Mit ihrer eher beiläufigen Bemerkung wies sie auf einen Sachverhalt hin, der bisher kaum oder gar nicht im Blickfeld der Historiker war, nämlich die Nichtbeachtung der Entflechtung, Diskriminierung und Verfolgung des jüdischen Bevölkerungsteils durch den militärischen und bürgerlichen Widerstand. Inzwischen vorgelegte Studien erhärten diesen Vorwurf und machen deutlich, dass in der Tat für die Mehrheit der Vertreter des deutschen Widerstandes die „Judenfrage“ kein Thema war. Selbst als sie vom Ausmaß der so genannten Endlösung der Judenfrage erfuhren, zogen sie daraus keine Konsequenzen. Ihr Ziel war nicht, dem Morden Einhalt zu gebieten, sondern die Abwendung der militärischen Niederlage und die Erhaltung der Bündnisfähigkeit Deutschlands gegenüber dem Westen. Christof Dipper (Der deutsche Widerstand und die Juden, in: Geschichte und Gesellschaft 9/1983, S. 349–380), der die einschlägigen Denkschriften, Tagebücher, Briefe, Aufrufe usw. studiert hat, kommt zu dem Ergebnis, dass die „Judenfrage“ in den Überlegungen der Widerstandskreise keine Rolle gespielt hat.
- 11 Arnold Paucker, Jüdischer Widerstand in Deutschland, in: Lustiger, Zum Kampf auf Leben und Tod, S. 53
- 12 Kwiet/Eschwege (vgl. Anm. 9), S. 253
- 13 Adalbert Rückerl, NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse – Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmo, München 1977, S. 191
- 14 Zu nennen sind insbesondere die Beiträge von Manès Sperber, Gershom Scholem, Adolf Leschnitzer, Eva G. Reichmann, Norman Podhoretz in: Die Kontroverse. Hannah Arendt, Eichmann und die Juden. München 1964



*Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr in Waldbröl,
in dem die Ausstellung „Deutsche jüdische Soldaten“ stattfand
(Zeichnung: Heinz Hecht, AStudÜb)*

SHOA-DOKUMENT

Pius XII. – geschwiegen oder klug gehandelt?

HELMUT FETTWEIS

Kaum ist von Kardinal Cassidy das Dokument zur Shoa, die Papst Johannes Paul II. in einem Begleitschreiben als „untilgbaren Schandfleck in der Geschichte“ bezeichnet hat, veröffentlicht worden, wird Kritik laut. Man erkennt die Aufgabe dieser Arbeit, die ein erster Schritt zur Aufarbeitung des Antisemitismus ist. Vor allem beißt sich die Kritik am Verhalten von Papst Pius XII. fest. Man verurteilt sein „Schweigen“. Dabei vergisst man dabei, die Situation der damaligen Zeit zu berücksichtigen.

Papst Pius XI., hat in seiner Enzyklika „Mit brennender Sorge“ (14. März 1937), an deren Ausarbeitung der Kardinalstaatssekretär Pacelli, später Pius XII., entscheidend mitgewirkt hat, deutlich verkündet „Wer die Rasse, oder das Volk aus ihrer irdischen Wertskala herauslöst ... der verkehrt und fälscht die gottgeschaffene und gottbefohlene Ordnung der Dinge“. (s. Jedin/Reppen, Handbuch der Kirchengeschichte, Band II.).

Die Folge nach der Veröffentlichung am 21. März 1937 war, dass Hitler unverzüglich die Verfolgung von Ordensleuten und Priestern unter fadenscheinigen Begründungen anordnete. Durch Propagandaaktionen wurde versucht, das Kirchenvolk von der Geistlichkeit zu trennen und das Vertrauen zu zerstören. Unter diesen Gesichtspunkten hat diese Enzyklika politisch nichts bewirkt.

Auch die Reaktion des Auslandes war, da man die Gegebenheiten in Deutschland nicht richtig einschätzte, vorsichtig gesagt „zurückhaltend“.

Ein massiver Einspruch des Heiligen Stuhles 1938 gegen Mussolinis willkürliche Änderung der Ehegesetze – analog deutscher Rassengesetze – ging ins Leere und bedeutete eine „außenpolitische Niederlage“ (ebd. S. 62). Als 1942 die holländischen Bischöfe scharf gegen die Gefangennahme von Juden und deren Deportation protestierten, reagierte Hitler mit



einer grausamen Verschärfung der brutalen Maßnahmen. So wird verständlich, dass Papst Pius XII. in der Weihnachtsansprache 1942 generell die „Grundrechte eines jeden Menschen“ eingefordert hat (ebd. S. 96).

Die ersten konkreten Hinweise über die Art der Judenverfolgungen gingen Pius XII. im März/April 1943 zu. Im Mai 1943 wird erstmalig der Begriff „Gaskammern“ erwähnt.

Die Einwirkung des Papstes in Italien hatte größere Erfolge. Mussolini hat bis zu seinem Sturz (1943) die Deportation von Juden in die Vernichtungslager der SS verhindert (ebd. S. 92). Die diplomatische Hilfe des Papstes hat in etlichen anderen Ländern ebenfalls gewisse Erfolge gebracht. Dem Einsatz des Papstes bei der großen Razzia in Rom Oktober 1943 ist zu verdanken, dass diese Jagd auf Juden eingestellt wurde. Ein Brief an den Bischof von Berlin (30.04.1943), zeugt ebenfalls von der Sorge des Heiligen Vaters, durch starke Worte die Lage der Juden in Ungarn und Rumänien zu verschlimmern. Im Stillen aber hat dieser Papst geholfen, dass etwa 950.000 Juden überleben konnten (P.E. Lapide, Rom und die Juden, 1967).

Beachten muss man ebenso die Ratschläge deutscher Berater. So ist inzwischen bewiesen, dass Prälat Ludwig Kaas, Josef Müller – genannt „Ochsensepp“ – und andere den Papst entscheidend bestärkt haben, die Situation der bedrohten Menschen – vor allen Dingen Ju-

den – nicht durch harte Worte zu verschlimmern.

Sieht man die Situation als Zeitzeuge, so muss man feststellen:

- Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ habe ich in Auszügen erst Ende 1939 bei der Wehrmacht gelesen.
- Ich wusste zwar (1938), durch meinen Vater, dass eine flammende Erklärung des Papstes im 11.00 Uhr Gottesdienst verlesen worden sei. Ich habe sie im Schulgottesdienst um 8.00 Uhr nicht zu hören bekommen.
- Den wahren Sprengstoff dieser Erklärung habe ich erst viel später begriffen.
- Ein Papstwort 1943 wäre wahrscheinlich in Deutschland kaum bekannt geworden (Propaganda-Monopol der Nazis). Bei der Härte der damaligen Kämpfe hatten Front und Heimat hautnahe andere Sorgen. Außerdem wusste man (noch) nichts von Vernichtungslagern. Gerüchte gab es etliche, doch keiner konnte sie konkretisieren. So wäre wahrscheinlich ein solches Wort am Bewusstsein der damaligen Menschen in Deutschland vorbeigegangen. Zumal man sich eine solche perverse Grausamkeit einfach nicht vorstellen konnte.

„Hochgestellte“, die dem Regime ablehnend gegenüberstanden, waren wenige. Sie hätten die Botschaft gehört, sich bestätigt gefunden und höchstens im aller-vertraulichsten Kreise davon gesprochen. Die Masse des Volkes aber hätte gesagt: Der Papst fällt dem Führer und damit uns in den Rücken, die Kirche ist nun fällig. Die damals noch allgewaltige Propaganda von Goebbels hätte ein übriges getan.

So scheint es mir heute klug, sinnvoll und sehr hilfreich, wie dieser Papst Pius XII. gehandelt hat – auch wenn er schwieg. Zu welchen Exzessen Diktatoren auf der Verliererstraße, besonders, wenn sie weltweit angeprangert werden, fähig sind, haben wir seit 1945 wohl genug erlebt. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass der damalige Papst – und das beweisen auch seine, von vielen Zeitzeugen berichteten inneren Kämpfe – vom Geist Gottes geführt wurde.

Viele Generale, wenig Ehre

ECKHARD STUFF

„Hitlers militärische Elite“ ist starker Tobak. Denn eines macht die Lektüre des von Gerd Ueberschär herausgegebenen Buches *„Hitlers militärische Elite“* deutlich: Weit war es nicht her mit der Militärelite des Dritten Reiches. Weder in der politischen Gesamtverantwortung, die diese Herren in der Mehrheit ablehnten, noch in ihrem ureigenen Metier, der Kriegskunst. Und auch auf dem Feld der Ehre war es schwach bestellt mit vielen Generalen, ließen sie doch schon während des Röhmputsches die Ermordung ihrer eignen Kameraden von Schleicher und von Bredow ohne größere und vor allem nachwirkende Proteste vorübergehen.

Gerd Ueberschär ist seriöser Kenner der Materie, von 1976 bis 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg, anschließend Historiker und Archivar am Militärarchiv Freiburg. Der von ihm herausgegebene Band enthält 32 Kurzporträts von prominenten und weniger prominenten Generalen und Admiralen, die „ihre Haupttätigkeit in der Zeit nach der Machtübernahme Hitlers und in der Konsolidierungsphase des NS-Regimes bis zum Beginn des Krieges hatten“. Ein zweiter Band zur Militärelite mit Personen, die ihre Wirkungsmächtigkeit erst während des Krieges erlangten, ist geplant. Es ist – so Ueberschär – unvermeidlich, dass einige der im ersten Band beschriebenen Offiziere auch im Folgeband ihren Platz gehabt hätten, da sie noch bis 1945 in hohen Funktionen waren.

Die so gesammelten biographischen Skizzen sind – bei aller Unterschiedlichkeit auch in der Qualität – wichtige Beiträge zur Geschichte des höheren deutschen Offizierskorps. In der Gesamtheit ermöglichen sie eine Auseinandersetzung mit wichtigen Fragen: „Wer waren diese Angehörigen der Militärelite des Dritten Reiches? Wie gelangten sie in ihre Führungspositionen? Wie weit stellten sie sich in den Dienst des NS-Staa-

tes? Welches Pflichtgefühl und Fürsorgeempfinden für die ihnen anvertrauten Zehn- und sogar Hunderttausende deutscher Soldaten prägte sie?“

Über allem aber stellt sich immer wieder die Frage nach der politischen Gesamtverantwortung der Generale, die sich ethisch oder realpolitisch, etwa am „Bestand der Nation“, einem von Generaloberst Ludwig Beck 1938 benutzten Begriff, hätte orientieren können. Hierzu macht Peter Steinbach in seinem Schlusskapitel „Zwischen Gefolgschaft, Gehorsam und Widerstand“ sehr erhellende Ausführungen. So verweist er für die Befehlsverweigerung auf die bekannte Ermahnung von Prinz Friedrich Carl von Preußen gegenüber dem preußischen General von Yorck: „Seine Majestät hat Sie nicht deshalb zum Offizier gemacht, damit Sie einfach alle Befehle ausführen, sondern damit Sie auch wissen, wann Sie Befehle nicht ausführen müssen.“ Steinbach fährt fort: „Hier wird deutlich, dass keineswegs der Zusammenhang zwischen Befehl und Gehorsam das ethische Grundproblem des Soldaten darstellt, sondern vielmehr die exakte Markierung der Grenzen des Befehls als Voraussetzung der Verweigerung von Gehorsam. Gehorsam in diesem Sinne stellte allerdings nicht den Gegensatz zum Widerstand dar, sondern markierte eine höhere soldatische Verantwortung. Verweigerung des Gehorsams konnte sogar legitimiert sein, wenn sich herausstellte, dass die Nichtdurchführung eines Befehls militärisch angemessener war als der so genannte „Kadavergehorsam“.

Beide Dimensionen der Verweigerung, die ethische und die realpolitische, orientiert am Bestand der Nation, haben schließlich im Widerstand als Grundlage für das Handeln gedient. Allerdings haben sich nur wenige Generale dem Widerstand angeschlossen, wie Generaloberst Beck, der ein führender Kopf des Umsturzversuches wurde, und Generalfeldmarschall von

Witzleben. Die meisten Generale versagten (sich) aus Karrieregründen. So wurde der Widerstand schließlich von jüngeren Offizieren getragen.

Als interessante Erkenntnis – quasi nebenher – mag sich bei manchem Leser auch die Ahnung einstellen, dass es mit der Kriegskunst vieler Generale ebenfalls nicht stark entwickelt war. Denn die Mehrheit, so der Eindruck, bejahte den Krieg gegen die Sowjetunion. Damit wurde aber der verhängnisvolle militärische (!) Fehler eines kaum gewinnbaren Zweifrontenkrieges wiederholt.

Hier waren die Generale also auf einer Linie mit ihrem obersten Befehlshaber, auch sie wollten den Weltanschauungskrieg. So lautet ein zentraler Befund von Peter Steinbach: „Es ist unzweifelhaft: Die nationalsozialistische Führung verband diesen von ihr entfesselten Krieg, der sich als Kampf der Weltanschauungen darstellen sollte – und die höheren militärischen Führer waren daran beteiligt.“

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Mitverantwortung der Wehrmacht für den Massenmord an der jüdischen Bevölkerung in Osteuropa und bei anderen Kriegsverbrechen können sicher einzelne Wehrmachtsangehörige und auch Einheiten mit Recht sagen, von diesen Verbrechen nichts gewusst zu haben; die Generale können das nicht. Doch wo das Böse herrscht, wächst auch das Gute. So gibt es auch unter den Generalen der Wehrmacht vereinzelt Lichtgestalten, die bereit waren, die eigene Karriere, schließlich das eigene Leben, hintenanzustellen, als es um die politische und ethische Verantwortung des führenden Offiziers ging. Sie wählten „Ungnade, wo Gehorsam keine Ehre brachte“.

Das politische Buch

Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): *Hitlers militärische Elite. Band 1. Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn. Primus Verlag, Darmstadt 1998, 302 S.*

Ein Versuch, Gibraltar zu erobern

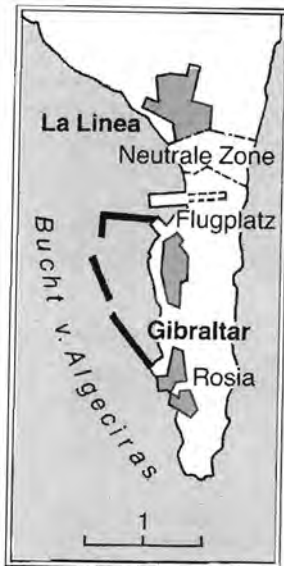
Unternehmen „Felix“

WOLFGANG ALTENDORF

Am 7. Dezember 1940 hielten der Kommandierende General des XXXIX. Armeekorps, v. Kübler und der Führer der gegen Gibraltar einzusetzenden Luftverbände, General Freiherr v. Richthofen, – in Gegenwart des Oberbefehlshabers des Heeres, Generalfeldmarschall von Reichenau, und weiterer Chefs – Hitler Vortrag über die taktische Durchführung des Angriffs gegen Gibraltar. Diese britische Festung im Süden Spaniens gegenüber Marokko galt als stärkste Bedrohung für nordafrikanische militärische Unternehmungen. Die Vorstellungen der beiden Generale liefen darauf hinaus, nach gründlicher Artillerie-Vorbereitung infanteristische Kräfte an die Nord-ecke Gibraltars heranarbeiten zu lassen, um den Nordgipfel zu ersteigen. „Mit der Wegnahme dieses beherrschenden Punktes“, so von Kübler, „ist die Hauptarbeit getan.“ Hitler war mit diesem Konzept einverstanden. Es firmierte wie sie jeweils solchen geplanten Unternehmungen gegeben wurden, unter dem Decknamen „Felix“.

Notwendig sei ein „Mitspielen“ spanischer Truppen, die in der Vorbereitung, so Hitler, durch getarnte Kräfte des Regiments Brandenburg verstärkt werden müssten. Mit v. Richthofen wurden außerdem die Zielwahl der Luftverbände und der Mineneinsatz erörtert, ohne dass es zu endgültigen Entschlüssen kam. Um Franco zum Kriegseintritt Spaniens zu veranlassen, fuhr Admiral Canaris nach Madrid. Seine Mission scheiterte. Franco verwies darauf, dass sein Land zum Krieg nicht vorbereitet sei. Die Schwierigkeiten lägen weniger auf militärischem als auf wirtschaftlichem Gebiet; „... es fehlt an Lebensmitteln und an allen anderen lebenswichtigen Dingen.“ Auch fürchtete Franco an Seiten der „Achsenmächte“ die Kanarischen Inseln und seine übrigen überseeischen Gebiete einzubüßen.

Diese Einschätzung (schwierige Versorgung der Bevölkerung), die von Hitler als „feiger Vorwand“



abgetan wurde, entsprach der spanischen Realität. Trockenheiten, wie sie fast jedes Jahr die spanische Landwirtschaft bedrohten, aber auch die durch den Krieg schwie-

lich die internationalen Vorteile, die Spanien durch seine Neutralität bereits gewonnen hatte als „Angelpunkt ebenso diplomatischer wie geheimdienstlicher Aktivitäten“, geben dieser Lagebeurteilung ihre in der Tat überzeugende Realität. Über eine mögliche Eroberung Gibraltars äußerte sich Hitler, beraten durch unmittelbar ihm delegierte Generale (gemäß Kriegstagebuch des OKW) wenig später folgendermaßen:

Zur Einleitung seien möglichst früh Luftangriffe besonders auf die im Hafen von Gibraltar liegende Flottenteile und die Hafenanlagen nötig. Man müsse dabei mit starker Flakabwehr rechnen, die ebenso wie die feindlichen Batterien schwer auszuschalten sei. Folglich würden die ersten Luftangriffe kaum Erfolge zeitigen. Daher müssten weiter Luftangriffe folgen, auch der Einsatz von Stukas (Sturzkampfbomber) über vier oder fünf Tage hinweg. Die Luftangriffe würden vielleicht bewirken, dass die englischen Kriegsschiffe den Gibraltarfelsen verließen. Sodann müssten die englischen Landbatterien niedergelassen werden, vor allem diejenigen, die nach Norden zu wirkten. Die geringe Ausdehnung des Gibraltarfelsens begünstige schweres Artillerie-Trommelfeuer, das bereits vor Beendigung des Aufmarsches (der Truppen zur Eroberung) einsetzen müsse. Wichtig auch, das flache Gelände nördlich

des Felsens durch Trommelfeuer völlig „umzuwühlen“, da es wahrscheinlich vermint sei. Nach Beendigung der Trommelfeuer würden nur noch die in den Kasematten befindlichen englischen Kräfte „zu erledigen“ sein. Zu ihrer Bekämpfung sollten nach Beginn des Infanterie-Angriffs schwerste Panzer eingesetzt werden, um schließlich durch Sprengungen größten Ausmaßes die Verteidiger aus den Kasematten zu vertreiben. Grundsatz müsse sein, möglichst viel Material einzusetzen, um Blut zu sparen. Zu prüfen sei noch, ob Munition auf dem Seeweg von Italien nach Malaga herangeführt werden könne. Der General der Artillerie beim Oberkommando des Heeres, Brand, der zur Besprechung hinzugezogen wurde, erläuterte, dass die Engländer auf Gibraltar über 98 Geschütze gegen Erdziele und 50 gegen Luftziele verfügten, wovon 14 nach Norden zu wirkende Kasemattengeschütze abzurechnen seien. Gegen diese Artillerie würden rund 210 schwere Geschütze eingesetzt werden, so dass die feindlichen zu den eigenen Geschützen im Verhältnis 1 zu 1,5 stünden. Außerdem sei noch die größere Wirkung des Einzelschusses der deutschen Geschütze und die schlechte Wirkungsmöglichkeit eines Teils der englischen Geschütze zu berücksichtigen. Zur Niederkämpfung der feindlichen Batterien seien 9.360 Schuss, zum Niederhalten während der Vorbereitungen zum eigentlichen Angriff 10.800 Schuss vorzusehen. Hitler hingegen sprach sich für „Trommelfeuer“ – wohl aus Erinnerung seiner Kriegsteilnahme im Ersten Weltkrieg – aus. Deshalb seien bedeutend größere Munitionsmengen von Nöten. Brand schlug weiter vor, dass 24 Stunden vor dem Angriff 6 Gassen von je 25 Meter zu schießen seien, wozu 16 Batterien mit insgesamt 6.000 Schuss nötig wären. Die Erkundung habe ergeben, dass 27 Kasematten mit Nordeingängen existierten, zu deren Bekämpfung 18 Geschütze eingesetzt werden müssten. Auf jede der Kasematten würden 100 Schuss kommen. An der Nordwestecke des Gibraltarfelsens befänden sich nach bisheriger Erkundung 9 Bunker, gegen die neun Mörser mit genügender Munition und Stellung in La Linea

vorzusehen seien. Weiteren 18 Geschützen würden Ziele auf der Nordmole zugewiesen.

Zur Vorbereitung des Infanterieangriffs sollten gegen das Flachland nördlich des Felsens je 2 Batterien auf 100 Meter Breite wirken: Diese Batterien würden die Infanterie auch bei weiterem Vorgehen unterstützen. Zur Bekämpfung sonstiger (für die Engländer „lebenswichtiger“) Ziele seien schließlich noch 11 Batterien

schwerstes Steilfeuer nötig. Die bisher in Ansatz gebrachte Munitionsmenge von 8.500 Tonnen müsse dazu noch um einiges erhöht werden. Hitler verlangte eine frühzeitige Abriegelung der Meeresenge von Gibraltar von beiden Seiten durch schwere Batterien und hielt die Abgabe einiger Batterien an die Spanier zur Küstenverteidigung westlich Gibaltars für notwendig. Diese müssten sogleich per Bahn bis

Barcelona und von da auf spanischen Kriegsschiffen an Ort und Stelle gebracht werden. Franco ließ sich auch in der Folge auf dieses von ihm offenbar weitaus realistischer eingeschätzte Unternehmen nicht ein. Gibraltar blieb „unerobert“. Das Abenteuer des so genannten „Afrikafeldzuges“ musste – trotz Rommel – an Gibraltar, dem unverseht gebliebenen Felsen mit seiner beherrschenden Stellung, logisch scheitern. □

Schein und Sein, Geschichte einer Begegnung

HANS BAHRIS

Mancher Kapitän griff schon zur Feder, um aus seinem Leben und von seinen Abenteuern zu berichten. Dadurch sind uns Bücher geschenkt worden, die sich eingepägt haben. Vor allem als junge Menschen nahmen wir lesend Erlebnisse aus zweiter Hand in uns auf. Unsere Sehnsucht nach Freiheit und Weite war so groß, dass uns ein hartes Seemannsleben nicht abschreckte, und ich schuf mir dazu in meiner Phantasie das Bild von jenem Kapitän, dem ich gern folgen wollte.

Von diesem Helden meiner Kinderjahre und seinen Büchern, die mich nicht losgelassen haben, schwärmte ich vor Jugendlichen, die meinen Worten lauschten.

Als wir davon hörten, dass dieser Kapitän in unserer Stadt einen Lichtbildervortrag halten sollte, waren wir dabei. Anfangs machte es uns nichts aus, dass wir gleich einer Anzahl anderer Leute vor der Tür des Saales auf Einlass warten mussten. Manche Gäste bestellten sich noch ein Bier, einen Kaffee in dem Lokal. Drinnen wurde offenbar immer noch gearbeitet, und die Zeit war bereits vorge-schritten. Erst als die Serviererin kassiert hatte, hastete ein Mann an uns vorbei. Er trug eine Nickelbrille auf der Nase und eine Kollegmappe unterm Arm. „Der Kapitän“ raunte mein Nebenmann, der ihn bereits kennen wollte.

„Der dort?“ staunte ich ungläubig. Aus meinem Herzen erhob sich das lange gepflegte Bild und empörte sich gegen diese Gestalt mit der Aktentasche. Der eilige

Mann forderte mit scharfer Stimme: „Bitte, betreten Sie noch nicht den Saal! Ich gebe Bescheid!“ Kein Gruß, keine Entschuldigung, kein Blick für die Wartenden. War das die noble Art „meines“ Kapitäns?

Nach einer Weile saßen wir dann in dem verdunkelten Raum. Vorn stand der Autor, auf der Leinwand las man ganz groß seinen Namen, dann die Titel der Bücher, die er bereits veröffentlicht hatte.

Der Erzähler neben der Bildfläche schien kein Gesicht mehr zu haben und seine Stimme keine Wärme. Dennoch wollte etwas von der verloren gegangenen Romantik aus Kindertagen schüchtern in mir aufstehen. Ich bemühte mich, sein unsympathisches Benehmen und auch diese kalte Stimme zu vergessen, meine Sehnsucht erblühen zu lassen. Für einige Augenblicke gelang mir das auch. Denn die Bilder auf der Leinwand imponierten. Aber dann brach der Erzähler ab, der Titel des Buches wurde wieder eingeblendet, das diese schönen Aufnahmen enthält. „Und viel Lesenswertes dazu. Es ist zwar nicht ganz billig, aber doch gewiss seinen Preis wert. Ein fabelhaftes Buch!“, sagte die knarrende Stimme.

Da fiel für mich der Zauber vollends ab. Ohne Anteilnahme betrachtete ich die folgenden Bilder. Das Eigenlob empfand ich als Zumutung, und ich spürte darin nicht nur die Arroganz des Autors, sondern auch, dass er es für unter seiner Würde hielt, uns auf seine Bücher aufmerksam machen zu müssen.

Der Vortrag war beendet. So rasch wie der Mann gekommen war, verließ er den Raum. „Ist er wirklich Kapitän?“, fragte mich ein junger Freund. „Ja!“, erwiderte ich. Denn so stand es auf dem Schutzumschlag seiner Bücher, die nun von einem Buchhändler, vom Autor bereits signiert, hier angeboten wurden. „Die Bilder waren ja gut“, meinte ein junger Freund, um auch etwas zu sagen.

Jetzt hatte ich das Gefühl, dass die Umstehenden mich mitleidig betrachteten. Was erzählte ich ihnen nur von dem Mann, der mich einst so begeisterte?

„Ich muss mich korrigieren“, sagte ich nun zu den Jugendlichen. „Noch einmal werde ich nicht einen Menschen allein danach beurteilen, wie phantastisch er zu schreiben versteht. Mir ist es inzwischen sehr wichtig, dass man dem Beispiel eines Autors folgen kann, seine Ehrlichkeit und Herzenswärme spürt nicht nur aus Druckerschwärze. Wenn ausschließlich mein Verstand vonnöten ist, um eine Situation zu erfassen, greife ich zum Sachbuch.“

„Das ist ja kalte Materie! - Langweilig!“ „Nur wenn du die Gesetze und Formeln nicht begreifst!“ „Auch Träume braucht der Mensch. Träumen kannst du davon nicht. Oder doch?“ „Ja, manchmal schon“, erwiderte ich, der ich nun ja bereits einige Jahre älter geworden bin.

„Doch niemand kommt ohne ein Vorbild aus, das atmet, dem es nachzueifern lohnt. Es muss ja nicht unbedingt ein Kapitän sein ...“, wurde ich belehrt. „Sein nautisches Können allein hätte mich nicht derart fesseln können. Die geschilderten menschlichen Qualitäten erfüllten so paßgenau meine Sehnsucht ...“, gestand ich. □

STICHWORT: RECHTFERTIGUNGSLEHRE

Was eigentlich ist Rechtfertigung?

Die Rechtfertigungslehre ist das Zentrum der reformatorischen Theologie und war einer der Hauptgründe für die Kirchenspaltung. Der Reformator Martin Luther widersprach der damaligen Lehre der römisch-katholischen Kirche, wonach Menschen durch Ablasszahlungen oder gute Taten ihre Sünden glauben tilgen zu können. Luther hingegen erklärte, die Menschen seien allein von der Gnade Gottes abhängig. Aus diesem Streit erwuchsen im 16. Jahrhundert gegenseitige Verurteilungen beider Kirchen, die die Spaltung noch vertieften.

In einem vom Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen nach jahrelangen Verhandlungen mit den Lutheranern erarbeiteten und inzwischen vom lutherischen Weltbund (LWB) angenommenen neuen Dokument „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ wird die Übereinstimmung in der Lehre bekräftigt, dass der Mensch Gott gegenüber in keiner Weise auf seine eigenen Bemühungen blicken kann. Damit sind die gegenteiligen Verurteilungen aufgehoben. Mit dem Dokument ist allerdings noch keine Kircheneinheit erreicht, Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft sind damit nicht gegeben.

GUIDO HORST

Dem Vorgang haftet etwas Schildbürgerhaftes an: Erst erarbeitet der Vatikan – in Gestalt des Päpstlichen Einheitsrats – gemeinsam mit dem lutherischen Weltbund eine bedeutsame Erklärung zu einer der ganz großen Kernfragen des christlichen Glaubens. Es geht um die von Gott gewirkte Erlösung des Menschen, um dessen Heil und dessen Mitwirkung am göttlichen Gnadenhandeln. Doch dann sieht sich der Vatikan – diesmal in Gestalt des Einheitsrats „in gemeinsamer Verständigung“ mit der römischen Glaubenskongregation – veranlasst, auch noch eine „Antwort der katholischen Kirche“ auf die Gemeinsame Erklärung der katholischen Kirche und der Lutheraner zu formulieren. In einer gewissen Weise antwortet die Kirche sich selbst.

Aber solche Verfahrensfragen sollten jetzt nicht im Vordergrund stehen. Die Art und Weise, wie sich das vatikanische Staatssekretariat und der Päpstliche Einheitsrat vor wenigen Jahren im Dialog mit den Orthodoxen in Russland aneinander rieben, war auch nicht schön. Aber selbst der Vatikan – wie die

katholische Kirche insgesamt – ist kein monolithischer Block. Auch hier gibt es unterschiedliche Zielsetzungen und Aufträge. Wichtig ist nur, dass am Ende Klarheit besteht – so weit dies zu einem gegebenen Zeitpunkt bereits möglich ist.

Im Fall der Gemeinsamen Erklärung hat die jüngste Stellungnahme aus Rom nun aber tatsächlich für Klarheit gesorgt. Es gibt viel Gemeinsames bei Katholiken und Lutheranern im Verständnis des Gnadenhandelns Gottes – wie auch Trennendes. So etwa die lutherische Vorstellung vom „Sündersein des Gerechtfertigten“, die von katholischer Seite durch die Auffassung ergänzt wird, dass die Taufe und die Zugehörigkeit zur Kirche, zum Leib Christi, den Menschen innerlich wandeln und zur Erneuerung und Heiligung führen.

Vor allem aber macht die jüngste Klarstellung des Vatikans einen Vorbehalt deutlich: Sie fragt nämlich nach der Verbindlichkeit der Entscheidung des lutherischen Weltbundes. Zwar habe die lutherische Seite durch die Befragung der Landessynoden einen weiten Konsens erreicht, aber es bleibe

„die Frage der tatsächlichen Autorität eines solchen synodalen Konsenses, heute und auch in Zukunft“. Seit der Abspaltung von Rom haben die protestantischen Gemeinschaften die Tendenz, sich beständig zu vermehren. Wie geht es weiter „im Leben und in der Lehre der lutherischen Gemeinschaft“? Welche Bedeutung hat die Gemeinsame Erklärung etwa für jene Lutheraner in Deutschland, die sich in nicht geringer Zahl und äußerst vehement gegen das Dokument gewandt haben?

Und ein weiteres ist in den vergangenen Wochen deutlich geworden. Wer immer im Kreis von Kollegen, Freunden oder Bekannten die aktuelle Debatte von Katholiken und Lutheranern um die Rechtfertigungslehre angesprochen hat, wird sehr oft fragende Blicke oder ein Lächeln als Antwort erhalten haben. Die Frage der Rechtfertigung berührt den Kern des christlichen Heilsgeheimnisses der von Jesus Christus bewirkten Erlösung des Menschen. Um so erschreckender ist es, dass nur noch Fachleute mitreden können, wenn es um die Rechtfertigung geht: Dass Christus uns vor zweitausend Jahren tatsächlich das Heil gebracht hat, und zwar für jeden Getauften, auch wenn er heute oder in zweitausend Jahren lebt, ist zu einer frommen Mär verkommen – oder zum Geheimwissen einiger konservativer Theologen. Die kirchliche Verkündigung selbst hat aus dem Menschensohn ein nettes Vorbild gemacht, nach dem man sich – aus eigenen Kräften heraus – richten soll. Die „Sache Jesu“ wurde ein ethisches Projekt. Pelagius lässt grüßen. Oder besser gesagt: Es ist wirklich wieder Zeit für einen Luther, aber diesmal für einen katholischen.

(aus: DT vom 27.06.1998)

93. DEUTSCHER KATHOLIKENTAG MAINZ



Bundespräsident Herzog für Verbleib der Kirche im staatlichen Beratungssystem

Für einen Verbleib der katholischen Kirche im staatlichen Beratungssystem hat sich Bundespräsident Roman Herzog ausgesprochen. Bei einer Festveranstaltung des Deutschen Katholikentags sagte er am Donnerstag, dem 11. Juni 1998, in der Frankfurter Paulskirche, ein „kompromissloser Rigorismus“ in dieser Frage sei theoretisch durchaus nachvollziehbar, würde aber „faktisch weniger Lebensschutz mit sich bringen als bisher“. Herzog würdigte den Einsatz der Kirchen zur ethischen Orientierung und zur Gewissensbildung, insbesondere ihren Einsatz für das ungeborene Leben. Die Katholikentage und die sie tragenden Laienverbände hätten eine wichtige Funktion für die westdeutsche Demokratie wie für die Einheit Deutschlands in Zeiten der Trennung gehabt, unterstrich Herzog. Von Anfang an sei es der Anspruch auf Öffentlichkeit, auf politische Einmischung und gesellschaftliche Auseinandersetzung gewesen, der das Wesen des Katholikentags auch heute noch kennzeichne. Katholikentage bekundeten ebenso wie Kirchentage Religion als eine öffentliche Angelegenheit, und seien damit „Kontrapunkt zu der These, Religion sei Privatsache“.

Die „selbstverständliche Einbindung der Katholiken in das deutsche Gemeinwesen“ gestalte sich heute für beide Seiten fruchtbar, hob Herzog hervor. Beispiele hierfür seien das diakonische Engagement der Kirchen, vom Religionsunterricht über die kirchliche

Jugendarbeit bis hin zu entwicklungspolitischen Aktivitäten. Herzog bekannte sich dabei auch ausdrücklich zu dem bestehenden Staat-Kirche-Verhältnis, mahnte aber: da Staat und Kirche beide historische Größen seien, werde es „immer Ungewissheiten und Unschärfen geben, Übergänge, nicht ganz deutlich abgrenzbare Bereiche. Das sollten wir nicht in „falscher deutscher – oder auch römischer – Gründlichkeit aufzuheben versuchen“. Der Kirche kommt es nach Auffassung von Herzog vor allem zu, den Menschen mit der „Vertikalen, mit der ‘ganz anderen’ Perspektive“ zu konfrontieren. Gleichzeitig sollte sie daran erinnern, dass es sich bei vielem, was die aktuellen Auseinandersetzungen bestimme, nur um „Vorletztet“ handele. Der Bundespräsident wörtlich: „Eine Kirche, die die Orientierungslosigkeit der Gesellschaft nur noch einmal verdoppelt, hätte sich selber überflüssig gemacht“.

Weiter hob Herzog den öffentlichen, auch politischen Anspruch der Kirchen sowie ihren Beitrag zur Diskussion um einen verbindlichen Wertekonsens in der Gesellschaft hervor: „Gerade weil der Wertekonsens im Wandel begriffen ist, brauchen wir den öffentlichen Disput darüber. Mit einem Privatfernsehen kann man leben – mit einer privaten Spartenethik, die nur noch kleine und kleinste Milieus verpflichtet, auf Dauer sicher nicht.“ Ausdrücklich sprach sich der Bundespräsident für die Beibehaltung des Religionsunterrichts aus. „Der moderne, weltanschaulich neutrale Staat ist ein Nutznießer der Werte und Orientierungen, die unter anderem auch die religiöse Tradition bereitstellt“, so der Bundespräsident. Schließlich lobte der Bundespräsident auch das Engagement der Kirchen für weltweite Gerechtigkeit. Die kirchliche Entwicklungsarbeit sei „immer mehr auch zum Modell staatlicher Entwicklungspolitik geworden“, so das Staatsoberhaupt.

Religion als öffentliche Angelegenheit

Festveranstaltung „150 Jahre Deutscher Katholikentag“ in der Frankfurter Paulskirche

(Auszüge aus der Rede des Bundespräsidenten in DOKUMENTATION, S. 79)

Hans Maier: 1848 – Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit

Den Beitrag zur deutschen Freiheitsgeschichte und zur demokratischen Kultur in Deutschland, den die Abgeordneten der Paulskirche, aber auch die Teilnehmer des ersten Deutschen Katholikentags geleistet haben, würdigte auch der frühere ZdK-Präsident, Professor Hans Maier, indem er die Bedeutung des turbulenten, des „tollen Jahr“ 1848, in der Geschichte der deutschen Katholiken skizzierte. In diesem Jahr, in dem sich erstmals katholische Gruppen aus allen Teilen des Deutschen Bundes zu größeren Aktionseinheiten zusammengeschlossen hatten, in das auch die Initiativen und Anläufe zu einem engeren politischen Zusammenschluss der Katholiken fielen, sei das entstanden, was man bald als Katholizismus bezeichnet hat: „‘die religiöse, soziale, später auch politische Sammlung der Katholiken in der Öffentlichkeit’; ein Katholizismus, der sich entschlossen in die Gegenwart stellte, der als „Kirchen- wie als Laienbewegung agierte“, nationale wie auch internationale Züge trug.

Gleichzeitig erinnerte Maier daran, dass 1848 nicht nur das Jahr des ersten Katholikentags in Mainz war, sondern auch das der ersten Bischofsversammlung in Würzburg: Mit diesen Versammlungen hätten Laien und Bischöfe die öffentlichen Repräsentation der katholischen Kirche wieder hergestellt, „die in den Staaten des Deutschen Bundes von Anfang an durch staatliches Aufsichtsrecht gefesselt und durch territoriale Abgrenzungen zerstückelt worden war.“ Zwei Aufgaben hätten die Katholiken im Jahr 1848 zu bewältigen gehabt: Den auch unter den Katholiken von kontroversen Vorstellungen geprägten Kampf für die Freiheit der Kirche, ihre Unab-

hängigkeit von staatlicher Bevormundung. Auf der anderen Seite hätten Katholiken wie Protestanten die Aufgabe gehabt, aus mehr als 40 Staaten eine geeinte Nation zu schaffen, die künftige Form des Zusammenlebens zu bestimmen, sowohl was die territoriale Grenzen als auch was die innere Struktur, die Regierungsweise des künftigen deutschen Staates betreffe. Bezüglich einer Bewertung des Erfolgs und Misserfolgs des Jahres 1848 gab Maier zu bedenken: Unmittelbare Erfolge habe die Paulskirche nicht gehabt, denn nicht zuletzt habe ihr die jakobinische Entschlossenheit zur Gestaltung der Zukunft durch Gewalt gefehlt. Dennoch hätten die Abgeordneten der Paulskirche doch etwas geahnt von den längerfristigen Prioritäten der Politik. Mögen sie auch den „Machtstaat“ vernachlässigt haben, den Rechtsstaat hätten sie dafür umso mehr im Blick gehabt: Von dem was die Paulskirche schuf, sind gerade die Grundrechte am lebendigsten geblieben.

Hans Joachim Meyer: Nachdrückliches Bekenntnis zur Demokratie in Deutschland

Der Katholikentag sei an den Ort der ersten Deutschen Nationalversammlung gekommen, „um sich nachdrücklich zur Demokratie in Deutschland zu bekennen“, betonte ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer in seinem Eröffnungswort. Nach „verhängnisvollen Irrwegen“ sei die freiheitliche Demokratie heute in Deutschland „fest begründet“. Unter Hinweis auf die

Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49 von Veit Valentin bezeichnete er Mainz als „die Geburtsstadt der katholischen Demokratie“. Das Thema der Festveranstaltung „Auf dem Weg zur Demokratie“ sei ein Bekenntnis im doppelten Sinn, sagte Meyer: „Es bedeutet ein Bekenntnis zur Demokratie, die auf Freiheit gründet und darum weiß, dass sie der Wertüberzeugung ihrer Bürgerinnen und Bürger bedarf, ja, dass sie von jenen Überzeugungen lebt, die sich der Würde der Freiheit des Menschen verpflichtet wissen. Für uns Katholiken ist dies unser christlicher Glaube“, so der Präsident des ZdK. Die Katholiken hätten, wie viele andere Deutsche, erst durch die Härte der geschichtlichen Erfahrung erkennen müssen, „dass Staat und Gesellschaft insgesamt unter dem Gesetz der Freiheit stehen müssen.“ Meyer betonte, dass sich der Deutsche Katholikentag der nationalsozialistischen Macht verweigert habe. Meyer wörtlich: „Wie groß auch immer Schuld und Versagen von den Herausforderungen der Geschichte gewesen sein mögen: Die Mehrheit der katholischen Christen in Deutschland hat sich in diesen 150 Jahren der rechtsextremistischen und der linksextremistischen Versuchung versagt.“ Es gehöre zum rechten Erinnern an das Freiheitsjahr von 1848, dafür zu sorgen, dass dies so bleibe. „Die deutschen Katholiken werden an der freiheitlichen Demokratie dieser Republik festhalten“, so der ZdK-Präsident. Ausdrücklich hob Meyer in einem Grußwort an den Apostolischen Nuntius in Deutsch-

land, Erzbischof Lajolo, die „Verbundenheit der deutschen Katholiken mit dem Papst“ hervor.

Bischof Lehmann: Ethische Orientierung ein wichtiger Auftrag der Kirche

Die katholischen Christen gehörten nach Worten des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, zu den „Gewinnern“ der Paulskirchenversammlung von 1848. Er verwies auf die weitreichenden Impulse, die von der damaligen Nationalversammlung auf den ersten Deutschen Katholikentag ausgingen und betonte: „Es war ein unglaublicher Aufbruch, mit dem die katholischen Laien aus der Defensivhaltung heraus sich in die Reihe des Kampfes um liberale Freiheits- und demokratische Gleichheitsrechte stellten“, betonte Lehmann und verwies auf die 1.142 Petitionen mit über 273.000 Unterschriften, die für die Freiheitsrechte der Kirche an die Paulskirche gegangen seien. Lehmann bezeichnete die Festveranstaltung als „Sternstunde“ und betonte, dass damals der moderne Verfassungsstaat mehr und mehr von den katholischen Laien unterstützt wurde. Zum heutigen Staat-Kirche-Verhältnis erklärte der Bischof, der moderne Staat sei auf ein Ethos angewiesen, „das er selbst nicht erzeugen oder verordnen kann“. Die ethische Orientierung sei jedoch ein wichtiger Auftrag der Kirche im Blick auf den Staat und ein solidarischer, aufrichtiger Dienst am Gemeinwesen. (ZdK)



(Fotos: F. Bröckmeier)

Soldaten auf dem Katholikentag in Mainz:

Empfang im Hof des Landtages am Soldatentag (l.) und mit der GKS-Fahne bei der Fronleichnamsprozession (r.)

„Eine Erfolgsgeschichte“

Bundespräsident würdigt „150 Jahre deutscher Katholikentag“

In der Geschichte der katholischen Kirche sind 150 Jahre keine lange Zeit; angesichts der Lebensdauer mancher deutscher Staatsgebilde allerdings wohl. So kann ich zunächst einmal nur gratulieren: 150 Jahre deutscher Katholikentag – das ist eine Erfolgsgeschichte. Aus kleinen Anfängen, erschüttert durch manche Gegenbewegung im Inneren wie im Äußeren, ist schließlich erreicht worden, dass die deutschen Katholiken, repräsentiert nicht nur durch die Hierarchie, sondern auch durch ihre Verbände, selbstverständlicher Teil des deutschen Gemeinwesens geworden sind. (...)

Was ich vom kirchlichen Engagement erwarte – und zwar nicht nur als Person, sondern dezidiert von meinem Amt her – ist, um es vorsichtig zu sagen, die Konfrontation der Menschen mit einer Vertikalen, mit der „ganz anderen“ Perspektive. Zu vieles, was Staat und Gesellschaft heute bewegt, macht den Eindruck, es gehe um Allerletztes und Allerwichtigstes. Die Kirchen aber sollten daran erinnern, dass viele unserer Debatten sich – im besten Falle – um Vorletztes drehen. Das scheint mir die Aufgabe der Kirche zu sein, die heute am notwendigsten ist.

In diesem Raum hier ist es angezeigt, sodann daran zu erinnern, dass die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik nach dem Kriege auch den katholischen Verbänden, namentlich dem Sozialkatholizismus zu danken ist. Da war einmal der bewusste Verzicht auf die Reanimation einer katholischen Partei, also des Zentrums. Da waren zum anderen das Ja zur Einheitsgewerkschaft und die klaren Forderungen nach Mitbestimmung und Arbeiterschaft, wie sie etwa auf dem Bochumer Katholikentag formuliert worden sind. Und da finden sich deutliche Spuren der katholischen Soziallehre in unserer Verfassung und im System der sozialen Marktwirtschaft.

Die Laienverbände erwiesen sich als wesentliche und verlässliche Stützen der jungen westdeutschen Demokratie und verankerten ihre Ideen fest in ihrer jeweiligen Mitgliederschaft. (...) Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Zustimmung zur Demokratie kaum irgendwo größer als im organisierten Laienkatholizismus. Ein Zeichen dafür ist auch, dass überzeugte Katholiken inzwischen in allen Parteien engagiert sind.

Und: In der DDR war die katholische Kirche zwar eine Minderheit. Umso höher ist aber das Engagement zu schätzen, mit dem sie dort ihre fundamentalen Werte verteidigte. Dass heute einer der Ihren dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken als Präsident vorsteht, ist für mich ein untrügliches Zeichen für die Wertschätzung der unbeugsamen und tapferen Arbeit unter der Diktatur und für die Bereitschaft, von den sehr anderen Erfahrungen dort zu lernen.

Auf den Katholikentagen wollen die Katholiken sich nicht gegenseitig feiern, sondern der Gesellschaft in aller Offenheit vorstellen, wofür sie stehen und sich einsetzen. Jeder einzelne Katholikentag – natürlich auch jeder evangelische Kirchentag – ist ipso facto ein Kontrapunkt zu der These, Religion sei Privatsache. Katholiken- und Kirchentage bekunden Religion als eine öffentliche Angelegenheit.

Damit stehen sie übrigens im Widerspruch zu einem seltsamen Phänomen, das sich heutzutage immer mehr beobachten lässt: Auf der einen Seite werden die privatesten und intimsten Dinge öffentlich gemacht, ich denke zum Beispiel an die Produkte mancher Medien. Auf der anderen Seite werden entscheidende, für die Gesellschaft hochrelevante Angelegenheiten ins rein Private abgedrängt. Wertentscheidungen, Wertsetzungen, Lebensorientierung, Überzeugungen werden zu Privatange-

legenheiten, die öffentlichem Streit weitgehend entzogen sein sollen. Sogar die Fragen nach Anfang und Ende des Lebens sollen, verbreiteten Meinungen nach, allein Sache der persönlichen Entscheidung sein.

Mir macht eine solche Entwicklung Sorgen. Es ist zwar richtig, dass die persönliche Freiheit als hoher Wert allgemein anerkannt wird. Aber auf der anderen Seite kann die Gesellschaft auf Dauer nicht ohne einen verbindlichen – und das heißt ja: ihre Mitglieder verbindenden – Wertekonsens existieren. Ein solcher Konsens steht nie ein für alle Mal fest. Aber gerade, weil er im Wandel begriffen ist, brauchen wir den öffentlichen Disput darüber. (...)

Auch der karitative und diakonische Einsatz der Kirchen und der kirchlichen Verbände ist kein bloß privater Reparaturdienst. So sehr dieser Dienst inzwischen von Management und vom Pragmatismus mitgeprägt wird – es muss doch deutlich bleiben, dass hier vor aller Welt ein bestimmtes Bild vom Menschen und seinem Auftrag vermittelt wird. Mit ihrem sozialen Engagement stellen die Kirchen eine ständige, auch öffentliche und politische Aufforderung dar: nämlich die Schwachen, die Kranken, die Wettbewerbsverlierer nicht aus den Augen zu verlieren. Alle verbalen Appelle, alle noch so klugen Sozialworte der Kirchen gewinnen ihre Überzeugungskraft erst aus dem tätigen Einsatz und nicht, weil sie höhere Einsichten in die politische Wahrheit hätten.

Ein anderes Feld, auf dem die Kirchen gleichzeitig zur ethischen Orientierung und zur Gewissensbildung beitragen, ist der Einsatz für das ungeborene Leben. Die klare und eindeutige Position der Kirchen zur Frage des ungeborenen Lebens, die ja keineswegs eine beliebige Privatmeinung darstellt, ist ein notwendiges Korrektiv zu gegenläufigen gesellschaftlichen Strömungen. Wenn die Kirchen daran erinnern, dass Straffreiheit kein Recht auf Abtreibung bedeutet, wenn sie unzweideutig darlegen, dass menschliches Leben grundsätzlich nicht disponibel ist, dann sprechen sie nicht nur für

sich selbst, sondern sie verteidigen die humanen Grundlagen der Gesellschaft, so wie sie diese Grundlagen sehen.

Der von Gesetz und Verfassungsgericht gesetzte Rahmen bringt die Kirche in der Beratungsfrage immer wieder in Schwierigkeiten. Mit großem Respekt verfolge ich deshalb das ernste Ringen, in dem die Kirche ihre Position angesichts der gegebenen Gesetzeslage sucht. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch meiner persönlichen Hochachtung Ausdruck geben für die unermüdliche und vorbildliche Integrationsleistung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz. Gerade weil die grundsätzliche Position der Kirche so klar und gleichzeitig so unverzichtbar ist, wünsche ich mir – und zwar auch hier nicht nur als Person, sondern als Bundespräsident –, dass sie ihrer

wertvollen Aufgabe innerhalb des staatlichen Beratungssystems weiterhin nachgehen kann. Es wird hier nach aller menschlichen Erfahrung keine ideale, sondern nur eine bestmögliche Lösung geben. Doch kompromissloser Rigorismus, der mir theoretisch als durchaus nachvollziehbar erscheint, würde faktisch weniger Lebensschutz mit sich bringen als bisher.

Ein anderes Feld, in dem die Kirche in öffentlicher Verantwortung steht, ist der Religionsunterricht an den Schulen. Dieser staatliche Religionsunterricht hat primär nichts mit einem Missionsauftrag der Kirchen zu tun. Er hat vielmehr damit zu tun, dass dieser Staat selber keine Ideologie oder Weltanschauung produziert. Das ist gut so. Von staatlich monopolisierter Weltanschauung haben wir in diesem Jahrhundert wahrhaftig

genug gehabt. Auf der andern Seite aber ist der moderne, weltanschaulich neutrale Staat ein Nutznießer der Werte und Orientierungen, die unter anderem auch die religiöse Tradition bereitstellt.

Ein zentraler Punkt der öffentlichen kirchlichen Einmischung wird immer das Thema der Gerechtigkeit sein. (...) Auch hier wird die Kirche wissen, dass sie nicht in jeder Einzelfrage die absolute Wahrheit gepachtet hat. Wenn sie ehrlich ist, wird sie sogar zugeben, dass auch das Evangelium auf die sehr konkreten Fragen der Gegenwart keine direkte Antwort gibt. Trotzdem, ja gerade deshalb ist die Stimme der Kirche hier unverzichtbar. Die Politik wird ihr nicht immer folgen können, aber sie schadet sich selbst, wenn sie nicht wenigstens aufmerksam zuhört und mitdenkt. (...)

(KNA 13.06.1998)

Männer gehen in sich

Erstes Männerzentrum eines Katholikentages findet guten Zulauf

ALEXANDRA RINGENDAHL (KNA-Korr.)

„Halt. Hier geht es für Sie leider nicht weiter.“ Im Männerzentrum nimmt Mann es ganz genau. Die einzig frauenfreie Zone des Katholikentages in Mainz wird eisern verteidigt. Notfalls mit deutlichen Worten und energischen Gesten. Wenn Frau aber dachte, hier endlich zu erfahren, was Mann so über Sex denkt: Fehlanzeige. „Männer wollen hier unter sich sein. Wenn Frauen dabei sind, geben sie sich einfach anders, verschlossener, weniger unbefangen“, erklärt Rudolf Josef Grüssinger, Mitorganisator des Zentrums. Über die wirklich heiklen Themen des Männerlebens zu sprechen, das gehe nur im geschützten Raum. Geschützter Raum ist passenderweise das Willigis-Gymnasium, in dem Jungen zwölf Monate im Jahr unter sich sind. Rund 300 Männer pilgern an diesem Freitagnachmittag den Hügel hinauf, folgen der Botschaft „Hier sind Männer unter sich“, die ein Plakat überdimensional verheißt. Manchen auf der Straße scheint das Interesse zu übertra-

schen. Ein typischer Kommentar von Passanten zeigt das. Sie: „Hey klasse, da ist dieses Männerzentrum.“ Er: „So ein Betroffenheitsquatsch.“

Dazu passt, dass die Idee des erstmals auf einem Katholikentag eingerichteten Männerzentrums von Frauen kam. „Die haben uns gefragt, ob wir nicht als Gegenstück zum Frauenzentrum ein entsprechendes Angebot für Männer einrichten wollen“, erzählt Grüssinger. Nun seien alle gespannt, wie das Experiment ausgehen werde. In den frauenfreien Workshops werden im kleinen Kreis unter fachlicher Anleitung heiße Eisen angepackt: „Männer weinen heimlich“ etwa, „Gewalt als Ausdruck von Männlichkeit“ oder „Ein guter Vater sein“. Und natürlich „Männer und Sexualität“. Manche Zeile wirkt wie Herbert-Grönemeyer-Prosa im Volkshochschulformat. Gegenüber den fast durchweg weiblichen Journalisten gibt Mann sich zugeknöpft bei der Frage, welchen Workshop

er denn besuchen werde. „Da habe ich mich noch nicht entschieden“, lautet die Standardantwort. Stefan Schückler aus Goch hat „Männer und Kirche“ gewählt. Und eine Gruppe rüstiger Endsechziger aus Ingelheim will nicht mehr so einfach hinnehmen, dass 90 Prozent des Pfarrgemeinderates mittlerweile Frauen sind, und will darum mal über ihre Rolle als Mann nachdenken. In welchem Workshop, lassen sie offen.

„Das ist absolut typisch“, erklärt Hubert Frank, Männerseelsorger und Leiter der Männerarbeit im Bistum Mainz. „Bloß nicht festlegen, erst mal rantasten.“ Die Schwellenangst, offen über die eigenen Probleme in Ehe, Job und Glauben zu reden, sei enorm hoch, so der Workshopleiter. Weil Schwäche eben nicht ins aktive Macher-Image passe. Das fange schon bei der Religion an. „Es ist absolut unmännlich, öffentlich zu bekunden, dass man an jemanden glaubt, der größer ist als man selbst“, erklärt Frank. In Chefetagen dürfe Mann das nicht zugeben, weil er sonst das Image eines Weicheis weghabe, das nicht





hart verhandeln könne. „Genauso ist das bei uns auch“, bestätigt Teilnehmer Schückler. Frank zum Konzept des Männerzentrums: Kirche schaffe hier Freiräume zum Reden und verschaffe so Männern das Aha-Erlebnis, dass es anderen genauso ergeht wie ihnen. Meist wecken erst Krisen wie das Scheitern der Ehe, der Verlust des Kontakts zu den Kindern oder ein Überflügeltwerden im Job das Gefühl, irgendetwas an sich ändern zu müssen. Über den persönlichen Knacks zu sprechen, gehe eben nur geschützt ohne Frauen. Und generell gilt als oberste Regel der Workshops: Auslachen verboten.

„In Bezug auf Sexualität“ weiß Frank, „halten sich alle Männer für Obertrötel. Und im Job haben sie Angst, überflügelt zu werden, schlimmstenfalls noch von einer Frau.“ Versagensängste, die Befürchtung, bei einem Teilzeitjob

als Familienheini zu gelten. Es koste unheimlich viel Kraft, sich vom inneren Bild des ganzen Kerls und Supermannes zu lösen. So suchen die Herren der Schöpfung zwischen 20 und 70 nach „Zeichen der Hoffnung“, lauschen gebannt den Worten des Benediktiners Anselm Grün, der zum Thema „Männliche Spiritualität im Alltag“ spricht. Hoffen gespannt auf die Impulse des Wiener Pastoraltheologen Paul Michael Zulehner. „Unterwegs zum neuen Mann“ heißt sein Vortragsthema. Wie der aussieht, davon scheinen die wenigsten hier eine konkrete Vorstellung zu haben. Grüssinger: „Soviel ist klar: Mich totschaffen und dann Herzinfarkt – die Art von Mannsein reicht mir einfach nicht.“ Zumal, ergänzt Mitstreiter Frank ganz männlich, Herzinfarkte volkswirtschaftlich sowieso nicht mehr verantwortbar seien. □



Das Verhältnis von Mann und Arbeit

Männer sind bei ihrer Identitätsfindung zu stark auf die Erwerbsarbeit fixiert und dadurch nicht flexibel genug, um auf die aktuellen Veränderungen im Zusammenhang mit Erwerbsarbeit und Familie zu reagieren. Mit dieser These stimmte der Frankfurter Journalist und Diplompädagoge Dieter Schnack die Teilnehmer der Podiumsdiskussion „Hauptsache Arbeit – Männer zwischen Beruf und Familie“ im Männerzentrum am Freitagmorgen ein. Zwei Schwerpunkte bestimmten das Gespräch: zum einen die Frage, wie das Verhältnis der Männer zur Arbeit generell zu fassen sei, zum anderen die aktuellen Probleme am Arbeitsmarkt.

Herman Kues, Bundestagsabgeordneter und Mitglied des ZdK, betonte, dass die gegenwärtigen Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt nur durch strukturelle Veränderungen gelöst werden könnten und nicht durch Geld. Dazu sei allerdings eine Veränderung der Grundeinstellung der Menschen zur Arbeit notwendig. Kues kritisierte, dass die Diskussion in der Öffentlichkeit immer nur um die Erwerbsarbeit kreise, der Begriff Arbeit aber viel weiter zu fassen sei. Es müssten daher auch Bereiche wie der häusliche Pflegedienst

und Familienarbeit in die Diskussion miteinbezogen werden.

Kritisiert wurde von Seiten des Publikums, dass bestimmte Firmen zugunsten hoher Dividenden für die Aktionäre innerhalb der Betriebe die Mitarbeiter nahezu „kaputtschaffen“ würden. Diesen Vorwurf wehrte Cornelius-Georg Fetsch, Vertreter des Bundes katholischer Unternehmer, mit dem Hinweis ab, man müsse die Gewinne der Unternehmen stets im Verhältnis zum Umsatz und dem eingesetzten Risiko sehen. Fetsch plädierte gleichzeitig dafür, Arbeitnehmer stärker an den Gewinnen der Unternehmen zu beteiligen. Dieter Schnack forderte in diesem Zusammenhang, dass in den Unternehmen eine „männliche Kultur“ forciert werden müsse. So blieben Männer bei Krankheit eines Kindes nicht zu Hause, weil in den Betrieben dafür keine Akzeptanz bestehe.

Einig waren sich alle Teilnehmer mit Schnack, dass die „Kultur des männlichen Funktionierens“ nicht mehr länger unreflektiert hingenommen werden dürfe. Hier sei ein großes unbearbeitetes Feld für die Männerarbeit in den kirchlichen Gruppen und Verbänden.

(PrSt KTag)

KURZ NOTIERT

250.000 Kindersoldaten weltweit

Rund 250.000 Kindersoldaten beteiligen sich derzeit nach Informationen der Bundesregierung weltweit an bewaffneten Konflikten. In Afrika sei ihre Zahl besonders hoch, heißt es in einer am 13. August in Bonn veröffentlichten Antwort der Regierung auf eine SPD-Anfrage. In Afghanistan sei ihr Anteil an den bewaffneten Gruppen nach Schätzungen der Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren von 30 auf 45 Prozent gestiegen.

Bewaffnete Jungen und Mädchen würden häufiger in innerstaatlichen Konflikten als in zwischenstaatlichen Kriegen eingesetzt, erklärte die Regierung unter Berufung auf Nichtregierungsorganisationen. Sie würden zudem öfter von nicht-staatlichen Kampfeinheiten als von regulärem Militär rekrutiert. Hilfen für die Wiedereingliederung der Jungen und Mädchen seien sehr aufwendig und müssten über einen langen Zeitraum erfolgen, heißt es.

Unicef beklagt Rekrutierung von Kindersoldaten im Kongo

Zeitgleich hat die Direktorin des UNO-Kinderhilfswerks (Unicef), Carol Bellamy, die Rekrutierung von Kindern durch die kongolesische Armee und Rebellenverbände der Banyamulenge im Osten des Landes scharf verurteilt. In den vergangenen Wochen seien von beiden Parteien Hunderte von Kindern, die zum Teil nur zwölf Jahre alt seien, in die Kampfverbände aufgenommen worden, heißt es in einer in Genf veröffentlichten Erklärung. Unicef sei insbesondere über das Schicksal von 400 bis 500 Kindern besorgt, die schon einmal rekrutiert worden waren, dann aber an einem Reintegrationsprogramm des Hilfswerks teilgenommen hätten, heißt es in dem Schreiben. Die Kämpfe gefährdeten außerdem eine landesweite Unicef-Impfkampagne gegen die Kinderlähmung, beklagte Bellamy. Dies sei um so fataler, als das Land die meisten Polio-Fälle weltweit verzeichne.

„KIRCHE UNTER SOLDATEN“ AUF DEM KATHOLIKENTAG

Seelsorge an Grenzen und Zeugnis unserer Hoffnung an vielen Orten

Unter dem Thema: „*Seelsorge an Grenzen und Zeugnis unserer Hoffnung an vielen Orten*“ präsentierte sich die Katholische Militärseelsorge auf der Kirchenmeile des Katholikentages in Mainz. Die Militärseelsorger diskutierten mit den interessierten Besuchern über ihre konkreten Aufgaben in der Militärseelsorge. Grenzsituationen, mit denen die Pfarrer konfrontiert werden, sind nicht zuletzt bedingt durch die Umstrukturierung der Bundeswehr und ihr erweitertes Aufgabenspektrum: Militärpfarrer begleiten seelsorglich die Soldaten beim Einsatz der Bundeswehr im Rahmen friedensschaffender und friedenserhaltender Maßnahmen. Sie nehmen Anteil an den Sorgen, Nöten und Konflikten der Soldaten, die ein solcher Einsatz mit sich bringen kann. Auch den in den Heimat zurückbleibenden Familien und Angehörigen gilt die besondere pastorale Zuwendung der Standortpfarrer, wie die Gespräche am Katholikentagsstand verdeutlichten.

Immer mehr werden Militärgeistliche mit Soldaten ohne Konfession konfrontiert. Wo Menschen Beratung, einfach ein Gespräch suchen, um sich über ihr Leben klar zu werden, fragen die Seelsorger nicht nach Taufschein oder Weltanschauungen. Sie können nicht erwarten, dass Menschen mit einer atheistischen Bio-

graphie die Schwelle zur Kirche überwinden. Sie können aber selbst zeigen, wie man sie überschreitet. Jedoch bestätigten die Pfarrer den Zeltbesuchern einen positiven Trend: gerade junge Soldaten suchen wieder verstärkt nach echter religiöser Erfahrung und sind bereit sich auf Formen des christlichen Glaubens einzulassen.

Tag der Militärseelsorge

Höhepunkt der Militärseelsorge im Rahmen des Katholikentages war der Soldatengottesdienst am Freitag, 12. Juni, in der überfüllten Kirche St. Peter. Der Pfarrer der Gemeinde wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass in dieser Kirche der Mainzer Bischof Ketteler (1850–77) seine Predigt zu brennenden sozialen Fragen gehalten hatte. Auch sei St. Peter von 1818 bis zum Jahr 1942 Garnisonskirche der in Mainz stationierten Truppen gewesen.

700 Gläubige feierten mit dem Militärbischof Erzbischof Dr. Johannes Dyba, Bischof von Fulda, und vielen Konzelebranten, darunter Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld, die Hl. Eucharistie und beteten um den Frieden in dieser Welt. „Die zahlreichen Teilnehmer in diesem Gottesdienst beweisen, dass die Soldaten in unserer Gesellschaft nicht alleine gelassen werden“, sagte Erzbischof Dyba (Predigt „Das Kreuz ist das

Zeichen unserer Hoffnung“, s.S. 94 f.).

Im Anschluss an den Gottesdienst lud der Katholische Wehrbereichsdekan IV, Mainz, Monsignore Carl Urprung zu einer Stunde der Begegnung auf dem Landtagsgelände ein. Der Befehlshaber im Wehrbereich IV, Generalmajor Holger Kammerhoff, begrüßte das offene Gespräch der Bürger mit den Soldaten. Dies sei ein wesentlicher Beitrag zur Verständigung. Kammerhoff dankte den Militärpfarrern für ihren unverzichtbaren seelsorglichen Dienst bei den Soldaten (Grußwort von GM Kammerhoff s.S. 65).

Militärbischof Dyba schloss mit den Worten: „Lasst uns die Quelle der Freude erschließen und nicht nach den Stolpersteinen suchen“.

Die GKS auf dem Katholikentag

Eine positive Bilanz des Einsatzes im Zelt der GKS beim Katholikentag in Mainz zog der Standleiter StFw Frank Hübsche. Sechs aktive Soldaten und fünf Pensionäre standen auf dem Ballplatz vis a vis des Doppelzeltes der Militärseelsorge einer großen Besucherzahl Rede und Antwort. Schwerpunkte der kurzen bis zweistündigen Gespräche waren: „Neue Aufgaben der Bundeswehr am Beispiel des Bosnien-Einsatzes“, „Akzeptanz der Soldaten als kompetente Partner in sicher-



Auf der Katholikentagsmeile. Der Militärbischof, Erzbischof Johannes Dyba betrachtet im Zelt der Militärseelsorge interessiert den von Jürgen Strohe, Büroleiter beim Katholischen Wehrbereichsdekan IV, Mainz, gestalteten Lebensbaum der „Kirche unter Soldaten“. Stabsfeldwebel Frank Hübsche vor dem Zelt der GKS im Gespräch mit Katholikentagsteilnehmern (Foto rechts)



heitspolitischen Fragen“ sowie das Problemfeld „Gewissen, Grenzen des Gehorsams und Befehlsnotstand“. Aus der breiten Palette junger bis älterer, weiblicher und männlicher Besucher wurde der Friedensdienst der Bundeswehrsoldaten nicht infrage gestellt.

Eine ernüchternde Bilanz

Militärseelsorge und die GKS haben sich hervorragend in der Katholikentagsmeile dargestellt. Zwei Hände voll aktive und ehemalige Soldaten und über 20 Militargeistliche, Pastoralreferenten und Pfarrhelfer haben dies durch ihr Engagement und gute

Zusammenarbeit sichergestellt.

So erfreulich der Einsatz der – leider wenigen – Soldaten auf den Ständen der GKS und der Militärseelsorge war, so muss hier doch die Frage gestellt werden, wo die sonst so engagierten Nutznießer der Vorteile der Militärseelsorge waren. War die Feier des Fronleichnamstages mit der Familie in der zivilen Heimatpfarrei so heilig, dass sich die Reise nach Mainz verbot? Oder lag es an dem durch den „Brückentag“ verlängerten Wochenende, das nicht angetastet werden wollte? Apostolat, das nicht bereit ist, einen Tag Urlaub/Dienstausgleich zu opfern? Warum konnte die GKS ihre Basis

nicht mobilisieren und warum war es nicht möglich, dass jeder anwesende Militärpfarrer wenigstens zehn bis fünfzehn Soldaten für die Teilnahme begeistern konnte? Wenn auch die St. Peter Kirche zum Soldatengottesdienst während des Katholikentages mit gut 700 Besuchern überbesetzt war, so muss doch festgestellt werden, dass nur eine Minderheit der Gottesdienstteilnehmer Soldaten waren.

Ein Trost: „Erzbischof Dyba ist immer (noch) für eine volle Kirche gut“, meinte ein Militärdekan sarkastisch zu dieser ernüchternden Bilanz.

(PS/ZdK/KMBA)

Das Kreuz ist das Zeichen unserer Hoffnung

Predigt des Katholischen Militärbischofs Dr. Johannes Dyba in St. Peter, Mainz, am 12. Juni 1998 aus Anlass des Katholikentages

Warum ist das Kreuz das Zeichen unserer Hoffnung? Weil Christus am Kreuz unsere Erlösung bewirkt hat. So intoniert die Kirche in der heiligen Woche der Erlösung das „O crux ave spes unica“ – „Gegrüßt seist du, heiliges Kreuz, unsere einzige Hoffnung.“ Wir dürfen nicht vergessen, dass der Erlösungstod am Kreuz nicht der ursprüngliche Heilsplan Gottes war. Ursprünglich hatte Gott den Menschen das Paradies geschenkt; das war der ursprüngliche Heilsplan. Im Paradies sollten die Menschen in Dankbarkeit und Freude leben, glücklich allzeit in der Gegenwart Gottes. Aber in Ungehorsam und Selbstbehauptung haben die Men-

schen Gott zu hintergehen versucht und ihr eigenes Unglück verschuldet, Sündenschuld und Tod über sich gebracht und das Paradies verloren. Nur die unerforschliche Barmherzigkeit Gottes hat der Menschheit eine zweite Chance geben wollen. Er sendet seinen Sohn. Der ist Mensch geworden, hat uns den Vater verkündet, ist wiederum verworfen worden und hat dann in dieser Großtat der Liebe den Tod am Kreuz auf sich genommen, den Erlösungstod. Er hat den Tod besiegt, er ist auferstanden und hat uns den Weg zum Himmel wieder eröffnet. Er hat uns den Heiligen Geist geschenkt, der uns in seiner Kirche und durch seine Kirche in sein Reich führen soll.

Und nun, liebe Schwestern und Brüder, liegt es an uns, dieses göttliche Angebot anzunehmen in Dankbarkeit und Freude, und uns von Gott ins Leben führen zu lassen, in das Leben bei Gott,

das kein Ende mehr nehmen soll. Oder wollen wir wiederum in Ungehorsam und Selbstbehauptung uns von Gott losreißen, Schuld auf uns laden und den Weg zum Tod beschreiten? Nein, der Sohn Gottes hat uns den Weg in das Himmelreich wieder geöffnet. Das hat er uns ganz deutlich verkündet in seinen Verheißungen: Dass es für uns möglich sein soll, ihn und das Heil zu finden und zu leben und auf immer glücklich zu werden. Diese Verheißungen sind besonders deutlich im Johannesevangelium, wo es da heißt: „Ich bin gekommen, damit sie das Leben haben und es in Fülle haben“. Oder: „Wer an mich glaubt, der hat das ewige Leben. Wer mein Fleisch isst und mein Blut trinkt, der bleibt in mir und ich in ihm, und den werde ich auferwecken am Jüngsten Tage.“ Oder dann diese wunderbare Verheißung vor seinem Abschied von dieser Welt: „Ich gehe, um einen Platz euch vorzubereiten. Wenn ich gegangen bin und einen Platz für euch vorbereitet habe, komme ich wieder und werde euch zu mir holen, damit auch ihr dort seid, wo ich bin.“ Das ist unsere Hoffnung: seine Verheißungen, die uns das Leben schenken. Und er wird sie wahr machen, wie er alle seine Verheißungen wahr gemacht hat. Gottes Wort ist Wirklichkeit. Er hat



Einzug der konzellebrierenden Geistlichen mit dem Militärbischof in die gut gefüllte ehemalige Garnisonskirche St. Peter zum Pontifikalamt am Tag der Militärseelsorge

seine Verheißungen wahr gemacht, der Messias ist gekommen, er hat den Erlösungstod am Kreuz für uns auf sich genommen, er ist auferstanden, er hat uns den Heiligen Geist gesandt, er lebt fort in seiner Kirche, er trifft uns durch sein Wort, er umarmt uns in seinen Sakramenten. Er hat seine Verheißungen wahr gemacht, sie sind Wirklichkeit für unser Leben. Das ist unsere Hoffnung: die Verheißungen Gottes - die ja dann weitergehen über das bereits Verwirklichte hinaus in die Ewigkeit. Am Schnittpunkt zwischen dem schon Verwirklichten und dem Zukünftigen lebe ich, entscheide ich mich für den Glauben, für die Hoffnung, für die Liebe, für Ihn.

Diese Verheißungen Gottes, wir wissen es, werden von der Welt oft verlacht. Sie sind den einen Ärgernis, den anderen Torheit, von den Zeiten der Apostel bis in die Gegenwart. Für uns aber, die dem Wort Gottes glauben, sind sie Wirklichkeit, Kraft Gottes. Und so dreht sich das Ganze: Wo dies Wirklichkeit Gottes ist, kann ich als Gläubiger mit einer ganz großen Souveränität die trügerischen Hoffnungen der Welt verlachen, die ja alle einmal aufgehen werden in Schall und Rauch, ins Nichts, in der Stunde, da Gottes Ewigkeit einbricht in unsere Zeit. Ja, wir sollen uns nicht von den Hoffnungen der Welt ablenken und verblenden lassen, wenn wir die ganz große Hoffnung haben. Wir sind nicht die Nachhut der gesellschaftlichen Entwicklung, als die wir heute oft dargestellt werden. Liebe Brüder und Schwestern, wir sind die Zukunft, wir sind die Vorhut, denn unsere Hoffnung hat Zukunft. Was ist denn die Zukunft der Ungläubigen in dieser Welt? Ihre Zukunft ist das Rentenalter, mit oder ohne Zusatzversorgung, Alter, Krankheit, Tod, Grab, Ungewissheit. Die Zukunft des Gläubigen ist die Ewigkeit, die ewige Seligkeit. Für uns beginnt das ganz große Abenteuer des Lebens mit dem Tode. Wer mit Ihm in den Tod geht, wird mit Ihm auferstehen. Ja, unsere Zukunft ist ewige Seligkeit, ein Platz im Himmel, Wir haben es gerade gehört, von Gott selbst verheißen und in seiner Liebe für uns vorbereitet.

Nachdem der Herr all diese Verheißungen den Menschen offenbart hat, hat er den Seinen gesagt:

Die Vorsitzende des BDKJ Gaby Hagmans zu Besuch im Zelt der GKS, Gastgeber sind Stabsfeldwebel Frank Hübsche (l.) und Hauptmann a.D. Lothar Fischer (r.)



„Das alles habe ich euch gesagt, auf dass meine Freude in euch sei, und eure Freude vollkommen werde.“ Zur vollkommenen Freude hat Christus uns berufen, und nicht erst einmal weit im Jenseits - jetzt, da ich sein Wort begreife, da sein Blick mich trifft, da ich ihm begegne, da soll diese Freude mein Herz erfüllen. Liebe Schwestern und Brüder, damals haben viele Pharisäer und Schriftgelehrte, die nur dauernd diskutieren und hinterfragen und streiten wollten, das gar nicht begriffen, und sind an der Freude und am Heil glatt vorbeigelaufen. So arme Menschen gibt es auch heute noch. Aber so viele einfache Menschen haben ihn sofort begriffen. Die Fischer vom See Genezareth und die da auf die Bäume geklettert waren, um den Propheten zu sehen, die Frauen, die ihn von der ersten Stunde an bis unter das Kreuz begleitet haben - die haben begriffen. Die haben gestaunt, sie haben geglaubt, und diese Menschen haben die Kirche über das Erdenrund hin verbreitet.

Liebe Brüder und Schwestern, es gibt wirklich nur eine Hoffnung, und die heißt Gott. Wer diese Hoffnung gefunden hat, an dem wird die uralte Verheißung wahr: „Du, Herr, lässt mich erstrahlen, du machst meine Finsternis hell. Mit dir erstürme ich Wälle, mit meinem Gott überspringe ich Mauern.“ Überspringen wir also die Mauern der Gleichgültigkeit und der Hoffnungslosigkeit! Springen wir in die Arme Gottes! Dann wird Freude unser Herz erfüllen. Die Freude an Gott wird stärker sein als alle Widrigkeiten und Erbarmlichkeiten, die sich uns im Leben entgegenstellen. Die Freude an Gott wird uns durch das ganze Leben führen, bis in die Ewigkeit, wo alle Hoffnungen in einem Maß erfüllt werden, das selbst der Heilige Paulus nur noch stammelnd beschreiben kann: „Was kein Auge geschaut, kein Ohr gehört hat, was keines Menschen Herz sich überhaupt nur vorstellen kann, das hat Gott denen bereitet, die ihn lieben.“

Wenn es beim Empfang nach dem Soldatengottesdienst auch nicht regnete, so war es doch recht frisch. Da schmeckt eine heiße Erbsensuppe. Vorn rechts Generalleutnant Edgar Trost, Stellvertreter Inspekteur Heer



GRUSSWORT:

Befehlshaber im Wehrbereich IV und Kommandeur 5. Panzerdivision, Generalmajor Holger Kammerhoff, anlässlich der „Stunde der Begegnung“ in Mainz am 12. Juni 1998

Es ist mir eine große Ehre und eine Freude, Sie zu dieser Stunde der Begegnung begrüßen zu dürfen. Der traditionsreiche Bundeswehrstandort Mainz ist wieder einmal Austragungsort für den Deutschen Katholikentag.

Heute ist der Tag der Katholischen Militärseelsorge. Der Katholische Militärbischof hat uns, die Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr sowie ihre Angehörigen, zu dieser Begegnungsveranstaltung zwischen Gläubigen und Soldaten gebeten. Wir sind Ihrer Einladung, Exzellenz, gerne gefolgt.

Begegnung heißt aufeinander zugehen, Austausch von Informationen und Meinungen sowie das Bemühen um Verständigung im offenen Gespräch.

Ich begrüße daher alle, die zu dieser Begegnung gekommen sind:

- Bürgerinnen und Bürger, Gläubige, die das offene Gespräch mit uns Soldaten suchen;
- und unsere Militärggeistlichen, die das ganze Jahr hindurch unseren Dienst und unsere Einsätze mit, aus meiner Sicht, kritischer Sympathie und helfender Seelsorge begleiten; und
- die Soldaten, die aus Mainz und der näheren Umgebung, aber auch aus anderen Teilen der Bundesrepublik sich hier versammelt haben.

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, hat in einem Interview für die Pfingstausgabe der Allgemeinen Zeitung Mainz gesagt: „Ihrem Wesen nach richten sich die Katholikentage an die Öffentlichkeit. Ihr eigentlicher Adressat ist die Gesellschaft, um dort für den christlichen Glauben einzutreten.“

Was kann also der Soldat, der subjektiv und individuell sich dem christlichen Glauben verpflichtet fühlt und der andererseits im Rahmen der Verfassung und der Wehrgesetze Dienst leistet, der Öffentlichkeit und unsere Gesellschaft sagen?

Vielleicht hilft ein Blick in die Geschichte.

Der erste Deutsche Katholikentag fand vor 150 Jahren hier in Mainz im Revolutionsjahr 1848 statt. Viele kämpften damals für eine demokratische Verfassung. Heute sind Deutsche Streitkräfte politisch und geistig-moralisch fest in der Deutschen Demokratie verwurzelt. Die staatliche Aufgabe von Schutz für Frieden und Freiheit ist sittlich geboten und damit hat der Wehrdienst ethische Qualität. Das heißt, die Werteordnung unseres Grundgesetzes ist der entscheidende Orientierungspunkt für unser Tun.

Wir Soldaten geraten damit in den Spannungsbogen zwischen den Geboten der Friedensliebe im Sinne der Verpflichtung auf Gewaltverzicht und der Nächstenliebe im Sinne des Schützens und der Fürsorge für den Nächsten.

Für uns Soldaten, zumal für Vorgesetzte, bedeutet dies Verantwortung zu übernehmen angesichts unserer Begrenztheit. Die Militärseelsorge leistet hier einen unverzichtbaren Beitrag, für den ich an dieser Stelle im Namen der Soldaten meinen herzlichen Dank sage.

Das Motto dieses Katholikentages „Gebt Zeugnis von Eurer Hoffnung“ erfordert Kraft und Mut.

Mut, wie z.B. auch Soldaten ihn ausweisen, die sich für den Dienst zum Dienen, für den Dienst als Staatsbürger in Uniform entschieden haben. Die mit diesem Dienst einhergehende Verantwortung lässt sich mit dem Rüstzeug des christlichen Glaubens leichter schultern. Glaube verleiht Kraft.

Ich wünsche Ihnen allen hier in Mainz gute Gespräche. Ich hoffe, Sie spüren das Flair dieser Stadt mit ihrer so reichhaltigen Geschichte. Ich meine, gute Voraussetzungen für die Begegnung zwischen Gläubigen, Bürgern und Soldaten.

Möge uns die Begegnung ermutigen. Vielen Dank!



Gespräche auf dem Katholikentag: I. Generalmajor Holger Kammerhoff diskutiert mit dem Geschäftsführer der Aktion Kaserne Josef König. Auf dem Foto rechts steht ein Jugendoffizier jungen Leuten Rede und Antwort



„Ich möchte diese vier Tage in meinem Leben nicht missen“

Dank an Mainzer Soldaten

Bei strahlendem Sonnenschein und guter Laune trafen sich 75 Soldaten und zivile Mitarbeiter aus Einheiten und verschiedenen Dienststellen der Bundeswehr am Osteiner Hof in Mainz, um den Dank der Katholischen Militärseelsorge für den geleisteten Einsatz während des Katholikentages entgegenzunehmen. Insgesamt hatten 140 Soldaten bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Großereignisses mitgewirkt. Militärdekan Monsignore Carl Ursprung, Katholischer Wehrbereichsdekan in Mainz, betonte in seinen Dankesworten das außergewöhnliche Engagement und die tatkräftige Hilfsbereitschaft der Soldaten. Ursprung dankte für die stabs- und sanitätsdienstliche Unterstützung, für Fahrbereitschaft und Verpflegung, für Sicherheit, für Telekommunikation und Bewachung, für Auf- und Abbau und für manches andere mehr. In einer kurzen Ansprache griff er das Thema des Katholikentages „Gebt Zeugnis von eurer Hoffnung“ auf und sagte: „Keinem auch noch so jungen Leben bleiben die Nackenschläge erspart.“ Jeder mache die Erfahrung, dass mit dem eigenen

Grips und eigenen Bizeps nicht alles gemeistert werden könne, was auf ihn zukommt, und ihm stellten sich dann die Fragen nach dem Woher und Wohin. „Wenn wir beim Vorletzten nicht stehen bleiben wollen, sondern nach dem Letzten und Eigentlichen und Tiefsten fragen, dann gewinnt das Thema des Katholikentages seine Bedeutung“, resümierte Ursprung. Deshalb seien 50.000 Besucher nach Mainz gekommen, um zu fragen, zu diskutieren, zu meditieren und Gottesdienste zu feiern und um sich mit ihrer Hoffnung auf Gott nicht verschämt in die Privatsphäre zurückzuhalten, sondern sie öffentlich zu zeigen. Es gelte weiterhin: „Nicht Ehre sei mir, Ehre sei Gott!“

Der erste Dank galt der militärischen Führung in Mainz, namentlich Generalmajor Holger Kamm-erhoff, der den Katholikentag nach Kräften unterstützt hatte. Zur Erinnerung erhielten Vertreter von zwölf Einheiten eine Urkunde mit dem Dank des Katholischen Mi-

litärbischofs für die Deutsche Bundeswehr. Der für den Katholikentag zuständige Projektoffizier, Oberstleutnant Gaube, Stellvertretender Kommandeur des Führungsunterstützungsregiment 40, hatte in einjähriger Vorbereitungszeit für die Organisation sowie für den reibungslosen Ablauf der Veranstaltungen der Militärseelsorge während des Katholikentages gesorgt. Für diese besonderen Dienste überreichte ihm Dekan Ursprung die Pater-Rupert-Mayer-Plakette, mit der auch Amtsinspektor Jürgen Strohe für sein großartiges Engagement bedacht wurde.

Dass der diesjährige Katholikentag für die Soldaten nicht nur Arbeit war, sondern auch ein Erlebnis, zeigen zwei Aussagen von Soldaten: „Ich möchte diese vier Tage in meinem Leben nicht missen“ und „Schade, dass es vorbei ist“. (MB, PrSt KMBA)

Militärdekan Msgr. Carl Ursprung, Katholischer Wehrbereichsdekan in Mainz (Bildmitte), dankt den Mainzer Soldaten für ihren Einsatz beim Katholikentag. Links vom Wehrbereichsdekan Amtsinspektor Jürgen Strohe, Mainz, rechts Dipl.-Theol. Manfred Heinz, Referat „Kirche und Gemeinde“ im KMBA

(Foto: M. Beyel, KMBA)



Dem Matsch keine Chance – BDKJ dankt der Bundeswehr für Hilfe

Mittags traf die Bitte um Unterstützung bei der Bundeswehr ein, abends hatten 20 Pioniere über tausend Stahlplatten mit einem Gesamtgewicht von 27 Tonnen verlegt. Damit verhinderten sie, dass die Zugangswege zum großen Zelt beim kommunikativen Treff der Jugend im Matsch versanken. Der Bund der Deutschen katholischen Jugend (BDKJ) dankte der Bundeswehr für ihre schnelle und unbürokratische Unterstützung.

In Mainz ist das Führungsunterstützungsregiment 40 stationiert und die Soldaten machen ihrem Regimentsnamen alle Ehre. Ohne lange zu fragen, helfen sie dem Katholikentag, wo es nur geht. Sporthallen wurden mit Planen ausgelegt und mit Feldbetten und Decken ausgerüstet. Für Behinderte war beim Stab des Regiments im Oststeinerhof ein Ruhebereich eingerichtet worden. Und auch zur katholischen Jugend gab es keine Berührungsgängste: Zum Aufbau eines Denk-Mals, das der BDKJ auf seiner Großveranstaltung der Politik präsentierte, steuert die Bundeswehr ein stabiles Fundament bei.

Die Unterstützung der Bundeswehr sei „Ausdruck einer geistigen Solidarität“, sagte Oberstleutnant Lothar Gaube, der als Projektoffizier den Katholikentags-Einsatz befehligt. „In Mainz trägt jeder zur Gemeinschaft bei, was er kann“, unterstrich Gaube. Die Unterstützung der Bundeswehr habe „über alle Hierarchien hinweg sofort geklappt“. (ZdK)



»KIRCHE UNTER SOLDATEN«: EINDÜCKE VON DER...

„Geisterfüllt leben“ – „Der Heilige Geist wird euch alles lehren“

HANS-PHILIPP MERTENS (Text) / FRIEDRICH BROCKMEIER (Fotos)



Unter diesem Leitmotiv fand die 40. Internationale Soldatenwallfahrt vom 13. bis 19. Mai 1998 nach Lourdes statt, an der auf Einladung des französischen Militärbischofs Michel Dobost rund 17.500 Soldatinnen und Soldaten, Reservisten und Angehörige aus Europa, Asien, Afrika und Amerika teilnahmen.

Deutschland war mit 2.350 Pilgern (davon 2.000 Soldatinnen und Soldaten) vertreten, die in vier Sonderzügen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen mit 180 Wallfahrern aus Großbritannien, USA, Niederlande, Skandinavien und Afrika nach Lourdes reisten.

36 Kranke (Soldaten und Angehörige von Soldaten) wurden wie jedes Jahr mit einer Sondermaschine der Bundesluftwaffe nach Lourdes geflogen.

In seiner Predigt für die Pilger aus Deutschland und Österreich beim Gottesdienst an der Grotte am 16. Mai 1998 erläuterte der Katholische Militärbischof, Erzbischof Dr. Johannes Dyba von Fulda, den Pilgern drei Fragen: Die nach dem „Woher“, die nach dem „Wohin“ und die nach dem „Wie“ des Weges. Zum Schluss rief Erzbischof Dyba die Zuhörerinnen und Zuhörer auf, „aufzustehen und zurückzugehen in ihre Heimat, in ihre Familien, in ihren Beruf, in ihre Gemeinden und Gemeinschaften und die frohe Botschaft zu leben und zu künden mit brennendem Herzen“.

An der Grotte selbst beteten tagsüber und in den Abend- und Nachtstunden zahlreiche Pilger. Es war beeindruckend, wieviele Menschen aus unzähligen Nationen ein gemeinsamer Glaube zusammenbringt. Die Krankenbetreuung war gut organisiert und der freiwillige Krankendienst zur Betreuung der Kranken wurde dankbar angenommen.

Einen Höhepunkt für die 2.350 Teilnehmer

(660 Soldaten waren im Zeltlager untergebracht) bildete der Besuch des Katholischen Militärbischofs, Erzbischof Johannes Dyba, und von Herrn Generaloberstabsarzt Dr. Karl Wilhelm Demmer in Vertretung des kurzfristig verhinderten Bundesverteidigungsminister Volker Rühe im Zeltlager. Zwanglos entstanden schnell Kontakte zwischen den Besuchern und den Soldatinnen und Soldaten aller Dienstgrade, wobei auch Angehörige der Reserve nach 1997 wieder teilnahmen.

Mit einem Friedensgottesdienst aller Nationen in der unterirdischen Basilika Pius K. mit Bischof Jorge Mejia (Vatikan/Rom) erreichte die Wallfahrt am Sonntag, dem 17. Mai 1998 ihren Höhepunkt. Bischof Mejia rief die Pilgerinnen und Pilger auf, „unter Leitung des Heiligen Geistes“ immer mehr den „Gott des Friedens zu finden und immer dafür zu sorgen, dass sein Friedensreich auf unserer Erde errichtet werde“.

Mit einer beeindruckenden Abschiedsfeier auf der Esplanade, einem abendlichem Konzert unter Leitung von Herrn Oberstleutnant Hans Orterer, einem ehemaligen „Regensburger Domsingspatz“, vom Luftwaffenmusikkorps 1, Neubiberg, in der Basilika Pius X. und einer Nacht des Gebetes ging der Tag zu Ende.

In Lourdes selbst bot sich während den Wallfahrtstagen ein buntes Bild. Soldatinnen und Soldaten aus mehr als 33 Nationen belebten in farbenprächtigen Uniformen den



(Foto: Mertens)

... 40. INTERNATIONALE SOLDATENWALLFAHRT LOURDES 1998



Heiligen Bezirk und das Straßenbild, tanzten, sangen und beteten gemeinsam für den Frieden zwischen den Völkern.

Die internationale Begegnung fand in einem entspannt-fröhlichen Klima statt. Uniformteile und Dienstgradabzeichen wurden getauscht oder an Kranke verschenkt, sodass jeder ein Stück des anderen trug und so später die Erinnerung aneinander über Entfernungen hinweg aufrecht erhalten bleibt.

Keine Kontaktschwierigkeiten gab es auch zwischen Angehörigen des Bundesgrenzschutzes und Soldaten. So wurden zum Beispiel unter Teilnehmern des Sonderzuges I Kontakte geknüpft zwischen Aachen und Cranzahl an der Gren-



ze zur Tschechischen Republik. Allein die Verbundenheit zu erleben, lohnte die Pilgerfahrt nach Lourdes, die je nach Sonderzug mit einem Abschlussgottesdienst in Orleans, Béziers, Montpellier oder Carcassonne ihr Ende fand. □



INTERVIEW MIT DEM US-MILITÄRBISCHOF EDWIN O'BRIAN

Die eigentliche Aufgabe des Militärs:

Frieden bewahren und den politischen Kräften in der Welt Raum geben, Elemente des Friedens zu schaffen

Erzbischof Edwin O'Brian (59), bisher Weihbischof der Erzdiözese New York, seit einem Jahr Militärordinarius für die amerikanischen Streitkräfte und für die auswärtigen Dienste, unternahm eine Reise nach Europa, um sich über die militärseelsorglichen Strukturen in Italien Österreich, Deutschland, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Kroatien zu informieren. Bei seinem Besuch im August in Bonn gab er ein Interview. Von den Antworten auf fünf Fragen werden hier drei wiedergegeben, weil sie die Unterschiede zwischen deutscher und amerikanischer Militärseelsorge deutlich machen.

1. *Amerikanische Soldaten sind weltweit stationiert und an vielen Orten im Einsatz. Welche besondere Aufgaben ergeben sich daraus für die Militärseelsorge?*

Militärbischof O'Brian: In den amerikanischen Streitkräften gibt es mehr als 230 Denominationen, die meisten sind protestantisch. Die katholische Konfession ist die größte und umfasst 25% des militärischen Personals. Da jedoch nur 15 % der zur Verfügung stehenden Militärgeistlichen katholisch sind, tragen sie mehr Verantwortung, als ihre Zahl erlaubt.

Die wesentliche Rolle der „chaplains“ (Militärpfarrer) besteht darin, für die Menschen gegenwärtig zu sein und ihnen Antworten auf ihre spirituellen Bedürfnisse zu geben. Ein Problem stellt selbstverständlich die große Distanz innerhalb des Landes dar. Desweiteren ist die Erreichbarkeit der Soldaten begrenzt durch deren Auslandseinsätze. Meine Aufgabe als Militärbischof besteht darin, Militärgeistliche aus den Diözesen zu suchen und deren Bedeutung für die Soldaten in den Streitkräften herauszustellen und dafür zu werben. Ich habe als Militärbischof keine Kontrolle darüber, wo die einzelnen Militärgeistlichen stationiert sind. Das ist Aufgabe der drei „Leitenden Militärgeistlichen“.

Es gibt für die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine je einen „Chief of Chaplains“, der für alle Militärseelsorger, ob katholisch, protestantisch, jüdisch oder muslimisch, in der jeweiligen Teilstreitkraft verantwortlich ist. Das kann hin und wieder zu Spannungen und Missverständnissen führen, aber es ist eine gute Übung

für die Ökumene. Ich selbst war drei Jahre Militärpfarrer. Dort habe ich den Respekt gegenüber den anderen Konfessionen/Religionen, wie es in unserem System realisiert wird, gelernt.

2. *Für uns Deutsche und unsere Bundeswehr ist die Teilnahme an friedenssichernden Einsätzen ein Feld neuer Erfahrungen. Welche besonderen Erfahrungen und auch Belastungen sind hier für die Soldaten der US-Forces zu nennen?*

Militärbischof O'Brian: Für alle Streitkräfte in der ganzen Welt ist es heutzutage eine neue Erfahrung. Es ist ja kein aktiver Kampf, mit dem die westlichen Streitkräfte konfrontiert sind, sondern es sind friedenssichernde Einsätze, wie z.B. in Bosnien, im Mittleren Osten und in verschiedenen Teilen Afrikas. Es erinnert an die eigentliche Aufgabe des Militärs, nämlich Frieden zu bewahren und den politischen Kräften in der Welt Raum zu geben, Elemente des Friedens zu schaffen.

Ein Erlebnis ist mir unvergessen geblieben: Ich war im letzten Jahr Weihnachten in Sarajevo. Am Heiligen Abend kamen 36 Nationen zusammen und sangen Weihnachtslieder in ihrer jeweiligen Landessprache. Bei vielen amerikanischen jungen Soldaten merkte man, dass sie zum ersten Mal Gemeinschaft auf diese Art und Weise wahrnahmen. Gemeinschaft - getragen durch unsere christliche Kultur, und an diesem Abend auch von dem Geheimnis der Geburt Christi durchströmt. Das ist eine Lektion, die man weder durch Bücher noch durch einen Schulunterricht lernen kann. Ich glaube, dass die Soldaten durch die Begleitung



der Seelsorger den Wert schätzen lernen, welches Geschenk sie der Bevölkerung auf dem Balkan gebracht haben, nämlich den Frieden zu sichern und ihn auf längere Zeit auch zu erhalten.

3. *Das System der US-Militärseelsorge ist anders als das deutsche. Worin sehen Sie Vorteile, worin auch eher Probleme?*

Militärbischof O'Brian: Ich bin mit dem deutschen System nicht so vertraut, wie ich es gerne wäre. Ich weiß aber, die deutschen Militärseelsorger sind nicht uniformiert und stehen in keiner militärischen Rangordnung. Das bewahrt die Identität der Geistlichen, vorrangig im Dienst der Kirche zu stehen. Außerdem wird auch der Verdacht vermieden, der Militärgeistliche trüge die Uniform auf seinem Herzen. Sehr positiv ist, dass die Militärseelsorger in der Deutschen Bundeswehr der Kirche unterstellt sind. Das ist in Amerika nicht der Fall. Wir befürworten sehr den seelsorglichen Einsatz der Priester in der Armee, aber sobald sie dort sind, haben wir nur noch begrenzte Handlungsmöglichkeiten. Jedoch muss jede Nation ihrem eigenen Instinkt folgen und ihrer eigenen Tradition.

...

Das Interview führte Marlene Beyel, Pressestelle KMBA.

SOLDATEN IN DER KIRCHE – SCHWEIZERGARDE:

Mit dem neuen Kommandanten kehrt wieder Alltag ein

Johannes Schidelko (KNA-Korr.)

Drei Monate nach dem Mord an Oberst Alois Estermann hat die päpstliche Schweizergarde wieder ein neues Kommando. Oberst Pius Segmüller (46) und Oberstleutnant Elmar Mäder (34) traten am Samstag ihren Dienst bei der 1 00 Mann starken vatikanischen Schutztruppe an. Die Amtsübernahme zum Schweizer Nationalfeiertag deutete darauf hin, dass man sich im Gardequartier am vatikanischen Sankt-Anna-Tor vom Schock erholt hat. Alltag und Normalität scheinen weitgehend wieder eingekehrt.

Zumindest die offiziellen Reden im Schweizer Ehrenhof unter der zinnenbewehrten Mauer des Borgia-Papstes Alexander VI. gingen nicht mehr auf das Drama des 4. Mai ein. Damals waren der frischernannte Kommandant Estermann und seine Frau erschossen worden, der mutmaßliche Täter, ein Vize-Korporal der Garde, hatte anschließend die Waffe gegen sich selbst gerichtet. Wie bei jeder Feier zum 1. August gab es eine eidgenössisch-vaterländische Ansprache. Festredner war diesmal der 76-jährige Künstler Yoki Aebischer. Die Gardemusik spielte auf, die Nationalhymne, der „Schweizer Psalm“, wurde gesungen, ein Jodlerchor aus der Heimat umrahmte die Feier, Baldegger Schwestern sorgten für das leibliche Wohl mit Schweizer Bratwurst und Kartoffelsalat. Und als es dunkel war, präsentierte Garde-Wachtmeister Stefan Meier, dessen Rom-Fotos inzwischen auch in Kunstreiseführern auftauchen, eine neue Diareihe über die Ewige Stadt.

Aebischer zeichnete das Bild von der gastfreundlichen und humanitären, der arbeitsamen und multikulturellen demokratischen Schweiz. Er wehrte sich gegen pauschale Vorwürfe gegen sein Land im Zweiten Weltkrieg, meinte aber zugleich, dass es der Schweiz heute materiell vermutlich zu gut gehe. Zugleich sah Aebischer hoffnungsvolle Ansätze,

etwa das Engagement junger Landsleute bei der Schweizergarde, beim Roten Kreuz, bei Blauhelm-Aktionen. Auch in der Schweiz müsste das charismatische Wort des Papstes stärker gehört werden, dass „immer mehr Leute den mutigen Aufbruch zu einem besseren Leben wagen und Zeugen des wahren Lichtes werden“.



Ansonsten bot das Fest dem neuen Kommandanten einen ersten Auftritt vor der kleinen Schweizer Kolonie am Vatikan. Segmüller beschränkte sich auf ein kurzes Grußwort und dankte seinem Interims-Vorgänger Oberst Roland Buchs, der in schwieriger Zeit die Garde geleitet habe. Zuvor versicherte der neue Kommandant, er habe „sehr, sehr viel Vertrauen in die Garde“, daher habe er die Aufgabe übernommen. Er verstehe, dass die Gardisten nach dem Drama von Anfang Mai noch traurig seien; aber man könne nicht in „ewiger Traurigkeit“ verharren. Die Truppe sei hochmotiviert, engagiert und mutig. Ob sich strukturell etwas ändern werde oder ob das vielleicht gar nicht nötig sei, dazu wollte sich Segmüller noch nicht äussern. Erst müsse er sich einen gründlichen Überblick verschaffen.

Der Schock über die Bluttat bei der Päpstlichen Schweizergarde scheint überwunden. Nachdem viele Gardisten in den ersten Tagen nach dem Drama einen irritierten, verstörten, orientierungslosen Eindruck machten, hatten der Übergangseinsatz von Buchs und viele Gespräche mit Fachleuten offenkundig Erfolg. Die Garde hat wieder Tritt gefasst. Die zum Nationalfeiertag versammelte Schweizer Runde machte einen gelösten Eindruck. Man sprach nicht mehr über das Drama. Oder man wollte nicht darüber reden; denn die Feier verlief ruhiger als in früheren Jahren. Und als oben auf der Mauer Fackeln entzündet wurden, die manchen Schweizer wehmütig an die Höhenfeuer in der Heimat denken ließen, ging der ein oder andere Blick auch zu den noch immer verschlossenen Fenstern im zweiten Stock. Die frühere Wohnung Estermanns ist noch nicht freigegeben. Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen.

Fahnenträger der Schweizergarde bei der Internationalen Soldatenwallfahrt nach Lourdes im Mai 1998 neben der Truppenfahne der Bundeswehr

WEHRBEREICHSKONFERENZ DER GKS IM WB III:

Lage der Militärseelsorge im WB III zufriedenstellend

Von insgesamt 16 Kreisen und Standorten mit Ansprechpartnern hatten sich am 19. Juni im „Haus Maria in der Aue“ in Wermelskirchen-Dabringhausen 11 Vertreter der GKS mit ihren Familien zur Wehrbereichskonferenz eingefunden. Der Vorsitzende der GKS im WB III, StFw Johann-A. Schacherl – er hatte am 17. Juni sein 25 jähriges Dienstjubiläum

gefeiert – begrüßte und eröffnete die Tagung.

Thema war u.a. die Vorstellung der Bruderhilfe-Familienfürsorge, Versicherer im Raum der Kirchen. Hierzu diskutierte der für Nordrhein-Westfalen zuständige Regionaldirektor Peter-Andreas Kuchen mit den Konferenzteilnehmer Versicherungsfragen bei ehrenamtlichen Kirchentätigkeiten.

Höhepunkt der Konferenz und Mittelpunkt des Bildungsteils war das Thema „Rechts-

extremismus“, das von Oberstleutnant Remig (SDH) engagiert und fachkundig vorgetragen wurde.

Es folgten Berichte des Vorsitzenden und aus den Kreisen. Insgesamt sei die Lage im Wehrbereich zufrieden stellend, urteilte Schacherl. Neben einigen sehr aktiven Kreisen müssten sich neu gegründete Kreise weiter konsolidieren. Bedauert wurde die Auflösung des Düsseldorfer Kreises, für den sich bisher weder ein neuer aktiver Vorsitzender noch ein Ansprechpartner gefunden hat.

StFw Frank Hübsche, neugewähltes Mitglied im ZDK, berichtete von der Vorstandssitzung der Zentralen Versammlung.

Abschluss der Konferenz war die Feier der Heiligen Messe am Sonntagmorgen mit Militärdekan Rainer Schadt, der während der Messe die neue Fahne der GKS im Wehrbereich III weihte.

Der Militärdekan beurteilte anschließend die Lage der Katholischen Militärseelsorge im Wehrbereich III als zufrieden stellend. Er hob die aktive und gute Mit- und Zusammenarbeit der Laien – GKS und PGR – hervor. □



Fahnenweihe im Wehrbereich III: v.l. Anton Ernst, Johann-A. Schacherl, Gernold Rückert
(Foto u. Text: C. Schacherl)

STANDORT MÜNSTER

Soldatengottesdienst zum Jubiläum „350 Jahre Westfälischer Friede“

Das Jubiläum „350 Jahre Westfälischer Friede“ nahmen die deutschen und niederländischen Militärgeistlichen in Münster (Staflegerpredikant Berent Stuut, Staflegeralmoe-

zenier Jacques van Gelderen, Militärdekan Bernd Wübbeke und Militärdekan Manfred Uhte) zum Anlass, um am 27. Mai zu einem ökumenischen Soldatengottesdienst in die Münsteraner Apos-

telkirche einzuladen. „Wir wollen ein binationales Zeichen des Glaubens und des Friedens setzen“, betonte Militärdekan Manfred Uhte in seiner Begrüßung. Etwa 120 deutsche und niederländische Soldaten des binationalen Korps sangen und beteten gemeinsam in beiden Sprachen für Gerechtigkeit und Frieden.

Bei der Feier von „350 Jahre Westfälischer Friede“ dränge sich die Frage auf, so der niederländische Militärgeistliche Berent Stuut, ob auch von 350 Jahren Frieden gesprochen werden könne. Die Realität bewiese auch heute mit Kriegen in Bosnien, Kongo oder Sudan das Gegenteil. Stuut erinnerte Martin Luther King „I have a dream“ zitierend daran, dass aus manchem Zukunftstraum von Frieden und gleicher Würde aller Menschen Wirklichkeit werden könne, wenn sich die Menschen mit ganzer Kraft für ihre Vision einsetzen. Anschließend luden die Militärseelsorger die Soldaten zu Begegnung und gemeinsamen Mittagessen in das Dietrich-Boenhoeffer-Haus ein. (KathStOPfr Münster)



GKS-KREIS AACHEN/ESCHWEILER/GEILENKIRCHEN

Nicht jede fremdenfeindliche Äußerung entlarvt einen Rechtsextremisten

Extremismus richtet sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Daher ist es gerade für den militärischen Vorgesetzten unerlässlich, das Umfeld, Meinungen und Ansichten der ihm anvertrauten Soldaten zu kennen, um Vorkommnisse mit vermutlich rechtsextremem Hintergrund richtig einzuschätzen.

Bei einer Vortragsveranstaltung der GKS Aachen/Eschweiler/Geilenkirchen im Tagungszentrum der Technischen Schule des Heeres und Fachschule des Heeres für Technik referierte Dr. Armin Pfahl-Traughbar vom Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln zum Thema: „Ideologie des historischen Nationalsozialismus und gegenwärtigen Rechtsradikalismus“. Im Gegensatz zum Linksextremismus nehmen es die Rechtsextremisten mit der Ideologie nicht so genau. Der Nationalsozialismus hatte nach Pfahl-Traughbar eine regelrechte Staubsaugerideologie, die sich aus allen Geisteshaltungen und Wissenschaften Elemente ent-

nahm und diese so hinbog, dass sie in das gewünschte Bild passten. Dabei kennzeichnen im Allgemeinen folgende Merkmale den Rechtsextremismus:

1. Überbewertung der ethnischen Zugehörigkeit,
2. die Ideologie der Ungleichheit der Menschen (Rassen),
3. Autoritarismus (auf einen Führer ausgerichtet) und
4. Antipluralismus.

Gegenwärtig wird das rechtsextreme Potential in Deutschland auf etwa 15–20 Prozent geschätzt und ist damit vergleichbar mit den Wahlergebnisse in anderen europäischen Demokratien. Glücklicherweise gibt es aber in der Bundesrepublik derzeit keine einigen-

de Lichtgestalt für die unterschiedlichen rechtsextremen Strömungen.

Der Ansprechpartner für den GKS-Kreis Aachen/Eschweiler/Geilenkirchen, Oberstleutnant Dipl.-Ing. Jürgen Werner, hatte zu der Vortragsveranstaltung, unter dem Motto: „Nur wer die Geschichte kennt, versteht die Gegenwart und kann die Zukunft menschenwürdig gestalten“ stand, Stammsoldaten sowie Lehrgangsteilnehmer – Zugführeroffiziere und Feldwebelnachwuchs – eingeladen. Er informierte die rund 100 Zuhörer auch über die Gemeinschaft Katholischer Soldaten, deren Ziele und Arbeitsschwerpunkte.

(Jürgen Werner)

Wer oder was ist die GKS? Teilnehmer an der Vortragsveranstaltung können sich an Hand der Ausstellungswand über die Ziele und den Inhalt der Arbeit der Gemeinschaft informieren und ausliegendes Material mit in ihre Stammtruppenteile nehmen

(Foto: GKS Aachen)



DAS DRITTE- WELT-WUNDER.



Es gibt Menschen, die wunderschöne Badezimmer haben. Es gibt aber noch mehr Menschen, die nicht mal eine Toilette haben. Viele Indianer in Quetzaltenango (Guatemala) z. B. kennen die Folgen fehlender sanitärer Einrichtungen nur zu gut: Krankheiten begleiten ihr Leben.

➔ MISEREOR hilft auch hier. Schon eine einfache Toilette verbessert die Hygiene und trägt dazu bei, Krankheiten vorzubeugen. Für uns ist all das selbstverständlich. Für die Indianer in der Dritten Welt werden menschenwürdige Bedingungen geschaffen – die fast wie Wunder wirken. Wenn Sie helfen und mehr erfahren möchten, schreiben Sie an:

MISEREOR, Mozartstraße 9, 52064 Aachen,
e-mail: anzeige@misereor.de

MISEREOR

DIE ARMEN ZUERST.

Spendenkonto 556
Sparkasse Aachen
BLZ 390 500 00

WB VI

Mitwirkung der Laien am
Pastoralkonzept

Bei ihren letzten beiden Arbeitskonferenzen, an denen jeweils mehr als 50 Delegierte, Ehefrauen und Kinder aus 15 Standorten teilnahmen, befassten sich die Laienvertreter aus dem Wehrbereich VI vorrangig mit dem inneren Zustand der Militärseelsorge.

Bei der Herbstkonferenz 1997 in Marktredwitz stellte der neue WB-Dekan VI, Militärdekan Prälat Walter Wakenhut, das Modell der Seelsorgeregionen vor und erläuterte das Konzept der kooperativen Pastoral. Die Delegierten der PGR erarbeiteten einen Vorschlag für die Aktualisierung des „Handbuches für PGR“, der wehrbereichsweit verteilt wurde. Des Weiteren erörterten sie Möglichkeiten und Beispiele für die Zusammenarbeit in einer Seelsorgeregion, z.B. bei Familienwochenenden und Soldatenexerzitien sowie gemeinsame Konferenzen der verschiedenen Gremien. Auch bei den Delegierten der GKS stand bei ihrer WB-Konferenz die Zusammenarbeit der örtlichen GKS-Kreise mit den Organen der Seelsorgeregion im Mittelpunkt ihrer Beratungen.

Auf der Frühjahrskonferenz 1998 in Altötting war die „Instruktion über die Mitarbeit der Laien ...“ zunächst Hauptthema. MD Walter Wakenhut, PastRef Helmut Brandl und Ute Daumann nahmen in einer ausführlichen Po-



Wechsel im Leitungsteam der Laiengremien des Wehrbereichs VI: (v.l.) HptFw Manfred Heid, OTL i.G. Franz-Josef Pütz, Anneliese Kraatz, MD Walter Wakenhut, Ute Daumann, StFw a.D. Rüdiger Schalke, OstFw Michael Stigler (Foto: GKS WB VI)

diumsdiskussion zu diesem noch strittigen Papier Stellung. Die Delegierten der PGR befassten sich anschließend mit den ersten Entwürfen des neuen Pastoralkonzepts. Sie erarbeiteten Stellungnahmen und Beschlussvorlagen, die sie den Delegierten der Zentralen Versammlung als Mandat mit auf den Weg gaben. Die Delegierten der GKS kamen in ihrem Arbeitskreis zum Ergebnis, dass die Zielgruppe für die Werbung neuer GKS-Mitglieder die jungen Familien sein müssten.

Die Gottesdienste sind bei den Arbeitskonferenzen immer der Höhepunkt. Eine besondere Note hatte bei der Frühjahrskonferenz die Bittandacht in der Gnadenkapelle der Altöttinger Madonna

und die Segnung der GKS-Fahne.

Die Frühjahrskonferenz stand auch im Zeichen des Personalwechsels: Als Nachfolger des Moderators OTL i.G. Franz Josef Pütz, der nach Köln-Wahn versetzt worden war, wurde HptFw Manfred Heid (Mellrichstadt) gewählt. Ute Daumann (Fürstenfeldbruck) übergab nach 13 Jahren die Leitung des Frauenkreises an Anneliese Kraatz (Lechfeld). Für den ausgeschiedenen stellv. GKS-Vorsitzenden StFw a.D. Rüdiger Schalke (Hammelburg) rückte OstFw Michael Stigler (München) nach.

(Albert Goll)



BERICHTIGUNGEN

Feier des Weltfriedenstages in Hammelburg. In den Bericht des GKS-Kreises (s. AUFTRAG 232 S. 104) war ein Foto aus einem anderen Familiengottesdienst geraten. Die Redaktion kommt gerne der Bitte nach, nun das authentische Foto mit US-Chaplain David Sunberg (l.) und Militärfarrer Wolfgang Sauer im Kreis von Soldaten beim Friedensgebet zu veröffentlichen (Foto: P.M. Pillich)

Außerdem bittet die Redaktion um Entschuldigung, dass ebenfalls im AUFTRAG 232 auf Seite 33 der Name des Militärfarrers Bonn, Dr. Fey, durch die Einfügung eines „r“ verfremdet wurde.

WB VI – HAMMELBURG

Pfarrfest und 25 Jahre Christkönigkirche im Lager Hammelburg

Trotz unsicherem Wetter kennzeichnete eine große Beteiligung das Pfarrfest an und um die Christkönigkirche auf dem Lagerberg in Hammelburg und bot eine großartige Kulisse für das Fest „25 Jahre Christkönigkirche“.

Der erste Höhepunkt war ohne Zweifel der vor dem Gotteshaus unter freiem Himmel abgehaltene Festgottesdienst, der vom Pfarrgemeinderat unter seinem Vorsitzenden Oberstleutnant Andreas Wacker vorbereitet und gestaltet wurde. Neben dem Katholischen Wehrbereichsdekan VI aus München, Militärdekan Prälat Walter Wakenhut, nahmen die ehemaligen Militärpfarrer Theo Sell, Georg Kestel und Wolfgang Witzgal neben Militärpfarrer Norbert Sauer teil. Die Pfarrer wurden durch Diakon Peter Schraut unterstützt, der bei der Standortverwaltung in Hammelburg beschäftigt ist.

Auf „Das Haus Gottes, aus Stein oder Beton gebaut, ein Ort der Stille und Besinnung“ ging Militärpfarrer Norbert Sauer bei seiner Begrüßungsansprache ein. Am 23. August 1973, also vor 25 Jahren wurde die Christkönigkirche durch den damaligen Bischof von Würzburg Dr. Josef Stangl geweiht. Sie bildet seit dem den Mittelpunkt sowohl der Militärgemeinde als auch der Kuratie Christkönig.

In seiner Predigt ging der Wehrbereichsdekan auch auf die Fußballweltmeisterschaft ein. Vom Ruhm vergangener Tage kann keine Mannschaft leben. Es kommt jeweils auf das nächste Spiel an. Und nur die Mannschaft, die neben dem sicher auch notwendigen Glück die kontinuierlichste Leistung bringt, kann gewinnen. Denn nur wer nach vorn schaut, kann Jünger Jesu sein. Alles Zurückschauen, aber auch alles Bewältigen der Vergangenheit, alles Betrachten vergangener Zeiten hilft nichts für die Zukunft, und um die soll es dem Jünger Jesu, dem Christen gehen. Es ist wichtig zu sehen, wie schwer es war, hier eine Kirche zu bauen und wie der Bau der Kirche aus Steinen zu einem wesentlichen Schritt wurde hin auch zu einer lebendigen Gemeinde. Man soll sich aber auch erinnern an die Militärpfarrer, die hier gearbeitet haben, vom verstorbenen Pfarrer Bauer über die Pfarrer Köster, Sell, Witzel, Witzgal und Kestel, die alle Karriere gemacht haben und jetzt Prälaten, Dom-Kapitulare, Monsignori, Dekane und Direktoren sind.

Das Erscheinungsbild der Militärseelsorge hat sich in den letzten Jahren entscheidend verändert. Der Militärpfarrer ist verstärkt zum Pfarrer für die Soldaten und mit den Soldaten geworden, die Begleitung der Soldaten bei Übungen und internationalen Einsätzen hat einen neuen Stellenwert gewonnen und steht heute im Vordergrund seines Auftrages. So muss sich auch unsere Militärseelsorge neu orientieren. Militärseelsorge ist Seelsor-



Prälat Walter Wakenhut dankte während des Festgottesdienstes StFw a.D. Rüdiger Schalke für sein Engagement in der katholischen Militärseelsorge sowohl auf Wehrbereichsebene in der Arbeitskonferenz beim Katholischen Wehrbereichsdekan, als auch als Stellvertretender Vorsitzenden der GKS im Wehrbereich VI und als Vorsitzender der GKS Hammelburg. StFw a.D. Schalke war am 31.12.1997 aus dem aktiven Dienst ausgeschieden. Im Hintergrund Oberstleutnant Franz Herrler, der Vorsitzende der GKS Hammelburg (Fotos P.M. Pillich)

ge am Arbeitsplatz des Soldaten – Wo die Soldaten sind, da sind auch unsere Pfarrer.

Für die musikalische Umrahmung sorgte das Heeresmusikkorps 12 aus Veitshöchheim unter der Leitung von Oberstabsfeldwebel Markus Breiting. Zum Einzug und zum Auszug wurden die Erste Ouvertüre und das Freudenfest aus der Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel gespielt.

Dem anschließenden Standkonzert des Heeresmusikkorps 12 mit leichter Unterhaltung und Marschmusik folgte eine farbenfrohe Darbietung des Katholischen Kindergarten St. Marien unter der Leitung von Gabriele Schmitt.

Hüpfburg, Torwand und andere Station waren für die Kinder aufgebaut. Den weiteren Nachmittag gestalteten die Gruppe Amapolas sowie der Clown Badschu. In der Kirche wurde eine Ausstellung von und über die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) gezeigt. (Peter M. Pillich)



Auszug am Ende des Festgottesdienstes mit GKS-Fahne
Von links: Die ehemaligen Militärpfarrer Theo Sell, Militärdekan Georg Kestel (heute Bonn), dahinter (halb verdeckt) Wolfgang Witzgal und der Wehrbereichsdekan VI Prälat Walter Wakenhut



Neuer Vorsitzender der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. Bonn (KAS)

Generalleutnant a.D. Winfried Weick (60), bis zu seiner Zuruhesetzung als Soldat 1996 Stellvertreter des Inspektors des Heeres, ist neuer Vorsitzender der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (KAS Bonn). Die Mitglieder der KAS wählten ihn am Mittwoch auf ihrer Jahresversammlung in Bonn zum Nachfolger von General a.D. Dieter Clauß (63), bis 1993 Stellvertreter Oberster Alliierter Befehlshaber Europa bei SHAPE/Belgien.

Dieter Clauß entwickelte in seiner dreijährigen Amtszeit nach einem intensiven Konsultationsprozess ein neues Konzept für die zeit-

gemäße Betreuung der Soldaten in ihrer Freizeit. Mit diesem Konzept reagierte die KAS flexibel auf die veränderten Rahmenbedingungen in Staat, Kirche, Gesellschaft und Bundeswehr seit Anfang der 90er-Jahre. Mit Nachdruck setzte sich Clauß für eine überkonfessionelle Soldatenbetreuung und dafür ein, dass diese auch auf die Soldaten bei Auslandseinsätzen und deren Familienangehörigen ausgeweitet wurde.

Der neue Vorsitzende Winfried Weick kündigte an, den bewährten Kurs seines Vorgängers fortzusetzen. Ständig müsse fantasievoll nach Ergänzungen und Alternati-

ven zu den bestehenden Betreuungsangeboten gesucht und diese dem Bedarf der Soldaten und ihrer Familien angepasst werden. Selbstverständlich sei für ihn auch die von seinem Vorgänger betriebene Internationalisierung und ökumenische Zusammenarbeit.

Der Aufbruch zu neuen Ufern macht Freude

Mit einem Empfang im Gästehaus des Katholischen Militärbischofs wurde General a.D. Dieter Clauß als Vorsitzender der KAS verabschiedet. Zahlreiche Gäste gaben ihm die Ehre, darunter MdB Christa Reichard (CDU/Dresden), der ehemalige Wehrbeauftragte Alfred Biehle, MinDir Dr. Karl Johanny (Leiter Abt. Wehrverwaltung im BMVg), Generalleutnant Dr. Hartmut Olboeter (Abt. Leiter Personal und Soziales im BMVg), Generalmajor a.D. Dr. Frhr. von Steinaecker (Vorsitzender der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung – EAS) sowie der Katholische Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld. In den Abschieds- und Grußworten wurden übereinstimmend Entschlusskraft, Führungsfreudigkeit sowie das überzeugende Lebens- und Glaubenszeugnis von Dieter Clauß hervorgehoben, der die KAS in einer schwierigen Umbruchphase als Vorsitzender geleitet habe. Clauß unterstrich seinerseits, der Aufbruch zu neuen Ufern mit der KAS habe ihm auch Freude bereitet. Auch zukünftig wolle er ehrenamtlich aktiv bleiben. So widme er sich nun verstärkt seinen Aufgaben als Auslandsbeauftragter des Malteser Hilfsdienstes (zuständig für Not- und Hilfeinsätze in 30 Ländern) und als Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. (PS)

Oberst a.D. Hans Georg Marohl, der als stellvertretender Vorsitzender der KAS die Laudatio hielt, dankte General a.D. Dieter Clauß mit einem Präsent für drei Jahre erfolgreichen Engagements für Betreuung von Soldaten (Foto oben). Auf dem unteren Foto v.l.: Detlev Warwas, Geschäftsführer der KAS, General a.D. Dieter Clauß, der neue Vorsitzende der KAS Generalleutnant a.D. Winfried Weick, Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld und das Mitglied des Vorstandes der KAS Alfred Biehle, Wehrbeauftragter a.D.

(Foto: M. Beyel, KMBA)



Prälat Alfons Mappes feierte 50-jähriges Priesterjubiläum

Am 4. Juli 1948 wurde Alfons Mappes im Kaiserdom zu Speyer zum Priester geweiht. Am 12. Juli 1998 feierte Prälat Alfons Mappes sein Goldenes Priesterjubiläum „voller Dankbarkeit an der Stätte meiner ersten Priesterjahre in Ramstein“, wie er es in der Einladung ausdrückte.

Bei der Eucharistiefeier in der katholischen Pfarrkirche St. Nikolaus in Ramstein-Miesenbach hielt der Apostolische Nuntius in Ungarn, Erzbischof Dr. Karl-Josef Rauber, die Festpredigt und würdigte den Jubilar (Anm. der Redaktion: Die Predigt, die wesentliche Aussagen zum heutigen Bild und Selbstverständnis des Priesters macht, wird unten weitgehend wiedergegeben).

Dem Gottesdienst folgte ein Empfang im „Haus des Bürgers“ am neuen Markt in Ramstein, der als Stunde der Begegnung und Erinnerung alte Weggefährten und Freunde des Jubilars aus fast 80 Jahren zusammenführte, – denn, so Gott will – feiert Prälat Mappes am 18. September 1998 seinen achtzigsten Geburtstag. Beim Empfang sprachen der Bürgermeister von Ramstein für die Bürger der Gemeinde, Militärdekan Prälat Walter Theis für den Katholischen Militärbischof und Oberst a.D. Jürgen Bringmann, der Prälat Mappes im Namen der katholischen Soldaten gratulierte.

JÜRGEN BRINGMANN

Wir gratulieren Ihnen von Herzen zum 50-jährigen Priesterjubiläum und wünschen Ihnen weiterhin Glück und dass der Segen Gottes, der bisher 50 Jahre Ihres priesterlichen Lebens auf Ihnen geruht hat, Sie auch weiterhin begleite.

Wir – das sind der Vorsitzende der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten, Oberst i.G. Werner Bös, der Bundesvorsitzende der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Oberst Karl-Jürgen Klein – er wird hier heute durch General Friedhelm Koch vertreten – und ich als Generalsekretär des Apostolat Militaire International.

Wir danken Ihnen heute für alles, was Sie in diesen 50 Jahren als Priester und speziell als katholischer Militärpfarrer und Militärdekan für uns getan haben.

Lassen Sie mich drei Bereiche nennen, in denen und für die Sie gestanden haben.

(1) – Sie haben immer mitten im Volk Gottes gestanden, unter den Laien, die es bilden, denn „laós“ bedeutet ja eben dies. Der ehemalige Militärgeneralvikar, Dr. Martin Gritz, hat einmal gesagt: „Auch wenn ich Priester bin, so verliere ich doch damit nicht meine Eigenschaft als Laie“. In diesem Sinne haben Sie sich immer dem Volk Gottes zugehörig gefühlt: einer von uns, einer mit uns, einer für uns. Sie waren ein Wegbegleiter,

wie wir uns unsere Geistlichen auf allen Ebenen wünschen.

Und Sie sind dabei in einem sehr ursprünglichen Sinne bodenständig geblieben. Im militärischen Bereich gibt es das „Führen durch Zeichen“. Sie haben immer gewusst und es durch ihr Handeln bewiesen, dass es nicht auf große Worte ankommt, sondern auf kleine Taten und kleine Zeichen, die für sich selbst sprechen.

Ein solches Zeichen war für mich der Militärdekan Alfons Mappes, der den damaligen Oberleutnant Bringmann am Freitagabend an der Bahn abholte, als dieser zu einer der vielen Wochenendtagungen in der Militärseelsorge anreiste – nicht nur abgeholt wurde ich, sondern auch zum Abendessen beim Jugoslawen eingeladen und später sicher in der Unterkunft im Priesterseminar abgeliefert.

Oder das Zeichen der Zigarre. Vor Jahren war Prälat Mappes eigentlich nur mit einer dicken Zigarre vorstellbar; auch in Sitzungen, denn das Rauchverbot wurde erst später erfunden. In der Fastenzeit allerdings sah man Prälat Mappes nur ohne Zigarre. Nicht, dass er es besonders betont hätte – aber dieses Zeichen gelebten Glaubens wurde von uns allen registriert.

(2) – Der zweite Bereich, in dem und für den Sie standen, war die Militärseelsorge, wobei ihr Akzent damals, und auch heute noch, auf

„Seelsorge“ lag. Sie waren Militärpfarrer und von 1966 bis 1974 der für die Laien zuständige Militärdekan im Katholischen Militärbischofsamt, später dann Katholischer Wehrbereichsdekan in Mainz. Sie haben die Laien nicht geduldet, sondern gerufen. Sie waren ihr, unser Geistlicher Assistent; heute nennt man das Geistlicher Beirat. Sie haben die heutigen Pfarrgemeinderäte – damals sprach man noch bescheidener von „Beratenden Ausschüssen“ – ins Leben kommen lassen. Im Jahr 1974 haben Sie in Würzburg darauf hingewiesen, dass die Laien „alle am Apostolat teilnehmen und darum auch Gelegenheit haben müssen, dieses Apostolat verantwortlich mitzutragen“. Mit einem Mann wie Ihnen hat es den heute so gern zitierten Gegensatz zwischen Amtskirche und Laien nicht gegeben. Denn Sie wussten, und haben es immer wieder gesagt, dass wir nur gemeinsam für unsere Kirche, für unseren Glauben, für unsere Militärseelsorge erfolgreich arbeiten können – oder getrennt versagen.

(3) – Und Sie waren, zum Dritten, ein Mann der Weltkirche – lange bevor Sie diese Aufgabe für die Deutsche Bischofskonferenz übernahmen. Sie haben immer gewusst, dass auch die Militärseelsorge, und die Laien als Teil davon, nicht im nationalen Denken verharren darf. So haben Sie das Apostolat Militaire International (AMI), das 1965 in Santiago de Compostela als Zusammenschluss katholischer Soldaten aus vielen Ländern entstand, von Anfang an entschlossen und klug gefördert. Entschlossen – denn Sie sind und waren ja nie ein Mann, den Widerstände abschrecken konnten. Aber auch klug – denn Sie wussten immer, wie weit man gerade auf diesem schwierigen Gebiet vorgehen kann, und wo Warten und Geduld angebracht sind, aber auch Beharrlichkeit; denn: Was national in einem Jahr gelöst werden kann, dauert im internationalen Bereich die zehnfache Zeit.

Sie waren halt für die Weltkirche da, sind es ja heute noch. Wie oft ist es uns passiert, dass wir in Rom auf der Via Conciliazione

beim Kaffee mit Blick auf den Petersdom saßen – und Alfons Mappes kam vorbei. Oder wir saßen abends am Beginn der Via delle Mure Arelie bei einem Grappa und warteten darauf, dass im Zimmer des Papstes das Licht ausging – und Prälat Mappes kam vorbei. Noch heute geht es vielen von uns, geht es meiner Frau und mir so: Wenn wir in Rom sind, aber auch in Ghana, auf den Philippinen, in Kolumbien, dann rechnen

wir eigentlich immer damit, dass unser Prälat Mappes auftaucht – und wundern uns nicht, wenn es geschieht.

Hoffen wir, dass es auch in Zukunft häufig zu solchen Begegnungen kommt. Wir rechnen weiter mit Ihnen. Und wir danken Ihnen heute noch einmal für alles, was Sie für uns, für die Kirche unter den Soldaten, für unsere Weltkirche getan haben. Gottes Segen und alles Gute weiterhin. □

Priesterliche Lebensführung und priesterlicher Dienst

Predigt von Erzbischof Dr. Karl-Josef Rauber beim Goldenen Priesterjubiläum von Prälat Alfons Mappes

Als unser verehrter Jubilar, Prälat Alphons Mappes, vor 50 Jahren zum Priester geweiht worden ist, da waren seine ersten Worte bei der Feier seines ersten Messopfers in dieser Gemeinde: „Zum Altare Gottes will ich treten – zu Gott, der mich erfreut von Jugend auf“. Der eben erst ernannte Kaplan Alphons Mappes konnte diese Worte aus ehrlichem Herzen sprechen, denn mit Gott fühlte er sich verbunden, zutiefst verbunden. Trotz der Schikanen des Nazi-Regimes, trotz Krieg und schweren Verwundungen ist er dem Ruf zum Priestertum treu geblieben. Von Bischof Kamphaus von Limburg stammt das Wort: „Uns rettet kein Priestertum zu herabgesetzten Preisen“, was so viel heißen will wie, dass wir uns auf unserem Weg zum Priestertum und in unserem Leben als Priester nicht mit Minimalforderungen zufrieden geben dürfen.

„Was nichts kostet, ist ja auch nichts wert“, sagt ein Sprichwort. Deshalb hat sich unser Jubilar wie hier in der Pfarrei Ramstein, der seine erste Liebe galt – eine Liebe die heute noch fort dauert und die gute Früchte getragen hat – auch in den anderen Pfarreien, in der Militärseelsorge, in der Zentralstelle Weltkirche und in der Auslandsseelsorge in den Vereinigten Staaten, um es kurz zu sagen, in allen Bereichen, zu denen ihn Gott durch die Kirche gerufen hat, mit großer Kraft und bewundernswerter Opferbereitschaft eingesetzt. Die vielen Glückwunschschreiben, die Herr Prälat Mappes zu seinem

Festtag erhalten hat, bezeugen dies. „Vox populi – vox Dei“: Was wir Menschen mit begrenzten Worten zum Ausdruck bringen, das ist letztlich das Lob Gottes für seinen treuen Dienst.

Aus meiner Erinnerung darf ich Folgendes hinzufügen: Als ich Nuntius in Uganda war, besuchte mich Herr Prälat Mappes in seiner Eigenschaft als Leiter der Zentralstelle Weltkirche. Er begnügte sich damals nicht mit Informationen aus zweiter Hand, sondern er wollte selbst vor Ort Erfahrungen sammeln und in beschwerlichen und nicht ungefährlichen Rundfahrten die vom Bürgerkrieg zerstörten und von Stammesfehden bedrohten Gebiete in Augenschein nehmen, um wirkungsvolle Hilfsmaßnahmen veranlassen zu können. Uganda war aber nur eine von den vielen Reisen, die unser Jubilar in der Militärseelsorge und im Auftrag der Bischofskonferenz unternommen hat, Reisen, die oft mit vielen Beschwerden und Entbehrungen verbunden waren und die ihn nicht selten, um einen militärisch Ausdruck zu gebrauchen, an die vorderste Front führten.

So wenig, wie sich der Priester mit Minimalforderungen zufrieden geben darf, so sehr muss er Zeuge aus Überzeugung sein. Ohne das Zeugnis unserer eigenen Gläubigkeit, würden wir ja den Inhalt unseres Glaubens nur als Information weitergeben, damit aber dem Sendungsauftrag Jesu Christi nicht gerecht werden. Ich glaube, dass ich hier nicht nur schöne Worte aus festlichem Anlass spreche, wenn ich unserem Jubilar be-

scheinige, dass er seine Aufgaben immer in priesterlicher Gesinnung wahrgenommen hat, dass er überzeugt war von dem, was er verkündet hat und dass er sich als Werkzeug in Gottes Händen verstanden hat. Papst Johannes XXIII. hat seinem geistlichen Tagebuch das schöne Wort anvertraut, das für ihn Richtschnur für seinen Dienst in der Kirche war: „Nichts verlangen und nichts verweigern“. Unser Jubilar denkt ebenso, wenn er die Bilanz seines Lebens mit den Worten zieht: „Dank für das Vergangene und Ja zu allem Kommenden“.

Eine solche Einstellung mag uns auf den ersten Blick schlicht und selbstverständlich erscheinen, aber hinter diesen einfachen Sätzen steht das Wort Gehorsam, das heute auch bei Priestern keinen besonders guten Klang hat. Dabei ist gerade Gehorsam die Grundhaltung Jesu Christi, in dessen direkter Nachfolge wir Priester stehen. „Wenn das Weizenkorn nicht in die Erde fällt und stirbt, bleibt es allein; wenn es aber stirbt, bringt es viele Frucht“, sagt uns der Herr.

Wenn Jesus dieses Wort auch zunächst im Hinblick auf seinen Kreuzestod gesprochen hat, so steht dahinter doch jene Hingabe des eigenen Ich an den Willen Gottes, jenes tägliche Wenigerwerden und Sterben, das wir Priester einüben und vollziehen müssen. „Herr, lass mein Gebet wie Weihrauch vor dein Antlitz dringen. Wie ein Abendopfer sei vor dir das Erheben meiner Hände“. So hat unser Jubilar in seiner ersten Messe beim Inzensieren des Altares gebetet. In den langen Jahren seines Dienstes hat er, wie wir alle, immer wieder erfahren müssen, dass nur dann unser Gebet Erhörung findet und unsere Arbeit ihre erwünschten Früchte zeitigt, wenn wir unsere eigenen Wünsche und Erwartungen ganz zurückstellen, wenn wir bereit sind zu verzichten und willig unser Kreuz auf uns nehmen.

Wenn wir das Lebenswerk unseres Jubilars betrachten, so können wir zwei wesentliche Aussagen machen: Einmal ging es ihm nie darum, sich selbst in der Vordergrund zu stellen und zum andern lag es ihm immer am Herzen anderen Menschen zu helfen in ihren zeitlichen, aber vor allem auch

in ihren seelischen Nöten. Deshalb hat er sich auch nie einer Aufgabe verweigert, die ihm angetragen wurde, wenn damit auch persönliche Opfer verbunden waren. Dazu ist man aber nur fähig, wenn man das ganze priesterliche Leben und Wirken in Beziehung zu Christus sieht und stellt. „Ich sehe alles als Verlust an“, schreibt der hl. Paulus an die Philipper, „weil die Erkenntnis Christi Jesu, meines Herrn, alles übertrifft. Seinetwegen habe ich alles aufgegeben und halte es für Unrat, um Christus zu gewinnen und in ihm zu sein“.

In einem Liedtext, den ich vor einiger Zeit gelesen habe, fand ich die folgenden Worte: „Wer sich selbst verliert, wird das Leben finden. Wer die Freiheit spürt kann sich selber binden. Wer die Armut kennt, wird in Reichtum leben. Wer von Herzen brennt, kann sich ändern geben. Wer getroffen ist, wird das Wort neu sagen. Wer sich selbst vergisst, kann alle Lasten tragen“. Diese Worte lassen sich gut über ein erfülltes, auf Christus ganz und gar bezogenes Priesterleben schreiben. Hier werden in einfachen und doch eindringlichen Worten die Wesenszüge priesterlicher Lebensführung und priesterlichen Dienstes zusammengefasst, nach denen sich unser Jubilar in den fünfzig Jahren seines Priestertums orientiert hat.

Kehren wir noch einmal zurück zum ersten Messopfer, das Herr Prälat Mappes in dieser Gemeinde gefeiert hat. Nach der damaligen Liturgie hat er vor dem Genuss des hl. Blutes die Worte gesprochen: „Wie könnte ich dem Herrn all das vergelten, was er an mir getan hat“. Wenn unser Jubilar heute auf die fünfzig Jahre seines priesterlichen Lebens und Dienstes zurückschaut, dann drängen sich ihm diese Worte sicherlich auf die Lippen. Jedes Hl. Messopfer, das der Priester feiert, ist ja ein „Eucharistein“ ein Gott, dem Herrn, Danksagen in Jesus Christus. Ganz besonders ist es diese Hl. Messe. Im Stress des Alltages, in den vielen Verpflichtungen und Beanspruchungen unseres Amtes vergessen wir Priester allzu leicht, dass ja alles von dem Wachstum abhängig ist, das allein Gott gibt. Wir können säen, vielleicht auch ernten, aber wachsen lässt nur Gott. „Durch die Gnade Gottes bin

ich, was ich bin“ sagt der hl. Paulus. Was unser Jubilar in den vielen Bereichen, in die er gestellt wurde, leisten konnte, die Früchte, die er ernten durfte, sind ein Geschenk göttlicher Gnade, die Gott seinem treuen Diener erwiesen hat. In seinen Dank müssen wir alle einstimmen, stellvertretend auch für die, die heute hier nicht anwesend sein können. Wir alle müssen Gott dankbar sein für die Gnaden und Wohltaten, die wie durch den priesterlichen Dienst erfahren haben und erfahren. So soll der heutige Festtag auch dazu beitragen, uns unsere Augen und Herzen zu öffnen für das Große und Gute, das Gott durch seine Priester wirkt.

Damit verbindet unser Jubilar aber auch seinen Dank an die, die ihm in seinen Priesterjahren als Gemeinde oder als Mitarbeiter begleitet haben. Was wäre ein Priester ohne Gemeinde und ohne Mitarbeiter? Und erst recht, was wäre er ohne die, die für ihn beten?

Schließlich dürfen wir in dem Gebet, das unser Jubilar in seinem ersten Messopfer in dieser Gemeinde nach dem damaligen Ritus unmittelbar vor dem Segen betete, die Zusammenfassung und auch den Ausblick seines priesterlichen Dienstes sehen. Das Gebet lautet: „Heiliger, dreieiniger Gott, nimm die Huldigung deines Dieners wohlgefällig an. Lass das Opfer, das ich Unwürdiger vor den Augen deiner Majestät dargebracht habe, dir wohlgefällig sein, und gib, dass

es mir und allen, für die ich es darbrachte, durch dein Erbarmen zur Versöhnung gereiche“. Wenn man im zivilen Leben auf 50 Jahre Tätigkeit im erzieherischen, medizinischen, politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Bereich zurückschaut, dann kann man stolz sein auf seine Erfolge. Wir Priester hingegen müssen stets eingedenk sein dessen, was Jesus Christus zu den Aposteln gesagt hat: „Wenn ihr alles getan habt, was euch befohlen wurde, sollt ihr sagen: Wir sind unnütze Sklaven; wir haben nur unsere Schuldigkeit getan“.

Unser Jubilar hat sicherlich seine Schuldigkeit getan und kann deshalb ruhigen Herzens sein Ja zu allem sagen, was immer da kommen mag. Ich spreche sicherlich allen aus dem Herzen, wenn ich ihm noch viele segensreiche Jahre priesterlicher Tätigkeit wünsche. So, wie wir ihn kennen, wird er sich noch gern den Aufgaben zur Verfügung stellen, die ihm kirchlicherseits angeboten werden. Eines Tages wird er dann das trostvolle Wort aus dem Mund des Herrn vernehmen: „Sehr gut, du bist ein tüchtiger und treuer Diener. Du bist im Kleinen ein treuer Verwalter gewesen, ich will dir eine große Aufgabe übertragen. Komm, nimm teil an der Freude deines Herrn“.

Darauf vertrauen wir, das wünschen wir von Herzen und darum beten wir. Die Gottesmutter möge unser Gebet durch ihre mächtige Fürsprache unterstützen. Amen.

Hans-Georg Marohl, Oberst a.D.,

feierte am 3. Juli seinen 75. Geburtstag. Marohl gehört zu den Gründungsmitgliedern des Königsteiner Offizierkreises (KOK) und der GKS. Viele Jahre vertrat er die katholischen Soldaten in der Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands (GKMD), deren Vizepräsident er bis 1996 war. In den Jahren 1973–84 war er Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände Deutschlands (AGKVD) und bis 1996 Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). Er kommt aus der katholischen Jugendarbeit und war von 1946–49 Diözesanjugendführer in Berlin, bevor er 1956 wieder Soldat wurde. 1982 wurde Oberst Marohl als Kommandeur des Sicherungsregiments BMVg in den Ruhestand versetzt. Nun fand er reiche ehrenamtliche Tätigkeitsfelder beim Diözesanverband Köln des Malteser Hilfsdienstes und bei der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS) Bonn, die er 1956 mitgründete und deren stellvertretender Vorsitzender er seit Jahren ist. (PS)



Nachruf auf Pater Dr. Eugen Koep CSSR

„Bei ihm ist Erlösung und Fülle“
(Wahlspruch der Redemptoristen)

Der ehemalige Militärpfarrer für Bonn/Rheinbach, in Rheine, Lingen und Fürstenau, der Wehrbereichsdekan Hannover, Pater Dr. Eugen Koep, wurde von Gott, unser aller Vater, am 5. Juni in sein himmlisches Reich gerufen.

Geboren am 17. Juli 1915 in Bière – im Kanton Vaud/Schweiz – zog er nach dem frühen Tod seiner Mutter mit dem Vater nach Deutschland. 1936 machte er am Internat des Collegium Josephinum in Bonn sein Abitur. Er wollte Ordensgeistlicher werden. Zur damaligen Zeit war das eine sehr schwere Entscheidung. Da er sich zu den Redemptoristen hingezogen fühlte, begann er das Noviziat in Luxemburg. Am Ende dieser Zeit legte er die zeitlichen Ordensgelübde ab. Er studierte Philosophie und Theologie in Trier und in Hennef-Geistingen. Inzwischen war der Krieg ausgebrochen und seine Studien wurden durch die Einberufung zum Militär unterbrochen. Als Sanitätssoldat war er in Deutschland, Frankreich und Russland eingesetzt. Nach dem Ende des Krieges und seiner Gefangenschaft fand er zum Orden zurück, und band sich an ihn auf Lebenszeit. Einmal befragt, warum er gerade in diesen Orden eingetreten sei, sagte er, dass ihn die Aufgabe, Gottes Botschaft den Menschen nahe zu bringen hier besonders angezogen habe. Und Pater Koep war ohne drei Dinge nicht zu denken: Predigt – Beichte – Eucharistie.

Am 4. September 1946 wurde er zum Priester geweiht. Danach studierte er in Bonn und vier Jahre an der Päpstlichen Universität Gregoriana. 1952 promovierte er mit dem Thema „Die Sünde nach Leo dem Großen“. Der Orden übertrug ihm die verschiedensten Aufgaben: Er lehrte als Professor für Moral- und Pastoraltheologie in Argentinien, wurde Direktor des Vereins der Heiligen Familie in Bochum und dann Militärgeistlicher. Er nahm diesen Auftrag an, weil er persönlich erfahren hatte, wie sehr der Soldat der

Seelsorge bedarf. Einmal, um die Belastung des Berufes – nicht nur in Friedenszeiten – bewältigen zu können, aber auch, um in jeder Situation daran zu denken, dass der Gegner auch ein Mensch, ein Geschöpf Gottes ist.

Nach seiner Pensionierung wirkte Pater Koep noch acht Jahre als Militärgeistlicher in Fontainebleau. Als er 1988 mit 73 Jahren nach Bonn zurückkam, betreute er mit viel Liebe die Bewohner des Wohnstifts Augustinum.

Mitte der 90-er Jahre konnte er kurz nacheinander drei Jubiläen feiern: das Goldene Priester- und das Diamantene Ordensjubiläum, sowie eben seinen 80. Geburtstag.

Vor etwa einem halben Jahr traf ich ihn, als er von einer ärztlichen Behandlung kam. Ich sah ihm eine gewisse gesundheitliche Spannung an und legte ihm nahe, sich zu schonen. Da lachte er in seiner entwaffnenden Art und sagte, „das werde ich einmal in meinem endgültigen Ruhestand tun“ und dabei deutete er mit der Hand nach oben.

Pater Eugen Koep war ein Seelsorger mit Herz und Seele. An der Feier der heiligen Eucharistie konnte man von seiner Hingabe an das Mysterium des heiligen Opfers ergriffen werden. Pater Koep kannte die Nöte der Menschen und war ein einfühlsamer Beichtvater. Dabei war er ein weltoffener und fröhlicher Mensch. Sein Lachen wirkte ansteckend und seine Selbstglossierung half, auch eigene Unzulänglichkeiten zu erkennen.

Er war ein begeisterter und begeisternder Prediger. Aus seiner profunden Kenntnis der Frohen Botschaft vermochte er den Zuhörern die Freude des Evangeliums nahe zu bringen. Als die kleine Kirche in Rheinbach einmal nicht alle Gläubigen fassen konnte, stieß er die Eingangstüren auf und bezog die draußen Weilenden in seine Predigt ein.

Deutlich und fast unbekümmert gestand er auch eigene Unzulänglichkeiten ein. Rom: die Abfahrt eines Pilgerzuges wird durch einen Streik verzögert. Pater Koep stellt fest, dass er seinen Mantel im Kloster vergessen hatte. Kurze Rückfrage – er sprach ja mehrere



Sprachen – bei der Streikleitung erbrachte: es dauert noch „etwas“. Mit dem Taxi ins Kloster, Mantel geholt und zum Einlaufen des Zuges erschien unser Geistlicher Beirat mit seinem Mantel.

Viele Episoden ließen sich erzählen, aus denen immer wieder deutlich wird, dieser Mensch Eugen Koep fühlte sich so fest gehalten in Gottes Hand, dass die Menschen um ihn herum davon berührt waren. So ist eine Erfahrung jeder Wallfahrt, dass man aus der Nähe zueinander auch erkennen kann, ob der Priester seinem Ruf, für Gott und die Menschen da zu sein, gerecht wird. Bei Pfarrer Koep spürte man, er war *Pastor*, Hirte!

Bei aller Weltoffenheit – und er schätzte die guten Gaben Gottes, ob in der Musik, der Wissenschaft oder auch im alltäglichen Leben – er ließ nie Unklarheit darüber, dass alles Gute aus der Hand des Schöpfers kommt. Das Gebet um das tägliche Brot war ihm so selbstverständlich wie der Dank für die gewährten Güter. Nie vergaß er den Mitbruder, der weniger hatte, und er war bereit zu teilen.

Nun wurde unser Mitbruder im priesterlichen Amt zu Gott berufen. Für uns als Zeitzeugen ist das einerseits ein Verlust, andererseits aber auch ein Anlass nachzudenken, wozu wir auf Erden sind. Leben und Wirken von Eugen Koep sind Anlass, Gott für diesen Priester zu danken und unseren Vätern zu bitten, ihm nachzusehen, was er versäumte, aber auch unser fürbittendes Gebet anzunehmen, mit dem wir für unsere Hirten bitten.

Requiescat in pace. (H.F.)

Beim Gratulieren die Gratia – den Dank – nicht vergessen



Am Sonntag, 14. Juni, vollendete der Geistliche Beirat der GKS, Militärdekan Prälat Walter Theis, sein 60. Lebensjahr. Militärgeneral Jürgen Nabbefeld hatte montags zu einem Dankgottesdienst mit Empfang ins Gästehaus nach Bonn geladen. Mit Prälat Theis feierten seine Mutter, Schwester und Schwager (s. Foto), Freunde, Gefährten seines Lebens- und Dienstweges als Priester in der Kirche unter Soldaten und die Mitarbeiter aus dem Militärbischofsamt.

Der in Bingen 1938 geborene Walter Theis studierte in Mainz und Graz Theologie und empfing 1963 die Priesterweihe. Nach zwei Kaplansverwendungen wurde er 1968 Militärpfarrer in Kassel, 1970 in Mainz und 1975 Auslandspfarrer in Fort Bliss/USA. Mit Versetzung ins Katholische Militärbischofsamt (KMBA) im März 1981 wurde Theis Militärdekan und Beamter. Papst Johannes Paul II. ernannte ihn 1985 zum Monsignore und 1996 zum Prälaten. Der Leiter des Referates V „Kirche und Gemeinde“ ist Bischöflicher Beauftragter für die Zentrale Versammlung und Geistlicher Beirat der GKS. Zu seinen Aufgaben gehört die Seelsorge in den Auslandsstandorten und für die Friedenseinsätze der Bundeswehr im Ausland. Der Militärbischof hob in einem Glückwunschbrief hervor, dass der Prälat als dienstaufsichtsführender Militärdekan für die Auslandseelsorge das Ansehen der Militärseelsorge im Ausland gestärkt und „bei unseren Soldaten große Anerkennung und Respekt erworben“ habe.

In den zahlreichen Glückwünschen wurde von allen Seiten betont, dass der beispielhafte Priester Walter Theis seine Kirche mit allen ihren Ecken und Kanten liebe, er mitten in der Welt stehe und die positiven Seiten der Menschen zur Geltung bringe. Die Auslandspfarrer hatten ihr Geschenk unter das Motto „nicht zu Haus und doch daheim“ gestellt: pro Auslandsstandort vier Flaschen „Binger Rochuskapelle“.

Wilhelm Lehmkämpfer 80 Jahre

Beschaulich, wie einst Erzvater Abraham unter den Eichen von Mamre, so lebt heute Wilhelm Lehmkämpfer in Röttgen inmitten der Eichenwälder des Kottenforstes, zusammen mit seiner lieben Frau. Wir wünschen ihm, trotz seiner Behinderung durch ein Kriegsleiden, noch viele erfüllte Jahre.

Als geborener Westfale steht er für Ruhe und Beständigkeit. Seine ausgeglichene Art, seine Beharrlichkeit als richtig erkannte Ziele zu verfolgen, haben ihn zu einem Eckstein in unserer soldatischen aber auch christlichen Arbeit werden lassen.

Wir verdanken dem „Geburtskind“ viel. Er gehört nicht nur zu den Gründungsmitgliedern des Königsteiner Offizierkreises (KOK), sondern er hat auch seit 1963 als Redakteur wesentlich am Inhalt und bei der Herausgabe der Königsteiner Offizierbriefe und des AUFTRAG's mitgearbeitet. Seine Beiträge für die Entwicklung unserer Gemeinschaft ist durch zahlreiche geistige Anstöße gekennzeichnet. Unter der Fülle der Ideen seien nur drei Bereiche genannt.



Die GKS ehrte Wilhelm Lehmkämpfer (l.) 1988 zu seinem 70. Geburtstag für seine Verdienste um das organisierte Laienapostolat, vor allem für seine Arbeit als Redakteur des AUFTRAG's, mit dem „Großen Kreuz der GKS“. Der damalige Bundesvorsitzende Oberstleutnant i.G. Paul Schulz (r.) überreichte die Auszeichnung bei einer Feier im Familien- und Freundeskreis (Foto: Archiv GKS)

- Schon früh brachte er seine Gedanken zur Frage „Offizier und Militärseelsorge“ ein.
- Unvergessen ist seine Konzeption des Frankreichseminars 1982 und des Modellseminars „Bewältigung des dritten Lebensabschnittes“ (1979).
- Bemerkenswert und lehrreich für unsere junge Generation ist seine umfangreiche und sorgfältige Analyse des Verhältnisses „Katholische Kirche und Nationalsozialismus“.

Bei einem so umfangreichen Einsatz für uns als Soldaten und Christen – oder als christliche Sol-

daten – erhielt Wilhelm Lehmkämpfer vielseitige Anerkennungen und Ehrungen. Er wies diese „Äußerlichkeiten“ aber von sich und verwies nur auf seine Lebensmaxime, das Officium, die Pflicht zu tun, zu dienen aus dem Bewusstsein, Verantwortung zu tragen vor Gott und für den Mitmenschen.

Wir danken dir, lieber Wilhelm, du hast uns so viel geholfen, dein Beispiel möge weiterwirken und uns helfen, auch unseren Beitrag für unsere Gemeinschaft zu leisten. Dir aber und deiner lieben Frau wünschen wir erfüllte Jahre inmitten der Eichen im Kottenforst. (H.F.)

Vorsitzender der ZV Werner Bös und Bundesvorsitzender der GKS Ritter des Silvesterordens



Oberst i.G. Werner Bös (54) und Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein (53) wurden durch Papst Johannes Paul II. zu Rittern des Silvesterordens ernannt. Die Urkunden überreichte der Katholische Militärbischof und Bischof von Fulda, Erzbischof Johannes Dyba, am 12. Juni bei einem Empfang anlässlich des Katholikentages in Mainz.

Bös und Klein haben sich besondere Verdienste durch ihr überdurchschnittliches ehrenamtliches Engagement in der Katholischen Militärseelsorge erworben.

Oberst Bös war lange Jahre Vorsitzender des Pfarrgemeinderates beim Deutschen Katholischen Militärggeistlichen in Brunsum/NL. Seit dem Jahr 1993 ist er Vorsitzender der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten.

Oberst Klein war von 1988 bis 1995 Vorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten im Wehrbereich III und von 1991 bis 1995 stellvertretender Bundesvorsitzender der GKS. Seit 1995 ist er Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. In den Verwaltungsrat der Katholischen Soldatenseelsorge – Anstalt des öffentlichen Rechts – wurde er im Jahre 1993 berufen. Dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken gehört er seit 1996 an. (KMBA/DT vom 18.06.1998)

Helmut Fettweis – gefunden in der Kirchenzeitung Köln

Helmut Fettweis (77), Oberst a.D. und von 1970–90 Chefredakteur AUFTRAG, ist nun in seinen – allgemein als 3. Lebensabschnitt bezeichneten – Ruhestand gestartet. Nur Helmut Fettweis, zur Kriegsgeneration gehörend, hat zeit- und umständebedingt viele Lebensabschnitte erlebt:

- 1938–45 Wehrdienst
- 1945–56 Kommunalbeamter u. Journalist
- 1956–79 Offizier in der Bundeswehr, zuletzt Oberst u. GrpLtr im SKA Bonn
- 1961 Mitbegründer KOK
- 1962 Redakteur Königsteiner Offizierbriefe, ab 1966 deren verantwortlicher Redakteur, ab 1970 Chefredakteur des AUFTRAG's bis Heft 193/1990
- neben vielen anderen Aktivitäten (beispielsweise im Kath. Pressebund, Kath. im Rundfunk, Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk Bonn, Caritas Bonn, Bildungswerk Bonn) hat Fettweis seit 1986 den Katholikenrat Bonn geleitet.

Zahlreich waren die Anerkennungen und Ehrungen, die Helmut Fettweis zuteil wurden, z.B.: Komturkreuz des Ordens vom Hl. Papst Silvester, Bundesverdienstkreuz und das „Große Kreuz der GKS“. Den nebenstehenden Artikel, mit dem die Kölner Kirchenzeitung dieses Engagement gewürdigt hat, will die Redaktion ihren Lesern nicht vorenthalten. (PS)

Kirchenzeitung Köln 18/98
1. Mai

Aus dem Erzbistum

Katholikenrat verabschiedete Helmut Fettweis – Vorsitzende ist jetzt Ute Mangold

„Wissen Sie etwas Besseres?“

BONN. Lang war die Tagesordnung auf der Vollversammlung des Katholikenrates Bonn. Denn neben den Berichten des Vorstandes und der Sachausschüsse über die im zurückliegenden Jahr geleistete Arbeit stand auch die Neuwahl des Vorstandes auf dem Programm.

Helmut Fettweis, der das Laiengremium seit 1986 leitete, hatte bereits im Vorfeld mitgeteilt, daß er für eine neue Amtsperiode nicht mehr zur Verfügung stehen würde. So war denn auch eigens der Vorsitzende des Diözesanrates, Thomas Nickel,

angereist, um dem 77jährigen für seine Arbeit und seine Verdienste um das katholische Leben in der Stadt Bonn zu danken.

Während seiner Amtszeit als Vorsitzender des Katholikenrates hat Helmut Fettweis, selbst Journalist, Kommunalbeamter und ab 1979 bis zu seiner Pensionierung Oberst in der Bundeswehr, viele Akzente gesetzt. Dazu gehören Wallfahrten nach Rom oder in die nähere Umgebung genauso wie sein Einsatz für das Pastoralgespräch oder für die Initiative „Pro Vita“, die

schwangeren Frauen in Konfliktsituationen unbürokratisch Beratung und konkrete Hilfe bietet.

Helmut Fettweis dankte rückblickend den vielen Menschen, mit denen er als Vorsitzender des Katholikenrates zu tun hatte. Gerade mit der Caritas, dem Gemeindeverband, dem Katholischen Bildungswerk, vielen Priestern und natürlich dem Stadtdechanten gab es eine fruchtbare Zusammenarbeit. „Mein Dienst ist mir – trotz aller menschlichen Schwächen – nie schwer gefallen“, so Helmut Fettweis. „Ganz im Gegenteil: Es hat mich immer gefreut“. Wenn Menschen ihn gefragt hätten, warum er dies alles tue, habe er mit der Gegenfrage geantwortet: „Wissen Sie was Besseres, als Gott zu dienen?“

Zu seiner Nachfolgerin wurde die 53jährige Ute Mangold aus Holzlar einstimmig gewählt, die seit 27 Jahren in Bonn lebt, Mutter dreier erwachsener Kinder ist und in ihrer Gemeinde Christ König seit vielen Jahren die verschiedensten Ämter innehat. Als ihre Stellvertreter wurden Heinrich Mittler, Hildegard Rometsch und Gottfried Parzer gewählt. Die fünf weiteren Vorstandsmitglieder sind Juan Gonzáles, Annie D'hein, Dr. Josef Herberg, Sebastian Metznmacher und Inge Oberkehr. BBW



Ute Mangold führt ab sofort die Geschicke des Katholikenrates.



Helmut Fettweis war 12 Jahre Vorsitzender. (Fotos: BBW)



Oberst i.G. Werner Bös (54), bisher Abteilungsleiter G5 im Koblenzer Heeresführungskommando und Vorsitzender der Zentralen Versammlung wurde am 20. Juli 1998 nach Bosnien-Herzegowina versetzt. Bös übernimmt in Sarajevo die Funktion des militärpolitischen Beraters des Hohen Repräsentanten der Völkergemeinschaft. Der Hohe Repräsentant, zurzeit Carlos Westendorp, trägt die Verantwortlichkeit für die zivile Umsetzung des Friedensabkommens von Dayton. Bös war bereits von Juni bis Dezember 1997 als Leiter der deutschen CIMIC-Gruppe in Bosnien-Herzegowina eingesetzt (s.a. Interview in AUFTRAG 231, S. 37f.).



Winfried Dunkel, Generalmajor und Amtschef des Bonner Streitkräfteamtes, und **Frank Hübsche**, Stabsfeldwebel, Fernmeldefeldwebel und Kryptofeldwebel im Fern-

meldesystembezirk 303/2 in Waldbröl, sind ins Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gewählt worden. Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten (ZV) bestellte die beider Berufssoldaten am 28. April im schwäbischen Untermarchtal zu ihren Vertretern in diesem Laiengremium. (Bw aktuell 11.05.1998)



Joachim G. Görlich, freier Journalist und Ehrenmitglied der „Gesellschaft Deutscher Autoren in Polen“, hatte den Auftrag erhalten, zur Einweihung einer neuen Kirche in Moszna/Moschen (Schlesien) ein Orgelwerk zu schreiben. Die Kirche soll noch in diesem Jahr von dem Oppelner Bischof Alfons Nossol eingeweiht werden.

Am 21. Juni wurde auf Schloss Moschen das symphonische Lied „Sie sehen sich nicht wieder“ (Görlich) zu den Worten von Friedrich Hebbel von der Tschenstochauer Staatsphilharmonie unter der Leitung von Generaldirektor Andreas Brockmann aus Wuppertal aufgeführt. – Am 15. April hielt Görlich in Glogowek/Oberglogau einen Vortrag über die deutsch-polnischen Musikbeziehungen. In Oberglogau, Görlichs Geburtsstadt, begann seine musikalische Karriere als Leiter eines Jugendorchesters und eines Gymnasialchors. Bischof Nossol nannte ihn einen „vorbildlichen Vermittler zwischen Polen und Deutschen in der Musik und Publizistik“; die Oberglogauer Lokalzeitung würdigte ihn als „überzeugten Europäer, der in zwei Kulturen beheimatet ist“. Görlich publiziert regelmäßig im AUFTRAG. (GKP Info VI/98)

Marianne Groß, Mitarbeiterin im Seelsorgereferat des KMBA, und **Johannes Schulz** aus dem Referat Kirche und Gemeinde feierten im Juli ihr 40-jähriges Diestjubiläum. Frau Groß, die seit 1958 im Seelsorgereferat arbeitet, betreut bei der jährlichen Soldatenwallfahrt nach Lourdes die Kranken. J. Schulz ist seit 27 Jahren im KMBA, zu seinen Aufgaben gehören u.a. die im Ausland eingesetzten Militärpfarrer und katholischen Soldaten. (KMBA)

P. Dr. Hans Langendörfer SJ, Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) in Bonn, ist als Vertreter der katholischen Kirche in den Hörfunkrat des Deutschlandradios gewählt worden. Er ist neuer stellvertretender Vorsitzender des Programmausschusses.

(GKP Information V/98)

Reinhard-Dietrich Rapp (50), Pfarrhelfer beim Katholischen Standortpfarrer Sigmaringen, wurde am 22. Juli 1998 u.a. wegen seines Einsatzes für die jährliche Internationale Soldatenwallfahrt nach Lourdes von Bundespräsident Roman Herzog mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Rapp nahm in diesem Jahr zum 25. Mal an der Soldatenwallfahrt teil.



Franz Meierhöfer (l.), Major im Heeresamt, verheiratet und Vater von vier Kindern, wurde am 16. August zum neuen Vorsitzenden des GKS-Kreises Köln gewählt. Der bisherige Vorsitzende **Stabsfeldwebel Johann-A. Schacherl (r.)** gab dieses Amt nach sechs Jahren ab, weil er sich ganz auf seine Aufgaben als Wehrbereichsvorsitzender III und Mitglied des Bundesvorstandes konzentrieren will. Die Übergabe des Vorsitzes erfolgte nach einem gemeinsamen Gottesdienst mit dem neuen **Standortpfarrer Köln I Stefan Rüssel**, der vorher Militärpfarrer in Siegburg war. (Ch.S.)

Joseph Kardinal Ratzinger (71), Präfekt der vatikanischen Glaubenskongregation, ist zum Kommandeur der französischen Ehrenlegion ernannt worden. In einer Feierstunde in Rom wurden ihm im Mai die Insignien dieser höchsten Auszeichnung Frankreichs überreicht. In seiner Ansprache forderte Ratzinger, dass Europa „von den großen Werten seiner christlichen Tradition durchdrungen“ sein müsse, um „ideologische Versuchungen aller Art“ auszuschalten. Christlicher Humanismus könne ein Fundament beim Aufbau Europas sein. Ratzinger ist seit 1992 auch assoziiertes auswärtiges Mitglied der „Academie francaise“. Frankreichs Botschafter beim Heiligen Stuhl, Jean-Louis Lucet, nannte Ratzinger einen Mann, der an der „Grenze zwischen Dogma und Politik“ stehe. „Indem Sie die Authentizität der katholischen Lehre schützen, schützen Sie auch die Würde und Größe des Menschen“, so Lucet. Durch seine Persönlichkeit trage Ratzinger außerdem dazu bei, die deutsch-französische Freundschaft zu vertiefen. (KNA)

Militärpfarrer Ludger Uhle (40), Katholischer Standortpfarrer Rheine, wurde während der Priesterterratssitzung Anfang Juni in Bonn zum Moderator des Priesterrates

gewählt. Dieses Beratungsgremium des Militärbischofs dient erster Linie der Vermittlung zwischen Bischof und Geistlichen. Die Beratungsgebiete erstrecken sich auf die Ausübung des Lehramtes durch den Militärbischof, Fragen der Pastoral und des priesterlichen Dienstes, der



Weiterbildung der Militärgeistlichen, der Thematik und Gestaltung der Gesamtkonferenz, der ökumenischen Zusammenarbeit, Thematik und Methodik des Lebenskundlichen Unterrichts und Einzelfragen. Der Priesterrat handelt im Auftrag und im Namen aller hauptamtlichen Militärgeistlichen. Sein Vorsitzender ist der Militärbischof. (KMBA)

Militärdekan Michael Wehmayer (41), Leiter des Personal-

referates im Katholischen Militär-bischofsamt (KMBA), **Militärdekan Georg Kestel** (42), Leiter des Seelsorgereferates im KMBA, sowie der **Katholischer Wehrbereichsdekan III in Düsseldorf, Rainer Schadt** (42), sind von Papst Johannes Paul II. zu Päpstlichen Ehrenkaplänen (Monsignore) ernannt worden. Militärbischof Johannes Dyba hat am 14. Juli in Fulda die Urkunden überreicht.

(KNA)

11./12.09. Deleg.Konf AGKOD in Bad Honnef
11.–13.09. WB I FamWoEnde in Baek
13.–20.09. AMI-Konf „Friede und Versöhnung“ in Blankenberge/Belgien
26.09. BV GKS in Bonn
18.–20.09. Haupttagung kath. Männerwerke in Hannover
27.09. Bundestagswahl
02.–04.10. Seminar für Funktionsträger der GKS in Bensberg
07.–15.10. FamWerkWo GKS WB III in Roding

09.–11.10. AK WB IV in Wittlich
AK WB VI
30.10.–01.11. AK WB I
09.–13.11. 43. Gesamtkonferenz der Kath. Militärseelsorge
16.11. EA GKS in Bonn
18.11. IS in Bonn
20.–22.11. GKS WB I Christkönigstreffen in Nütschau
20.–22.11. AK WB III in Wermelski.
21.–23.11. AK WB II in Wörps.
30.11.–01.12. Herbsttagung GKMD mit Festakt 60 Jahre kath. Männerwerke

1999

24.04.–01.05. 39. Woche der Begegnung in Schmochtitz
01.–05.11. GKS-Akademie Oberst Helmut Korn in Fulda

2000

15.–22.11. Internationale Rom-Wallfahrt der Militärseelsorge zum Hl. Jahr

NACH REDAKTIONSSCHLUSS:

Deutsche Tagespost feiert 50-jähriges Jubiläum

Die Deutsche Tagespost, einzige katholische Tageszeitung in der Bundesrepublik, feierte am 28. August, dem Festtag des hl. Augustinus, ihr 50-jähriges Jubiläum. Das in Würzburg ansässige Blatt erscheint dreimal pro Woche mit einer Auflage von 14.500 Exemplaren, an Wochenenden 16.000. Die Kernzielgruppe der Tagespost sind nach eigenen Angaben „wertkonservative, romtreue katholische Bildungsbürger“. Als Leitlinie pflegt die Tagespost bis heute den Grundsatz „Fest im Glauben verwurzelt und eindeutig in grundsätzlichen Fragen“.

Zum Jubiläum haben zahlreiche hohe Würdenträger und Politiker die Tagespost für ihre publizistische Arbeit gelobt. Der Nuntius in Deutschland, Erzbischof Giovanni Lajolo, bescheinigt der Redaktion, mit ihrer Berichterstattung Verständnis für das Zentrum der Weltkirche zu schaffen. Das Blatt habe ein „unverkennbar katholisches Profil“ und zeichne sich durch „Treue zum Heiligen Vater“ aus.

Für eine sachkundige und gediegene Information über die Kirche sei die Zeitung „unverzichtbar“.

Kardinal Joseph Ratzinger attestiert der Tagespost, sie sei ein „treuer Dolmetsch der Wege des Glaubens in dieser Zeit“. Gegenüber der „modernen Sucht“, alles aus Rom Kommende unter negativen Vorzeichen darzustellen, habe sie sich den Mut bewahrt, „den positiven Gehalt lehramtlicher Äußerungen verständlich zu machen“. Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) lobt die „vielbeachtete katholische Zeitung in Deutschland“ zum Jubiläum ebenso wie der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU). SPD-Chef Oskar Lafontaine stellt fest, die Zeitung trage mit ihrer „kritischen, an christlichen Grundwerten orientierten Art“ zur publizistischen Vielfalt in Deutschland bei.

Auch unsere Redaktion beglückwünscht die Deutsche Tagespost und dankt für die wohl wollende Zusammenarbeit – deren Nutznießer vor allem die Leser des AUFTRAG's sind. (PS nach KNA)

Das politische Buch

George Morgenstern (Hrsg.) (Hrsg. von Walter Post): *Pearl Harbor 1941. Eine amerikanische Katastrophe*. Herbig Verlag, München 1998, 386 S., DM 49,90

Pearl Harbor: ein erwarteter Überfall?

Der japanische Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 löste den Eintritt der Vereinigten Staaten in den zweiten Weltkrieg aus. Aber war das wirklich ein so überraschender Luftangriff der Japaner, oder musste die amerikanische Regierung nicht vielmehr mit einer Attacke auf ihre Pazifikflotte rechnen? Der amerikanische Journalist und Historiker George Morgenstern schrieb schon 1947 das jetzt in deutscher Sprache vorliegende Buch „Pearl Harbor 1941. Eine amerikanische Katastrophe“.

George Morgenstern (1906–1988) arbeitete als außenpolitischer Korrespondent der „Chicago Tribune“, der seinerzeit führenden, isolationistisch eingestellten Tageszeitung in den USA. Wie eine bestimmte wissenschaftliche Richtung – die Revisionisten unter Führung der bekannten Historiker Charles Austin Beard und Charles Callan Tansill war die Chicago Tribune der Ansicht, dass die Vereinigten Staaten sich nur soweit in die internationalen Angelegenheiten einbringen sollten, wie es die nationalen Interessen erforderlich machten. Verkürzt und überspitzt gesagt: keinesfalls ein Kriegseintritt, um das britische Weltreich aufrecht zu erhalten. Die Revisionisten, Morgenstern und die Chicago Tribune standen damit keinesfalls allein: rund 80 % der amerikanischen Bevölkerung waren gegen einen Kriegseintritt ihres Landes. Die Interventionisten unter Führung des Präsidenten Franklin Delano Roosevelt stellten ihrerseits eine sehr gemischte Koalition dar: von weiten Teilen der amerikanischen Großindustrie bis zu Linksintellektuellen. Roosevelt und die Industrie wollten die Errichtung einer globalen Freihandelszone als Rahmenbedingung für amerikanisches Kapital und amerikanischen Warenhandel.

Allerdings war Präsident Roosevelt noch im Wahlkampf 1940 auf Grund der ablehnenden Haltung der großen Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung gezwungen zu versprechen, sein Land aus dem Krieg herauszuhalten, „es sei denn, wir werden angegriffen“. Diese Situation lag mit dem 7. Dezember 1941, dem Überfall auf Pearl Harbor, vor. Jetzt gelang es Roosevelt, die Amerikaner hinter sich zu scharen und in den Krieg zu ziehen.

Zweifel sind erlaubt, ob für einen kleinen Kreis in der amerikanischen Führung dieser Überfall wirklich überraschend kam. Der Herausgeber der deutschen Ausgabe, der Münchener Historiker Walter Post, gibt in seiner Einführung folgenden Hinweis: „Am 26. Nov. 1941 zeichnete die deutsche Abhörstation ein Gespräch zwischen Churchill und Roosevelt auf, in dem der britische Premier-

minister den amerikanischen Präsidenten eindringlich vor einer japanischen Trägerkampfgruppe warnte, die soeben von einem geheimen Marinestützpunkt im Norden Japans ausgelaufen sei; ihr Ziel sei Pearl Harbor.“

Zahlreiche Ungereimtheiten führten noch während des Krieges in den USA zu Diskussionen über Pearl Harbor. Nach Kriegsende wurde ein Untersuchungsausschuss („Joint Committee on the Investigation of the Pearl Harbor Attack“) eingesetzt, der entsprechend den damaligen Mehrheitsverhältnissen mit sechs Demokraten und vier Republikanern besetzt war. Er kam vom 15. Nov. 1945 bis zum 31. Mai 1946 an insgesamt 70 Verhandlungstagen zusammen. Die demokratische Mehrheit stützte in wesentlichen Teilen die offizielle Version, während die republikanische Minderheit abweichende Schlussfolgerungen zog. Im Verlauf der Anhörungen kam es zu wichtigen, zum Teil sensationellen Enthüllungen.

Morgenstern geht detailliert auf die Anhörungen ein und wertet sie aus. So entwickelt er seine Sicht und gelangt schließlich zu folgendem Urteil: „Aber auch noch so viele Ausreden können das Verhalten von Präsident Roosevelt und seinen Beratern nicht beschönigen. Das Vorgehen, dessen sie schuldig sind, ist nicht das Versagen, sondern die vorsätzliche Weigerung, ihre Pflichten zu erfüllen.“

Sie versagten – mit Berechnung – darin, die Vereinigten Staaten aus dem Krieg herauszuhalten und einen Zusammenstoß mit Japan zu vermeiden. Sie kalkultierten mit kalter Gleichgültigkeit das Risiko, einen Gegner dahin zu treiben, den ersten Schuss abzugeben, und sie zwangen in Pearl Harbor 3.000 ahnungslose Männer dazu, dieses Risiko zu tragen. Die „Warnungen“, die sie nach Hawaii schickten, verfehlten ihren Zweck – und sie waren so formuliert und so behandelt worden, dass sie mit Sicherheit versagen mussten.

Pearl Harbor gab der amerikanischen Kriegspartei ein Mittel, sich von der Abhängigkeit von einem zögernden Kongress zu befreien, um ein widerstrebendes Volk in den Krieg zu führen.“

Der Streit um den richtigen Weg der amerikanischen Außenpolitik ist so alt wie die Vereinigten Staaten. Diese Auseinandersetzung zwischen „Isolationisten“ und „Interventionisten“ beruht letztlich auf einer jeweils unterschiedlichen Definition amerikanischer Interessen. Es darf jedoch – auch bei der Lektüre des spannenden Buches von George Morgenstern – nicht vergessen werden, dass es Franklin Delano Roosevelt qua Amt auferlegt war, die Definition amerikanischer Interessen vorzunehmen. Dass er bei der politischen Durchsetzung dieser Interessen nicht ehrlich vorging, kann – je nach eigener Position – als Versagen oder als weit blickende Klugheit gedeutet werden. (Eckhard Stuff)

Elisabeth Heresch: Alexander Lebed, Krieg oder Friede. Langen Müller, München 1997, 336 S., DM 39,90.

Der russische Kraftmensch Alexander Lebed ist weiterhin ein Faktor in der russischen Politik. Das hat er gerade wieder bewiesen: im sibirischen Krasnojarsk hat er einen klaren Sieg bei den Gouverneurswahlen gegen einen vermeintlich populären Kandidaten erringen können: Viele Russen wollen ihn als Nachfolger von Boris Jelzin sehen, doch eine so starke Persönlichkeit hat auch mächtige Gegner. Die österreichische Journalistin und Autorin Elisabeth Heresch hat diesen imposanten Mann in einer Biographie vorgestellt. Obwohl sie auch in Lebeds Jugend zurückblendet, liegt das Schwergewicht ihrer Untersuchung auf dem Wirken Lebeds in den letzten Jahren.

Alexander Lebed macht aus seinem Herzen keine Mördergrube. Dabei gibt er sich – wie bei einem Interview 1995 – auch einmal als großrussischer Imperialist: „Das Minimum sind die Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Dort leben 25 Millionen Russen. „Soweit seine Definition der russischen Interessensphäre. Dabei darf nicht übersehen werden, dass eine solche Äußerung von ihm damals bewusst als Argument gegen die NATO-Osterweiterung eingesetzt wurde. Aber er kennt die Nöte und Sorgen seiner russischen Landsleute, spricht ihnen aus der Seele: „Russland hat alles, um stark und mächtig zu sein. 150 Millionen Menschen und viele Rohstoffe. (...) Wir müssen bei uns Ordnung schaffen (...) Durch eine Diktatur des Gesetzes, um gegen Mafia, Verbrechen und Korruption zu kämpfen. Von einer Demokratie wie in Deutschland oder Frankreich trennen uns noch Welten. In Russland gibt es die Freiheit, beraubt oder ermordet zu werden. Sonst nichts.“

Großes leistet Lebed in seiner kurzen Zeit als Tschetschenienbeauftragter der Regierung. In schwierigster Situation schafft er die Wende von Krieg zum Frieden. Sein Ansehen steigt. Diesem kernigen, geradlinigen Mann merken viele Russen an, dass er einer der ihren geblieben ist. Deshalb vertrauen sie ihm. Auch Elisabeth Heresch ist gelegentlich seinem Charme verfallen, verliert ein wenig die Distanz. Dennoch macht ihr Buch den Kraftmenschen Alexander Lebed für uns verständlicher. Mit dem erst 48-jährigen Ex-General ist weiter zu rechnen in der russischen Politik, die Menschen in Krasnojarsk haben das gerade eindrucksvoll bestätigt. (Eckhard Stuff)

Rudolf Grulich, Konstantinopel. Ein Reiseführer für Christen. Mit einem Geleitwort von Otto von Habsburg (Texte zum Ost-West-Dialog 14). Gerhard Hess Verlag Ulm 1998. 280 Seiten mit 70 Abbildungen und 6 Karten. DM 29,80. (Besprechung s.S. 60: „Das neue Rom“).



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint mind. viermal jährlich.
Herausg.: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN, Breite Straße 25, 53111 Bonn.
Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur.

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG, c/o Paul Schulz, Postfach 3768, 51537 Waldbröl,
Tel: 02291-900461, Fax: 02291-911637
oder 02295-1044 (bt),
e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.
Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS e.V., Pax Bank eG Aachen, BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 10,- an den ausliefernden Köllen Verlag.